

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Die Vernetzung der Welt

Gamper, Markus/Reschke, Linda/Düring, Marten (Hrsg.): Knoten und Kanten III. Soziale Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung, 426 S., transcript, Bielefeld 2015.

Knoten und Kanten, Beziehungen und Netzwerke bestimmen in hohem Maße unsere Welt. Im Zeitalter von Globalisierung und Internet gilt dies mehr als je zuvor. Mit der Entwicklung einer zunehmend vernetzten globalen Gesellschaft korrespondiert der Boom der Sozialen Netzwerkanalyse (SNA), die sich auch in der Geschichts- und Politikwissenschaft durchgesetzt hat. Im Zentrum der sozialen Netzwerkforschung steht die grundlegende Annahme, dass Akteure einerseits in Beziehungsnetze eingebettet sind, die ihr Handeln und Denken beeinflussen sowie andererseits – vice versa – auf die Beschaffenheit des Netzwerkes einwirken. Der Blick wurde damit wieder stärker auf die Analyse von Strukturen gelegt, welche nicht nur in der Geschichtswissenschaft viele Jahre desavouiert zu sein schien. Das große Potenzial der SNA liegt darin, dass Struktur, Handlung und Deutung in ihrem Zusammenwirken untersucht werden können. Die Methode war und ist damit für viele geschichts- und politikwissenschaftliche Fragestellungen und die Bearbeitung ganz unterschiedlicher Themen attraktiv.

Der nunmehr dritte Sammelband der Reihe „Knoten und Kanten“ liefert dafür zahlreiche Beispiele. Der Aufbau des Bandes folgt dem bewährten Modell der Reihe: In einem ersten Teil werden Theorie und Methode, in einem zweiten und dritten Teil konkrete Fragen, Probleme und Projekte ausgewählter Disziplinen – im aktuellen Band der Geschichts- und Politikforschung – diskutiert. Die Stärke des Buches liegt in seiner Vielfalt; ein weites Spektrum von Anwendungsmöglichkeiten netzwerkanalytischer Verfahren wird abgedeckt. Darüber hinaus erörtern die Autoren und Autorinnen Themen, die ein hohes Maß an Relevanz in den aktuellen, die Netzwerkanalyse betreffenden Forschungsdebatten beanspruchen können.

Die Beiträge des Theorie- und Methodenteils verdeutlichen, dass Netzwerkforschung nie einfach nur eine Methode war. Sie basierte nicht einfach nur auf Graphen, der Berechnung von Maßzahlen und dem Clou, die Matrix der

sozialen Welt mit geeigneter Software visualisieren zu können. Der SNA liegen immer auch theoretische Annahmen zugrunde, welche es zu reflektieren gilt. In metatheoretischer Perspektive beschäftigt sich Volker Schneider kritisch mit dem Relationalismus als neuem Forschungsparadigma – einer Weltsicht, in der ausschließlich Beziehungen und allenfalls nachrangig die Eigenschaften der Knoten wirkmächtig sind. Mit der Bedeutung von Macht in Netzwerken (Markus Gamper) sowie der sozialen Unterstützung als zentrale Funktion von Netzwerken (Annett Kupper/Frank Nestmann) werden weiterhin zwei für nahezu jede Netzwerkanalyse bedeutende Aspekte problematisiert. Dagegen blickt Richard Heidler dezidiert auf netzwerkanalytische Methoden und stellt Blockmodellanalyse und *exponential random graph models* gegenüber, ohne dabei ihre theoretischen Implikationen auszublenden.

Im Teil zur Geschichtsforschung wird mit der Zeitlichkeit von Netzwerken ein für Historiker und Historikerinnen zentrales Problem thematisiert (Claire Lemerrier), aber auch die geographische Perspektive von historischen Netzwerken – am Beispiel von Kreditnetzwerken im 19. Jahrhundert – hervorgehoben (Daniel Reupke/Martin Stark). Ein Überblick zur Verwendung der SNA in den Altertumswissenschaften (Christian Nitschke/Christian Rollinger) sowie die Untersuchung von Sozialkapital in *corporate networks* (Paul Windolf) und der Wichtigkeit von *brokerage* in Hilfsnetzwerken jüdischer Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg (Marten Düring) runden den historischen Teil des Bandes ab. Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten der SNA werden auch in den Beiträgen zur Politikforschung offenbar, wenn Alexander-Kenneth Nagel den Bologna-Prozess als transnationales Politiknetzwerk untersucht und zeigt, dass die SNA fruchtbar mit einer inhaltsanalytischen Erhebung verbunden werden kann, Karin Ingold mittels der SNA Koalitionen in der Schweizer Klimapolitik identifiziert und Daniel Reichard/Isabelle Borucki am Beispiel der SPD die interne Vernetzung von Parteien über Twitter analysieren. Der ungemeine Vorzug dieser empirisch orientierten Beiträge aus der Geschichts- und Politikforschung besteht in ihrer übersichtlichen Strukturierung, der ausführlichen methodischen Reflexion und dem Rückbezug auf theoretische Prämissen und Modelle. Dadurch werden sie zu einer Inspirationsquelle für alle, die sich vorstellen können mit der SNA zu arbeiten und eventuell auch für Forscher und Forscherinnen, die dies bisher noch gar nicht in Erwägung gezogen haben.

Am Anfang des Buches stellen die Herausgeber die Frage, ob wir uns in einem Millennium der Netzwerkforschung befinden. Routiniert verweisen sie auf den Stand der Netzwerkforschung, doch sind derartige Forschungsüberblicke zur SNA bereits vielfach vorhanden. Ein höherer Mehrwert wäre durch ein deutlicheres Aufzeigen künftiger Entwicklungsmöglichkeiten erzielt worden. Nun thematisieren einerseits die Autoren und Autorinnen des Bandes in den einzelnen Beiträgen gegenwärtige Diskussionen und Trends, auf der anderen Seite ist es selbstredend nicht die vorrangige Aufgabe des Sozial- und Geisteswissenschaftlers unsichere Zukunftsbilder zu entwerfen, aber dennoch hätten basierend auf der Betrachtung aktueller Entwicklungen Tendenzen der kommenden Jahre prognostiziert werden können. Besonders augenfällig ist, dass Fragen der Softwareentwicklung – und die geeignete Software ist für jeden, der mit der SNA arbeiten möchte, von entscheidender Bedeutung – weitgehend ausgeklammert bleiben. Die genutzte Software wird in den verschiedenen Beiträgen zumeist einfach nur benannt. Nicht immer ausreichend reflektiert wird zudem die Generierung der zahlreichen Visualisierungen, die tatsächlich einen großen Mehrwert der SNA darstellen. Gerade in dieser Hinsicht sind große Veränderungen zu erwarten, da sich in den kommenden Jahren die Art der Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten weiter wandeln wird. Der Rezipient wird in der Zukunft sicher eingehendere Möglichkeiten haben, Netzwerkkarten selbst am Computerbildschirm zu inspizieren. Für den Rezensenten der Gegenwart bleibt das Fazit zum Sammelband: Nicht nur für Netzwerkforscher und -forscherinnen Pflichtlektüre, sondern auch für alle, die es werden wollen.

Halle (Saale)

Daniel Watermann

Vom Ursprung der Kultur

Steenblock, Volker/Lessing, Hans-Ulrich (Hrsg.): Vom Ursprung der Kultur. Mit einem Gespräch mit Günter Dux, 360 S., Alber, Freiburg i. Br./München 2014.

Die Frage nach dem Ursprung der Kultur ist immer auch eine Frage nach dem Ursprung der Geschichte; denn Kultur als Merkmal, das den Menschen von anderen Lebewesen unterscheidet, markiert den Eintritt des Homo sapiens in

ein Zeitalter der Selbst- und Fremdreflexion und des sozialen Verhaltens, das sich auch als das geschichtliche Zeitalter der Menschheit bezeichnen lässt, in dem Wissensbestände durch modifizierende Tradition weitergegeben werden. Die Frage nach dem Ursprung der Kultur ist auch ein Synonym für den Gegenstandsbereich der Philosophischen Anthropologie, der ihr allerdings streitig gemacht wird: von Evolutionstheorie, Soziobiologie, Evolutionärer Psychologie oder Neurowissenschaften. „Kulturalismus“ versus „Naturalismus“ sind die plakativen Überschriften, unter denen dieser Streit ausgetragen wird. Zu zeigen, dass anstelle dieses Streites die Verbindung von Erkenntnissen aus den Kultur- und den Naturwissenschaften der bessere Weg ist, das Leitthema zu diskutieren, ist eine Hauptleistung des vorliegenden Bandes.

Dass die Herausgeber sich als Ausgangspunkt auf die Thesen von Günter Dux stützen, lag auf der Hand, denn Dux hat unter anderem mit seiner „Historisch-genetischen Theorie der Kultur“ (2000), deren Thesen er in dem den Band eröffnenden Gespräch mit Volker Steenblock und seinem Aufsatz „Natur und Geist im Verständnis einer säkular gewordenen Welt“ auf den Punkt bringt, eine maßgebliche Zusammenschau beider Positionen geleistet. Die zehn weiteren Beiträge von Historikern, Psychologen, Soziologen, Pädagogen und Philosophen lassen sich in zwei Gruppen gliedern: jene, die wie Dux, eine eigene Theorie zum Ursprung der Kultur vorstellen, und jene, die eher resümierend über bestehende Ansätze reflektieren. Eine gewisse Ausnahme sind die Darstellungen Jörn Rüsen und Ernst Wolfgang Orth. Rüsen skizziert in „Sinnverlust und Transzendenz – Kultur und Kulturwissenschaften heute“ die Leistungen der Kulturwissenschaften, die er für heutige Sinnbedürfnisse und -erwartungen für notwendig erachtet. Mit Blick auf sein Ideal des „Humanen“ müsse nach Rüsen immer der Mensch und seine Kultur im Zeichen ihrer Zeitlichkeit im Zentrum kultureller Sinnbildung stehen und der Kompensation zivilisatorischer Leidens- und Verlusterfahrungen dienen. Die Bedeutung der Kategorie „Sinn“ unterstreicht auch Ernst Wolfgang Orth in seiner „philosophischen Problemskizze“ „Anfang und Ende der Kultur“, der Ernst Cassirers Kulturtheorie im Kontext von Helmuth Plessner, Peter Sloterdijk und Michael Tomasello diskutiert und dabei zu der Einsicht gelangt: „Kultur ist Be-Sinnung [...], indem sie die Wirklichkeit im Einzelnen mit Sinn versieht sowie im Ganzen als möglichen Sinn thematisierbar macht“ (S. 240).

Zu den eher resümierenden Beiträgen zählen die Texte der Herausgeber. Steenblock rekapituliert in „Darwinizing Culture – Über Natur und Kultur“ die Leistungen der Evolutionstheorie und der Theorien der sich daran anschließenden Naturforschungen mit der „Quintessenz“, man könne „über das Naturwesen ‚Mensch‘ nicht schweigen, wenn man über den Menschen als Kulturwesen etwas sagen möchte“ (S. 74). Er lehnt sich eng an die Forderung Dux' an, Gesellschaft und Geist als Anschlussorganisation an die Natur zu verstehen. Hans-Ulrich Lessing analysiert in „Das Problem der Kulturgeneese in der philosophischen Anthropologie“ die Positionen Max Schellers, Hellmuth Plessners und Arnold Gehlens und kommt zu dem Schluss, die „Klassiker“ hätten „die Frage nach der konkreten Kulturgeneese nicht positiv beantwortet“; um sie positiv zu beantworten, müsse Kulturentstehung im Sinne Cassirers als ‚Sprung‘, als nicht weiter erklärbares Ereignis hingenommen werden (S. 287f.). Auch Gerald Hartung sieht in Cassirer einen Fluchtpunkt: Er skizziert „Konturen eines Kritischen Monismus“ bei Cassirer mit Rückgriff auf die Theorien von August Schleicher, Friedrich Max Müller und Lazarus Geiger. Demnach erscheint die Erschaffung spezifisch menschlicher Denkmöglichkeiten und Ideale als „fast aus dem Nichts“ vollzogen worden zu sein. Gegenüber dem kulturalistischen oder naturwissenschaftlichen Monismus müsse nach Cassirer ein Beschreibungsmodell für den Ursprung der Kultur gewählt werden, „dass den Kulturursprung in die menschliche Tätigkeit verlegt“ (S. 260). Steenblock, Lessing und Hartung kommen damit ebenso wie Joachim Fischer mit rezeptionsgeschichtlichem Blick zur Forderung einer disziplinübergreifenden integrativen Analyse des Problems. Fischer, der in „Von archaischen Menschengruppen zur Moderne“ die Theorien von Gehlen, Dieter Claessens, Dux und Heinrich Popitz als einander ergänzende Gedankengebilde vorstellt, macht den Begriff der Erfindung im Parsons'schen Sinne stark, der auch geistige und soziale Entitäten umfasst und den er als „Triebkraft“ der Geschichte bezeichnet. Demgegenüber behauptet Tobias Fischer den Arbeitsbegriff. Er reflektiert über die marxistische Theorie, die üblicherweise in den Betrachtungen kaum thematisiert wird, und bietet einen luziden Überblick über „Kultur als Produkt von Arbeit im Anschluss an Marx und Engels“.

Die übrigen Beiträge bauen stärker auf eigenständigen Theoriebildungen auf. Gerd Jüttemann präsentiert in „Vom Ursprung und Aufschwung ‚angereicherter‘ Lebensformen: Kultivierung als

Autogenese“ sein Konzept kultureller Autogenese, das die geschichtlichen Möglichkeiten, Bedingungen und besonders Motivationen in den Mittelpunkt stellt, die zu „einem auf Entdeckungen und Erfindungen ausgerichteten Erkennen und Handeln geführt haben“ (S. 202). Erhard Wiersing plädiert für eine „Evolution der Intentionalität“ (S. 129) und bezeichnet seine eigene Theorie als „kritisch revidierten strukturalistischen Evolutionismus“ (S. 167). Besondere Aufmerksamkeit verdient der Beitrag von Wolfgang Welsch, der im Übergang von der Protokultur zur Kultur die entscheidende Phase für die Werdung des modernen Menschen ausmacht. In der protokulturellen Periode habe sich „in einem fortlaufenden Rückkopplungsprozess zwischen Tätigkeitsinnovation und Gehirnoptimierung das für den Menschen typische extrem leistungsfähige und reflexionsfähige Gehirn herausgebildet“ (S. 103).

Welschs Ansatz wie der von Dux bilden die großen Wegmarken jener Diskussionen über den Ursprung der Kultur, die einen geistes- wie kulturwissenschaftlichen Monismus vermeiden und damit für eine integrative Sicht auf das Problem plädieren, die auch von den übrigen Beiträgern als zukunftsweisend erkannt wird.

München

Stefan Jordan

Public history vom 19. bis 21. Jahrhundert

Cheauré, Elisabeth/Paletschek, Sylvia/Reusch, Nina (Hrsg.): Geschlecht und Geschichte in populären Medien, 314 S., transcript, Bielefeld 2013.

Der Tagungsband „Geschlecht und Geschichte in populären Medien“ bietet 14, zumeist von Historikern und Historikerinnen verfasste Beiträge. Sie fokussieren unter Fragestellungen, die der Schlüsseltrias Genre, Geschichtsschreibung und Geschlecht verpflichtet sind, unterschiedliche populäre Medienformate internationaler Provenienz vom 19. bis 21. Jahrhundert, woraus sich die chronologische Struktur des Bandes ableitet. Den Beiträgen ist eine kritische und gründliche Einleitung (Sylvia Paletschek/Nina Reusch) vorgeschaltet, die schrittweise in die Thematik – Genese der akademischen Frauenperspektiven, Frauenbewegung, Genderforschung und Erinnerungskultur mit Konsequenzen für Geschichtswissenschaft und Populärgeschichte

seit dem 19. Jahrhundert – einführt, bevor die Beiträge subtil gewürdigt werden. Dieser Part (S. 22ff.) und die Fazits der Beiträge gewähren leserfreundliche Schnellorientierung, ihre Bibliografien Einblicke in themenspezifische Publikationsdynamiken.

Die ersten fünf Beiträge rücken Printmedien in den Analysefokus: Geschichtsvermittlung in deutschen Schulgeschichtsbüchern für höhere Mädchenschulen im 19. Jahrhundert (Martin Nissen), in deutschen und türkischen Schulgeschichtsbüchern der Gegenwart (Jasmin Meier/Annabelle Thurn) und in deutschen und britischen Familienzeitschriften (Reusch/Doris Lechner) beziehungsweise feministischen Zeitschriften des 19. Jahrhunderts (Barbara Korte/Paletschek). Der fünfte Beitrag spürt Deutungen des politischen Attentäters Karl Ludwig Sand und der Attentäterin Charlotte Corday in diversen Printmedien seit dem 19. Jahrhundert nach und zentriert als einziger kein populäres Referenzmedium (Sylvia Schraut).

Mit den nächsten drei Beiträgen rücken andere Medienformate in den Blick: der deutsche Geschichtscomic der Gegenwart am Beispiel einer Bremer Serienmörderin des 19. Jahrhunderts (Sylvia Kesper-Biermann), aktuelle historische Romane US-amerikanischer und deutscher Autorinnen im Kontext der Čingizchan-Interpretation (Jule Nowoittick) sowie die deutsche Massenpresse der Nachkriegsjahre, wobei auch die Wirkmächtigkeit des Mediums anhand der spannenden Analyse der Entstehung des „Trümmerfrauen“-Mythos demonstriert wird (Leonie Treber).

Die folgenden vier Beiträge thematisieren Filmformate: zeitgenössische und retrospektive Geschlechterkonstruktionen in US-amerikanischen Family Sitcoms (Andre Dechert) und der TV-Serie „Mad Men“ (Renée Winter) über die 1950er und 1960er Jahre, die Napoléon-Rezeption in Russland seit den 1990ern, wobei auch eine TV-Werbepotserie der Bank Imperial mit Verhandlung welthistorischer Themen analysiert wird (Regine Nohejl), und die Inszenierung des Holocaust anhand von historischem Spielfilm und dokumentarischem Film in Litauen im 21. Jahrhundert (Gintare Malinauskaite).

Mit den letzten beiden Beiträgen erfolgt nochmals ein medialer Wechsel, wenn *re-enactment* anhand des aktuellen Biedermeier-Markts in Werben (Michaela Fenske) und Heavy Metal-Bands, die auf Wikinger-Chiffren rekurrieren (Imke von Helden), thematisiert werden. Die Schlüsselfrage nach dem Konnex zwischen populären Geschichtsnarrativen und Geschlechterkonstruktionen verbindet alle Beiträge. Dabei werden

entweder Frauen und Männer als mediale Objekte analysiert, wobei die Medienformate historisch kontextualisiert und als aussagekräftige kultur- und mentalitätshistorische Quellen ihrer Entstehungszeit unter Gender-Aspekten ausgewertet werden, als Akteurinnen respektive Medienproduzentinnen wahrgenommen und die Folgen für Geschichtsin-szenierungen untersucht, oder als Rezipientinnen im Kontext der für sie entworfenen Medieninhalte operationalisiert.

Qualität und Erkenntnisgewinn des Bandes lassen sich auf drei Ebenen fassen. *Erstens* präsentiert er ein breites Format-Spektrum im Kontext von *public history*, das selbst TV-Werbung und Musik einschließt. Nur Historien Gemälde (obwohl das Cover Paul Baudrys „L'Assassinat de Marat“ zeigt), Weltausstellung, Denkmal, Museum, Computer-Spiel und Netzmedium fehlen. Durch seinen Untersuchungszeitraum plakatiert der Band dabei, dass Geschichte und Öffentlichkeit keineswegs erst ein Phänomen des 20. Jahrhunderts darstellt. *Zweitens* trägt der Band durch Inhaltsbreite, systematisch verfolgte Leitfragen und Ergebnisse unstrittig dazu bei, die in der Einleitung spezifizierte Forschungslücke zu füllen: „Doch eine breite Untersuchung populärer Geschichtskultur unter Geschlechterperspektive ist nach wie vor Desiderat“ (S. 20). *Drittens* kombinieren mehrere Beiträge mustergültiges Methodendesign mit innovativen Befunden: So demonstrieren Meier/Thurn am Paradigma römische Antike, wie öffentliche Geschlechterdiskurse deutsche Schulbuchautoren lenken und zu anachronistischen Textaussagen verleiten, was anhand von Vergleichen des althistorischen Forschungsstandes und türkischen Schulgeschichtsbüchern eindrucklich gelingt. Ebenso nutzen Korte/Paletschek komparatistische Methodenkonzepte, um zu analysieren, dass feministische Frauenzeitschriften in Großbritannien und Deutschland (1850–1900) mit ihren Geschichtsprogrammen identifikations- und legitimationsstiftende Intentionen verbanden und sich diese nicht nur von der zeitgenössischen akademischen Geschichtsschreibung, sondern auch von historischen Themen nicht-feministischer Frauenzeitschriften unterschieden. Nohejls transdisziplinäre und transtextuelle Dekonstruktion besagter TV-Werbekampagne deckt ein ideologisch aufgeladenes Programm auf, das die Inszenierung patriotisch-demütiger Herrscherfiguren mit Russland identifiziert und die westlichen, allen voran Napoléon, an ihrem (materiellen) Egoismus scheitern lässt. Kesper-Biermann bettet Genese und Merkmale des Geschichtscomic in ihre Fallstudie „Gift“ (2010) ein, die genregerecht

transdisziplinär seziert wird. Ihre Befunde – Comic-Typologien, Protagonistinnen-Konjunktur, Emotionalisierung, Beglaubigungsstrategien, Quellenvorlagen, Botschaft – markieren deutliche Parallelen zu historischem Spielfilm und Roman. So gesehen, vermag der Band selbst eine komparatistische Untersuchung zu Regelwerk und Inszenierungspraxen populärer Geschichtsformate anzuregen.

München

Annerose Menninger

Bewaffnete Frauen zwischen Männerphantasie und Emanzipation

Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hrsg.): Waffenschwestern (WerkstattGeschichte 64), 164 S., Klartext, Essen 2014.

An der Schnittstelle der Themenfelder Nation, Geschlecht, Krieg und *citizenship* haben historische und politikwissenschaftliche Arbeiten in den letzten Jahren den spezifisch modernen Konnex von Männlichkeit, Wehrhaftigkeit und politischen Partizipationsrechten freigelegt. Bewaffneten Frauen und ihren kulturellen Imaginationen widmet sich die Forschung seltener. Das Themenheft versammelt fünf Beiträge, die eine „erste Inspektion“ in das historisch veränderliche, sozial und kulturell geformte Verhältnis von Frauen und Waffen geben wollen (S. 11). Potenziell Leben nehmend und zum männlichen Heldenstatus in Konkurrenz tretend, stellen, so die beiden Herausgeberinnen Ulrike Weckel und Dagmar Ellerbrock einleitend, bewaffnete Frauen eine Irritation für die bürgerliche Geschlechterordnung westeuropäischer Gesellschaften dar. Das Oszillieren ihrer Wahrnehmung zwischen Anerkennung, Ironie und Dämonisierung ist Gegenstand einzelner Studien (Watanabe-O’Kelly „Beauty or Beast“, 2010), doch in der Tat „kaum systematisch erforscht“ (S. 3).

Die Beiträge untersuchen Bilder und Deutungen des weiblichen Umgangs mit Waffen in Literatur, Autobiographien, Publizistik, Verwaltungsschriften und Parlamentsdebatten. Als Räume weiblicher Waffenpraxis werden Polizei, Linksterrorismus und, in einer Fotoreportage, ein Schützenverein in den Blick genommen. Die Beispiele bleiben auf den deutschsprachigen Raum begrenzt, obwohl Vergleiche zu den USA mit einer sichtbaren weiblichen Waffenkultur oder einer Männer und Frauen einschließenden Wehrpflicht in Israel aufschlussreich wären. Der Gewinn des

Themenheftes besteht in der Langzeitperspektive, mit der in sehr gut aufeinander abgestimmten Beiträgen die Beharrungskraft von Deutungsmustern und die historische und politische Variabilität ihrer Legitimationen deutlich werden.

Die Langlebigkeit des ambivalenten Bildes bewaffneter Frauen thematisiert Helen Watanabe-O’Kelly anhand literarischer Texte der Frühen Neuzeit. Dauer suggeriere Autorität, deshalb fordert sie zur kritischen Analyse auf. Mut, Tapferkeit und Kampfkraft konnten historischen Akteurinnen wie literarischen Figuren die Anerkennung als Heldin einbringen, solange sie wie die biblische Judith als „Werkzeug Gottes“ handelten (S. 24). Die Angst vor männlichem Autoritätsverlust schlug sich im Gegenbild einer extrem grausamen und sexualisierten Ausnahmefrau mit ebenfalls übernatürlichen, nun teuflischen Kräften nieder. In beiden Fällen sind Heldinnen Männern überlegen, und gerade ihre Übermännlichkeit/Übermenschlichkeit bestätigte die vor-moderne Geschlechterordnung.

Auch die Nationalfigur „Germania“ ragt aus der Frühen Neuzeit in die Moderne hinein. Seit 1848 wandelte sich ihr Reichsschwert zum Kampfinstrument: Sie verkörperte das, was (nur) Männer begehren sollten, denn genau in dieser Zeit verfestigte sich, wie Dagmar Ellerbrock in ihrem Beitrag über den bürgerlich-liberalen Waffendiskurs des 19. Jahrhunderts darlegt, in den Debatten um Volksbewaffnung die Kopplung von Männlichkeit, Wahlrecht und „Waffenrechten“ (S. 32). Die politische Exklusion von Frauen mit dem Argument fehlender „Waffenfähigkeit“ war eine „neuartige politische Argumentationsstrategie“ (ebd.). Obwohl Frauen der Waffenbesitz erlaubt war und waffengeübte Frauen im Alltag keine Seltenheit waren, erwies sich diese Strategie als höchst erfolgreich, um politische Rechte auf Männer aller sozialen Schichten zu begrenzen.

Die Weimarer Verfassung hatte Wahlrecht und Wehrpflicht entkoppelt, doch blieb die Idee einer männlich garantierten Staatsgewalt bestehen. Bettina Blum zeichnet nach, wie seit der Einstellung von Polizistinnen in den 1920er Jahren die Waffe über alle Systemumbrüche hinweg zum zentralen Symbol für geschlechtsspezifische Abgrenzungen wurde. Bis in die 1960er Jahre hielten Polizistinnen selbst an ihrer spezifischen Legitimation als unbewaffnete, soziale Polizei fest. Personalmangel, politische Reformen und sich progressiv gebende mediale Bilder („Emma Peel“) trugen in den 1970er Jahren zur Akzeptanz einer neuen Generation waffentragender

Beamtinnen bei. Die Waffe wurde zum Zeichen der emanzipierten Polizistin, die sich aber mit Charme und Sozialkompetenz vom neuen Schreckbild der Terroristin abzugrenzen hatte.

Deutungen und Selbstdeutungen bewaffneter Frauen im Linksterrorismus untersucht Clare Bielby in medialen Inszenierungen, feministischen Diskursen und Autobiographien seit 1977. Sie zeigt, wie bewaffnete Frauen in den Printmedien als politische Subjekte unsichtbar gemacht wurden: durch schlüpfrige Lacheffekte („Die Knarre im Kosmetikkoffer“, S. 81, „Munter mit MG“, S. 83), die fetischisierende Identifikation ihres Körpers mit der Waffe und als Allegorie auf den „Exzeß der Emanzipation“ (S. 79). In feministischen Filmen und Autobiographien stand die Waffe dagegen für die Suche nach einer weiblichen politischen Identität und Handlungsfähigkeit.

Fern von medialen Reizbildern und politischen Emanzipationsdiskursen erscheint schließlich die gemeinsame Waffenpraxis von Männern und Frauen in einem Hannoveraner Sportschützenverein, dessen Schützenkönigin der Fotograf Felix Zahn porträtiert. Sie hat sich den Titel durch eigene Leistung verdient, souverän beherrscht sie das technische Gerät. Der Umgang mit den ambivalenten kulturellen Vorstellungen ist im Detail präsent, in ihrem Überragen der Vereinsbrüder, in ihrer entschärfenden Geste eines scherzhaften Boxschlages in Richtung eines (ihres?) Mannes, in der hausbackenen Atmosphäre der Vereinsräume und einem Poster an der Eingangstüre, das ein sich zuwendendes Liebespaar zeigt. Weibliche Meisterschaft im Schießen gibt sich als unscheinbare Emanzipation, die durch eine binäre, heterosexuelle Geschlechterordnung ‚normalisiert‘ wird.

Vier wissenschaftliche Fallstudien können das Thema nicht umfassend ausloten und manches, etwa das Gewicht sozialer Unterschiede für die Akzeptanz bewaffneter Frauen, könnte stärker konturiert werden. Sie sind allerdings ein überzeugendes Plädoyer für die Bearbeitung eines vernachlässigten Forschungsfeldes und regen zu weiteren Studien an.

Bielefeld

Bettina Brandt

Kritische Interdisziplinarität

Christ, Michaela/Suderland, Maja (Hrsg.): Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen,

Debatten, Perspektiven, 611 S., Suhrkamp, Berlin 2014.

Michaela Christ und Maja Suderland haben einen Sammelband vorgelegt, der einen Überblick über die gegenwärtigen „Positionen, Debatten [und] Perspektiven“ der Soziologiegeschichte zum Nationalsozialismus und dessen Nachgeschichte sowie zur der Soziologie des Nationalsozialismus bietet. Das ist ein ambitionierter Vorsatz und um es gleich vorwegzunehmen, der Band löst diesen Vorsatz ein. Der Band dokumentiert den Forschungsstand einer Soziologiegeschichte, die es mit einigen Vorläufern der Fachgeschichte vor allem seit den 1980er und 1990er Jahren aufgenommen hat, sich mit der Geschichte des Faches und mit dem Blick des Fachs auf die Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

Der Band wird eingeleitet von einem Beitrag von Hans-Georg Söffner, in dem dieser sich mit dem Entlastungsmythos, die Soziologie habe sich vom NS nicht affizieren lassen, befasst. Michaela Christ und Maja Suderland setzen sich mit der (Nicht-)Befassung der Soziologie mit ihrer eigenen Geschichte auseinander und beschreiben den Zweck des Sammelbands als Bestandsaufnahme. Dementsprechend gliedert sich der Sammelband in die Abschnitte „Bestandsaufnahmen“ und „Perspektiven“, wobei sich die „Bestandsaufnahmen“ in Überblicke über Positionen, Themen, Fachgeschichte untergliedert.

Im ersten Unterabschnitt zu den Positionen finden sich sachbezogene Überblicke. Erhard Stölting diskutiert die frühen Befassungen der Soziologie und der gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften mit den Themenkomplexen Masse, Führerkult und Propaganda und demonstriert, welchen Reichtum zeitgenössische kritische Befassungen mit Faschismus und Nationalsozialismus bergen. Helmut Dahmer greift einen speziellen Fall heraus, nämlich die „Faschismustheorie(n) der ‚Frankfurter Schule‘“, deren Geschichte er auch knapp darstellt. Er stellt heraus, dass es sich beim Horkheimer-Kreis vorwiegend um marxistische Dissidenten gehandelt habe. Exemplarisch behandelt er das Staatskapitalismus-Theorem Friedrich Pollocks und Franz L. Neumanns Kritik daran, die Befassung mit dem Verhältnis von Totalitarismus und Mentalität und im Anschluss an die „Wendung auf's Subjekt“ den Beitrag des Instituts für Sozialforschung zur Ergründung des Verhältnisses zwischen Antisemitismus und autoritärer Persönlichkeit. Gerhard Schäfer gibt einen Überblick

über den „Nationalsozialismus und die soziologischen Akteure der Nachkriegszeit“, indem er das Werk und die Biographie zweier herausragender Soziologen vergleicht, nämlich Helmut Schelsky und Ralf Dahrendorf. Schelsky, der zu den im Nationalsozialismus „Dabeigewesenen“ zählt, unterscheidet sich von seiner generationellen Lagerung und Erfahrung entschieden von Dahrendorf, der familiär mit dem Widerstand gegen den NS verbunden und auch im KZ inhaftiert war. Vor diesem Hintergrund wird die abwehrende Haltung Schelskys gegenüber der Befassung mit dem NS bei gleichzeitiger Integration in das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik rekonstruiert sowie die kritische Auseinandersetzung Dahrendorfs mit dem NS. Peter Imbusch analysiert die Positionen Norbert Elias' und Zygmunt Baumanns zum Nationalsozialismus und zur nationalsozialistischen Gewalt. Die kontrastierend-vergleichende Relektüre bildet die unterschiedlichen Lesarten nach, mit denen die beiden Autoren sich mit dem Zivilisationsbruch des NS auseinandersetzen. Während Elias vor dem Hintergrund seiner Theorie des fortschreitenden Zivilisationsprozesses, den Rückfall der Deutschen in die Barbarei sozio- und psychogenetisch auf die Mentalität der Deutschen zurückführt und eine Lesart des deutschen ‚Sonderwegs‘ formuliert, entwickelt Bauman ein gegenläufiges Modell, das den Zivilisationsbruch bestreitet und die nationalsozialistische Entgrenzung der Gewalt auf den sozialtechnologisch-modernen Charakter des NS zurückführt. Anschließend an diesen Beitrag diskutiert Michael Becker die Entwicklung der soziologischen NS-Forschung seit 1990, die jedoch abgesehen von einer generellen Zunahme, keinen Bruch zur Beforschung des Themas in den 1980er Jahren darstellt. Christoph Reinbrecht und Kobi Kabaleks Beiträge haben das eigentümliche Beschweigen des NS in der österreichischen Soziologie und der Soziologie der DDR zum Gegenstand. Für Österreich lässt sich ein Aufbrechen des Beschweigens der eigenen Fachgeschichte in den 1980ern feststellen, auch im Zusammenhang mit einer differenzierten Exilforschung.

Im folgenden Abschnitt widmen sich die Autorinnen den themenorientierten Zugängen der Soziologie zum Nationalsozialismus. Nina Leonhard macht mit ihrem Aufriss der Befassungen der Soziologie mit dem Thema Wehrmacht und Zweiter Weltkrieg den Aufschlag und vermittelt einen doxographischen Überblick über die insgesamt nicht besonders öffentlichkeitswirksam auftretende Teildisziplin der Militärsoziologie, bezieht

aber auch Arbeiten aus dem Grenzbereich zur Diskursgeschichte und zur Erfahrungsgeschichte ein, mithin historische Arbeiten. Christian Gudehus widmet sich der „soziologischen Erinnerungsforschung zum Nationalsozialismus“ und Michaela Christ bietet einen Überblick über soziologische Befassungen mit dem Thema Gewalt in der Moderne, der sich gut mit dem Beitrag Peter Imbuschs über Zygmunt Bauman und Norbert Elias zusammen lesen lässt. Maja Suderland bietet einen historisierenden Forschungsüberblick über das Thema der nationalsozialistischen Zwangslager in der soziologischen Forschungsliteratur. Abschließend widmet sich Ludger Pries den Arbeiten zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Migration.

Zur Fachgeschichte legen Henning Borggräfe und Sonja Schneider einen Beitrag zur Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) im Nationalsozialismus und der Auseinandersetzung in der DGS über diesen Abschnitt in der Nachkriegszeit vor, der auf einer präzisen Rekonstruktion anhand der Quellen des DGS-Archivs beruht. Sie zeigen auf, wie sich vergangenheitspolitische Konflikte zwischen „Daheimgebliebenen“ und Remigranten auswirkten. Eine Erklärung für die offengebliebene Auseinandersetzung liefert Carsten Klingemann in seinem Beitrag, der zeigt, dass dem oberflächlichen Gegensatz zwischen Daheimgebliebenen und Remigranten, eine vielfältige Verflechtungsgeschichte zugrunde liegt, die im Hinblick auf die Übernahme und Ausbreitung empirischer Methoden ebenso wie im Hinblick auf Schülerschaften auch Kontinuitäten zum Nationalsozialismus aufweist.

Der Sammelband zeichnet sich durch eine gelungene Mischung zwischen doxographisch geprägten Forschungsberichten und historischen Fallstudien aus. Bei den einzelnen Forschungsberichten hätte man sich gewünscht, dass eine tiefergehende Historisierung und Kontextualisierung des Forschungsstandes erfolgt wäre, wie sie zum Beispiel den Forschungsbericht von Maja Suderland auszeichnet. Immerhin bieten die Forschungsberichte Hinweise auf Fachdiskussionen, die einen Zeitraum von über 70 Jahren umfassen, und da sie sie zum Teil auch zeitgenössische Arbeiten aus der vergangenen Gegenwart des NS bieten, noch darüber hinaus. Nicolaus Berg hat in seiner Arbeit über die westdeutschen Historiker und den Holocaust gezeigt, wie wichtig zum Beispiel bereits heute die Historisierung des strukturfunktionalistischen Ansatzes ist. Historisiert man die Forschungsdiskussionen der 1950er und

1960er Jahre zum Beispiel, dann fällt bei Einzelthemen auf, wieviel die ersten Befassungen mit Militärsoziologie in der Bundesrepublik oder auch die vielfältigen lediglich hektographiert vorliegenden Arbeiten des Instituts für Sozialforschung mit der Nachgeschichte des NS zu tun haben. Ein großes Desiderat ist, dass obwohl der Antisemitismus in den Beiträgen über die Frankfurter Schule und im Band öfters auch ein Querschnittsthema ist, der empirischen Sozialforschung, die sich mit dem Antisemitismus befasste, kein eigener Beitrag gewidmet ist. Ein zweites Desiderat ist, dass die Meinungsforschung, welche die Alliierten betrieben haben, keine Erwähnung erfährt, obwohl es hierzu eine Reihe von Vorarbeiten gibt, etwa von Uta Gerhardt.

Positiv überzeugt der Einbezug der Arbeiten aus Grenzbereichen etwa zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften, denn die Fachdebatte in der Geschichtswissenschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend theoretisiert und soziologisiert, sodass man von einer kritischen Interdisziplinarität ausgehen kann. Insgesamt ist erfreulich, dass die Herausgeberinnen mit dem Sammelband eine Leistung vorgelegt haben, die an ein Handbuch zum Thema grenzt, dass der Band trotz des Handbuchcharakters dennoch zu einem untypisch erschwinglichen Preis zu erwerben ist.

Köln/Bonn

Johannes Platz

NS-Verbrechen kulturwissenschaftlich erklärt

Confino, Alon: A World Without Jews. The Nazi Imagination, from Persecution to Genocide, 304 S., Yale UP, New Haven, CT/London 2014.

Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben sich Gedanken darüber gemacht, welche Ursachen der von Anfang bis Ende so enorm gewalttätigen antijüdischen Politik der ‚deutschen Diktatur‘ (Karl Dietrich Bracher) zugrunde lagen. Alon Confino zeichnet nun die Vorstellungs- und Gefühlswelt der Nationalsozialisten nach und leitet daraus ein kulturwissenschaftliches Erklärungsmodell für die von ihnen mit aller Konsequenz betriebene Judenverfolgung ab.

Confino, der an der University of Virginia in Charlottesville und der Ben Gurion University in Israel lehrt, stützt seine Ausführungen auf

einen Ausschnitt der deutschen und englischsprachigen Forschungsliteratur; er belegt sie mit Erkenntnissen aus seiner langjährigen Beschäftigung mit südwestdeutscher Regionalgeschichte – und deren ‚Heimat‘-Verständnis – am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Verfasser ist aber auch als Geschichtstheoretiker hervorgetreten, der sich mit „Foundational Pasts. The Holocaust as Historical Understanding“ (2012) befasste. Er fördert keine bislang unbekanntenen Quellen zutage; vielmehr werden die bekannten neu betrachtet und in anderen Zusammenhängen interpretiert – von Hitlers am 30. Januar 1939 erstmals öffentlich geäußelter sogenannter ‚Prophezeiung vom baldigen Ende des Judentums‘ über Gerüchte, die im ‚Dritten Reich‘ von Juni 1941 an über den Massenmord an Juden im eroberten Osteuropa kursierten, bis hin zu manchen zeitgenössischen Aussagen von Beteiligten: Zeugen, Tätern, Opfern. Besonders eindrucksvoll gelingt Confino dies mit seiner Zusammenstellung von 32 größtenteils noch wenig bekannten Fotos, in denen das schiere Ausmaß gehässiger alltäglicher Diskriminierung spürbar wird, der die jüdische Bevölkerung in Deutschland in der Phase von 1933 bis 1938/39 ausgesetzt war. Sie versinnbildlichen, „what was thought and believed“ (S. 18), ehe es zum nationalsozialistischen Judenmord kam.

Im Mittelpunkt von Confinos Überlegungen steht das nationalsozialistische – und darüber hinausgehend auch: deutsche und europäische beziehungsweise abendländische – Verständnis von nationaler Identität. Um das deutsche Wesen auf die radikalste Weise und unter Beseitigung aller moralischen Schranken von der jüdischen Tradition zu trennen und neu zu gründen, um den mit Juden verknüpften Kapitalismus, Liberalismus und Kommunismus zu überwinden, musste in den Augen sowohl der „Nazis als auch vieler anderer Deutscher, die sich nicht für Nazis hielten“ (S. 32), alles Jüdische aus der Welt geschafft werden. Damit verbunden war die Ablehnung des Alten Testaments. Am zu schaffenden ‚Deutschen Christentum‘ sollte der Judentum keinen Anteil haben (S. 130, 132). Der Verfasser erhellt dies anhand von Geschehnissen in der Reichspogromnacht 1938, als Synagogen zerstört und Tora-Rollen vielerorts geschändet und vernichtet wurden. Einige Jahre später, als die Deutschen den Krieg zu verlieren begannen, hätten dies viele als Bestrafung für den Judenmord angesehen (S. 221). Indem er das auf die Ausschaltung der jüdischen Religion zielende Moment hervorhebt und die Bedeutung rassistischer Vorstellungen geringer veranschlagt, löst

Confino den Widerspruch auf, der bislang darin bestanden hat, dass der Rassismus zwar als ideologischer Hauptgrund für die Ermordung der Juden gesehen wurde, deren „rassische“ Zuordnung aber stets über die *Religionszugehörigkeit* der Eltern und Großeltern erfolgte.

Die Gewaltbereitschaft bei der Durchsetzung politisch-ideologischer Projekte führt Confino nicht zuletzt auf die Erfahrungen des Kolonialismus zurück, zu dessen Aufrechterhaltung – zunächst außerhalb Europas – ganze Völker dezimiert wurden. Dem nationalsozialistischen Zerstörungswerk unterlag – so der Autor – zugleich ein schöpferisches Programm: Die Nazis wollten sich „die Geschichte von den Juden aneignen und die deutsche und europäische Geschichte neuschreiben“ (S. 112). Indem sie die Juden ermordeten, versuchten sie, „das Problem mit dem Ursprung des Bösen in der Geschichte“ ein für alle Mal zu lösen (S. 237). Schließlich hätten „die Nazis den Holocaust im Namen der Kultur durchgeführt“ (S. 242). Dies erklärt auch, warum die Nachgeborenen sich seit Jahrzehnten mit ihm beschäftigen: „The Holocaust [...] provided for Jews, Germans, and Europeans a story of origins and new beginning that, horribly, happened in the real world of human experience of perpetrators and victims, cruelty and immeasurable suffering“ (S. 245).

Die hier gebotene, sich für die Einbeziehung von Gefühlen, Ängsten und (christlichen) Glaubensvorstellungen aussprechende Gesamterklärung erfordere, dass man sich von der „Tyrannei der Dokumente“ (S. 18) befreit. Auf dem Weg der Erkenntnissuche droht die Gefahr aber weniger von einer „Tyrannei der Dokumente“, auf deren Analyse der Verfasser letztlich ja auch sein Modell aufbaut – und von denen immer noch allzu viele unveröffentlicht sind. Zahllose NS-Gewaltverbrechen wurden nie wissenschaftlich dokumentiert – weil die Opfer nicht überlebten, weil gleich nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes nur geringe Anstrengungen unternommen wurden, das Unrecht aufzuarbeiten. Die Tragfähigkeit und Schlüssigkeit der Confino'schen Interpretation wird sich vielmehr erst beim Abgleich mit den Dokumentensammlungen überprüfen lassen – und sich dabei vermutlich erweisen. Bei der schnellen Orientierung in dieser inspirierenden und flüssig zu lesenden Studie hilft ein (leider unvollständiges) Register. Es bleibt zu hoffen, dass der Band bald auch in deutscher Übersetzung vorliegen wird.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Theorie und Geschichte sozialer Bewegungen

Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, 481 S., Klartext, Essen 2014.

Theorie ist ein Thema in der Zeitgeschichte. Ob als Objekt der Untersuchung wie in dem kürzlich von Philipp Felsch (*Der lange Sommer der Theorie*, 2015) vorgelegten Buch zur Bedeutung von Theorie für die Neue Linke oder als Gegenstand der fachwissenschaftlichen Selbstreflexion wie in der zuletzt in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte geführten Diskussion (Pleinen/Raphael „Zeithistoriker“, 2014; Graf/Primel „Zeitgeschichte“, 2011). Dabei sind nach den diversen *cultural turns* in letzter Zeit verstärkt wieder sozialwissenschaftliche Theorien und Methoden in den Blick genommen worden. Der von Jürgen Mittag und Helke Stadtland herausgegebene Sammelband kann als ein konstruktiver Beitrag zu dieser Debatte verstanden werden.

Der Band geht auf eine Tagung zurück, die bereits 2009 in Bochum anlässlich des 65. Geburtstages von Klaus Tenfelde stattfand, der seit 1995 den Lehrstuhl für Sozialgeschichte und soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität leitete. Er ist zwischenzeitlich verstorben und konnte selbst nicht mehr zu dem Band beitragen.

Das Buch dreht sich um soziale Bewegungen und um Theorien und Konzeptionen zu ihrer Erforschung. Ansatzpunkt ist das „Spannungsgefüge zwischen der Geschichtsferne sozialwissenschaftlicher Bewegungsforschung und einer kaum ausgeprägten Theoriebildung geschichtswissenschaftlicher Bewegungsforschung“ (S. 16). Dabei wird das Ziel verfolgt, „einen Transfer zwischen den beiden Disziplinen“ (S. 17) zu leisten. Diese Brücke wird in den insgesamt 19 Einzelbeiträgen eindrucksvoll und überzeugend geschlagen, allerdings von wenigen Ausnahmen abgesehen vor allem in eine Richtung: Es überwiegen Beiträge von Historikern und Historikerinnen, die sozialwissenschaftliche Konzepte aufgreifen und auf historische Beispiele anwenden. Im Zentrum stehen dabei vor allem aus der soziologischen Protest- und Bewegungsforschung stammende Konzepte und Methoden, angefangen beim Begriff der sozialen Bewegung, über politische Gelegenheitsstrukturen und *structural strains, framing*, Ressourcenmobilisierung bis zu Ansätzen aus der Organisationssoziologie

sowie Netzwerkkonzepte. Auch kulturwissenschaftlich ausgerichtete Ansätze um Emotionen und Semantiken werden berücksichtigt, stehen allerdings eher am Rand und werden explizit als „Ausweitung und Abgrenzung der Bewegungsforschung“ (S. 379) verstanden. Was hier ergänzt werden könnte, ist das in letzter Zeit in Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen diskutierte Konzept des Milieus (Reichardt/Siegfried „Das Alternative Milieu“, 2010).

Die beiden Einleitungskapitel behandeln grundlegende Fragen der Bewegungsforschung. Sie geben einen informierten und umfassenden Überblick über den Forschungsstand, zeigen Forschungsperspektiven auf und stellen grundsätzliche Überlegungen zu Potenzialen eines stärkeren Austauschs zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften an. Die folgenden 17 Aufsätze, zusammengefasst in fünf konzeptionell geordnete Abschnitte, sind thematisch weit gestreut und bieten einen instruktiven und anregenden Einblick in so unterschiedliche Phänomene wie den spanischen Faschismus, den Ku-Klux-Klan und jüngere fremdenfeindliche Bewegungen, religiöse Bewegungen, den „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund“, agrarische Bewegungen bis zur Lehrlingsbewegung und diversen Beispielen aus dem Umfeld der neuen sozialen Bewegungen (Umwelt-, Anti-Atom-, Frauen-, Friedens- und Hausbesetzerbewegung). Auch der zeitliche Rahmen ist vom 19. Jahrhundert bis in die 1990er Jahre weit gespannt, wobei die meisten Beiträge das 20. Jahrhundert behandeln. Diese Vielfalt an empirischen Beispielen ist eine Stärke des Bandes, weil der Herausgeber und die Herausgeberin sowie Autoren und Autorinnen sorgsam auf begriffliche und konzeptionelle Stringenz geachtet haben. So werden die unterschiedlichen Beispiele dazu genutzt, genau zu überprüfen und zu hinterfragen, ab wann man von einer sozialen Bewegung sprechen kann und was diese ausmacht. Die transnationale Konzeption vieler Beiträge kommt der konzeptionellen Schärfung darüber hinaus zugute. Die Autoren und Autorinnen übernehmen dabei keineswegs unhinterfragt soziologische Konzeptionen, wie häufig befürchtet und kritisiert wird, sondern setzen sich aktiv und kritisch mit diesen auseinander: Alle Beiträge enthalten Überlegungen grundsätzlicher Art zu den verwendeten Theorien und Konzepten und diskutieren die Vor- und Nachteile ihrer Anwendung auf das jeweils behandelte empirische Beispiel.

Im Ergebnis zeigen die einzelnen Beiträge wie der Band insgesamt, wie fruchtbar die

Auseinandersetzung von Historikern und Historikerinnen mit sozialwissenschaftlichen Konzepten sein kann. Die Vorteile der begrifflichen Schärfung, verdichteten Strukturierung und konzeptionellen sowie methodischen Reflexion liegen auf der Hand. Zugleich ist damit aber unweigerlich eine Verengung verbunden: Bestimmte Konzepte fokussieren von vornherein auf bestimmte Sachverhalte, lassen andere dabei außer Acht. Hier zeigt sich der Vorteil der detailreichen empirischen Arbeitsweise von Historikern, die auch bei Anwendung von abgegrenzten Konzepten den offenen Blick für anderes und für die Komplexität historischer Abläufe nicht verlieren. So können auch analytische Grenzen einzelner Ansätze aufgezeigt werden. Der Ansatz der *structural strains* etwa scheint mehr Erklärungskraft für westliche, kapitalistische Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu haben als für östliche, sozialistische. Hier scheinen Ansatzpunkte zur Historisierung sozialwissenschaftlicher Konzeptionen auf, denen weiter nachzugehen sich lohnen würde. Frank Uekötters „Warnung vor methodischer Monokultur“ (S. 283) ist vor diesem Hintergrund beizupflichten, sollte allerdings nicht als Warnung vor Methoden- und Theoriearbeit an sich missverstanden werden.

Zusammenfassend handelt es sich bei dem von Jürgen Mittag und Helke Stadtland herausgegebenen Sammelband um einen lesenswerten, anregenden und wichtigen Beitrag zur Erforschung sozialer Bewegungen und zur Frage, ob und wie Historiker und Historikerinnen mit theoretischen Ansätzen aus den Sozialwissenschaften umgehen können.

Saarbrücken

Birgit Metzger

Zwischen den Stühlen

Broeck, Sabine/Junker, Carsten (Hrsg.): Post-coloniality – Decoloniality – Black Critique. Joints and Fissures, 398 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Der von Sabine Broeck und Carsten Junker herausgegebenen Sammelband lotet mögliche Anknüpfungs- und Reibungspunkte zwischen drei verwandten jedoch oft getrennt diskutierten Forschungsfeldern aus: Postkolonialismus, Dekolonialismus und *critical race theory*. Anstelle einer Dreiteilung haben Broeck und Junker den Band in vier Großabschnitte gegliedert, die quer

zu diesen Bereichen liegen – „epistemic repercussions“, „ethical reassessments“, „disciplinary reconfigurations“ und „cultural revisions“ (S. 9).

Leider lässt der begrenzte Raum, der einer Rezension wie dieser zur Verfügung steht, nicht zu, jeden einzelnen der hervorragenden Beiträge ausführlich zu würdigen. Leser und Leserinnen mit Interesse an konzeptionellen Grundfragen und zentralen Begriffen der aktuellen Debatten post- und dekolonialer Theoriebildung sei der erste Abschnitt empfohlen. Hier schreiben Koryphäen ihres Faches: Walter D. Mignolo dekliniert den von ihm selbst maßgeblich mit geprägten Begriff der Dekolonialität. Kwame Nima zeichnet die intellektuellen Traditionslinien zwischen Afrika und der afrikanischen Diaspora nach. Robert Stam und Ella Shohat stellen ihr Konzept des „Red Atlantic“ (S. 65) vor, welches sich gegen die in den *postcolonial studies* lange Zeit vorherrschende Ausblendung des Siedlerimperialismus wendet. Rinaldo Walcott legt am Beispiel Kanadas dar, dass Dekolonialisierung mit der kritischen Aufarbeitung und Überwindung der Kommodifizierung und der Ausschließung ‚schwarzer‘ Menschen beginnen muss.

Die Beiträge der anderen drei Abschnitte repräsentieren allesamt Forschungsarbeiten auf hohem konzeptionell-theoretischem Niveau und berichten aus aktuellen (laufenden oder gerade frisch abgeschlossenen) Projekten oder diskutieren Grundsatzfragen ihres Faches. So plädiert beispielsweise Sabine Broeck für die Entwicklung eines neuen Blicks auf das Phänomen der Sklaverei um die systematische Dimension von Ausschluss und Versklavung erfassen zu können. Manuela Boatca schlägt vor, Europa als Teil des historischen Prozesses der Kolonialisierung und Kreolisierung der Karibik zu betrachten und als solches zu analysieren. Beatrice Michaelis und Elahe Haschemi Yekani zeigen anhand zweier Fallstudien auf, wie diskursive Archive zu rassistischen Identitätskonstruktionen beitragen, namentlich die Fiktion von einem vor-rassistischen Mittelalter und der Tradition einer multikulturellen Vergangenheit Großbritanniens. Gabriele Dietze demonstriert, dass eine konsequente Dekolonialisierung der *gender studies* notwendig ist um den Universalismus und Orientalismus des „colonial feminism“ (S. 259) der sich nur allzu oft in die deutschsprachigen Diskussionen einschleicht, zu entlarven und aufzulösen. Andere Beiträge nutzen existierende Theoriebildung um neue Perspektiven auf ihren jeweiligen auf Kolonialität, Heteronormativität und weiße Privilegierung aufzuwerfen. Carsten Junker beispielsweise entwirft

anhand der Analyse ausgewählter Interviews, die zwischen 1930 und 2009 mit verschiedenen Afro-Amerikanern und -Amerikanerinnen geführt wurden, Ansätze einer kritischen Theorie des Genres insgesamt, welche die Sprech- und Machtpositionen kritisch reflektiert. Rozena Maart liefert mit ihrem Beitrag „Decolonizing Gender in the Academy“ (S. 331) einen Text, der nicht nur die Grenzgänger und Grenzgängerinnen zwischen antikolonialen Befreiungsbewegungen und *black power movement* einerseits und der Akademie andererseits zum Sprechen bringt, sondern gleichzeitig selbst stilistisch disziplinäre Grenzen aufbricht.

Auf diese Weise dokumentiert der Band die Arbeit des im Jahr 2000 gegründeten und an der Universität Bremen angesiedelten Institute for Postcolonial and Transcultural Studies (INPUTS). Darüber hinaus bietet er aber auch – 25 Jahre nach Veröffentlichung der wegweisenden Essay-Sammlung „The Empire Writes Back“ (1989) – eine aktuelle Momentaufnahme der *postcolonial studies*. Als solche repräsentiert er ihre Stärken aber auch ihre Schwächen: Der produktiven Anknüpfung an die dekoloniale Kritik, der erfolgreichen Verknüpfung mit intersektionalen und queeren Analysen, der einsetzenden Auseinandersetzung mit den lange vernachlässigten Siedlungskolonien sowie den postsozialistischen Gesellschaften steht die Tendenz zur Akademisierung und diskursiven Geschlossenheit gegenüber. Diese Tendenz ist innerhalb der *postcolonial theory* selbst mehrfach kritisch angemerkt worden (s. Bernard/Elmarsafy/Murray „What Postcolonial Theory Doesn't Say“, 2015 und Zabus „The Future of Postcolonial Studies“, 2015). Demnach bleiben die *postcolonial studies* wo sie sich vor über zwei Dekaden selbst verorteten: zwischen den Stühlen und gleichzeitig mitten in der Debatte.

Trier

Eva Bischoff

Globale Aufarbeitungskultur?

Kastner, Fatima: Transitional Justice in der Weltgesellschaft, 399 S., Hamburger Edition, Hamburg 2015.

Mit dem Begriff *transitional justice* wird ein weitgespanntes Arsenal von Praktiken bezeichnet, mit denen Post-Konfliktgesellschaften massenhaftes Unrecht aufarbeiten und nach Systemumbrüchen

das soziale Zusammenleben neu organisieren. Fatima Kastner macht es sich in ihrem Buch zur Aufgabe, die globale Diffusion der Konzepte und Instrumente von *transitional justice* aus einer makrosoziologischen Perspektive theoretisch zu reflektieren und daraufhin zu befragen, inwiefern es sich bei dieser Erfolgskonjunktur um das Resultat einer weltgesellschaftlichen Synchronisierung des Umgangs mit Systemunrecht und Menschenrechtsverletzungen handelt. Die theoretische Perspektive wird verbunden mit einer empirischen Mikrostudie der marokkanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, die im Jahr 2004 durch den dort amtierenden Monarchen Mohammed VI. eingesetzt wurde und die massive Repressions- und Unterdrückungspolitik unter der Regentschaft seines über 30 Jahre regierenden Vaters Hassan II. aufarbeiten sollte. Dabei plädiert die Autorin für eine Perspektive, die weniger auf den nationalen politischen Kontext dieser Initiative fixiert ist, sondern diese innerhalb eines transnationalen Akteurs- und Diskursraumes situiert.

Der Fall Marokko dient zu Anfang als Aufhänger und wird im Schlusskapitel wieder aufgegriffen. Der weitaus größte Teil des Textes ist der Entfaltung der theoretischen Perspektiven auf das Phänomen *transitional justice* gewidmet. Zunächst werden die auf John W. Meyer zurückgehende *world society*-Theorie und die auf Niklas Luhmann zurückgehende Theorie der Weltgesellschaft eingeführt und auf ihr Erklärungspotenzial hin befragt. Der Theorieansatz Meyers berücksichtigt in stärkerem Maße die Rolle von Akteuren und identifiziert in Gestalt der „rationalisierten Anderen“ die zentralen Agenten weltkultureller Synchronisierungs- und Angleichungsprozesse. Aus der konstruktivistischen Perspektive der Luhmann'schen Systemtheorie lässt sich der globale Menschenrechtsdiskurs als machtvoller Referenzrahmen einer öffentlichen Vergleichskommunikation deuten, welche Abweichungen als illegitim erscheinen lässt und damit Anpassungsdruck erzeugt. Diese makrotheoretischen Prämissen werden im Anschluss noch in drei Schritten verfeinert. Im Kapitel II beschreibt Kastner den Aufstieg der Menschenrechte als eines die herkömmliche völkerrechtliche Staatensouveränität überschreitenden normativen Zusammenhangs, der statt einzelnen Staaten das Individuum als Rechtsträger in den Mittelpunkt stellte. Im Zeichen der Begriffe von „Humanität“ und „Zivilisation“ entwickelte sich eine weltumspannende normative Erwartungshaltung in Bezug auf legitime

Staatlichkeit. Dabei ermöglichte es die semantische Offenheit des Menschenrechtsdiskurses, partikuläre Unrechtserfahrungen verschiedenster Art in einen universalen Code der Legalität zu integrieren. Als Akteure der globalen Diffusion einer Kultur der Menschenrechte werden insbesondere die Vereinten Nationen, transnationale Menschenrechts-NGOs sowie die weltweit nach den Pariser Prinzipien von 1991/93 eingesetzten nationalen Menschenrechtsinstitutionen ausgemacht. Kapitel III arbeitet heraus, wie in der Zeit nach 1945 das Prinzip der strafrechtlichen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, das sich in den Nürnberger Prozessen manifestiert hatte, immer stärker vom Leitprinzip einer gesellschaftlichen Versöhnung durch öffentliche Erinnerungs- und Verständigungsarbeit abgelöst wurde. Auch auf diesem Feld haben sich transnationale Expertennetzwerke und weltweit aktive Organisationen wie das International Center for Transitional Justice etabliert, die Normen und Standards entwickeln und verbreiten. Kapitel IV stellt dar, wie sich das Prinzip der restaurativen Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit mit dem Konzept der Wahrheitskommissionen verbunden hat. Die Praxis von Wahrheitskommissionen deutet Kastner in systemtheoretischer Perspektive als eine Erinnerungsarbeit, die gleichzeitig ein organisiertes Vergessen darstellt. Dieser interessante Punkt wird allerdings nur äußerst knapp behandelt und bleibt etwas unklar, zumal er im abschließenden Kapitel und im Fazit nicht wieder aufgegriffen wird.

Im letzten Kapitel kommt die Darstellung wieder auf das marokkanische Fallbeispiel zurück und deutet die dortige Hinwendung zu *transitional justice*-Konzepten als eine opportunistische und pragmatische Strategie der dortigen Monarchen, semantischen Anschluss an weltkulturelle Normen und Diskurse zu gewinnen, ohne aber die entscheidenden Fundamente des Herrschaftssystems aufgeben zu müssen. Hieran erweist sich, was mehrmals als zentrale These des Buches herausgehoben wird, dass die globale Diffusion weltgesellschaftlicher Normen und Vorgaben nicht in Form eines *top-down*-Prozesses geschieht, sondern für die eigensinnige Aneignung und Umsetzung in lokalen Kontexten offen ist. Mit transnationalen Forschungsperspektiven vertraute Historiker und Historikerinnen werden sich möglicherweise fragen, ob es für diese Erkenntnis der weit ausgreifenden Theoriearbeit bedurft hätte.

Insgesamt erscheint der makrosoziologische Blick auf die weltweite Konjunktur von

transitional justice durchaus erhellend und hebt sich durch seine Abgeklärtheit von der Masse der einschlägigen Literatur ab, die oftmals eher Teil dieser Konjunktur ist, als eine Reflexionsinstanz darzustellen. Die Argumentation holt immer wieder sehr weit aus, was für die Leser den Vorteil hat, gut in die unterschiedlichen Diskussionsfelder eingeführt zu werden, aber auch den Nachteil, dass dadurch der eigentliche rote Faden mitunter etwas aus dem Blick gerät. Die Stärke des Buches liegt vor allem in der soziologischen Analyse eines spezifischen transnationalen Diskurs- und Akteursraums, der Konzepte und Instrumente von *transitional justice* weltweit zirkulieren lässt. Der Brückenschlag von der makrosoziologischen Ebene zur Mikroanalyse des marokkanischen Beispiels sowie einige etwas manieriert daher kommende Wortneuschöpfungen („Lex Transitus“) erscheinen dagegen weniger zwingend.

Bielefeld

Benno Nietzel

Oral history als zeitgeschichtliche Methode

Andresen, Knud/Apel, Linde/Heinsohn, Kirsten (Hrsg.): Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, 222 S., Wallstein, Göttingen 2015.

„Es gilt das gesprochene Wort“ – mit diesem Leitsatz möchten Rednerinnen und Redner sicherstellen, dass ein Bericht über ihre Rede tatsächlich nur das Gesagte enthält, selbst wenn es vom schriftlichen Manuskript abweicht. Die Rede erhält dadurch mehr Aktualität und Authentizität. Für die Herausgeberinnen und Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes Knud Andresen, Linde Apel und Kirsten Heinsohn stellt dieses klug gewählte Motto eine Verbindung zwischen Zeitgeschichte als wissenschaftlicher Disziplin und *oral history* als Methode her (S. 8). Gelten einerseits lebensgeschichtliche Erzählungen neben anderen Zeugnissen in der Zeitgeschichtsforschung als wichtige Quellen, so beinhalten Interviews andererseits stets aktuelle Deutungen persönlicher Erfahrungen, zeitgeschichtlicher und gegenwärtiger Entwicklungen, die durch das gesprochene Wort zum Ausdruck kommen. Den Anlass zur Veröffentlichung des Buches gibt der 65. Geburtstag Dorothee Wierlings, die wie kaum eine andere die Entwicklung der *oral*

history als Methode der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland prägte und weiterentwickelte, mit zahlreichen innovativen Projekten, grundlegenden theoretischen und methodischen Beiträgen und feinfühligem Interpretationen von Erinnerungsinterviews.

In ihrer informativen Einleitung geben die Herausgeberinnen und Herausgeber einen Überblick über die Entstehung der *oral history* in der Bundesrepublik und ihrer Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, wobei sie auch auf die Bedeutung einzelner Projekte eingehen, auf die Rolle von Geschichtswettbewerben, auf den Einfluss der Medien und die Medialisierung von Zeitzeugen, auf die Sammlung und Archivierung von Interviews, auf Forschungsdesiderate wie zum Beispiel Migrationsgeschichten und auf die veränderten sozialen Bedingungen, unter denen Interviewprojekte stattfinden. Herausfordernd bei der Arbeit mit *oral-history*-Interviews als historische Quellen bleibt nach wie vor die Überformung früherer Wahrnehmungen und Gefühle der Zeitzeugen durch spätere Deutungsmuster, die heutzutage auch maßgeblich von Fernsehdokumentationen oder Internetportalen geliefert werden können, ferner der Umgang mit pluralistischer Erinnerungskultur auf der einen und hegemonialen Diskursen auf der anderen Seite.

Die elf Aufsätze des Sammelbandes sind in drei Themenblöcke eingeteilt. So beschäftigen sich die Projekte des ersten „Erfolg erzählen?“ mit Lebensgeschichten, in denen es um sozialen Aufstieg oder Abstieg geht: Andrea Althaus analysiert Interviews mit Arbeitsmigrantinnen aus Österreich und Deutschland, die zwischen 1945 und 1965 in die Schweiz kamen. Dabei geht sie insbesondere auf die Erzählstrukturen ein, mit denen sie sowohl individuelle Erfahrungen herausarbeiten als auch verbindende Elemente der Lebensberichte wie etwa den Zusammenhang zwischen Migrations- und Erfolgsgeschichte. Janine Schemmer und Knud Andresen beschäftigen sich beide mit dem Wandel der Arbeitswelt: Schemmer fragt nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts auf das Arbeitsprofil, die soziale Stellung und das Selbstverständnis von Hamburger Hafentarifarbeitern. Da es sich zumeist um Erfolgsgeschichten handelt, wird die Technisierung entgegen ursprünglicher Annahmen der Autorin nicht als biographischer Bruch beschrieben. Andresen untersucht, wie Gewerkschaftler aus verschiedenen kleineren Städten Nord- und Süddeutschlands ihre Lebensgeschichten – vor dem Hintergrund der Betriebs- und Beschäftigungskrisen 1970er und 1980er Jahre im

Zuge der Transformation von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft – erzählen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass weniger der Misserfolg von Arbeitskämpfen oder der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften im Vordergrund der Erzählungen stehen, sondern vielmehr sinnstiftende Erfahrungen von Gemeinschaft, Solidarität und individuellen Lösungsversuchen. Das hängt nach Einschätzung des Autors damit zusammen, dass der soziale Bezugspunkt nicht im Arbeitermilieu, sondern der gewerkschaftlichen Organisation liegt. Sehr aufschlussreich sind die Beobachtungen zu Erzählstrukturen und Selbstentwürfen in Interviews, die Linde Apel mit ehemaligen Schüleraktivistinnen und -aktivisten der 1960er und 1970er Jahre geführt hat, und zwar aus dem linken und dem konservativen CDU-nahen Spektrum. Wenngleich die ehemaligen Aktivisten der Jungen Union (oder nach 1972 der Schülerunion) langfristig effektiver bei der Durchsetzung der – mit den Linken teilweise gemeinsamen – Ziele wie der Demokratisierung der Schulen, der Etablierung einer Schülermitverwaltung oder den Lehrplanreformen waren, so wirkt der Erfolg in ihren Lebensgeschichten anders als die Aktionen und Proteste der Linken nicht sinnstiftend. Die Autorin führt das auf fehlende Deutungsangebote zurück, denn im Gegensatz zu den einstigen jungen Linken verfügen die vormals Konservativen über keine starken medial unterstützten Gedächtnisgemeinschaften wie etwa die „68er“.

Die Beiträge des zweiten Themenblocks „Was gilt?“ beschäftigen sich mit Erfahrungen aus der ehemaligen DDR oder anderen Staaten des früheren „Ostblocks“. Julia Obertreis analysiert in ihrem umsichtigen Beitrag anhand verschiedener Beispiele aus eigenen Interviewprojekten oder der Literatur, wie sich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in neue Erinnerungsdiskurse nach 1989/91 einfügen – oder diese auch unterlaufen. Sind Geschichtsbilder nach dem Systemwechsel einerseits von Pluralisierung geprägt, so kommen andererseits auch neue hegemoniale Diskussionsstrukturen zum Vorschein, wie etwa die Wahrnehmung der DDR als „Unrechtsstaat“, die eine allgemein negative Bewertung der staatssozialistischen Ära widerspiegelt. Aufgrund ihrer Ausführungen zum Umgang mit Repressionen, Glückserfahrungen und Alltagsproblemen gibt Obertreis zahlreiche Anregungen für weitere Forschungen zum Staatssozialismus und plädiert dafür, in Interviews Bedingungen zu schaffen, in denen auch Schwäche, Ohnmacht, Scham oder andere

verdrängte Erfahrungen zum Ausdruck kommen können. Ines Langelüddecke diskutiert, welchen Ort die Staatssicherheit in Erinnerungsinterviews aus dem ländlichen Raum der DDR bekommt. Das oft unvermittelte Einflechten von Begegnungen mit der Stasi in die Interviews verweist zwar auf Spuren eines kollektiven Gedächtnisses wie zum Beispiel das Stasi-Büro als Erinnerungsort. Gleichzeitig sind die Berichte aber so heterogen, dass ein gemeinsamer Deutungsrahmen in Bezug auf die eigenen Erfahrungen zu fehlen scheint – für die Autorin ein Hinweis darauf, dass der Transformationsprozess in der ehemaligen DDR noch nicht abgeschlossen ist. Schließlich erzählt Annette Leo ihre persönlichen Erinnerungen an ihre Bekanntschaft mit *oral history*, die noch zu DDR-Zeiten stattgefunden hat, und ihre Beteiligung an verschiedenen Interviewprojekten. Ihr Beitrag ist zugleich ein Zeitzeugenbericht wie auch eine Analyse vergangener und künftiger Herausforderungen der *oral history*, wie etwa der „Enttypisierungsschock“ (Lutz Niethammer), also die Tatsache, dass die Inhalte der Interviews nicht den Erwartungen der Forschenden entsprechen, oder der Balanceakt zwischen Distanz und Einfühlung bei der Produktion und Interpretation der Quellen.

Verschiedene Beispiele zur Anwendung von *oral-history*-Forschung werden im dritten Teil „Wozu Oral History gebraucht wird“ angeführt. Malte Thießen berichtet über die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Historikern und Psychologen beim Projekt „Zeitzeugen des ‚Hamburger Feuersturms‘“. Sowohl am Beispiel der Fragestellungen und Methodik als auch anhand der verschieden konnotierten Begriffe wie Trauma, Empathie, Erinnerung und Erfahrung entwickelt Thießen die These, dass Interdisziplinarität vor allem der Präzision der Analysebegriffe, Kategorien und Konzepte der eigenen Zunft dient. Zentrales Thema der Aufsätze von Lu Seegers und Judith Keilbach ist jeweils der Einfluss der Medien auf die *oral history* und ihre Zeitzeugen. Seegers zeigt basierend auf ihrer Studie über Vaterlosigkeit im 20. Jahrhundert („Vati blieb im Krieg“, 2013), wie biographische Sinnstiftung der „Kriegskinder“ durch Geschichtsfernsehen funktionieren kann. Nicht zuletzt aufgrund von Fernsehdokumentationen und Spielfilmen interpretieren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre eigenen Erlebnisse als generationelle Erfahrung, die über die Präsenz in der Medienöffentlichkeit als bedeutsam wahrgenommen und durch den Fernsehkonsum in hohem Maße überformt wird. Die Medienwissenschaftlerin Keilbach nimmt die

Online-Plattform „Das Gedächtnis der Nation“ kritisch in den Blick. Sie beinhaltet Zeitzeugeninterviews, die zwar im Internet präsentiert werden, aber eigentlich fürs Fernsehen gemacht sind. Anhand vieler Details wie der Fragmentierung der Interviews, der Orientierung an historischen Fakten und vordergründigen Mitmachangeboten zeigt die Autorin, dass das vermeintliche *oral-history*-Archiv dem Anspruch der *oral history* in keiner Weise gerecht wird, sondern eher dem Format einer „typischen ZDF-Sendung“ (S. 194) entspricht. Schließlich lässt Axel Schildt die Entwicklung des seit 1973 veranstalteten Schülergeschichtswettbewerbs der Körber-Stiftung Revue passieren. Seinerseits leistete seine Institutionalisierung und Ausgestaltung einen maßgeblichen Beitrag zur Akzeptanz der Alltagsgeschichte und *oral history*.

Ein großer Verdienst der Herausgeberinnen und Herausgeber ist, dass dank der übersichtlichen Gliederung des Buches und übergreifender Fragestellungen trotz der großen Bandbreite und Heterogenität der vorgestellten Themen und Projekte ein roter Faden sichtbar bleibt. Alle Autorinnen und Autoren interpretieren Interviews, diskutieren aber zugleich über den zeithistorischen Rahmen des Gesagten. Darüber hinaus geben sie interessante methodische Denkanstöße und Anregungen für künftige Forschungen. Zudem lernen die Leserinnen und Leser anpassend zahlreiche bekannte oder weniger bekannte *oral-history*-Projekte und Sammlungen kennen. Insofern ist der Sammelband eine gelungene Würdigung Dorothee Wierlings und ihrer Verdienste um die *oral history*.

München

Anke Stephan

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Lehrstück in historischer Entmythologisierung

Vries, Peer: *State, Economy and the Great Divergence. Great Britain and China, 1680s–1850s*, 504 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

Peer Vries, der an der Universität Wien globale Wirtschaftsgeschichte lehrt, hat 2013 sein Buch „Ursprünge des modernen Wirtschafts-

wachstums. England, China und die Welt in der Frühen Neuzeit“ veröffentlicht, das gleichzeitig in einer englischsprachigen Ausgabe erschien. Es ist, wie der Rezensent Peter Krämper feststellte [*Neue Politische Literatur* 59 (2014), H. 2, S. 273–275], eine der wichtigsten Veröffentlichungen seit Jahren zu der Frage, warum ein modernes Wirtschaftswachstum in Nordwesteuropa entstand und nicht in anderen Regionen auf der Erde, die aufgrund ihrer Voraussetzungen dafür geeignete Kandidaten gewesen wären. Kenneth Pomeranz' eingängiger Buchtitel aus dem Jahr 2000 – „The Great Divergence“ – hat der Debatte über diese Frage ihren Namen gegeben, auch wenn das Problem eines europäischen Sonderweges bereits seit den Klassikern der Politischen Ökonomie diskutiert wird.

Ältere Formulierungen von einem „Wunder Europas“ sind aus der Mode gekommen, aber es geht im Prinzip immer noch um eben diese Frage. Sie ist interessanterweise fast völlig in die Hände von Wirtschaftshistorikern und -historikerinnen geraten. Dass es nicht allein um die Ursprünge der sogenannten Industriellen Revolution ging, an deren Existenz nahezu alle Teilnehmer an der Debatte glauben, sondern etwa bei dem immer noch fleißig zitierten Max Weber ein umfassenderer Prozess der Rationalisierung entscheidend war, wird gemeinhin übersehen. Selbst „kulturalistische“ Argumente, also solche, die Weltbildern, Wertpräferenzen und Mentalitäten letztbegründende Kraft zuschreiben, stehen in der Regel nicht allein, sondern werden in wirtschaftshistorische Argumentationsketten eingebaut. Das Vertrauen in „westliche Werte“ und ihre einzigartige Universalisierbarkeit hat sich auf Sonntagsreden zurückgezogen. Werte werden nur insoweit berücksichtigt, wie sie die Produktivität förderten.

Das neue Buch von Peer Vries bleibt im Rahmen des wirtschaftshistorischen Rasonnements, wo die Debatte in der Tat seit dem fast schon vergessenen Pionier E. L. Jones (*The European Miracle*, 1981) das höchste Niveau erreicht hat. Vries ist ihr oberster Niveauewächter. Diese Rolle hat er seit langem mit einem Strom von Aufsätzen und *review essays*, von schlanken und nun dicken Büchern gespielt. „State, Economy and the Great Divergence“ lässt sich lesen als eine vertiefende und erweiternde Nachbereitung des allgemeiner und systematischer argumentierenden Grundtextes „Ursprünge des modernen Wirtschaftswachstums“, dessen Kenntnis zwar nicht vorausgesetzt wird, aber die Lektüre des neuen Buches erleichtert. Es behandelt keineswegs einen Randaspekt,

denn spätestens seit dem einflussreichen Buch des Chinaspezialisten Pomeranz dreht sich die Diskussion hauptsächlich um die Frage, wie knapp China – erstaunlicherweise ist von Japan so gut wie gar nicht mehr die Rede – seinen eigenen autonomen Durchbruch zu ökonomischer Modernität verpasste und warum das der Fall war. Pomeranz hatte sich und anderen die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen Europas (bei dem Niederländer Vries kommt auch immer wieder sein Heimatland ins Spiel) und Chinas, also das Yangzi-Delta, miteinander zu vergleichen. Dies nun macht Peer Vries, der ein gewiefter und geschulter Methodologe ist, mit Systematik, Präzision und der ihm eigenen Lust an Pointe und Polemik.

Das Buch ist nichts für Anfänger. Man muss schon einiges über Großbritannien und China im 18. Jahrhundert wissen, um dem Autor auf all seinen Pfaden folgen zu können. Aus einer grandiosen Kenntnis der Forschungsliteratur breitet Vries in acht Kapiteln eine große Fülle an Daten aus, die er aber analytisch so stark verarbeitet, dass sich das Buch als Informationskompodium nicht eignet. Am einzelnen Datum interessiert ihn nur sein argumentativer Nutzen. Vries teilt die Vorliebe vieler Kollegen für eine rein qualitative Argumentation nicht. Niemals naiv im Umgang mit Proto-Statistik, hält er es dennoch für möglich, Daten aus ihrem Kontext heraus einzuschätzen. Plausibilitätserwägungen, Augenmaß und Erfahrungswissen sind nötig, um einen Weg zwischen schwammigen Generalthesen und trügerischer Pseudogenauigkeit zu finden.

Wer hier eine griffige Pauschalinterpretation des „Aufstiegs Europas“ erwartet, wird enttäuscht. Dafür erhält man ein Lehrstück in historischer Entmythologisierung. Die *great divergence*-Debatte hat nämlich mittlerweile ihre eigenen unbefragten Selbstverständlichkeiten und Binsenweisheiten hervorgebracht. Vor allem die Institutionenökonomik in der Version von Daron Acemoglu und James A. Robinson, die „California School“ um Pomeranz und R. Bin Wong sowie ein anti-„eurozentrischer“ Fundamentalist wie André Gunder Frank werden weithin als globalhistorische Orakel zitiert. So wird vielfach als gesichert akzeptiert, dass China noch im späten 18. Jahrhundert an der Schwelle zu einem ökonomischen Durchbruch gestanden habe, den nur „kontingente“ Entwicklungen vereitelt hätten. Die enormen wirtschaftlichen Erfolge der Volksrepublik China seit den 1990er Jahren scheinen einer solchen These retrospektiv Überzeugungskraft zu verleihen. Peer Vries

demontiert diese Bewertungen mit vehementer Unerbittlichkeit. Er hält die chinesische Ökonomie des frühen 19. Jahrhunderts für viel weniger leistungsfähig, als vielfach angenommen wird, bestreitet die „merkantilistische“ Handlungsfähigkeit des kaiserlichen Staates, von dessen rationaler Organisation er keineswegs überzeugt ist, und weist den Vertretern der Ähnlichkeitsthese logische Ungereimtheiten nach. Auf der anderen Seite wird manche Facette eines *britischen* Sonderweges mit neuem Nachdruck betont. Ein solch nüchterner Anti-Revisionismus ist weniger schlagzeilentauglich als eine abermalige „Provinzialisierung“ Europas. Peer Vries entideologisiert die Debatte und führte sie wieder näher an die Spezialforschung heran. Er macht sie seriöser, dabei aber eher noch aufregender. Selbst im wildesten Kampfgetümmel – und ein berühmter Historiker wie der „Kalifornier“ R. Bin Wong wird nach allen Regeln der Kunst in den kritischen Kakao getunkt – verliert Vries sein Ziel nicht aus den Augen, einer friedlichen Konvergenz bei der Lösung eines der größten Probleme der Geschichtswissenschaft näher zu kommen.

Konstanz

Jürgen Osterhammel

Auf der Suche nach politischen Kontinuitäten

Black, Jeremy (Hrsg.): The Tory World. Deep History and the Tory Theme in British Foreign Policy, 1679–2014, 412 S., Ashgate, Surrey 2015.

Dieses Buch ist einer Suche nach einer „tiefen“ Kontinuität ‚konservativer‘ britischer Außenpolitik gewidmet, die das 17. Jahrhundert mit dem 21. Jahrhundert verbindet. Das Thema ist in mehrfacher Hinsicht komplex, da konservative Außenpolitik nur ein unscharf konturierter Gegenstand sein kann. In einer langen historischen Perspektive lässt er sich nicht durch institutionelle Zusammenhänge definieren, denn die Tory/Konservative ‚Partei‘ – die im Laufe der Zeit sehr unterschiedlich kohärent verfasst und programmatisch mehr oder weniger geeint war – erlebte im 18., 19. und 20. Jahrhundert fundamentale Zäsuren, die zumindest auf den ersten Blick persönliche Netzwerke, politische Programme und präferierte Methoden grundlegend veränderten. Selbst wenn eine sich selbst als „Tory“ beziehungsweise „konservativ“ verstehende Partei für die britische Außenpolitik

verantwortlich war, konkurrierten in Regierung und Fraktion meist unterschiedliche Präferenzen – das Verhältnis zur EU ist dafür gegenwärtig ein gutes Beispiel. Zudem neigen Premier- oder Außenminister dazu, sich in konkreten Entscheidungssituationen über Wahlversprechen oder Parteiprogramme hinwegzusetzen. Was also soll im Zentrum der Betrachtung stehen: politische Programmatik oder konkrete Handlungen, Parteiikonen oder in der Erinnerung marginalisierte Figuren, die Suche nach Kontinuitäten oder nach Wendepunkten?

Die einzelnen Beiträge entscheiden das zum Glück nicht einheitlich, mit einer gewissen Präferenz für vergessene Traditionslinien. Die Artikel sind chronologisch angeordnet, setzen aber unterschiedliche Akzente. Einige geben einen Überblick von Politik und Weltsicht. Am Anfang steht dabei „Toryism and the World“ zwischen 1679 und 1714 (Tony Claydon), gefolgt vom 18. Jahrhundert (Jeremy Black), dem 19. Jahrhundert (Andrew Lambert, Angus Hawkins), der Hochzeit des Empire 1874–1914 (T. G. Otte) und der Zeit nach 1945 mit einem Schwerpunkt auf dem Verhältnis zu Europa (Jeremy Black). Andere sind stärker auf einzelne Themen konzentriert – etwa auf die Frage, wie Tories, die im 18. Jahrhundert eine Allianz mit Frankreich befürworteten, das Problem der religiösen Differenz lösten. Nigel Aston betont die Bewunderung für eine starke, legitime Monarchie und eine sichtbare Landeskirche mit einer gewissen Distanz zur Kurie. Im Mittelpunkt weiterer thematischer Artikel stehen die Militärstrategie im 20. Jahrhundert (Brian Holden Reid) oder die Rezeption des Neoliberalismus amerikanischer Prägung am Beispiel des Industrial Relations Act 1971 (Richard Whiting).

Eine dritte Gruppe von Artikeln geht der Frage nach, ob die Betrachtung einzelner, scheinbar für den britischen Konservatismus zentraler Personen für die Leitfragen des Bandes überhaupt relevante Ergebnisse liefern kann, nämlich Edmund Burke (Iain Hampsher-Monk – eher ja) oder Winston Churchill (Richard Toye – eher nein, da seine Prägung als „liberal imperialist“ ernst zu nehmen sei). Zu dieser Gruppe gehört auch der Beitrag von Richard A. Gaunt, der in umgekehrter Perspektive den jungen W. E. Gladstone (der Ultra Tory Positionen vertrat) als konservativen Denker ins Spiel bringt.

Eine vierten Zugang verfolgen Beiträge, die eher verdrängte Episoden der konservativen Außenpolitikgeschichte in Erinnerung rufen, so die Politik Lord Liverpools (William Anthony Hay),

die Nähe zu 1864 in den konföderierten Staaten Nordamerikas entwickelten außenpolitischen Visionen (Adrian Brettle), vor allem aber die hier als genuin konservative Position mit langen Traditionen diskutierte Appeasement-Politik (Geoffrey Hicks). Obgleich der Band von einer Sympathie vieler Autoren zur konservativen Politik geprägt ist, ist er somit keinesfalls unkritisch.

Nur ein Artikel konzentriert sich auf intellektuelle Bastionen konservativen Denkens (S. J. D. Green zu All Souls College). Einer stammt von einem Praktiker, zwei Seiten zu Disraeli aus der Feder von Douglas Hurd.

In der Summe fällt es schwer, aus den perspektivisch und teilweise auch qualitativ recht unterschiedlichen Beiträgen eine konsistente konservative Außenpolitik zu deduzieren – wie bereits der erste Artikel von Claydon andeutet und die Einleitung des Herausgebers eher unterstreicht. Das liegt vielleicht auch daran, dass kein expliziter Vergleich mit der Konkurrenz versucht wird – wenn Pragmatismus, ein Fokus auf die Bewahrung nationaler Institutionen und Traditionen, ein strenger Blick auf die Kosten außenpolitischen Engagements und eine Zurückhaltung gegenüber ideologischen Bündnissen als häufig anzutreffende Attribute konservativer Außenpolitik identifiziert werden; dann liefert der Band nicht nur selbst gelegentliche Gegenbeispiele, sondern er wirft damit auch die Frage auf, ob man solche letztlich widersprüchlichen Werte und Praktiken unter liberalen oder Labour-Regierungen und in deren intellektuellem Gepäck nicht auch finden könnte. Mit Blick auf die invozierte „deep history“ bleibt ungewiss, ob sich dahinter wesentlich mehr verbirgt oder verbergen kann als die Frage, inwieweit historische Vergleiche (und damit auch historische Kenntnisse) in der gegenwärtigen öffentlichen und privaten Legitimation von Entscheidungen oder Programmen durch konservative Politiker eine Rolle spielen, also wie von Praktikern konservativer Außenpolitik Traditionslinien konstruiert werden, in die sie sich einordnen.

Wenn der Band als Politikberatung intendiert ist, dann dürfte seine Stärke darin liegen, dass er die Pluralität möglicher Traditionslinien deutlich macht; als Beitrag zur historischen Analyse konservativer Außenpolitik präsentiert er eine Reihe elegant geschriebener Essays, die unterschiedliche Facetten sichtbar machen, ohne sich zu einer eindimensionalen Geschichte zusammenfassen zu lassen.

Frankfurt a. M.

Andreas Fahrmeir

Docker, Malls und Museen: Die Hafenstädte der Gegenwart

Mah, Alice: Port Cities and Global Legacies. Urban Identity, Waterfront Work, and Radicalism, 256 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

Das Buch von Alice Mah positioniert sich an der Schnittstelle der historischen, soziologischen und ethnologischen Zugänge zum Thema Hafenstädte. Die Untersuchung konzentriert sich auf drei Städte, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu den wichtigsten Häfen ihrer jeweiligen Länder beziehungsweise Weltreiche gehörten und deren Häfen heute eine zwar noch wirtschaftlich bedeutende, jedoch keineswegs die Fantasie und die Vorstellung von der jeweiligen Stadt beflügelnde Rolle spielen: Liverpool, Marseille und New Orleans. Treibendes Interesse liegt auf der „legacy“, also dem historischen Erbe der Rolle als ehemals globaler Hafenstadt für die Gegenwart und Zukunft, und dies vor allem auf der Ebene der Vorstellung von der Stadt und ihrer Wirkungskraft auf kulturelle und soziale Dynamiken.

Die Autorin beginnt mit einer Gegenüberstellung verschiedener Vorstellungen der drei Städte. Ausgehend von einem ursprünglich in einer Ausstellung des Museum für europäische und mediterrane Zivilisationen (MuCEM) konzipierten Gegensatzes zwischen Blau – Meer, Himmel, Träume wie Kosmopolitismus – und Schwarz – Unmoral, Gewalt, Rassenkonstrukte – reflektiert sie das jeweilige Image der drei Städte und konzentriert sich dabei vor allem auf ihre Rolle im *roman noir*, der die Unterwelt und die moralischen Schattenseiten der Hafenstädte thematisiert und vor allem in Marseille populär ist. Ferner analysiert sie die Sprache der Megaprojekte, die in neuerer Zeit proklamierten, sowohl durch Hafenexpansion an die „großartigen“ vergangenen Zeiten anzuschließen als auch die *waterfront* wieder der Stadt gegenüber zu öffnen. Mah verweist vor allem auf den elitären Charakter dieser Vorhaben, der weder die Hafentarbeiter noch die Stadtbevölkerung in die Umgestaltung einbezieht. Ob der unkritischen urbanen Narrative, die die Verwicklung in Empire, Sklaverei und Rassismus verschweigt, ein Korrektiv entgegensteht, wird im Kapitel zu Museen untersucht. Die Verfasserin identifiziert auch hier Schweigen im Sinne Michel-Rolph Trouillots: Das Liverpooler Internationale Sklavereimuseum bemüht sich zwar um kritische Intervention, seine Narrative ist jedoch nicht in die anderen Selbstdarstellungen

der Stadt integriert. Die New Orleanser Führungen über ehemalige Sklavenplantagen folgen im Wesentlichen der Perspektive der Sklavenhalter. Das MuCEM hingegen, obwohl als politisch gewollter Brückenschlag zur süd- und ostmediterranen Welt geplant, kann mit den französischen ethnographischen Sammlungen keine wirklich kohärente Narrative im Sinne der postulierten „europäischen und mediterranen Zivilisationen“ entwickeln.

Im darauffolgenden Teil widmet sich Mah den Hafentarbeitern als ikonische Figuren der Stadtvergangenheit und ihrer Fortwirkung. Der Großteil ihrer eigenen Interviewarbeit steckt in diesen Kapiteln. Liverpool ist gezeichnet von dem Streik von 1995, der die Entlassung aller 500 Streikenden zur Folge hatte und laut der gängigen Narrative die Übertragung der Rolle als Hafentarbeiter von Vater auf Sohn beendete. Im Falle Marseilles mussten die Hafentarbeiter zwar durch Gesetzesreformen 2002 und 2008 erhebliche Einschränkungen vor allem der gewerkschaftlichen Kontrolle über die Arbeitsverteilung in Kauf nehmen; die Prekarisierung ist jedoch nicht so weit vorangeschritten wie in Liverpool. Die Interviewpartner in New Orleans betonten vor allem die kulturelle Rolle der schwarzen *longshoremen*-Gewerkschaft, die bereits früh beispielsweise schwule Tanzveranstaltungen ermöglichte. Auch die Bedeutung dieser Gewerkschaft wurde durch reaganomische Reformen marginalisiert.

Mah kommt zu eher ernüchternden Erkenntnissen: Die Vergangenheit der Hafentarbeiter war nie so golden, wie die jeweiligen Narrative sie zeichnete. Die beschworene Tradition der geschützten Arbeitsvergabe und der familiären Monopole auf die Stellen währte in Wahrheit nur wenige Jahrzehnte der Nachkriegszeit, in manchen Fällen nur zwanzig Jahre. Die Milieus waren im Gegensatz zur emanzipatorischen Rhetorik klar patriarchal dominiert, sozial konservativ und ethnisch homogen geschlossen.

Ein letztes Kapitel geht der Frage nach, ob von diesen Hafenstadttraditionen erneut radikale Bewegungen ausgehen können. Heute lässt sich eine besondere Wirkungskraft emanzipatorischer Kräfte in den Städten nicht erkennen. Zwar bemühen sich die 1995 gefeuerten Liverpooler *dockers* erneut um die gewerkschaftliche Organisation der heutigen Hafentarbeiter; die alternative Kunstszene Marseilles versucht den Brückenschlag zu den ausgegrenzten nördlichen Wohngebieten; und die New Orleanser Umweltbewegung vermag punktuell, die in Louisiana starke Chemioindustrie in ihre Grenzen zu

verweisen. Doch alle diese Bewegungen haben nur sehr begrenzte Breitenwirkung, bescheidene Erfolge und meist nostalgischen Charakter. Die großen urbanen Bewegungen des letzten Jahrzehnts wie die *occupy*-Bewegung, die türkische Juni-Bewegung und der Arabische Frühling spielten anderswo.

Eine interdisziplinäre Beschäftigung mit Hafenstädten der Gegenwart, in der Imagologie, Entwicklungsprojekte und durch Milieus determinierte Selbstbilder in einen gemeinsamen Zusammenhang gestellt werden, ist ein spannender Ansatz, der Nachahmung verdient hat. Leider lässt das Ergebnis teilweise zu wünschen übrig. Die zahlreichen (meist auf die faktische Ebene zielenden) Querverweise können nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem zwischen dem ersten Hauptteil und dem zweiten kein wirklicher Bezug entsteht. Weder die *romans noirs*, noch die großen Investitionsprojekte spielen eine wesentliche Rolle, wenn es um die Selbstbilder der Hafenarbeiter und ihre Sicht auf die Stadt geht. Das Buch leidet auch unter zahlreichen Redundanzen; bei einem mittellangen Werk (230 Seiten) muss man nicht ständig Feststellungen des letzten oder vorletzten Kapitels wiederholen (oder auch der letzten Seite: s. das zitierte Verhältnis von 60% nichtorganisierten zu 40% organisierten Hafenarbeitern in New Orleans, S. 158 und 159). Insbesondere der wiederholte Verweis, dass die kapitalistischen und bürgerlichen Herrschaftsdiskurse Empire, Sklaverei und Ausbeutung ausblenden, hat vor allem deklamatorischen Charakter. Dabei wäre es gerade spannend gewesen, die Logik des dominanten Diskurses zu den drei Hafenstädten näher zu analysieren und gleichwertig den radikalen und minoritären Diskursen entgegenzustellen. Hierzu wäre aber auch ein rigoroseres analytisches Vorgehen notwendig gewesen, das an zahlreichen Stellen nicht stattfindet. So betrachtet Mah beispielsweise die Ausstellung des MuCEM als misslungen, gibt jedoch keinerlei inhaltliche Beispiele, die es den Lesenden ermöglichen würden, einen Eindruck von der „overstretched narrative attempting to unite disparate threads“ (S. 106) zu gewinnen. Solch komprimiertes Vorgehen kann allerdings auch den strengen Seitenbegrenzungen nordamerikanischer Verlage geschuldet sein.

Bei aller Kritik soll jedoch nicht unter den Tisch fallen, dass Alice Mah wichtige Einblicke in drei im internationalen Kontext eher selten beachtete Hafenstädte bietet, dass vor allem ihre interviewbasierten Kapitel die verschiedenen Milieus der Hafenarbeiter auf anschauliche, aber

auch kritisch distanzierte Weise beschreiben und sie den mutigen Schritt zur interdisziplinären Annäherung an heutige Hafenstädte wagt.

Istanbul

Malte Fuhrmann

Antiklerikale Kulturkämpfe in Europa

Dittrich, Lisa: Antiklerikalismus in Europa. Öffentlichkeit und Säkularisierung in Frankreich, Spanien und Deutschland (1848–1914), 615 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis sich das Interesse der historischen Forschung auf den Antiklerikalismus richtete, nachdem seit ungefähr zehn Jahren Forschungsprojekte zu Religion in Kultur und Politik nur so aus dem Boden schossen. Mehr noch als im Feld der Religion, das stärker von Institutionen geleitet und nationalisiert ist, dominierte in der Literatur zum Antiklerikalismus von Anfang an die vergleichende internationale Perspektive zwischen den mitteleuropäischen bikonfessionellen Staaten und den südeuropäischen katholischen Staaten. Aber auch der transatlantische Vergleich zwischen dem britischen und dem nordamerikanischen Antiklerikalismus wurde schon früh unternommen. In diese international vergleichende Forschung ordnet sich die Münchener Dissertation von Lisa Dittrich zum Antiklerikalismus in Frankreich, Spanien und Deutschland zwischen der Revolution von 1848 und 1914 ein.

Das Thema birgt seine theoretischen, methodischen und auch empirischen Untiefen, die die Autorin mit großem Aufwand meistert. Ist Antiklerikalismus nur ein anderes Wort für Liberalismus? Ist der Antiklerikalismus womöglich allen Selbstaussagen zum Trotz eine eigene Religion und womöglich eine eigene Konfession? Gibt es einen analytischen Begriff des Antiklerikalismus oder bleibt es dabei, dass antiklerikal ist, wer es behauptet zu sein? Die Antworten auf diese Fragen gestalten sich in Spanien, Frankreich und Deutschland unterschiedlich.

Die Autorin vergleicht den Antiklerikalismus anhand dreier Ereignisse, deren Deutungsgeschichte sie minutiös rekonstruiert. Zuerst die Mortara-Affäre, die Entführung des jüdischen Jungen Edgardo Mortara 1858 in Bologna. Der Kirchenstaat nahm den Eltern den Jungen weg, weil er angeblich von einem Dienstmädchen

getauft worden war. Die zweite Ereignisspur ist das Erste Vatikanische Konzil und sein Unfehlbarkeitsdogma vom 18. Juli 1870, das eine gewaltige Reaktion in ganz Europa nach sich zog. In Deutschland führte es zur Abspaltung der Altkatholiken. Für den spanischen Antiklerikalismus ist die Hinrichtung des Freidenkers und libertären Pädagogen Francisco Ferrer im Jahr 1909 schließlich aussagekräftig. Alle drei Fälle erlauben es der Autorin, Aussagen über die Reichweite, die Mobilisierungsfähigkeit, die Koalitionsbildungen und generell die Kulturgeschichte des Antiklerikalismus und seine Mobilisierung zu machen. Doch fällt schon hier die große konzeptionelle Nähe von Antiklerikalismus und Antikatholizismus auf, die sich der Auswahl der Untersuchungsgegenstände und dem Rückgriff auf die Ergebnisse des Bandes „Culture Wars“ (2003) von Christopher Clark und Wolfram Kaiser verdankt.

Ihren Stoff gliedert Dittrich in fünf Kapitel, bei denen sie systematisch vorgeht und die drei Ereignisse jeweils im Blick auf bestimmte Aspekte vergleicht. Das führt zu einer Reihe von Wiederholungen. Nach ihrer umfangreichen Einleitung schildert sie im zweiten Kapitel, wie durch die drei in den Blick genommenen Ereignisse eine antiklerikale europäische Öffentlichkeit entstand. Das „Antikonzil“ vom Dezember 1869 protestierte von Neapel aus gegen das Erste Vaticanum in Rom und versammelte Anhänger aus ganz Europa. Schon das Format zeigte die gegenstrebige Verbindung von Antiklerikalismus und Klerikalismus, von Antikonzil und Konzil. Der Historiker erinnert sich an die wechselseitigen Verdammungen von Konzilien und Gegenkonzilien der Spätantike. Der Antiklerikalismus blieb noch in der schärfsten Ablehnung seinem Gegenstand verbunden. Die Internationale der Antiklerikalen antwortete auf die (freilich selbst erfundene) „schwarze Internationale“.

Das dritte Kapitel isoliert in allen drei Deutungsketten Dimensionen der angestrebten Säkularisierung. Aus Religion sollte nach dem Willen der Antiklerikalen Moral werden, die wiederum mit neuen Instanzen wie Wissenschaft, Parteien und modernen Nationalstaaten einherging. Die Überführung von Religion in Moral trug jedoch ihrerseits wieder religiöse Merkmale, hielt der Antiklerikalismus doch an Ritualen fest. Die Autorin beobachtet hier eine Form der Sakralisierung innerhalb des Antiklerikalismus. Schließlich hatte die Überführung von Religion in Moral selbst religiöse Wurzeln, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichten und die genuin protestantisch waren. Antiklerikale waren nur selten geschworene Atheisten.

Sie wollten in vielen Fällen die wahre Religion und sogar das wahre Christentum etablieren. Dazu gehörte es freilich, die alte „mittelalterliche“ Religion abzuschaffen. Es war schwer genug, der Religion zu entkommen. Aus der Kirchenkritik konnte leicht selbst eine Kirche werden.

Das vierte Kapitel arbeitet schließlich die Kennzeichen des antiklerikalen Diskurses heraus. Zeitschriften, Zeitungsartikel und immer wieder Karikaturen waren dankbare Medien des Antiklerikalismus. Antiklerikale neigten besonders in Frankreich und mehr noch in Spanien, wo sie aus der Regierung durch den immerwährenden „Turno“ der Liberalen mit den Konservativen ausgeschlossen blieben, dazu, ihren Gegner ins Unermessliche zu übersteigern. Freilich grenzten sich die Antiklerikalen in einem Land wie Spanien selbst aus, wenn sie ihren Gegner übermächtig machten und seine ganze Geschichte als Verhängnis porträtierten. Hier half dann nur noch anarchistische Gewalt, um den Widerspruch aufzulösen.

Dem Antiklerikalismus ging es um eine durchgreifende Säkularisierung von Politik und Gesellschaft. Die nationalen Rahmenbedingungen übersetzen dieses Anliegen in verschiedene Institutionen. Während der Antiklerikalismus in Deutschland genuin liberal war, wurde er mit Léon Gambetta zu einer immer einflussreicheren republikanischen Strömung im Frankreich der Dritten Republik bis hin zur Trennung von Kirche und Staat 1905. In Spanien beschränkte er sich dagegen in erster Linie auf anarchistische und republikanische Kreise mit hoher Gewaltbereitschaft. All diesen Strömungen war gemeinsam, eine europäische Öffentlichkeit ohne den Einfluss der Kirchen schaffen zu wollen. Für die Autorin geht es beim Antiklerikalismus letztlich um Machtfragen. Sie liest die Säkularisierung durch die Brille ihrer antiklerikalen Quellen als eine Machtfrage. Es galt die Macht der Priester, der Kirchen, Roms und des Katholizismus generell zu brechen. Als die Macht der Kirchen in den europäischen Gesellschaften eingehegt war, ließ auch die Mobilisierungskraft des Antiklerikalismus nach.

Was wird in der Studie nicht sichtbar gemacht? Diese Studie identifiziert weitgehend den Antiklerikalismus mit dem Antikatholizismus und der Kirchenkritik. Dass dem Protestantismus ebenfalls ein klerikales Moment innewohnte und sich Antiklerikalismus folgerichtig auch gegen die Protestanten, zumal Lutheraner richtete, gerät damit methodisch aus dem Blick. Dabei spielte diese Form des Antiklerikalismus besonders in Deutschland eine große Rolle, wo sich die

Sozialdemokratie nicht nur vom römischen Katholizismus, sondern auch vom staatstragenden Lutheranismus scharf abgegrenzte. Als George Grosz 1926 kriegskritisch die „Stützen der Gesellschaft“ als die Dreieinigkeit von Militär, Kirche und Schule malte, meinte er mit Kirche bezeichnenderweise einen protestantischer Pastor. Sodann verordnet die Autorin den Antiklerikalismus auf der politischen Linken. Wie die „Los von Rom“-Bewegung und überhaupt die österreichischen Radikalisemiten um Georg Ritter von Schönerer genauso wie die Monisten in der Tradition Ernst Häckels zeigten, gab es aber auch einen rechten Antiklerikalismus unter den Völkischen und Rechtsnationalen. Dies war ein dezidiert antiliberaler Antiklerikalismus. Nach 1918 rückte dieser Antiklerikalismus der extremen völkischen Rechten ins Zentrum der Politik.

Lisa Dittrich kann Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den Antiklerikalen in Deutschland, Frankreich und Spanien sichtbar machen. Es gelingt ihr, Nähe und Distanz zu den Liberalen über zwei bis drei politische Generationen hinaus genau zu vermessen. Besonders gelungen ist ihre Analyse des antiklerikalen Codes, der Antiklerikalismus wirksam machte, ohne ihn sichtbar und vor allem angreifbar zu machen.

Fribourg

Siegfried Weichlein

Visualisieren von Nationen

Hansen, Jason D.: Mapping the Germans. Statistical Science, Cartography, and the Visualization of the German Nation, 1848–1914, 232 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Ethnographische Karten sind der Versuch, Ergebnisse statistischer Erhebungen zur Nationalität oder Ethnizität der Bewohner einer Region graphisch darzustellen und territorial zu verorten. Dies ist alles andere als einfach umzusetzen, da die empirischen Grundlagen zwangsläufig unsicher sind. Erstens gab und gibt es keine unumstrittenen Indikatoren für die Nationalität oder Ethnizität eines Menschen, zweitens ist die einheitliche Erfassung solcher Indikatoren sehr aufwändig und drittens verlangt die statistische Erhebung nationaler oder ethnischer Zugehörigkeiten eindeutige Aussagen, wo nicht immer Eindeutigkeiten bestehen. Methodische und technische Gründe wiederum machen die Übersetzung quantitativer Daten in eine graphische

Form handwerklich schwierig und verstärken den Zwang zur Eindeutigkeit. Schließlich verlangt die Landkarte, Grenzen zu ziehen, und erschwert damit die Darstellung von Ausnahmen und Unklarheiten.

Ungeachtet dieser Probleme erhielten ethnographische Karten in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine solche Überzeugungskraft, dass sie bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als gewichtige Argumentationshilfe in politischen Auseinandersetzungen genutzt werden konnten. Mit dem Fokus auf den deutschsprachigen Raum fragt Jason D. Hansen, wie und weshalb dies geschah und strebt damit an, zur Nationalismusforschung beizutragen.

Fünf Kapitel gliedern die Arbeit. Im ersten davon skizziert Hansen die Geschichte des Bevölkerungszensus in Preußen, Österreich und dem Deutschen Reich vor 1914 und zeigt auf, wie führende Statistiker national und international übereinkamen, in der Muttersprache den wichtigsten Indikator der Nationalität zu erkennen (die gleichwohl nicht immer und überall in den Zensus aufgenommen wurde). Das zweite Kapitel ist der Entwicklung der Kartierung ethnographischer Verhältnisse gewidmet. Überzeugend stellt Hansen dar, wie sich technische Innovationen im Druckereigewerbe auf das Layout der Karten und damit auch auf das Wissen ausgewirkt haben, das mit ihrer Hilfe vermittelt werden konnte. Diese technischen Verbesserungen waren ihm zufolge ein wichtiger Grund dafür, dass die Karten gegen Ende des 19. Jahrhunderts wissenschaftliche Autorität beanspruchen konnten und damit Überzeugungskraft in politischen Debatten erhielten. Denn Grenzen und Differenzierungen ließen sich so immer besser darstellen. Im dritten Kapitel geht Hansen darauf ein, wie sich nach der Gründung des Deutschen Reichs sowohl der Schwerpunkt ethnographischer Statistik von staatlichen auf private Organisationen verlagerte als auch darauf, wie ethnographische Karten und Untersuchungen zunehmend gezielt von nationalen und nationalistischen Akteuren angefertigt wurden. War eine Karte zur Sprachenverteilung im Elsass 1871 mehr oder weniger zufällig gerade fertig geworden, um territoriale Forderungen an Frankreich zu legitimieren, so wurden vergleichbare Darstellungen später gerade aus politisch-ideologischen Überlegungen heraus erarbeitet. Das vierte Kapitel ist der medialen Verbreitung ethnographischer Karten in Atlanten, Zeitschriften und Zeitungen gewidmet. Stringent legt Hansen dar, wie das wissenschaftlich generierte statistische Wissen über die räumliche Verteilung von

Nationalitäten durch seine zunehmend selbstverständliche und alltägliche Verbreitung und Anwendung legitimiert und wie Öffentlichkeit und Wissenschaft auf diese Weise zu „Ressourcen füreinander“ (Mitchell Ash) wurden. Das fünfte Kapitel beabsichtigt, Praktiken aufzuzeigen, die nationale und nationalistische Akteure verfolgten, um die von den Karten aufgezeigten ‚statistischen Realitäten‘ in die reale Welt umzusetzen und eine Bindung ‚deutscher Volksgenossen‘ in aller Welt herzustellen. Dazu gehörten die photographische und erzählerische Darstellung des Alltags von ‚Deutschen‘ in aller Welt ebenso wie die Organisation karitativer Unterstützungs- und Nothilfemaßnahmen (etwa das Sammeln von Geld für Weihnachtsbäume für bedürftige Familien in Siebenbürgen) oder die Veranstaltung touristischer Reisen und Wanderungen in die Wohnregionen von Deutschen in Osteuropa.

Insbesondere Hansens Ausführungen über die Bedeutung technischer Innovationen auf die Glaubwürdigkeit ethnographischer Karten und damit auch auf den Inhalt politischer Debatten sind überzeugend und können als Anknüpfungspunkte für weitere Arbeiten dienen, die sich der materiellen Ebene politischer Diskurse widmen. Schade hingegen ist, dass er die einschlägige deutsche Forschung kaum zur Kenntnis nimmt. Viele seiner Darlegungen zur Entwicklung des Bevölkerungszensus etwa sind spätestens seit Michael C. Schneiders diesbezüglichen Arbeiten bekannt. Hansen hätte darauf verweisen und so Raum gewinnen können, um zeitgenössische Debatten über Grenzen und Möglichkeiten der Bevölkerungsstatistik und der ethnographischen Kartographie näher zu beleuchten und Gegenstimmen zu Wort kommen zu lassen. So erscheint etwa die Etablierung der Muttersprache als Hauptindikator der Nationalität als eine mehr oder weniger zwangsläufige Entwicklung, über die trotz anderer, von Hansen auch erwähnter Ansätze nicht wirklich diskutiert wurde. Auch die Auseinandersetzung mit der Wirkung und Nutzung ethnographischer Karten in politischen und gesellschaftlichen Debatten bleibt eher oberflächlich. Seine Argumentation, die alltägliche Nutzung ethnographischer Karten habe deren Legitimation gestärkt, ist daher zwar einleuchtend, aber nur ansatzweise nachvollziehbar. Schließlich ist die Funktion des fünften Kapitels nicht ganz klar, da es mit der Etablierung ethnographischer Karten als Argumentationsgrundlage wenig zu tun hat.

Festzuhalten bleibt: „Mapping the Germans“ ist ein lesenswertes Buch, das überzeugend

nachzeichnet, wie ethnographische Karten im deutschsprachigen Mitteleuropa zu einer zentralen Argumentationsgrundlage politischer Debatte wurden. Die Gründe für diese Entwicklung kann Hansen aber nur partiell aufzeigen.

Freiburg i. Br.

Martin Bemann

Homosexualität – eine deutsche Erfindung?

Beachy, Robert: Das andere Berlin. Die Erfindung der Homosexualität. Eine deutsche Geschichte 1867–1933, 462 S., Siedler, München 2015 (engl. 2014).

Der US-amerikanische Historiker Robert Beachy, gegenwärtig an der Universität Seoul tätig, hat 2014 den Versuch einer Gesamtgeschichte der Konstruktion einer homosexuellen Identität im deutschen Sprachraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes 1933 vorgelegt. Die Studie basiert auf publizierter Forschungsliteratur und für Berlin auch auf eigenen Studien an überwiegend bereits untersuchten Quellen. Beachy hat die Untersuchung in acht Kapitel untergliedert, wobei drei inhaltliche Schwerpunkte klar zu erkennen sind, die sich durch das gesamte Werk ziehen: Ein zentrales Thema ist die Konstruktion der Homosexualität im ausgehenden 19. Jahrhundert durch exponierte Männer begehrende Männer wie den Hannoveraner Juristen Karl Heinrich Ulrichs und Sexualwissenschaftler wie den österreichischen Psychiater Richard von Krafft-Ebing sowie Männer begehrende Männer, die sich in den von jenen formulierten Konzepten wiederfanden und so zur weiteren Konstruktion der homosexuellen Persönlichkeit beitrugen. Ein zweites kapitelübergreifendes Thema ist die Geschichte der Berliner Subkultur, also der Lokale für gleichgeschlechtlich begehrende Menschen und auch der Prostitution unter Einschluss der Betrachtung des Agierens der Polizei. Das dritte breit dargestellte Thema sind die Aktivitäten des Berliner Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld, des von ihm 1897 mit dem Ziel der Emanzipation Homosexueller gegründeten Wissenschaftlich-humanitären Komitees sowie seines 1919 eröffneten Instituts für Sexualwissenschaft. Beachys zentrale These ist, „dass die Entstehung einer auf einer unverrückbaren sexuellen Orientierung basierenden

Identität ursprünglich ein deutsches und insbesondere ein Berliner Phänomen war“ (S. 16).

Das Werk ist sicherlich für Menschen, die des Deutschen nicht mächtig sind, eine Bereicherung, da es über vieles informiert, was bisher im größeren Zusammenhang und auch im Detail nicht auf Englisch publiziert war. Für Personen, die die deutschsprachige Forschung kennen, enthält Beachys Werk jedoch kaum neue Informationen und dokumentiert auch in vielen Teilaspekten des Themas, etwa in Bezug auf die Verbände und Zeitschriften der Weimarer Republik, einen deutlich veralteten Forschungsstand. Beachys zentrale These, die „homosexuelle Persönlichkeit“ sei eine Berliner Erfindung, die auch in der Originalausgabe zu finden und nicht eine Zuspitzung der Verlage ist, muss als problematisch gelten: Zum einen ist zwar in der Forschung unbestritten, dass die Vorstellung, es gebe Menschen, die homosexuell im Sinne eines unveränderlichen Persönlichkeitsmerkmals seien, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum entwickelt worden ist. Diese Vorstellung wurde jedoch mit mehr oder weniger kurzer zeitlicher Verzögerung auch von Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, „Betroffenen“ und schließlich auch Gesellschaften in anderen westlichen Ländern übernommen, wie Beachy zum Teil selbst am Beispiel Englands und Frankreichs zeigt. Zwar war das intensive und häufige Zusammenwirken von Wissenschaftlern und „Betroffenen“ in der Tat ein „einzigartig deutsches Phänomen“ (S. 16), aber nicht der Umstand, dass die Konzeption schnell in breiten Kreisen übernommen wurde. Zum anderen war die Konstruktion einer homosexuellen Persönlichkeit kein primär „Berliner Phänomen“: Alleine schon die beiden von Beachy benannten wichtigsten Akteure des 19. Jahrhundert waren keine Berliner und wirkten auch nicht dort: Ulrichs war gebürtiger Friese, Krafft-Ebing lebte und arbeitete vornehmlich in Graz und Wien. Die Männer begehrenden Männer, die sich an die beiden wendeten, weil sie sich in den Beschreibungen wiederzuerkennen glaubten, kamen aus dem ganzen deutschen Sprachraum. Die Organisationen, die sich während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik für die Entkriminalisierung mann männlicher Sexualität und den Abbau von Diskriminierung einsetzten, waren keine Berliner Organisationen, wie der Autor behauptet, sondern deutsche Organisationen beziehungsweise Organisationen im deutschen Sprachraum. Sie hatten ihre Zentrale in Berlin und sicherlich waren die Berliner Gruppen auch die

mitgliederstärksten. Ein Großteil ihrer Mitglieder waren aber Menschen aus anderen Städten und Regionen in Deutschland und den anderen deutschsprachigen Ländern. Gleiches gilt für die Freundschaftszeitschriften der Weimarer Republik, die in Berlin erschienen, aber Autoren und Autorinnen im ganzen deutschen Sprachraum hatten. Beachy hat sicherlich Recht, dass die Berliner Subkultur auch wegen der weitgehenden Toleranz der Verfolgungsbehörden in ihrer Breite eine besondere war. Die Vergleiche, die er zu den Metropolen London und Paris zieht, sind treffend, allerdings ignoriert er, dass auch in anderen deutschsprachigen Großstädten blühende Subkulturen entstanden, die gleichfalls zur Etablierung einer homosexuellen Identität beitrugen. All dies, zum Teil vom Verfasser selbst angeführt, zeigt, die homosexuelle Identität wurde nicht primär oder ausschließlich in Berlin konstruiert.

Beachy stellt darüber hinaus in seiner Erfolgsgeschichte die Reaktion des preußischen beziehungsweise deutschen Staates zum Teil zu positiv dar: Es gab durchaus eine harte Zensur während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, unter der Publikationen im Kaiserreich litten und durch die viele Zeitschriften der 1920er Jahre zugrunde gingen, wie der Autor an Beispielen selbst zeigt, ohne aber seine These zu korrigieren. Die Zensur galt nicht für wissenschaftliche Texte – hierin ist der Unterschied zu Großbritannien zu sehen.

Bereichernd auch für deutschsprachige Leser und Leserinnen ist der Blick von mehr oder weniger prominenten englischsprachigen Besuchern auf die Stadt Berlin, der durch viele Zitate vermittelt wird, die im Zusammenhang bisher in der deutschsprachigen Forschung zur Geschichte gleichgeschlechtlichen Begehrens nicht bekannt waren. Das Werk ist über weite Strecken hervorragend geschrieben und lässt ein umfassendes Bild des Berlins des Kaiserreiches und der Weimarer Republik entstehen. Zuweilen hätte aber eine Reduktion der Darstellung einzelner Quellen den Lesefluss befördert, etwa in Bezug auf die zahlreichen geschilderten Erpressungsfälle in Berlin.

Hamburg

Stefan Micheler

Globale Biopolitiken

Große, Judith/Spöring, Francesco/Tschurenev, Jana (Hrsg.): Biopolitik und Sittlichkeitsreform.

Kampagnen gegen Alkohol, Drogen und Prostitution 1880–1950, 384 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Globale und transnationale Perspektiven brechen die nationalstaatliche und eurozentristische Tradition historischer Forschung seit den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf. Zu diesem Forschungsbereich leistet der aus einer Tagung hervorgegangene Sammelband einen theoretisch wie empirisch erkenntnisreichen Beitrag, indem er Sittlichkeitsreformbewegungen im Zeitraum von 1880 bis 1950 in ihren transnationalen Bedeutungen aufzeigt und mit Konzepten der Biopolitik verknüpft.

In ihrer Einleitung, die einen sehr lesenswerten Einstieg in die Thematik liefert, verstehen der Herausgeber und die beiden Herausgeberinnen die Reformbewegungen gegen Alkohol, Drogen, Prostitution und Geschlechtskrankheiten als biopolitische Regulierungen, die sich im untersuchten Zeitraum im Zuge von Modernisierung, Verwissenschaftlichung und globalem Imperialismus weltweit durchsetzten. Dabei zeigen sie, dass die verschiedenen Kampagnen gegen Drogen wie gegen sexuelle Devianz und Prostitution Schnittmengen aufwiesen. Auf diese Weise bringt der Band Forschungen zu Drogen- und zu Sexualpolitik zusammen und stellt sie in einen Kontext der sich herausbildenden Zivilgesellschaft, die sich – etwa in Gestalt der Anti-Alkoholbewegung – über Grenzen hinweg vernetzte und wichtige Anschläge zu bevölkerungspolitischen Regulierungen gab. Die Verbindung mit zivilgesellschaftlichem Engagement zeigt auf, dass hinter sittlichkeitsreformerischen Politiken immer Erhalt und Verbreitung bürgerlicher Werte standen: Zu schützen vor Drogenmissbrauch und vor devianten Sexualpraktiken war die bürgerliche Kernfamilie und die bürgerlich gedachte Nation, die von Europa und den USA aus in die Welt exportiert werden sollte.

Der Band ist in vier Themengebiete gegliedert. Der erste Teil besteht einzig aus dem Beitrag Ian Tyrrells, der die Geschichte der US-amerikanischen protestantischen Mission im 19. Jahrhundert nachzeichnet. Dieser Teil fügt sich nicht ganz in die Gliederung des Buchs ein, zumal der Autor nur punktuell Fragen der Sittlichkeitsreform und Biopolitik aufgreift.

So scheint der eigentliche empirische Beitrag zu den Themenfeldern des Bandes erst mit dem zweiten Teil zu beginnen, der sich mit der Medikalisierung von Drogen befasst. Martin Lengwiler untersucht die Debatte um die Pathologisierung

von Alkoholkonsum im Kontext der deutschen und französischen Psychiatrie; Francesco Spöring zeigt den Prozess der Medikalisierung des Trinkens an der Schnittstelle von akademischer und zivilgesellschaftlicher Anti-Alkohol-Bewegung auf, und Annika Hoffmann analysiert, wie der Konsum von Opiaten und Kokain im Deutschland der 1920er Jahre diskursiv als soziales und moralisches Problem verhandelt wurde. Alle drei Beiträge bewegen sich im Spannungsfeld von moralisch aufgeladener Argumentation und medizinisch-wissenschaftlicher Pathologisierung und zeigen zugleich auf, dass die jeweiligen Debatten sowohl nationalstaatlich als auch grenzüberschreitend geführt wurden und internationale Wissensgemeinschaften konstituierten.

Mit dem Verhältnis von transnationalen Diskursen und nationalen Organisations- und Mobilisierungsprozessen beschäftigt sich auch der dritte Teil des Bands. Judith Große untersucht Debatten über Prostitution und Geschlechtskrankheiten in Deutschland und Großbritannien und zeigt den Einfluss des feministischen Aktivismus auf medizinische Diskurse. Björn M. Felder sieht eine enge Verbindung der Sittlichkeitsreformbewegung des späten Zarenreichs mit protoeugenischen Ideen: Der spezifisch russische Modernisierungsdiskurs habe in der ‚Volksgesundheit‘ den Schlüssel nicht nur zur Überwindung gesundheitlicher Degeneration, sondern auch zur Überwindung der angeblichen Rückständigkeit des Landes gegenüber Europa gesehen. Thomas Fischer untersucht die Debatten über Koka und Kokain in Peru und Bolivien sowie in Europa und den USA vergleichend und in ihren transnationalen Interaktionen.

Der vierte Teil des Bandes widmet sich biopolitischen Regulierungen von Seiten des Staats. Manju Ludwig fragt nach der tatsächlichen Wirkmacht britischer Initiativen zur Kontrolle und Regulierung devianter Sexualität im kolonialen Indien. Robert Kramm-Masaoka zeigt anhand der Regulierung von Prostitution im besetzten Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Geschlechtskrankheiten und sexuelle Devianz als Bedrohung des American Way of Life, der bürgerlichen Familie und nicht zuletzt der nationalen Sicherheit wahrgenommen wurden. Gernot Klantschnig untersucht am Beispiel von Cannabis Drogen-Regulierungsstrategien im Nigeria der 1960er Jahre.

Die thematische Gliederung des Bandes in die drei Schwerpunkte – Medikalisierung, nationale Mobilisierung versus transnationale Vernetzung sowie staatliche Regulierung – überzeugt

stellenweise nicht ganz: Viele Beiträge lassen sich nur schwerlich klar einem Schwerpunkt zuordnen, da sie von allen drei Themenfeldern durchzogen sind. Hier liegt allerdings zugleich die Stärke des Sammelbandes, der aufzeigen kann, wie die drei Bereiche mehr oder weniger allen sittenreformerischen und biopolitischen Entwicklungen zugrunde lagen und welche Ähnlichkeiten die Diskurse und Regulierungen in verschiedensten Teilen der Welt aufwiesen. Dabei bleibt allerdings in vielen Beiträgen die transnationale oder globale Dimension auf den Austausch zwischen industrialisierten Staaten und auf die Einwirkungen europäischer und US-amerikanischer Regulierungen und Diskurse auf (ehemalige) Kolonien beschränkt; nur wenige Beiträge untersuchen die Perspektive der Kolonisierten und deren sittlichkeitsreformerische Debatten. Abgesehen von diesen Kritikpunkten jedoch bietet der Sammelband eine überzeugende, spannende und lesenswerte Verknüpfung der Themenbereiche Drogen und Prostitution, Sittlichkeitsreform und Biopolitik auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene.

Berlin

Nina Reusch

Heilsame Strahlen?

Ingold, Niklaus: Lichtduschen. Geschichte einer Gesundheitstechnik, 1890–1975, 277 S., Chronos, Zürich 2015.

Erhöhte Hautkrebsgefahr, frühe Hautalterung – die Bestrahlung durch Ultraviolettlicht hat heute ein Imageproblem. Diese Risikoperspektive ist eine Entwicklung der letzten Jahre. Wie Niklaus Ingold in seiner 2014 an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich angenommenen Dissertation zeigt, standen in der Zeit von 1890 bis 1975 vielmehr ihre gesundheitsfördernden Auswirkungen im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses. Die „Lichtduschen“ sollten dabei weniger der Verschönerung des Körpers dienen, sondern Gesundheit, Arbeits- und Leistungsfähigkeit steigern – und waren so Teil des Diskurses um die vernünftige Lebensführung in einer „von Industrialisierung, Urbanisierung, Verwissenschaftlichung und Technisierung gestalteten Welt“ (S. 10).

Ingold erzählt eine Geschichte der Verwissenschaftlichung und Kommerzialisierung der Lichtaussetzung des Körpers. Im Zentrum steht

die Frage nach der Entstehung, Verbreitung und Veränderung des Wissens über die Bedeutung von Lichtstrahlen für die menschliche Gesundheit (S. 7). Dabei geht es nicht um den „Wahrheitsgehalt“ lichtbiologischen Wissens, sondern um die Gründe für dessen Auftauchen, Erfolg oder Verschwinden sowie seine gesellschaftliche Rezeption und Einsatzweise (S. 18). Anknüpfend an die Akteur-Netzwerk-Theorie Bruno Latours betrachtet er die Bestrahlungsapparate als Orientierungspunkte, „wo [sich] das Wissen über Eigenschaften und Form von Strahlen immer wieder änderte, Strahlen also neu konfiguriert wurden“ und damit Aufschluss über Wahrnehmung und Konstruktion der Wirklichkeit bieten (S. 17).

Am Beispiel von Deutschland und der Schweiz skizziert Ingold zunächst die Anfänge der lichttherapeutischen Forschung und Praxis, verfolgt die Auswirkungen dieser Praktiken und Diskurse auf die strahlenbiologische Forschung und geht schließlich der Umwandlung der medizinischen Elektrosonnen in elektrische Konsumgüter nach. Dabei verarbeitet er vor allem gedruckte Quellen wie Fachzeitschriften, Gesundheitsratgeber, Werbebroschüren und Inserate, anhand derer er das vielschichtige Wechselspiel von Expertendiskursen, Bestrahlungspraktiken und öffentlicher Wahrnehmung der Ultraviolettstrahlen nachzeichnet.

Die ‚Erfolgsgeschichte‘ der Lichttherapie begann in den 1890er Jahren. Industrialisierung und Urbanisierung hatten im späten 19. Jahrhundert ein wachsendes Bedürfnis nach Licht und Luft ausgelöst. Elektrische Lampen galten dabei als probates Mittel, die heilsamen Effekte der Naturkraft Sonne kontrolliert zu applizieren. Die Lichttherapie ging zunächst in zwei Richtungen: Einerseits sollten Glühlicht(schweiß)bäder die Haut als Ausscheidungsorgan aktivieren. Andererseits entwickelte der Physiologe Niels R. Finsen in Kopenhagen einen Sammelapparat für elektrisches Licht zur Therapie von Hauttuberkulose, der sich die Bakterien tötende Wirkung starken Lichts zu Nutzen machte und dabei vor allem auf kurzweilige Strahlen setzte. Während der Finsen-Apparat aufgrund hoher Anschaffungs- und Betriebskosten nur in Spezialeinrichtungen zum Einsatz kam, fand das Glühlichtbad rasch Verbreitung in der physikalischen Therapie. Es machte den elektrotechnischen Fortschritt am eigenen Leib erfahrbar – und unterstützte damit auch Ärzte und Kurbetriebe, sich auf dem Gesundheitsmarkt beim Werben um Kundschaft zu behaupten.

Noch erfolgreicher als die Kastenlichtbäder waren die künstlichen Höhensonnen, welche die alpine Klima- und Lichttherapie im Flachland reproduzierbar machen sollten. Mangel an Ultraviolettstrahlen galt in den rauch- und staubbelasteten Städten der Industrieländer als Ursache zahlreicher Zivilisationskrankheiten. Mit der Massenbestrahlung von Großstadtkindern gegen Rachitis stiegen die Höhensonnen in der Zwischenkriegszeit „zum Emblem eines Präventionsregimes auf, in dem Wissenschaft und Staat schädliche Auswirkungen der Moderne mit Spitzentechnologie zu überwinden versuchten“ (S. 127). Durch den Besuch von Höhensonnenbädern oder den Erwerb privater Ultraviolettlampen sollte zudem die Leistungs- und Arbeitsfähigkeit des Körpers, dessen Schönheit und sexuelle Attraktivität gesteigert werden. Gebräunte Haut war nicht nur ein individuelles Statussymbol. Lichtduschen als Stärkungsmittel für die ganze Familie entsprachen ferner dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach gesunden, trainierten Körpern – und erfüllten damit auch eine politische Funktion. Während des Nationalsozialismus war die Ultraviolettbestrahlung so Teil des Diskurses um die Herstellung wehrfähiger Männer- und Frauenkörper, die gesunden Nachwuchs zeugen und äußere Feinde abzuwehren vermögen. Negative Langzeitfolgen der Strahlen – obgleich seit den 1930er Jahren bekannt – fanden erst seit den 1960er Jahren Beachtung, nachdem mit dem Massentourismus in sonnenreiche Gegenden, der Einführung von Vitaminpräparaten sowie der verbesserten Luftqualität in den Ballungsräumen der chronische Lichtmangel aus dem Gesundheitsdiskurs weitgehend verschwunden war.

„Lichtduschen“ mögen auf den ersten Blick ein exotisches Forschungsthema sein. Durch die geschickte Verknüpfung von Technik-, Wissens- und Kulturgeschichte zeigt Niklaus Ingold das hohe Erkenntnispotenzial eines derartigen diskurs- und artefaktzentrierten Ansatzes. Anschaulich zeichnet er den Wandel lichttherapeutischer Diskurse, Wissensbestände und Praktiken nach. Auf eine *ex post*-Bewertung verzichtet der Autor dabei bewusst – auch wenn für den lichttherapeutischen Laien Hinweise auf ihre Validität durchaus interessant wären. Besonders aufschlussreich gestalten sich seine Ausführungen zur gesellschaftlichen Rezeption und Instrumentalisierung der neuen Gesundheitstechniken – von der Manipulation von ‚Mangelkörpern‘ über ihre Technisierung und Verwissenschaftlichung bis zur individuellen und gesellschaftlichen Vision körperlicher Vollkommenheit. Die Geschichte

der Ultraviolettbestrahlung eröffnet damit neue Perspektiven auf die Konzeptualisierung – und Kommerzialisierung – von Gesundheit, Natur und Körperlichkeit im 20. Jahrhundert.

Innsbruck

Ute Hasenöhr

19. JAHRHUNDERT

Morales du XIX^e siècle : une histoire politique

Hallade, Sébastien (éd.): Morales en révolutions. France, 1789–1940, 288 pp., PUR, Rennes 2015.

Ce livre collectif sur les rapports entre le pouvoir, la politique et la morale en France au XIX^e siècle est issu d'un projet scientifique porté par le centre d'histoire du XIX^e siècle de l'université Paris-Sorbonne. Les interrogations concernent les ruptures provoquées par la Révolution française sur les normes éthiques, et plus précisément sur les productions culturelles qui entendent définir des pratiques politiques autorisées ou interdites, en regard d'une morale, ou, dans certains cas, d'une idéologie du bien. L'hypothèse générale, formulée de façon très ramassée par Philippe Boutry en introduction et de façon plus étendue par Jacques-Olivier Boudon en conclusion, est celle d'une « sécularisation de l'éthique » au XIX^e siècle. Ainsi condensée, cette hypothèse scientifique générale est de facture très classique. Pourtant, il n'est pas sûr que le contenu concret des études ici réunies corresponde vraiment à cette proposition scientifique. La perte de sacralité de la morale et l'émergence de religions civiques, laïques ? On s'attendrait, dès le début, à ce que les auteurs discutent, ou utilisent les travaux de Marcel Gauchet. Pourtant, les thèses de l'auteur du « Désenchantement du monde » (1985) ne sont à peu près pas débattues. En revanche, les références aux travaux, plus anciens, de Paul Bénichou reviennent souvent dans les différents chapitres : Paul Bénichou, auteur en 1948 d'un livre fameux sur les « Morales du grand Siècle », fournit un des horizons de ce livre collectif et en fournit une clé de lecture. Ce livre se veut une histoire des morales politiques, et singulièrement des éthiques des révolutionnaires du XIX^e siècle.

En d'autres termes, le volume ne s'attelle pas à l'histoire des morales religieuses, ni vraiment à l'étude de nouveaux cultes civiques, mais bien aux débats publics, intellectuels et politiques, sur la moralisation et le bien commun. Cela donne beaucoup d'intérêt aux contributions réunies ici : il s'agit d'histoire culturelle heureusement proche des contingences politiques et des crises de régimes, attentive aux antagonismes idéologiques et à la légitimation, précaire, des pratiques de pouvoir et de contestation – y compris les plus condamnables a priori comme la délation ou la subversion armée. Les quatorze contributions sont distribuées en cinq parties, à la fois thématiques et chronologiques : la première, avec deux contributions, sur les « enjeux moraux » de la Révolution et de la Restauration (1789–1830) et la deuxième, avec trois contributions, sur les débats sous la monarchie de Juillet (1830–1848). La troisième, avec trois contributions, revient sur les changements de morales politiques pendant les révolutions de 1848 et 1871. Quant à la quatrième partie, plus thématique, elle s'interroge, avec quatre contributions, sur les morales politiques des tenants de la révolution ou du changement social. Enfin la cinquième partie porte sur la morale sous la III^e République, avec deux contributions. Ces études sont suivies d'un choix de documents : extraits de publications d'auteurs du XIX^e siècle, et quelques pièces d'archives. Cette anthologie de textes, aujourd'hui assez rare dans l'édition historique française, distingue ce volume collectif, de même que les éléments de bibliographie donnés au final. L'unité scientifique de l'ensemble est réelle, et non artificielle, et elle mérite d'être saluée. Cependant, on voit aussi apparaître les points forts de ces recherches : le cœur du propos concerne les morales des révolutionnaires, ou des adeptes du changement politique et social, avant tout entre 1815 et 1871, de la Restauration à la Commune. Cela ne signifie pas que les autres questions et les autres périodes – antérieure (1789–1815) et postérieure (1871–1940) – sont dédaignées : elles sont présentes, mais pas centrales.

L'étude que propose J.-C. Martin, dans un texte intitulé « Une lecture morale de la Révolution ? », relève écrit-il, d'une « réflexion de méthode ». Il s'agit d'un côté d'une réflexion critique sur les lectures morales, ou moralisantes, de la Révolution, chez les acteurs des années 1789–1800, et chez les historiens, jusqu'à aujourd'hui. L'étude vise, d'un autre côté, à définir l'événement révolutionnaire comme une mise en œuvre, française, d'attentes culturelles et sociales très répandues en Europe : des attentes de

vertu et de régénération du corps politique. Ce texte de méthode, ou de synthèse, se fait donc l'écho de nouvelles interprétations proposées par des historiens anglais et américains depuis les années 1990, avec, par exemple, les travaux de Marisa Linton. Ces analyses sont, aujourd'hui, reprises et renouvelées, comme le montre la publication récente d'un livre collectif consacré à la vertu en politique, et aux législateurs, depuis 1789 (Biard et. al. « Vertu et politique », 2015).

Le volume sur les morales en révolution au XIX^e siècle ne met donc pas l'accent sur les ruptures de 1789–1800. On doit faire un constat proche pour les années 1871–1940, qui se trouvent à l'autre extrémité de la séquence chronologique. Deux contributions sont placées dans la cinquième partie du livre et concernent les projets moraux des républicains. L'une est celle de Corinne Doria, consacrée à un essai sur la morale et la politique publié dans les années 1890 par Émile Faguet, universitaire et critique littéraire connu mais dont la place comme intellectuel n'est sans doute pas si importante. L'autre est la contribution de Marc Deleplace sur la part de la morale dans l'enseignement de la révolution et de l'Empire, à travers les manuels de l'enseignement secondaire publiés entre les années 1880 et 1938. Cette étude est à la croisée de l'historiographie et de l'histoire de l'enseignement. Elle porte sur l'échec de la « morale d'édification », écrit l'auteur, dans les manuels et l'enseignement de l'histoire, et en particulier sur l'interprétation scolaire de la violence pendant la Révolution française.

En d'autres termes, ce sont bien les débats publics sur la morale et la politique pendant les années 1815 à 1871 qui constituent le cœur du livre : c'est là que les apports scientifiques sont, visiblement, les plus nets. C'est vrai pour les acteurs politiques que l'on peut ranger, à un titre ou à un autre, dans le camp de la révolution ou du mouvement. On pense, entre autres exemples, à ceux que Philippe Darriulat nomme les « prophètes néojacobins » des années 1830–1848, mais aussi aux communards parisiens de 1871 tenants d'une « morale vraie », que Laure Godineau met en lumière. On doit aussi signaler, dans cette rubrique, les fouriéristes partisans de l'Harmonie, étudiés par Bernard Desmars, les conspirateurs, de Buonarrotti à Blanqui, qu'évoque Jean-Noël Tardy, les réfugiés polonais réfugiés en France après l'insurrection de Varsovie en 1830–1831, et enfin les anarchistes dans le journal « la Révolte », publié par Jean Grave de 1885 à 1914. À travers cette série d'études, apparaissent des lignes de force, et surtout des questions douées

d'une force rémanente : l'impératif de régénération morale et sociale et surtout la recherche d'un gouvernement dont la vertu garantit, en quelque sorte, le bonheur commun.

Le deuxième apport, majeur, de ce livre collectif concerne l'histoire des débats et des controverses. Ces dernières peuvent être suscitées par l'événement révolutionnaire lui-même : Sébastien Hallade montre ainsi, très clairement, que la société des gens de lettres tient, sous le coup de la révolution de février 1848, un discours sur la moralisation, ou la régénération. Cette politisation suscite donc des discours moraux, analysés ici à travers les positions d'écrivains connus entrés en politique – Alexandre Dumas, Paul Féval, Eugène Sue, Charles Baudelaire. En d'autres termes, plusieurs de ces controverses et de ces débats ont pour enjeu la légitimité morale d'un mode de gouvernement ou d'un régime. Et, de fait, certains types de discours ne survivent pas, ou peu, au gouvernement qu'ils prétendent légitimer, comme le discours de l'éloge sous la Restauration, étudié par Corinne Legoy. À la lumière de ces études, le XIX^e siècle apparaît bien comme un siècle producteur de morales politiques, dont certaines sont fort connues aujourd'hui, tandis que d'autres ont, à l'inverse, disparu assez vite des mémoires. Le « courage civil », dont Vincent Robert montre l'apparition vers 1825 et l'effacement dix ans plus tard, éclaire, dit-il, l'échec d'une « vertu à l'usage des classes censitaires ».

Ces deux apports scientifiques sont majeurs et, de fait, ce livre collectif vient combler une lacune nette dans l'historiographie française. Ces nouvelles analyses pourraient être, c'est vrai, mieux situées par rapport à plusieurs travaux, relevant soit des *cultural studies* – comme les études de Jo B. Margadant ou de W. Fortescue – soit de l'histoire des idées – comme l'étude du philosophe républicain Renouvier par M.-C. Blais. Reste l'essentiel : ces études sont autant de pistes ouvertes à une meilleure compréhension des processus de modernisation en France, et elles témoignent de la grande vitalité de l'histoire culturelle du politique.

Avignon

Frédéric Monier

Neoabsolutismus in Österreich

Seiderer, Georg: Österreichs Neugestaltung. Verfassungspolitik und Verwaltungsreform im

österreichischen Neoabsolutismus unter Alexander Bach 1849–1859, 553 S., ÖAW, Wien 2015.

Die Münchner Habilitationsschrift des Erlanger Lehrstuhlinhabers für Bayerische und Fränkische Landesgeschichte Georg Seiderer ist einer vergleichsweise wenig erforschten Epoche der österreichischen Geschichte des 19. Jahrhunderts gewidmet: dem Neoabsolutismus zwischen der gescheiterten Revolution von 1848/49 und dem späten Übergang Österreichs zum Konstitutionalismus im Gefolge des verlorenen Sardinischen Krieges von 1859. Die gängigen, zumeist ambivalenten Wertungen der Epoche, die tendenziell entweder den repressiv-antirevolutionären Charakter der Politik oder aber das Modernisierungspotenzial des Neoabsolutismus hervorheben, bilden den Hintergrund der quellengesättigten Arbeit von Seiderer, der als Ergänzung bereits vorhandener Studien, vor allem über die Finanzpolitik der Epoche, erstmals systematisch und umfassend angelegt die Verfassungspolitik und Verwaltungsreformen untersucht. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Verfasser dabei auf die Konzepte und Taktiken des Innenministers Alexander Bach, nicht nur weil er als zuständiger Ressortchef die Entscheidungen auf diesen beiden Politikfeldern maßgeblich beeinflusste, sondern auch weil sich durch die biographische Perspektive – Bach hatte seine politische Karriere 1848 als konstitutioneller Reformator begonnen – ausloten lässt, wie viel Liberalismus im Neoabsolutismus Niederschlag finden konnte.

Der Einleitung, in der Seiderer auf recht breitem Raum den Forschungsstand zum Neoabsolutismus im Allgemeinen und zu Bach im Besonderen reflektiert und über Absichten und Aufbau seiner Studie Auskunft gibt, schließen sich zwei zu den eigentlichen Themen hinführende Kapitel an, die der „Habsburgermonarchie vor der Revolution“ – erstaunlicherweise ist hier auch ein nur kurzes Unterkapitel über die Revolution von 1848/49 inkorporiert – und dem Prozess der Dekonstitutionalisierung von 1849 bis 1852 gewidmet sind. Den Kern der Studie bilden die folgenden drei Großkapitel, die jeweils minutiös die Diskussionen und Entscheidungen über den neoabsolutistischen Verwaltungsneubau (Kap. IV), die Gemeindeverfassung und die adelige Selbstverwaltung (Kap. V) sowie die letztlich fruchtlosen Bemühungen um die Einführung von Landesstatuten (Kap. VI) nachzeichnen und analysieren. In allen drei Kapiteln verdeutlicht Seiderer, dass Bach bei den Reformvorhaben,

auch wenn sie der Revolutionsprävention dienen sollten, erheblichen Widerständen vor allem von konservativer Seite begegnete: Die beabsichtigte straffe administrative Unifizierung drohte auf Kosten der Privilegien insbesondere des Adels zu gehen, dessen Stellung bereits in der Revolution erschüttert worden war und der nun auch dem neoabsolutistischen Regierungsprogramm Bachs zumindest skeptisch, wenn nicht offen ablehnend gegenüberstand. Für manche, wie den Grafen Egbert Belcredi, den der Autor in der Einleitung seiner Arbeit zitiert, erschien der Neoabsolutismus gar als eine Fortsetzung der Revolution, durch die „alle monarchischen Institutionen zerstört, verunglimpft und unterwühlt und der Adel in jeder Weise missachtet und geschädigt wurden“ (S. 16).

Die Verwaltungsgeschichte bietet in der Regel keine leichte Kost, und auch Seiderers Darstellung verlangt von den Leserinnen und Lesern konzentrierte Aufmerksamkeit, um über den Detailliererörterungen über Statthaltereien, Bezirksämter, limitierte Selbstverwaltung der Gemeinden, Modelle von Magistratsverfassung und korporativer Basis oder Landesstatute zwischen alt- und neuständischen Prinzipien den argumentativen Faden nicht zu verlieren. Orientierungshilfen gibt der Autor in knappen Zwischenzusammenfassungen am jeweiligen Ende der drei Großkapitel, und am Schluss der Arbeit fasst er die Ergebnisse nochmals prägnant zusammen: Verfassungs- und Verwaltungspolitik des Neoabsolutismus dienten „der Abwehr liberal-konstitutioneller Partizipationswünsche“ und waren zugleich eine „Reaktion auf die nationalen Ansprüche, die die Monarchie zu sprengen drohten“, sie lassen sich mithin als „Prozess der – nachholenden – Staatsbildung“ deuten (S. 493f.). Dieser allerdings waren, wie Bach bei mehreren Reformvorhaben erfahren musste, enge Grenzen gesetzt, weil der Neoabsolutismus, um überhaupt eine Trägerschicht zu erhalten, zu einer vorsichtigen Adelpolitik gezwungen war: „Als Funktionselite in der Bürokratie und im Militär war der Adel in der Habsburgermonarchie“, gegen dessen Privilegien sich viele der nachholenden Staatsbildungsmechanismen richteten, „innerhalb des Systems unverzichtbar“ (ebd.). Nicht zuletzt wegen dieser Einschränkung des Modernisierungspotenzials fällt Seiderers Gesamtfazit über die Epoche zwiespältig aus: Der Neoabsolutismus habe den Staat zwar nicht auf ein totes Gleis geführt, aber doch, „ungewollt und ganz entgegen seinen Absichten“ dazu beigetragen, „dass sich neue Konflikte entfalten konnten – auf dem Boden des

„modernen“ Staates und im Rahmen veränderter rechtlicher und gesellschaftlicher Bedingungen“ (S. 497f.).

Heidelberg

Frank Engehausen

Kein versteinertes Relikt

Van Bommel, Bas: Classical Humanism and the Challenge of Modernity. Debates on Classical Education in 19th-Century Germany, 234 S., De Gruyter, Berlin u. a. 2015.

Bas van Bommel stellt mit seinem Buch „Classical Humanism and the Challenge of Modernity. Debates on Classical Education in the 19th-Century Germany“ eine der wirkmächtigsten Mythen deutscher Bildungsgeschichte infrage. Er fragt scilicet, wie „neuhumanistisch“ im Humboldt'schen Sinne die deutschen Gymnasien im 19. Jahrhundert in der Praxis waren. Er kommt zu dem Ergebnis, dass in den Gymnasien eher ein traditionelles Bildungsideal vorherrschte, das mit dem Begriff „classical humanism“ besser zu beschreiben ist, da es stärker in der Traditionslinie des Renaissance-Humanismus stand.

Zunächst definiert der Autor die Begriffe Neuhumanismus („Neohumanism“) und klassischen Humanismus („classical humanism“). Für den Neuhumanismus lehnt sich van Bommel an Friedrich Paulsen an und betont, Wilhelm von Humboldt und Friedrich August Wolf – seine beiden Gewährsmänner – vertraten das Studium der antiken Literatur auf eine moderne Art. Für Wolf war das „Latin-oriented ideal of practical imitation“ (S. 4) nicht mehr brauchbar. Die absoluten Werte seien vor allem im Griechischen zu finden, weswegen er die Idee des „Greek-oriented ideal of historical contemplation“ vertrat. „Neuhumanismus“ verstand Paulsen als kritische Antwort auf den Aufstieg der modernen Gesellschaft. Altsprachliche Inhalte waren nach Humboldt das beste Mittel, um diese neue Gesellschaft zu bilden, die auf Individualität, Freiheit und Gleichheit basierte.

Van Bommel verortet den Neuhumanismus hauptsächlich an den Universitäten und stellt sich die wichtige Frage, inwiefern dies die Praxis auf den Gymnasien beeinflusste. Zu Recht weist er darauf hin, dass der Einfluss des Neuhumanismus auf die Gymnasien häufig dadurch bewiesen wurde, dass dem Griechischen eine stärkere Bedeutung im Schulunterricht zukam. Dies lässt

er nicht gelten: Zwar hätte Griechisch in den Lehrplänen des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewonnen, aber in fast allen Schulen hatte Latein immer noch den Vorrang.

Um im Gegenzug zu beweisen, dass der traditionelle Humanismus das dominierende Bildungsideal in den Gymnasien blieb, untersucht der Verfasser im ersten Teil des Buches die Ideale altsprachlicher Bildung, wie sie durch „practical schoolteachers“ (S. 14) zwischen 1770 und 1860 propagiert und vermittelt wurden. Methodisch gelingt ihm dies mittels einer Fallstudie, in der er die Humanismus-Vorstellung von Karl Gottfried Siebelis, Rektor eines Gymnasiums in Bautzen, eingehend analysiert. Van Bommel konnte dabei „nine constitutive aspects“ (S. 23) herausdestillieren, die er bei insgesamt 35 Schulmännern fand, die er zum Vergleich heranzog. In einem zweiten Schritt untersucht er Siebelis' Unterrichtspraxis. So versucht van Bommel den Idealtyp des klassischen Humanismus im 19. Jahrhundert zu beschreiben. Seine Analyse ergibt, dass die Vorstellung von Humanismus und die Art der Lehre von Siebelis so sehr dem Renaissance-Humanismus entsprach, dass man besser von „classical humanism“ als „neohumanism“ sprechen sollte. Zwar wurde dem Griechischen in der Tat mehr Zeit eingeräumt und auch Latein als gesprochene Sprache ging zurück, aber man war immer noch bestrebt, das praktische Ideal der Eloquenz zu vermitteln. Van Bommel schlussfolgert, dass für den Bereich der Gymnasialbildung der Begriff Neuhumanismus mit seiner Betonung auf Erneuerung unangebracht sei.

Im zweiten Teil seiner Studie stellt van Bommel die These auf, dass der klassische Humanismus sich deshalb so erfolgreich behaupten konnte, da er über eine große Anpassungsfähigkeit verfüge. Dazu untersucht er drei Gruppen, die seiner Meinung nach den klassischen Humanismus im 19. Jahrhundert herausforderten: zum einen die sich neu herausbildenden Wissenschaften der Philologie und der Pädagogik. Zum anderen die Bürger- und Realschulen, die ihren Fokus auf Naturwissenschaften und moderne Sprachen legten. Zum dritten, schließlich, eine christliche Kritik am Humanismus, die daraus resultierte, dass das angeblich „pagane“ Gymnasium für die politischen und sozialen Unruhen seit 1820 verantwortlich gemacht wurde. Interessant ist, dass es sich dabei nicht wirklich um eine Gegnerschaft zum humanistischen Bildungsideal gehandelt habe, da man nicht beabsichtigte das humanistische Bildungsideal zu ersetzen, sondern auszuweiten. Besonders gut lässt sich dies an der

Auseinandersetzung mit den Bürgerschulen zeigen. Der Zulauf zu den Bürgerschulen war zwar enorm, aber ihr Ansehen war eher gering. Die humanistischen Ideen waren so tief verwurzelt im erzieherischen Denken, dass das Gymnasium in seiner Existenz nie gefährdet war, sondern sich die Bürgerschulen überlegten, wie auch sie sich das Prädikat humanistisch zuschreiben konnten.

Van Bommel schlussfolgert, dass der klassische Humanismus im 19. Jahrhundert kein versteinertes Relikt der Vergangenheit war, sondern „the continuation of a living tradition“ (S. 207). Klassischer Humanismus war nicht nur deswegen populär, weil ihn ein Großteil der Schulmänner immer noch pflegte, sondern weil er das Potenzial hatte, externe Einflüsse zu assimilieren und zudem auch neue pädagogische Strömungen zu inspirieren.

Kaum etwas ist so politisiert und ideologisch besetzt wie das deutsche Gymnasium samt dem ihm zugeschriebenen humanistischen Bildungsideal. Gerade deshalb ist der Blick „von außen“ auf das deutsche Gymnasium durch van Bommel, der nicht das ganze Gepäck der eigenen deutschen Bildungsbiographie auf den Schultern trägt, so erfrischend nüchtern – und häufig absolut zutreffend. Allerdings passen die beiden Analyseteile nicht wirklich zusammen und er wiederholt seine Thesen recht häufig, weswegen das Buch gelegentlich redundant wirkt. Letzteres kann man ihm aber auch zugutehalten, da es die Lesbarkeit und das Verständnis erhöht und selbst derjenige, der das Buch nur flüchtig zur Hand nimmt, die Kernanliegen schnell begreift. Insgesamt ist das Buch von van Bommel absolut lesenswert und leistet einen wichtigen Beitrag zur bildungsgeschichtlichen Forschung.

Mainz

Anna Kranzdorf

20. JAHRHUNDERT

Mitterrand – faszinierend und umstritten

Winock, Michel: François Mitterrand, 432 S., Gallimard, Paris 2015.

Außer über General de Gaulle sind über keinen französischen Politiker des 20. Jahrhunderts so viele Biographien geschrieben worden wie über François Mitterrand. Warum also noch einen Titel

zur schon langen Liste hinzufügen? Eine einfache, aber zutreffende Antwort lautet: Weil Mitterrands Persönlichkeit nach wie vor fasziniert. In seinem Vorwort erläutert Michel Winock, Autor mehrerer Bücher über die französische Geschichte des 19. und 20. Jahrhundert – darunter eine Biographie Clemenceaus – sein Vorhaben: Er will zwar keine, das Leben Mitterrands beinahe tagtäglich nachzeichnende Beschreibung vorlegen, von denen es schon einige gibt (z. B. Giesbert, 1996; Lacouture, 2006; Nay, 1987; Péan, 1994), aber seine Darstellung will auch nicht fragmentarisch sein. Es geht ihm um eine zwar gestraffte, aber das gesamte Leben und Wirken Mitterrands erfassende Analyse, wobei auch die nicht-öffentliche Seite des „komplexen und in vieler Hinsicht nicht greifbaren Menschen“ (S. 11) Mitterrand angemessen zu berücksichtigen ist.

Etwa die Hälfte des Buches umfasst die Jahre bis zur Bildung der Linksunion (1972). Das mag zu viel erscheinen, hat Mitterrand seine historische Bedeutung doch erst durch seine 14-jährige Präsidentschaft (1981–1995) erhalten. Aber die Präsidentschaft wie vor allem die Persönlichkeit des Präsidenten sind nicht zu verstehen, wenn man nicht die davor liegenden Phasen seines Lebens einbezieht: die Kindheit in einer katholischen Kleinbürgerfamilie in der Provinz (ein „enfant barrésien“); die Studentenjahre im Paris der 1930er Jahre, wo er sich im rechten politischen Spektrum bewegt; der Krieg und die ihn offensichtlich stark prägende Gefangenschaft in Deutschland; seine besonders umstrittene, von ihm lange geleugnete Tätigkeit im Vichy-Regime des Marschalls Pétain und schließlich sein – relativ später – Weg in den Widerstand. Nach dem Ende des Krieges beginnt seine politische Karriere als Abgeordneter der IV. Republik und als Minister in 11 Kabinetten. Man hätte gern noch genauer gewusst, wie es der noch junge Mann (gerade einmal 30 Jahre), der ja nicht zu den herausragenden Résistance-Führern gehört hatte, in recht kurzer Zeit geschafft hat, in die erste Reihe der Politiker aufzusteigen. Dennoch hätte „der ewige Minister“, im Unterschied etwa zu Robert Schuman oder Pierre Mendès France, mit seiner politischen Tätigkeit keine, auch noch nach Jahren erkennbare politische Spuren hinterlassen, wenn sein politisches Leben mit der IV. Republik geendet hätte.

Die V. Republik lehnt er vehement ab, da sie in seinen Augen den Geburtsmakel eines Putsches trägt. Gleichwohl kandidiert er bei der Präsidentenwahl 1965, unterstützt von den Kommunisten und den Sozialisten, obwohl er kein

Parteimitglied ist. Er wendet sich nun den Sozialisten zu, wird mit seinem Eintritt 1971 gleich Parteichef, erneuert die Partei und strebt ein Bündnis mit den Kommunisten – für die er keinerlei Sympathien hegt – an, da er klarsichtig erkennt, dass nur so ein Machtwechsel möglich ist, der vor allem auch die Befriedigung seines großen politischen Ehrgeizes bringen soll. Diese politische Strategie führt 1981 zum Erfolg, nachdem die Kommunistische Partei – unter geschicktem Mitwirken Mitterrands – so geschwächt war, dass sie nur noch der Juniorpartner der Sozialisten war. Von Mitterrands Präsidentschaft bleiben die mutige Abschaffung der Todesstrafe (gegen die Mehrheitsmeinung), die Verstaatlichungen großer Unternehmen und Banken, die Dezentralisierung mit der Schaffung der Regionen sowie sein Beitrag zur Festigung des Regimes der V. Republik, indem der Machtwechsel möglich wurde. Auch sein zweimaliges Akzeptieren der Kohabitation (1986–1988 und 1993–1995) hat dazu beigetragen. Sein Platz in der Geschichte wird vor allem begründet durch die in enger Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl betriebene Fortführung und Vertiefung der Europäischen Integration und der deutsch-französischen Aussöhnung. Der Händedruck mit Helmut Kohl auf den Gräbern von Verdun bleibt stärker im Gedächtnis als sein Zögern bei der Wiedervereinigung.

Seine politischen Wendemanöver, waren nur möglich, weil er sich durch feste politische Überzeugungen nicht behindern ließ. Er hat selbst einmal gesagt, dass er kein Marxist sei. Es ist zweifelhaft, ob er in der V. Republik überzeugter Sozialist geworden war. Jedenfalls stützte er sich nicht auf ein theoretisches Fundament wie ein Jaurès oder Blum. Wichtiger als die Verwirklichung programmatischer Ziele war ihm, endlich in die so lange angestrebte politische Führungsposition zu kommen. Mit einem kleinen politischen Klub wie der UDSR in der IV. Republik war das nicht möglich. Die sozialistische Partei und die Linksunion waren unentbehrliche Vehikel seines Ehrgeizes.

Seine vielschichtige und widersprüchlich erscheinende Persönlichkeit hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck: Neben seiner Intelligenz, seiner in Wahlkämpfen wie in Parlamentsdebatten entfalteten Rednergabe und seinem großen politischen Geschick bleibt der ehrgeizige Opportunist, dem nahezu jedes Mittel recht ist, um sein hochgestecktes Ziel, die politische Führungsposition, zu erreichen. Es bleiben auch Skandale, in die er verwickelt war und zweifelhafte Freundschaften, an denen er gleichwohl

festhielt. In Erinnerung bleiben auch Lügen und ein vor der Öffentlichkeit verborgenes, aber auf Staatskosten finanziertes Doppelleben. Der sozialistische Präsident erinnert in Vielem eher an die Tradition des Hofes von Versailles als an einen verantwortlichen Politiker einer demokratischen Republik.

Nach der Lektüre des Buches wird der Leser davon überzeugt sein, dass Winocks Biographie keineswegs überflüssig ist. Sie ist konziser als viele der bereits vorliegenden, sie ist stärker analytisch und weniger deskriptiv angelegt und sie ist auch dem „Helden“ gegenüber distanzierter, objektiver, soweit das bei einer Biographie überhaupt möglich ist.

St. Ingbert

Adolf Kimmel

Gut editierte Tagebücher

Steinbach, Matthias/Dathe, Uwe (Hrsg.): Alexander Cartellieri. Tagebücher eines deutschen Historikers. Vom Kaiserreich bis in die Zweistaatlichkeit (1899–1953), 980 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Der Mediävist Alexander Cartellieri (1867–1955), der auch über neuzeitliche Themen schrieb, führte zwischen 1878 und 1954 Tagebuch – meist sonntags. Die beiden Herausgeber, Matthias Steinbach und Uwe Dathe, haben aus dem Zeitraum 1899 bis 1953 Auszüge veröffentlicht, wobei die Einträge zu seinen Arbeiten und seinen eigenen Krankheiten, seine Trauerarbeit zum Tod seiner Frau, seine Reisebeschreibungen und seine zum Teil ausufernden Bemerkungen zu Reisebekanntschaften stark gekürzt und auf wenige Beispiele beschränkt wurden.

Es sind vor allem die verschiedenen Ebenen, die das Tagebuch zu einer wichtigen Quelle machen: Zunächst seine Aufzeichnungen über seine wissenschaftliche Tätigkeit, seine Zweifel, ob es vernünftig war, Philipp II. August von Frankreich als Dissertations- und Habilitationsthema zu wählen – er widmet sich ihm mehr als zwanzig Jahre –, und ihm aus seiner Sicht lediglich den Ruf nach Jena („Popel-Jena“) einbrachte, wo er das Historische Seminar aufbaute. Ein weiterer Schwerpunkt, Weltgeschichte, brachte auch keinen Vorteil, da der Absatz der Bücher nur schleppend voranging. Auch seine Auffassung über die Arbeit eines Historikers dürfte ihm Probleme gebracht haben: quellenorientiert und

wenig Beachtung der Kollegenmeinungen, die er zum Teil als oberflächlich ansah.

Obwohl Cartellieri sich an einer Stelle über Politiker monierte, die nicht die Ergebnisse der Forschung berücksichtigten, gehörte er zu den Historikern, die selber nicht aus den Erfahrungen lernten, die sie im Laufe des Lebens machten: Zweimal, während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges, fiel er auf die Propaganda der jeweils Regierenden herein und glaubte bis zuletzt an einen Umschwung der Kriegslage; in beiden Fällen setzte er auf Wunderwaffen, jeweils die U-Boote und im Zweiten Weltkrieg zusätzlich auf V1 und 2. Cartellieri, der konservativ und national eingestellt war, auch wenn er in Odessa geboren wurde und Teile seiner Kindheit in Paris verbrachte, reflektierte in seinen Tagebüchern darüber, welche Kriegsziele Deutschland anstreben sollte, wobei auch die aus seiner Sicht überlebte Donaumonarchie einbezogen wurde. Er söhnte sich nie mit der Weimarer Republik aus, da er die Revolution für eine furchtbare Tragödie hielt, die ihn unter anderem dazu zwang, aus Geldnot einige Bücher aus seiner umfangreichen Bibliothek zu verkaufen, deren Pflege einen wichtigen Teil seines Lebens darstellte. Der Friede von Versailles machte ihn auch anfällig für die Propaganda Hitlers, obgleich er dessen innenpolitische Ziele ablehnte: So verurteilte er die Entlassung von Juden aus dem Staatsdienst – es traf einige Kollegen aus seiner Umgebung – und die Unzugänglichkeit objektiver Nachrichten. Aber die außenpolitischen Erfolge überdeckten dies. Allerdings war er kein Nationalsozialist, da er letztlich ein deutsches Kaiserreich anstrebte. Mit der neuen Diktatur nach 1945 – Cartellieri konnte Thüringen wegen seiner Bibliothek nicht verlassen – kam er abgesehen von einigen Unannehmlichkeiten einigermaßen zurecht; allerdings auch, weil kaum etwas von ihm erwartet wurde. Bis zuletzt setzte er auf eine Vereinigung von ganz Deutschland.

Neben diesen beiden Hauptthemen nimmt die Universität Jena einen großen Raum ein (Streitigkeiten mit Kollegen, Einsatz für die Nichtordinarien, Abneigung gegen Frauen beim Studium, obwohl er sie indirekt unterstützte, indem er sie als Hilfskräfte beschäftigte). Kurze Kommentare gab er zu den Büchern, die er las, und er würdigte das Leben von Kollegen, nachdem er von ihrem Tod erfahren hatte.

Die gut editierten Tagebücher Cartellieris werden durch ein Personenregister erschlossen, das etwas unhandlich ist, da der Vor- dem Nachnamen vorgeschaltet ist. Zudem sind einige Personen nicht aufgenommen und einige

Abkürzungen nicht aufgelöst. Die wichtige Quelle bietet Einsicht in die Arbeitsweise eines Historikers, seine Gefühlswelt – die Tagebücher waren für ihn auch eine Möglichkeit, um seine Eindrücke, Niederlagen, Enttäuschungen et cetera zu bewältigen – und seine Sicht auf die Politik aus vier Regimen.

Kerpen-Buir

Franz-Josef Kos

Modernität in Europa im 20. Jahrhundert?

Jarausch, Konrad H.: Out of Ashes. A New History of Europe in the Twentieth Century, 880 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2015.

In den letzten zwanzig Jahren sind bereits umfassende Darstellungen zur Geschichte Europas im 20. Jahrhundert veröffentlicht worden, so von Eric Hobsbawm, Mark Mazower und Tony Judt. Diese Überblicke haben sich zum Teil zwar auf bestimmte Probleme oder Jahrzehnte konzentriert; dennoch ist ein innovativer Zugriff auf die grundlegenden Prozesse und Umbrüche, die das Jahrhundert prägten, weiterhin eine erhebliche Herausforderung. Konrad H. Jarausch, ein in Chapel Hill (North Carolina) lehrender Experte der Geschichte Deutschlands in ihren internationalen Bezügen, geht in seinem neuen Buch von der „fundamental ambivalence of modernity“ (S. 11) aus. Mit dieser Einsicht, die Zygmunt Bauman, Ulrich Beck und (für die Geschichtswissenschaft) Detlev Peukert bereits in den achtziger Jahren formulierten und für ihre Arbeiten nutzten, ist die Absicht verknüpft, den „struggle between competing conceptions of modernity“ (S. 12) nachzuzeichnen – eine Überlegung, die an Shmuel Eisenstadts Konzept der „multiple modernities“ erinnert.

In der Einleitung zeichnet Jarausch die Diskussion über die „Modernität“ seit der Einführung des Begriffs durch symbolistische Dichter in Frankreich in den 1870er Jahren souverän und kenntnisreich nach. Allerdings werden keine klaren Richtungskriterien formuliert, welche die einzelnen Befunde zu bündeln vermögen. Die herausgearbeiteten Spezifika Europas – so der Rationalismus, die damit verbundenen Innovationen, der Industriekapitalismus, Militärreformen und die Staatenkonkurrenz – sind dafür zu allgemein. Dabei ist das Spektrum der von

Jarausch behandelten Probleme beeindruckend breit. Es reicht von der globalen Dominanz Europas um 1900 über die beiden Weltkriege, die demokratische Erneuerung im Westen und die kommunistischen Diktaturen im Osten bis zum Übergang zur postindustriellen Gesellschaft und zur neuen Phase der Globalisierung seit den siebziger Jahren. Deshalb können hier nur einzelne Kapitel detaillierter besprochen werden.

Zu Recht kennzeichnet der Verfasser den Ersten Weltkrieg als „total war“ (S. 75), dessen destruktive Dynamik er auch in den Gesellschaften der kriegführenden Staaten entdeckt. Die Gewalt, aber auch überspannte und konträre Kriegsziele hätten den fragilen Frieden, den die Pariser Vorortverträge 1919/20 sichern sollten, von vornherein belastet. Die faschistische Herausforderung, die schließlich 1922 mit der Machtübertragung an Benito Mussolini durch die traditionellen Eliten Italiens offenkundig wurde, ging aufgrund dessen unmittelbar aus dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen hervor. Nach Jarausch strebte der Faschismus mit der Ablehnung von Demokratie, Liberalismus und Kommunismus, mit dem Leitbild nationaler Geschlossenheit, der Expansionsideologie, der Utopie einer grundlegenden Erneuerung und dem martialischen Auftreten in der Öffentlichkeit eine „alternate modernity“ (S. 157) an, die aber auch archaische und restaurative Züge aufgewiesen habe. Hier wird die Argumentation unklar, zumal außer „modernity“ auch Begriffe wie „modernization“ und „modernizing“ (z. B. S. 178f.) gebraucht werden. Es bleibt letztlich unentschieden, ob und inwieweit die demokratischen und faschistischen Varianten von „Modernität“ grundsätzlich gleichwertig sind, auch in normativer Hinsicht. Zudem werden einzelne Interpretationen – so die Deutung, dass die italienischen Faschisten Frauen keinen Platz ließen (vgl. S. 165) und letztlich eine Entwicklungsdiktatur etablierten (S. 179) – komplexeren Forschungsdiskussionen nicht gerecht. Zutreffend verweist Jarausch aber auf die grenzüberschreitende Ausstrahlungskraft des italienischen Faschismus, die damit den Gattungsbegriff begründete.

Nach den materiellen, politischen und moralischen Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges gelang in Westeuropa der Übergang zu einer „more benign modernity“ (S. 406). Einleuchtend hebt der Verfasser hervor, dass die neuen Demokratien gegenüber den parlamentarischen Regierungen der Zwischenzeit breitere Gesellschaftsgruppen einbezogen und fähiger waren, auf die von den Bürgerinnen und Bürgern

formulierten Probleme einzugehen. Konkret ba- sierte die Demokratisierung nach 1945 vor allem auf der Entnazifizierung, der mit dem Kalten Krieg einsetzenden amerikanischen Unterstützung, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, dem erheblichen ökonomischen Wachstum und der massiven Expansion des Sozialstaates. Zudem vermittelte die internationale Kooperation in Institutionen wie den Vereinten Nationen, der NATO und dem Internationalen Währungsfonds trotz der neuen Drohung eines Atomkrieges Sicherheit und Zu- versicht. Beginnend mit der Montanunion 1951, trug auch die zunehmende Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten zu jenem „peace without treaty“ (ebd.) bei, der sich deutlich vom Revisionismus der Zwischenkriegszeit abhob. Ja- rausch gelingt es, die Befunde der umfassenden Literatur klar und überzeugend zusammenzufas- sen. Nur gelegentlich sind auch hier Deutungen – so der Hinweis auf die „middle-class and con- servative voters who had formerly supported fas- cism“ (S. 425) – zu undifferenziert. Vor allem aber wird das Konzept der Modernisierung nicht klar operationalisiert. So führt der Verfasser eben- so zutreffend wie allgemein aus, dass es nach 1945 „impossible to recapture an earlier way of life“ (S. 423f.) gewesen sei. Sonderbar ist auch die Beobachtung, dass man einen Wiederaufbau der Stadtzentren „according to medieval patterns with narrow cobblestone streets“ (S. 424) aus- geschlossen habe. Mit dieser offenkundigen Ab- grenzung kann die Bedeutung von „Modernität“ nach 1945 nicht konturiert werden.

In einem der wenigen Kapitel, die sich aus- schließlich oder überwiegend mit der Geschich- te Osteuropas befassen, rekonstruiert Jarausch den Aufbau und die Stabilisierung kommunisti- scher Diktaturen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dominiert von der zur Weltmacht aufgestiege- nen Sowjetunion, bildeten sich in den osteuro- päischen Staaten „Volksdemokratien“ heraus, in denen die kommunistischen Parteien – am spektakulärsten in Prag im März 1948 – mit Hilfe der UdSSR das Herrschaftsmonopol er- rangen. Einleuchtend werden die vielschichtigen Prozesse der (erzwungenen oder selber ge- wählten) Sowjetisierung, die letztlich halbherzige Entstalinisierung ab 1956 und der Übergang zu Konsumgesellschaften nachgezeichnet. Jedoch können westliche Sportler kaum pauschal als „genuine amateurs“ (S. 446) bezeichnet werden, und mit der Stilisierung Leonid Breschnews zum „war hero“ (S. 448) folgt der Verfasser zu un- kritisch dem Selbstbild des neuen Generalsek- retärs. Zwar wird der Kommunismus sowjetischer

Provenienz grundsätzlich nachvollziehbar als „alternate, postcapitalist form of modernization“ (S. 449) eingeordnet. Die spezifischen Merkmale dieser Variante – vor allem das enorme Ausmaß und die Formen von Gewalt und Repression – werden aber nicht recht deutlich.

Nach dem Zerfall der kommunistischen Diktaturen von 1989 bis 1991 setzte eine neue Phase der Globalisierung ein. Darüber hinaus beschleunigte sich der Übergang zu einer postin- dustriellen Gesellschaft, der im Westen schon mit dem Rückgang des ökonomischen Wachstums ab 1973 begonnen hatte. Als der nachfrageori- entierte Keynesianismus in den siebziger Jahren die Stagflation nicht beseitigte, wandten sich die politischen Eliten – am deutlichsten in Großbri- tannien unter Premierministerin Margaret Thatcher (seit 1979) und in den USA unter Präsident Ronald Reagan (seit 1981) – einer neoliberalen, angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu. So- ziale Leistungen wurden gekürzt, wenngleich in den verschiedenen Staaten in unterschiedlichem Ausmaß. Unmittelbar nachvollziehbar hebt der Autor dabei die Beharrungskraft und das Leis- tungsvermögen des „aktivierenden Wohlfahrts- staates“ in Skandinavien hervor (vgl. S. 631f.). Allerdings ist fraglich, ob die europäischen Staa- ten hinsichtlich ihrer Sozialpolitik einen „middle course between radical Reaganomics and So- viet immobilism“ (S. 631) einschlugen. Letztlich blieben die westeuropäischen Staaten doch dem marktwirtschaftlichen Konzept des Westens ver- haftet. Umfassend zeichnet Jarausch aber die oft unterbelichtete Deindustrialisierung nach, die sich angesichts des zunehmenden globalen Wettbe- werbes, der damit verbundenen Verlagerung der Produktion nach Asien, der Krise in der Montan- industrie und des Aufstiegs des Finanzsektors im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzog. Dieser Prozess erfasste in den 1990er Jahren mit voller Wucht auch Osteuropa.

Im letzten Kapitel diskutiert Jarausch abwä- gend Chancen und Grenzen der europäischen Kooperation, auch in der Zukunft. Zu Recht hebt er die unzureichende Zusammenarbeit in der Außenpolitik und die Spannungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten – auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 – als Schwächen der Europäischen Union (EU) hervor. Dennoch kennzeichnet er die EU als vielverspre- chende „postmodern polity“ (S. 770), da sie wich- tige Merkmale der Nationalstaaten wie souveräne Herrschaft über klar abgegrenzte Territorien und die Politik kultureller Homogenisierung zumin- dest teilweise überwunden habe. Der Vergleich

mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (vgl. S. 771) ist aber letztlich verfehlt, da die EU gerade die Erfahrung totaler Kriege zwischen Nationalstaaten voraussetzt. Auch wird die Bereitschaft zum Krieg in den USA zu pauschal dem Bekenntnis der Europäer zur „soft power“ (S. 756) und zu einem Sozialstaat, der angeblich „cradle-to-grave protection“ (S. 755) biete, gegenübergestellt.

Insgesamt betont Jarausch zu Recht die grundsätzliche Offenheit und Widersprüchlichkeit der Entwicklung, die in Europa mit dem Projekt der Modernität im späten 19. Jahrhundert einsetzte. Im „langen“ 20. Jahrhundert scheiterten die faschistischen und kommunistischen Diktaturen, die letztlich aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen waren, vor allem an der Herausforderung, eine Balance zwischen Stabilität und dynamischer Selbsterneuerung herzustellen. Nach 1945 wurde der Kapitalismus in den neuen liberalen Demokratien sozial eingeehgt. Damit bietet das Buch eine Fülle instruktiver Befunde und luzider Einsichten, die Spezialisten aber weitgehend bekannt sind. Das Konzept der pluralen und ambivalenten Modernität ist zwar einleuchtend, bleibt aber letztlich zu allgemein und zu abstrakt, um die einzelnen Ausführungen in innovativer Weise bündeln zu können. Die Darstellung, in der fast ausschließlich englischsprachige Literatur aufgeführt wird, ist offenbar vor allem an die amerikanische Leserschaft gerichtet. Dementsprechend dominiert trotz einzelner Kapitel zur Geschichte Osteuropas eindeutig eine westliche Perspektive. Das Buch ist aber auch deutschen Leserinnen und Lesern als Einführung und Überblick durchaus zu empfehlen. Es eignet sich besonders als *textbook* für Studierende.

Berlin

Arnd Bauerkämper

Leitfaden künftiger Forschungen

Pinwinkler, Alexander: Historische Bevölkerungsforschungen. Deutschland und Österreich im 20. Jahrhundert, 537 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Mit seiner Wiener Habilitationsschrift erhebt der Historiker Alexander Pinwinkler den Anspruch, „akademische Geschichtsforschung, demographisches Denken und Bevölkerungswissenschaften erstmals in wissenschaftsgeschichtlichen Kontexten“ (S. 9) mit Fokus auf Deutschland und

Österreich von 1900 bis 1970 darzustellen. Auf der Basis eines breiten Quellenmaterials will er zeigen, dass in beiden Ländern die ‚historischen Bevölkerungsforschungen‘ „in einem weit größeren Ausmaß verbreitet waren“ (S. 12) als der alleinige Rekurs auf ‚Bevölkerungsgeschichte‘ und ‚Historische Demographie‘ nahelegt. Das sucht der Verfasser in Abgrenzung zur herkömmlichen Disziplingeschichte über die Verortung von Bevölkerungskonzepten im historiographischen Diskurs mit transdisziplinären Bezugsrahmen einzulösen. Die materialreiche Monografie verortet mit dem heuristischen Leitbegriff ‚historische Bevölkerungsforschungen‘ diese Forschungen, ihre Akteure und ihre institutionellen und diskursiven Vernetzungen beziehungsweise Abgrenzungen. Die Historische Demographie war – wie die Bevölkerungswissenschaften insgesamt – ein Forschungsfeld, der es an Institutionalisierung und disziplinärer Anbindung fehlte, sich an verschiedene Disziplinen anlehnte, dafür aber immer die Nähe zum politischen Feld suchte. Daher ist Pinwinklers Ansatz, über eine reine Disziplingeschichte hinaus zu gehen, fruchtbringend.

Ausgangspunkt der Studie sind Beobachtungen, aus denen Pinwinkler drei Thesen entwickelt: Erstens, dass ‚Bevölkerungsgeschichte‘ im Untersuchungszeitraum sich vorrangig auf das „deutsche Volk“ als Abstammungsgemeinschaft fokussiert habe; zweitens, dass sich aus der Verbindung der „tatsächlichen und vermeintlich sachbezogenen Forschungen“ mit biologisierenden und organisistischen Konzepten „zum deutschen ‚Volkskörper‘ und rassistischen bevölkerungspolitischen Praktiken“ (S. 14) die politische Brisanz der Wissenschaften im ‚Dritten Reich‘ ergebe und drittens, dass die ‚historischen Bevölkerungsforschungen‘ in Deutschland und Österreich sich durch die politische Selbstmobilisierung ihrer Akteure international isolierte.

Daher gliedert er die Studie, die Kurzbiographien der wichtigsten Akteure beschließen, in drei Hauptteile. „Bevölkerung und Geschichte“ (S. 28–134) erfasst die Ambivalenzen seines weiten Bevölkerungsbegriffs im Ensemble ‚Begriffe, Forschungsfelder, Inszenierungen‘. Hier zeichnet der Autor in fünf Kapiteln Konstruktionen sozialer Differenzen (Eigene/Fremde bzw. Assimilation/Dissimilation), Raumkonstruktionen (aus Geschichte/Geographie/Soziologie bzw. Kartographie) und historiographische Politikberatung und Bevölkerungspolitik im ‚Dritten Reich‘ nach. Die Entwicklungen charakteristischer Denkmuster und Methoden ‚historischer

Bevölkerungsforschungen' in Deutschland und Österreich, die Gemeinsamkeiten volks-, struktur- und bevölkerungsgeschichtlicher Denkmuster in der Ethnisierung von sozialen Differenzierungen beziehungsweise Schichtungsprozessen, deren politisch-praktische Relevanz und semantischer Umbau über die politischen Zäsuren 1918, 1933/38 und 1945 hinweg werden gezeigt.

Dem folgt der Teil „Das deutsche ‚Volk‘ als historiographisches Zahlenspiel“ (S. 135–297). In diesem Kernstück der Arbeit geht Pinwinkler zunächst unter Bezug unter anderem auf die Thesen Josef Ehmers (Ehmer u. a. „Historische Bevölkerung“, 2007, S. 17–29) den Entwicklungen der ‚Historischen Bevölkerungsstatistik‘ (Karl Julius Beloch/Karl Bülow) nach. Dann erweitert er die erfassten begrifflichen Wandlungen und diskursiven Verflechtungen im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik um akteurzentrierte Analysen. Mit acht Doppelporäts aus der historischen Bevölkerungs-, Familien-, Agrar- und Siedlungsforschung, die von Historikern der Kaiserreiche – Rudolf Köttschke und Adolf Helbok – bis zu Vertretern der Bevölkerungsgeschichte und der Historischen Demographie – Wolfgang Köllmann und Arthur E. Imhof – in der Bundesrepublik reichen, vergleicht der Verfasser die wissenschaftlichen Fachrichtungen und Konzepte der Akteure. Zugleich zeigt er deren Einbettungen in politische, biographische und institutionelle Kontexte.

Der dritte Hauptteil „Wissenschaftliche Netzwerke“ (S. 298–403) konzentriert sich auf personale Netzwerke und institutionelle Aspekte der ‚Historischen Bevölkerungsforschungen‘. Nach Pinwinkler verloren völkische Denktraditionen nach 1945 erst allmählich an Bedeutung und Deutungshoheiten der ‚Bevölkerungsgeschichte‘ begannen sich unter dem Label der Sozialgeschichte fortzusetzen. Sein Blick auf die internationalen Historikerkongresse der 1920er/30er und der Nachkriegszeit unterstreicht einerseits die (Selbst-)Isolierung der deutschen Bevölkerungsforschung in der Historikergemeinschaft und andererseits die Abschottung ihrer Akteure nach dem Krieg gegen die historiographischen Entwicklungen in Frankreich und Großbritannien. In Deutschland war entsprechend die „provinzialisierte Institutionalisierung“ (S. 359) der Bevölkerungsgeschichte bis in die 1970er mit ihrer relativen Marginalisierung verbunden. Zum epistemologischen Bruch kam es, so zeigt der Autor, erst in den 1970er Jahren mit der akademischen Verankerung der Historischen Demographie in Deutschland in der Historiographie.

Alexander Pinwinkler belegt in der sehr dichten, faktenreichen Studie seine anfangs genannten Thesen. Seine Monografie zeigt eindrucksvoll Breite, Kontinuität und Wandel der historischen Bevölkerungsforschungen von 1900 bis in die 1970er Jahre in Deutschland und Österreich. Wenn auch in einzelnen Untersuchungsebenen manche Zusammenhänge in den dargestellten Entwicklungen zu wenig analytisch (z. B. der Aspekt Erbbiologie) oder Betrachtungen eng gefasster Untersuchungsebenen recht isoliert erscheinen (z. B. Internationale Historikerkongresse) ist diese Studie doch eine Fundgrube für alle, die sich mit historischen Bevölkerungsforschungen befassen. Auf der Basis ihres breiten Quellenfundus – unter anderem Materialien aus Archiven in neun deutschen Städten, Washington und Toronto – bietet sie viel Neues sowie zahlreiche Anknüpfungspunkte und Inspirationen für weitere Forschungen. Seine Zusammenführung der kritischen Aufarbeitungen der ideologischen Verflechtungen der deutschen Geschichtswissenschaften im 20. Jahrhundert mit denen der Geschichte von Bevölkerungswissen zwischen Wissenschaft und Politik kommt zu vielfältigen fruchtbaren Ergebnissen. Sie sollten durch Fallstudien durchaus weiter vertieft respektive ergänzt werden. Dabei könnte der eingangs genannte Anspruch Pinwinklers als Leitfaden dienen.

Berlin

Ursula Ferdinand

Humanisierung von Arbeitswelten?

Uhl, Karsten: Humane Rationalisierung? Die Raumordnung der Fabrik im fordistischen Jahrhundert, 400 S., transcript, Bielefeld 2014.

Karsten Uhl, der an der Technischen Universität Darmstadt Neuere und Neueste Geschichte lehrt und an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg zur Technik- und Sozialgeschichte forscht, legt mit seiner 400 Seiten starken, ausschließlich schwarz-weiß bebilderten Neuerscheinung einen methodisch und inhaltlich ausgereiften Beitrag zur Industrialisierungsgeschichte im ‚langen‘ 20. Jahrhundert vor. Ziel der Studie ist es, die Folgen der Industrialisierung an der Nahtstelle zwischen Mensch und Technik näher zu umschreiben. Die inhaltlichen Schwerpunkte ergaben sich über einige der überregional bedeutenden Fabrikstandorte in Deutschland, wobei

dank der entsprechenden Überlieferung im Bayerischen Wirtschaftsarchiv (München), im Bundesarchiv (Berlin), im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv (Köln), im Staatlichen Textil- und Industriemuseum (Augsburg) und im Westfälischen Wirtschaftsarchiv (Dortmund) auch besondere lokale Schwerpunkte gesetzt werden konnten. Die Frage, warum sich gerade in jenem und nicht im Nachbarbetrieb das Thema gut bearbeiten ließ, bleibt allerdings offen. Stadtarchive und ihre teilweise sehr beachtliche Überlieferung zu wirtschaftlichen Raum- und Standortfragen wurden nicht hinzugezogen.

Die zeitliche Perspektive lehnt sich an Überlegungen Jürgen Kockas an, der die Hochindustrialisierung mit einer sie begleitenden Urbanisierung, arbeitslogistischen Rationalisierung und Technologisierung in der Moderne nicht ohne die zentralen Wandlungsprozesse des 19. Jahrhunderts zu umschreiben vermochte (Kocka 1990). Eine klare Definition der Fundamente der Industrialisierung im Jahrhundert des früh- und hochindustriellen Take-offs vermisst man allerdings im Gliederungsaufbau. Von einem ‚langen 20. Jahrhundert‘ auszugehen, wie der Autor dies tut, schafft hier nur bedingt Abhilfe. Die zeitliche Engführung liegt in der Zielsetzung der Studie begründet; mit dem sperrigen Begriff des „fordistischen Jahrhunderts“ (S. 11) sollen Humanisierungseffekte im Industrialalltag der USA untersucht werden. In Nordamerika waren diese frühestens während des Ersten Weltkrieges festzustellen, eine Amerikanisierung der deutschen Industrie fand erst in der Weimarer Republik statt. Daher untersucht Uhl im Schwerpunkt eine Teilepoche des „fordistischen Jahrhunderts“.

Die Hauptthesen des Bandes kreisen um die Fragen, wie und ob sich der Faktor Mensch in die mechanisierten Produktionsabläufe der Hochindustrialisierung einbringen konnte. Wie konnte das industrielle Management aus abgestumpften, kontraproduktiven und desinteressierten Arbeitern engagierte Mitarbeiter schaffen? So wurden beispielsweise bereits im späten 19. Jahrhundert „Störenfriede“ (apathische Arbeiter?) unter der Belegschaft der Chemischen Fabrik Griesheim namentlich auf Tafeln geschrieben, um sie (fabrik-)öffentlich einzuschüchtern (S. 116). Uhl korrigiert das sozialhistorisch überbrachte Bild der Leitbegriffe Taylorismus und Fordismus. Es ist zugleich die Verabschiedung vom Leitmotiv harter Sozialdisziplinierung wie sie der Historiker Gerhard Oestreich allzu quellenfern deutete und der französische Philosoph und Soziologe Michel

Foucault ganz generell und poststrukturalistisch klassifizierte. Es gelingt dem Verfasser – ausgehend von der Theorie des Fordismus als einer etablierten Form der industriellen Warenproduktion – fabrikkonforme Erklärungsmuster für den beginnenden Wohlfahrtsstaat nach dem Zweiten Weltkrieg, speziell seit den Jahren des Wirtschaftswunders, zu liefern. Statt systemkritischer Kapitalismusschelte zeigt der Verfasser die sozialverträgliche Rationalität im Arbeits- und Produktionsalltag zwischen Unternehmern, leitenden Angestellten und Arbeitern auf. Dies gelingt vor allem in den Kapiteln „Schafft Lebensraum in der Fabrik!: Funktionalität und Ästhetik in Architektur und Arbeitswissenschaften“ (S. 95–161), „Menschenführung durch Soziale Betriebsarbeit? Betriebliche Sozialpolitik und Personalmanagement bei der Augsburger Kammgarn-Spinnerei“ (S. 227–277) und „Kontinuität und Ausdifferenzierung: Ein Ausblick auf die fordistische Fabrik in der Nachkriegszeit“ (S. 329–363). Auffallend ist dabei jedoch der selektive Umgang des Autors mit regionaler oder lokaler Forschungsliteratur. Es fehlen vor allem die Titel zur süddeutschen Wirtschafts- und Industriegeschichte, wo wir bereits im 19. Jahrhundert vor allem im Textilsektor und Maschinenbau das weit verbreitete Phänomen ‚punktuelle‘ Industrialisierung feststellen konnten.

Manches Argument für die Geburtsstunde humaner Arbeitswelten kommt freilich auf den Leser und Rezipienten als leidlich naive Transformation. So lässt der Verfasser den Kommentar des Fabrikarchitekten Wilhelm Franz 1923 zur Gestaltung der Sozialräume in Unternehmen unkommentiert: „Wie bei allen Gegenständen und Einrichtungen, die dem freien Gebrauche des Arbeiters überlassen werden, ist auch hier sorgfältigste Anpassung an die sehr verschiedenen Lebensgewohnheiten (oft mangelnder Ordnungssinn und geringe Zuverlässigkeit) der Benutzer geboten“ (S. 123). Einige Seiten weiter ist die verzückte Rede von verzierten Räumen, schmucken Tischdecken, gutem Porzellan und Silberbesteck in den Edeltankens der (leitenden) Angestellten. Die einfachen Arbeiter aßen meist nebenan bei günstigeren Preisen und zahlten für das schlechtere Angebot, ohne zu murren (S. 126). Bierpreisrevolten und explosive Konsum-, Preis- und Luxuskritik in der städtischen Arbeiterschaft spiegeln seit 1848 freilich ein anderes Bild.

Insgesamt ist ein anregender Band zur deutschen (und europäischen) Industriegeschichte entstanden, der transatlantische Einflüsse

(Stichwort: Amerikanisierung) ebenso zutreffend charakterisiert wie er das binnenländische Bild menschenverachtender Industrieprozesse grundlegend zu korrigieren vermag. Es fehlt bisweilen die regionale Tiefenschärfe und die Begründung für die Auswahl der hier näher untersuchten Fabriken; ein regionales oder systematisches Muster war dabei leider nicht zu erkennen.

Erlangen

Wolfgang Wüst

Konzentrationslager im südlichen Afrika

Kreienbaum, Jonas: „Ein trauriges Fiasko“. Koloniale Konzentrationslager im südlichen Afrika 1900–1908, 349 S., Hamburger Edition, Hamburg 2015.

In der Geschichte der Lager des 20. Jahrhunderts kommt den zu Anfang dieses Jahrhunderts in der kolonialen Sphäre errichteten Lagern besondere Bedeutung zu. Hier wurde der Begriff „Konzentrationslager“ geprägt und immer wieder wird nach möglichen Zusammenhängen zwischen diesen frühen Lagern und den für die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland emblematischen Konzentrationslagern gefragt.

Jonas Kreienbaum bemüht sich in seiner Dissertation um ein Verständnis der spezifisch „kolonialen Konzentrationslager und -zonen“ (S. 9) an den Beispielen des Südafrikanischen Krieges („Burenkrieg“, 1899–1902) sowie der antikolonialen Widerstandskriege in Deutsch-Südwestafrika (DSWA), dem heutigen Namibia (1903–1908). Damit ist ein Spektrum von Gründen und Formen der Internierung benannt: in Südafrika Lager für afrikaanssprachige Weiße, sowohl vor dem Krieg Geflüchtete als auch im Rahmen einer Politik der verbrannten Erde Deportierte, daneben Schwarze in separaten Lagern, ebenfalls als Folge dieser Strategie; in DSWA „Pazifizierungs-, Arbeits- und Straflager“ (S. 120), in denen im Unterschied zu Südafrika ganze „Stämme“ als „Kriegsgefangene“ (S. 138) interniert wurden – keineswegs nur die Krieger.

In Südafrika riefen die Berichte über hohe Sterblichkeit und die Leiden der internierten Weißen eine breite internationale Öffentlichkeit auf den Plan, die freilich die Existenz der Lager für Schwarze praktisch ignorierte. Die Behandlung der Weißen nahm vor allem nach Überwindung der anfänglichen krisenhaften Zuspitzung den

späteren Kompromiss unter Ausschluss der Schwarzen vorweg, der 1910 zur Gründung der Südafrikanischen Union führte. Die Diskriminierung lässt sich an vielen Einzelheiten bis hin zu schlechterer Ernährung nachvollziehen. Das gilt erst recht für die nachdrücklichen Assimilationsbemühungen gegenüber angeblich „verkafferten“ Buren. Die ungleiche Behandlung und Aufmerksamkeit gegenüber „weißen“ Lagern einerseits und „schwarzen“ andererseits schlägt auch auf eine uneinheitliche Quellenlage, zumal bei der detaillierten Beschreibung des „Alltags“ in den Lagern, durch. Festzuhalten bleibt, dass ein Zwang zur Arbeit allein Insassen der „schwarzen“ Lager traf. Die schwere humanitäre Krise, die zunächst alle Internierten betraf, aber dann in sehr ungleicher Weise bearbeitet wurde, führt Kreienbaum auf kurzfristige militärische Entscheidungen sowie logistische Mängel und Fehleinschätzungen zurück.

In DSWA wurden nach der Beendigung der gegen sie gerichteten Vernichtungsstrategie Ende 1904 überlebende Ovaherero sowie nach ihrer Kapitulation ab Spätjahr 1905 Nama-Gruppen in Lagern interniert. Der militärische Zweck erscheint fraglich: Ovaherero stellten ab Ende 1904 nach allgemeiner Ansicht keine militärische Bedrohung der Kolonialherrschaft mehr dar, und gegenüber Nama war aufgrund ihrer Guerillataktik und der geographischen Gegebenheiten eine Politik der „verbrannten Erde“ sinnlos. Das von Kreienbaum an einer Stelle genannte Motiv der „Trennung von gegnerischen Kombattanten und Zivilisten“ (S. 298) ist uneinsichtig, weil die „Stämme“ gerade pauschal in Lager gesperrt wurden und Nama ihren Guerilla-Krieg ausdrücklich ohne Verbindung zu Nicht-Kombattanten führten. Im Vordergrund standen daher die Bestrafung für den militärischen Widerstand und die Nutzung der Arbeitskraft der Gefangenen. Zwangsarbeit wurde auch als Erziehung der klischeehaft als faul imaginierten Afrikaner und Afrikanerinnen dargestellt, mithin als Mittel ihrer Zurichtung zu einem disziplinierten Arbeitskräftereservoir. Die Sterbeziffern überstiegen die aus den südafrikanischen Lagern noch einmal erheblich. Dabei stachen wiederum die Konzentrationslager in den Küstenorten Swakopmund und Lüderitz hervor. Kühles und relativ feuchtes Klima, zusammen mit mangelhafter Kleidung, Unterkunft und Ernährung sowie dem intensiven Arbeitseinsatz in den Häfen und beim Eisenbahnbau wirkten hier zusammen.

Gegenüber einem Teil der Literatur weist Kreienbaum eine Vernichtungsabsicht für alle

untersuchten Fälle zurück. Detailliert geht er dabei auf das Lager auf der Haifischinsel im Hafen von Lüderitz (DSWA) ein, das unstrittig einen Extremfall repräsentieren dürfte. Der Autor wendet sich vor allem gegen die Quelleninterpretation von Casper Erichsen und Jürgen Zimmerer, die hier eine eindeutige Vernichtungsabsicht erkennen. Er spricht allerdings selbst von „Desinteresse“ (S. 222), was der Formulierung „Vernichtung durch Vernachlässigung“ (Zimmerer) näher kommt, als aus seinem Text deutlich wird. Freilich hat Kreienbaum einschlägige Aussagen des britischen Militärattachés Oberst Trench und des Missionsinspektors Spiecker nicht berücksichtigt. Problematisch erscheint ferner weniger die durchaus diskutabile Gewichtung unterschiedlicher Quellen, die durchweg eher situative Einschätzungen und Absichten als ausdrückliches Verwaltungshandeln zum Ausdruck bringen, als die geringe Kontextualisierung im Gesamtgeschehen, das durch die Vernichtungsabsicht bestimmt wurde, die mindestens unter dem Kommando des Generals von Trotha (1904/05) die deutsche Militärstrategie prägte. Es ist daher zu bedauern, dass Kreienbaum Kontroversen, besonders die über die Frage des Völkermordes in DSWA, eher bibliographisch angedeutet, als dass er sich damit auseinandersetzt; irritierend sind landeskundliche Fehlleistungen zu DSWA wie idiosynkratische Schreibweisen oder fehlerhafte Ortsangaben und mehr noch eine Geringschätzung oraler Quellen, die wesentlich zu afrikanischen Perspektiven beitragen könnten. Dies tut der quellennahen Darstellung Abbruch, wenn auch Jonas Kreienbaum sicherlich vergleichende Perspektiven eröffnet, die unsere Detailkenntnis über ein zu wenig beachtetes Forschungsthema wesentlich bereichern.

Freiburg i. Br./Berlin

Reinhart Köbller

Durch Sozialkapital zum Sieg

Grant, Peter: *Philanthropy and Voluntary Action in the First World War. Mobilizing Charity*, 254 S., Routledge, London/New York 2014.

Eine rotbraune Katze ohne Schwanz, ein sechszehnjähriger Kakadu und der eingebürgerte Dackel Herr Rufus von Pop gemeinsam auf einer Spendenliste: kein Wunder, dass der „Daily Chronicle“ im Juni 1915 den „Dogs and Cats of Empire Fund“ zum wohl außergewöhnlichsten

Spendenfond kürte, der seit Kriegsbeginn ins Leben gerufen worden sei. Wohlgermerkt mit Tieren als Spender und nicht Empfänger (S. 35). Peter Grant garniert seine Studie „Philanthropy and Voluntary Action in the First World War. Mobilizing Charity“ gelegentlich mit amüsanten Beispielen für die Omnipräsenz britischer Spendenaktionen während des Ersten Weltkrieges, die selbst Tiere symbolisch zu Trägern ziviler Wohltätigkeitsaktivitäten werden ließen. In seiner überarbeiteten Londoner Dissertation, die nunmehr als Band 10 der Reihe „Studies in Modern British History“ vorliegt, beschäftigt sich der Autor mit der Rolle der zivilen Freiwilligendienste an der britischen Heimatfront während des Ersten Weltkrieges. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Praxiserfahrung und einschlägigen Forschungstätigkeit gilt Grant als ausgewiesener Experte im Bereich „Grant-making, Philanthropy and Social Investment“.

Grants zentrales Argument ist, dass zivile Wohltätigkeits- und Freiwilligenarbeit an der britischen Heimatfront wesentlich dazu beigetragen haben, Großbritannien den Krieg gewinnen zu lassen. Der Verfasser negiert dabei jedoch keinesfalls die militärischen, ökonomischen und politischen Faktoren für den britischen Sieg, sondern stellt ihnen ein ergänzendes sozio-kulturelles Erklärungsmodell zur Seite. Um die komplexen wechselseitigen Interessen und verflochtenen Handlungsprozesse der beteiligten Akteure überhaupt hinreichend darstellen zu können, bedient sich Grant einer *top-down-* und *bottom-up-*Modellierung.

Grundsätzlich chronologisch aufgebaut, untergliedert sich die Studie in sechs Hauptkapitel, die jeweils von kurzen, drei- bis fünfseitigen Fallstudien zum Thema begleitet werden. Umrahmt werden diese Hauptkapitel von einer Einleitung, die vor allem die Pfadabhängigkeit der Arbeit britischer wohltätiger Freiwilligentätigkeit seit dem 19. Jahrhundert (Krimkrieg, Burenkrieg) verdeutlicht, und der Conclusio, in der Grant theoriegeleitet seine Kernaussagen zusammenfasst und in den weiteren historischen Kontext verortet.

In Kapitel 2 wird zunächst das spätviktorianische Verständnis von Philanthropie als ein Instrument sozialer Kontrolle herausgearbeitet, bevor in Kapitel 3 mit dem „National Relief Fund“ und dem „Belgian Refugee Relief“ zwei Organisationen stellvertretend für die bei Kriegsbeginn noch typisch traditionelle *top-down-*Philanthropie analysiert werden (S. 32). Kapitel 4 präsentiert einen Überblick über die Ausdifferenzierung der Unterstützung für Soldaten an der Front, medizinische Hilfe für Verwundete in Lazaretten oder Beistand

für in die Heimat zurückgekehrte Kriegsversehrte. Im Kapitel 5 räumt Peter Grant einer Person außergewöhnlich viel Raum ein, die hier eine besondere Erwähnung verdient. Nachdem im Laufe des Jahres 1915 klar wurde, dass viele Wohltätigkeitsaktivitäten zwar mit viel gutem Willen, jedoch beachtlich unkoordiniert nebeneinander herliefen, schaffte das britische „War Office“ das von Sir Edward Ward bekleidete Amt eines „Director General of Voluntary Organizations“. Seine Aufgabe war die Koordinierung der Wohltätigkeitsaktivitäten mit dem Ziel, dass ein Maximum an Unterstützung auch bei der kämpfenden Truppe ankommt. Sir Edward Ward scheint seine Arbeit an der organisatorischen Scharnierstelle zwischen militärischen und zivilen, zwischen nationalen und lokalen Akteuren mit so viel Verve ausgefüllt zu haben, dass ihm der Volksmund das Epitheton „Der größte Supply Manager seit Moses“ verliehen hat (S. 61). Kapitel 6 führt aus, wie in Folge vermehrter Skandale und Betrugsfälle die staatliche Kontrolle der Kriegswohlfahrtsorganisationen im Rahmen des „War Charities Act“ ab August 1916 ausgeweitet wurde.

Schließlich präsentiert Grant im Kapitel 7 zwei wichtige Ergebnisse seiner Studie. Erstens: Die gesamten Spendensammlungen während des Krieges erbrachten circa 150 Millionen Pfund, das heißt jeder Soldat wurde mit etwa 20 Pfund in Form von Liebesgaben, Medizinbedarf oder anderen Dingen unterstützt. Nach heutigem Gegenwert entspricht dies circa 1000 Pfund (S. 140). Zweitens: Der Autor versucht regionale Unterschiede in der Partizipation der verschiedenen sozialen Schichten aufzuzeigen. Wo die traditionelle Literatur bisher davon ausgegangen war, es habe sich um einen spontanen Ausbruch des Sockenstrickens durch Frauen der Mittelklasse gehandelt, betont Grant den klassenüberbrückenden Charakter der Wohltätigkeitsaktivitäten in einem Land, das noch im Sommer 1914 am Rande eines Bürgerkrieges gestanden hatte. Während im Süden bei 60 Prozent der Wohltätigkeitsorganisationen kein Angehöriger aus der Arbeiterklasse im Vorstand vertreten war, sei dies im Norden nur bei 13 Prozent der Fall gewesen (S. 154). Hier ist kritisch zu fragen, inwieweit das Sample mit hier lediglich fünf untersuchten Städten (davon nur zwei aus Nordengland) Repräsentativität beanspruchen kann. Hier rächt sich Grants fehlende konzeptionelle Reflexion seines Untersuchungsraums Großbritannien. Man könnte zum Beispiel fragen, wie es sich denn mit Schottland oder Wales verhalte, vom Sonderfall Irland oder gar den Dominions ganz zu

schweigen. Bei allem Verständnis für die Wichtigkeit der Hauptstadt ist eine aus der Quellenbasis resultierende, grundsätzliche Unwucht zugunsten Londons nicht zu übersehen.

In der Conclusio legt Grant den Schwerpunkt auf seine zentrale These, das bei den freiwilligen Wohltätigkeitsaktivitäten generierte Sozialkapital habe entscheidend zu Stabilität und sozialer Kohäsion der britischen Kriegsgesellschaft, und damit schließlich zum Sieg der britischen Truppen beigetragen. Um seinen Argumenten mehr Kraft zu verleihen, wird dieser Befund mit Deutschland kontrastiert. Seit dort eine fortschreitende Militärdiktatur die autoritäre Kontrolle über die Arbeit der Hilfsorganisationen übernommen habe, sei die Produktion von Sozialkapital förmlich eingebrochen. Dieser argumentative Kunstgriff erscheint inhaltlich durchaus überzeugend, nimmt sich auf weniger als zwei Seiten jedoch sehr spärlich aus. Hier wüsste man gerne mehr.

Peter Grant ist mit seiner Arbeit eine überzeugende, erfrischend kompakte und gleichzeitig inspirierende Studie gelungen. Gerade wegen seiner Interdisziplinarität ist der Band vielfach anschlussfähig und eröffnet so manche neue Perspektive.

Münster/Gent

Bernhard Liemann

Im Schatten Stresemanns

Greenberg, Udi: The Weimar Century. German Émigrés and the Ideological Foundations of the Cold War, 288 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2015.

Die Forschung zum Kalten Krieg hat Hochkonjunktur, und die Arbeiten zur Weimarer Republik sind nicht mehr zu überschauen. Der Versuch, eigene Zugänge zu finden und neue Deutungen zu entwickeln, ohne den Wissenschaft nicht lebendig bleibt, wird jungen Historikerinnen und Historikern zudem durch manche Veteranen des Fachs erschwert, die argwöhnisch darüber wachen, ob ihre Titel gebührend Berücksichtigung erfahren. Davon lässt sich Udi Greenberg nicht abschrecken; ein israelischer, in Dartmouth lehrender Historiker, der sowohl der Weimar- als auch der Kalten Kriegs-Forschung neue Impulse geben will und eine Geschichte der intellektuellen und politischen Kontinuitäten zwischen diesen beiden Welten vorlegt. Wo es anderen mitunter genügt, Recht zu haben, hat Udi Greenberg Ideen, mit

denen er experimentiert und sein Material auf überzeugende Weise erschließt und erläutert.

Unvermeidlich ist auch seine in den Vereinigten Staaten bereits vielgerühmte Studie nicht ohne Mängel. Auch bei ihm finden sich bei deutschen Buchtiteln mehr Fehler als nötig, einige zentrale Forschungsbeiträge der letzten Jahre nimmt er nicht zur Kenntnis, das Parlament der Bundesrepublik heißt an einer Stelle immer noch „Reichstag“ (S. 66), und das Buch leidet generell an den Schwächen, die die großen amerikanischen Universitätsverlage ihren Autoren zunehmend verordnen: Die Texte werden immer kürzer und gleichzeitig immer redundanter, weil permanent vorausgeschaut und wieder zusammengefasst wird und sich die Grundthese in knapper Abfolge stetig wiederholt. Zudem machen die Verlage methodische Reflexion beinahe unmöglich; ohnehin nimmt sich jedoch die *intellectual history* wieder öfter die Freiheit, unproblematisch als konstant betrachtete Ideen in ihrer langen Dauer zu verfolgen und auf umfassende situative Kontextualisierungen und die Rekonstruktion von Debatten als Handlungsketten zu verzichten (vgl. etwa McMahon/Moyn „Rethinking Modern European Intellectual History“, 2014). Greenberg steht hier in der Mitte: keine *big picture*-Ideengeschichte, aber Gespür für andauernde intellektuelle Verbindungslinien; ein eher minimaler Kontextualismus, der vor allem synoptisch die Werke seiner zentralen Figuren liest, aber an entscheidenden Punkten durch Kontextualisierung neue Einsichten eröffnet. Die Erkundung zuvor teils unbekannter Handlungsbedingungen steht bei Greenberg nicht im Widerspruch zu der Feststellung, dass sich das Denken seiner Protagonisten seit ihren Weimarer Anfängen bis zu ihrem prominenten Auftreten im Kalten Krieg und darüber hinaus nicht wesentlich wandelte, sondern den wechselnden Umständen anpasste, während es selbst die transatlantische Welt des Kalten Krieges wesentlich mitgestaltete – im Sinne ihrer Weimarer Agenda, der diese Protagonisten treu blieben. Der Titel drückt diese Kontinuität aus: Das *american century* war auch ein „Weimar Century“. Eine der Grundthesen lautet, dass die Erfahrungen der Weimarer Republik entscheidend den demokratischen Neuanfang in Deutschland nach 1945 prägten: „Had it not been for the existing ideas and traditions of the Weimar era, Germans would not have quickly embraced democracy as their own project“ (S. 9). Aber das demokratische Ideenreservoir Weimars gab auch der amerikanischen Weltpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg ihr

ideologisches Prinzip – in der Verknüpfung von progressiver Politik und antitotalitärer, vor allem antikommunistischer Mission. Den Weimarer Demokraten, denen Greenbergs Aufmerksamkeit gilt und die im Exil zu prominenten amerikanischen Intellektuellen und Politikberatern wurden, galt das Amerika des „New Deal“ und des frühen Kalten Krieges als die Erfüllung ihrer Weimarer Erwartungen. Als sie auf dem Höhepunkt angekommen waren und ihr Konzept einer sozialen und liberalen westlichen Demokratie unter amerikanischer Hegemonie triumphierte, brach diese Ordnung bereits wieder zusammen – eine Ironie der Geschichte, die sie, bis auf einen, bald wieder ins Abseits stellte.

Greenberg hat einen wichtigen Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik vorgelegt, der im Einklang mit einer Vielzahl jüngerer Forschungen die Relevanz und Resilienz demokratischer Politik in der ersten deutschen Republik vor Augen führt. In den fünf Kapiteln zu seinen Protagonisten hält Greenberg auch für Kenner Überraschungen bereit. Den Anfang macht Carl Joachim Friedrich, der für die Weimarer Bestrebungen steht, eine protestantisch-deutsche Genealogie der Demokratie zu formen sowie die historischen Gemeinsamkeiten mit den angelsächsischen Demokratien herauszustellen und durch politisch-philanthropische Kooperation zu demonstrieren. In den Mittelpunkt rückte dabei die Elitenbildung für die Demokratie. Was Friedrich im Umfeld Alfred Webers am Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften begonnen hatte, setzte er nahtlos in Harvard fort und später auch in Nachkriegsdeutschland. In den USA stieg Friedrich – nicht nur als Totalitarismustheoretiker – zum prominenten Mitglied der politischen und akademischen Elite auf; zu seinen vielen Schülern zählten Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski. Ernst Fraenkel gehört zu den besser erforschten intellektuellen Emigranten; seine politisch-intellektuelle Vermittlung zwischen individueller Freiheit und kollektiven Rechten, seine Arbeit an der Verankerung der sozialen Demokratie im Ideenhaushalt der „westlichen Demokratien“, sein Einfluss in der frühen Bundesrepublik sind gut bekannt – weniger jedoch die offenbar verhängnisvolle Rolle, die er als juristischer Berater der amerikanischen Regierung in Korea in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg spielte. Sein Antikommunismus trug zu den Konflikten bei, die im Koreakrieg und der Teilung der Koreas endeten. Mit Waldemar Gurian kommt ein intellektuell von Max Scheler geprägter, wie Scheler als Jude

geborener konservativer Katholik in den Blick, der schon in der Weimarer Republik für die Position eintrat, dass die organischen Gemeinschaften, die der Katholizismus gegen die Moderne zu verteidigen versuchte, nur in einer liberalen Demokratie bewahrt werden konnten, und darum gegen den rechten Zentrumsflügel kämpfte. Als Totalitarismustheoretiker kam er zu Weltruhm, für die amerikanische Sowjetforschung, aber auch für die christlich-demokratische politische Theorie wurde er zur Zentralfigur – von Hannah Arendt ebenso geschätzt wie von manchen in der CDU. Auch bei ihm führte der Antikommunismus zu intellektuellen Widersprüchen.

Überraschungen dürfte das Kapitel über Karl Loewenstein bereithalten, den viele für den Vordenker (oder gar Erfinder) des Begriffs der „wehrhaften Demokratie“ halten. Dass er so originell nicht war, macht Greenberg deutlich; dennoch ist das Kapitel für Weimar-Forscher weniger nützlich, weil es die ganze jüngere Debatte über die wehrhaften Züge der Weimarer Demokratie ignoriert, die in der politische Praxis viel ausgeprägter waren als in der liberalen Diskussion und den DDP-Kreisen, denen Loewenstein angehörte. Faszinierend wird die Lektüre, weil Greenberg deutlich zeigen kann, wie sich Loewenstein in seinem Kampf gegen den Totalitarismus immer mehr in eine geradezu totalitär anmutende Demokratievorstellung verrannte – und sich dafür auch praktisch engagierte. Er war unmittelbar beteiligt an einem dunklen Kapitel der US-Geschichte, das im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg das Leben von tausenden Menschen vor allem in Lateinamerika zerstörte, die als vermeintliche feindliche Ausländer oder Extremisten gebrandmarkt, deportiert, eingesperrt und gefoltert wurden. Mit seinen Argumenten können auch die „enhanced interrogations“ an Terrorverdächtigen begründet werden, auf diese Logik macht Greenberg aufmerksam. Es scheint also nicht unverdient, dass Loewenstein außer von Politikwissenschaftlern, die dem Verfassungsschutz zuarbeiten, kaum noch zur Kenntnis genommen wird.

Anders sieht es aus mit Hans Morgenthau, Greenbergs eigentlichem Helden, der nicht nur der mit Abstand prominenteste und einflussreichste seiner Emigranten in den USA wurde, sondern als einziger auch zu Selbstkritik in der Lage war und sich nicht vom Antikommunismus mitreißen ließ. Schon in Weimar hatte er ein Konzept realistischer Außenpolitik erarbeitet, das auf die delikate Ausbalancierung von Machtinteressen, Moral und Kooperation setzte – gerade darum erklärte er, auch in den USA, wo selbst

Präsidenten ihm Beachtung schenkten, Gustav Stresemann zum Idealtypus des modernen Staatsmanns, weil ihm diese Balance gelungen war. Greenberg arbeitet die Feinheiten und Ambivalenzen von Morgenthaus Denken heraus, das oft missverstanden oder einseitig ausgelegt wurde. Morgenthaus Verbindung von Machtpolitik und demokratischem Ethos führte ihn auf einem direkten Weg von Weimar über die höchsten Höhen der US-Außenpolitik bis in die Opposition gegen den Vietnamkrieg, in der Morgenthau eine der ersten und prominentesten Stimmen war.

In seinem Fall und auch bei Friedrich wird man der Bezeichnung des *american century* als „Weimar Century“ zustimmen müssen. Was die Demokratiekonzeptionen betrifft, vertraten alle untersuchten Intellektuellen mehr oder minder ein pluralistisches Demokratieverständnis, das einerseits auf demokratische Eliten und andererseits auf die Selbstverwaltung von zivilgesellschaftlichen – auch traditionellen – Organisationen und Gemeinschaften setzte und auf die Notwendigkeit multipler Loyalitäten in der Demokratie hinwies. Ihre Erfahrungen in diesem Zeitalter der Extreme führten jedoch dazu, dass dieser Pluralismus auch eine scharf ausgrenzende Gestalt annehmen konnte.

Hamburg

Tim B. Müller

Antisemitismus in der politischen Sprache

Wein, Susanne: Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, 524 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Untersuchungen zur politischen Sprache haben Konjunktur. Sie bieten, wenn sie methodensensibel gemacht sind, einen Zugang zu politischen Mentalitäten und „unterirdischen“ Kontexten, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. In diesen Zusammenhang gehört auch die vorliegende Studie von Susanne Wein. Der Titel, das sei vorausgeschickt, verspricht mehr als das Buch hält, denn „Politik und Gesellschaft“ der Weimarer Republik werden keineswegs untersucht. Es werden faktisch nur die Spielarten der antisemitischen Sprache im Reichstag behandelt, wenn die Autorin auch versucht, noch weitere Quellen in den Blick zu nehmen. Diese bleiben aber randständig.

Wein schließt im Wesentlichen an Shulamit Volkovs Konzept vom Antisemitismus als „kulturellem Code“ an und unterscheidet verschiedene sprachliche Erscheinungsformen des Antisemitismus. Von einer offen rassistischen Sprache über einen kaschierten Antisemitismus, der leicht zu entschlüsselnde Begriffe benutzt, hin zu einer codierten Sprache, die untergründig operiert und deren Bedeutungsdimension den Sprechern oft selbst nicht bewusst sein muss, deckt sie ein breites Spektrum möglicher sprachlicher Aussagen ab.

Inhaltlich konzentriert sich Wein auf zwei große Themen: Die Stereotypisierung „des Ostjuden“, aufgezeigt in den Debatten um die ostjüdische Zuwanderung in Deutschland und den Barmat-Skandal sowie die Thematisierung des „internationalen jüdischen Kapitals“, wie sich vor allem in den Debatten um den Dawes- und den Young-Plan zeigt. Anschließend beschreibt sie fünf jüdische Abgeordnete im Reichstag und ihren Umgang mit dem Antisemitismus. Unter dem irreführenden Titel „Das antisemitische Sprachhandeln im Reichstag von der I. bis zur V. Wahlperiode“ liefert sie sodann einen bunten Strauß an Geschichten von antisemitischen Invektiven der rechten Parteien (DNVP und Deutschvölkische/NSDAP). In einem abschließenden Ergebnisteil formuliert sie ihre zentrale, wenn auch nicht sehr grundstürzende These, „dass der Antisemitismus in der politischen Kultur der Weimarer Ära eine feste Größe und ein relevantes Deutungsmuster darstellte“ (S. 423). Nach ihren Ergebnissen verwandten vor allem die DNVP und die NSDAP eine offen antisemitische Sprache und antisemitische Deutungsmuster, während die Parteien der Weimarer Koalition sich davon im Allgemeinen entfernt hielten – besonders die SPD. Bei der DVP, aber auch bei der BVP stellt sie eine weitgehende Toleranz gegenüber antisemitischen Reden anderer fest, teils auch beim Zentrum. Die bürgerlichen Parteien im Ganzen wandten sich jedoch nicht *expressis verbis* gegen den Antisemitismus der Rechten. Die KPD verwandte häufig eine Sprache, die als antisemitisch zu kennzeichnen wäre, distanzierte sich aber andererseits vom Rassedgedanken, weil für diese der Klassenkampf im Vordergrund stand.

Eine kaschierte Sprache wurde jedoch bis weit in die rechte Mitte benutzt; Camouflage-Begriffe wie „System“, „Tribut“, „Kriegsschuldlüge“ oder „ausländische Großfinanz“ dienten als semantische Platzhalter für einen nur notdürftig verhüllten Antisemitismus. Eine sich daraus ergebende wichtige These bezieht sich auf die

semantische „Laminierung“ von manifestem Antisemitismus mit Begriffen aus anderen Bedeutungszusammenhängen. Indem vor allem die Nationalsozialisten Wortfelder wie „international“ oder „Kapital“ mit antisemitischen Bedeutungsgehalten verknüpfen konnten, wurden offen antisemitische Ausdrücke gewissermaßen überflüssig, um zu zeigen, was man meinte. Codierungen wie antisemitisch deutbare Lexeme („Schacher“) oder die Stigmatisierung über den jüdischen Namen kamen ebenfalls hauptsächlich auf der Rechten vor. Aber auch bei der SPD findet sie sprachliche Codierungen wie „jüdische Hast“. Letztlich, so meint die Autorin, habe sich eine zunehmende Akzeptanz antisemitischer Denkweisen gezeigt. Inwiefern sie dies nachweisen möchte, bleibt ihr Geheimnis. Jedenfalls aber lässt sich eine Sprache, die das Jüdische als besonders und meist negativ kennzeichnet, weit über die Rechte hinaus feststellen.

Jenseits solcher erwartbaren, häufig indes auch trivialen Befunde weist die Arbeit in mancher Hinsicht interessante Beobachtungen auf, etwa zur Gegenwehr. Sie zeigt, dass die Abgeordneten, die den Antisemitismus nicht dulden wollten, die Beschimpfungen keineswegs über sich ergehen ließen, sondern auf einen groben Klotz auch einen groben Keil zu setzen verstanden. Das erfolgreiche Bemühen der Nationalsozialisten, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten, ist als Ergebnis nicht neu, aber wird hier mit vielen Beispielen unterfüttert.

Die eigentlichen Probleme der Arbeit liegen in der Methode. Zunächst legt Wein keine Rechenschaft über den Stellenwert der Aussagen ab, die sie untersucht. Dass das Parlamentsplenum häufig dazu dient, Fensterreden zu schwingen, die primär an das Wahlvolk und die Parteigänger draußen im Lande adressiert ist, die man mit starken Worten beeindrucken will, wissen wir. Welchen Aussagewert haben dann die Äußerungen, die sie untersucht? Die Methode, die Wein benutzt, führt zwar zu viel Material (mit erheblichen Redundanzen), allerdings zu einer deutlichen Schlagseite, weil durch die Suche nach bestimmten Aussagetypen der Antisemitismus als Diskurselement systematisch überbewertet wird. Die Autorin weist in der Einleitung explizit auf die begrenzte Bedeutung des Antisemitismus in der politischen Kultur der Weimarer Republik hin; aber wie kann man dies bei einem Zugriff, wie sie ihn wählt, überhaupt auffinden? Müsste man nicht diese antisemitisch deutbaren Äußerungen irgendwie relational rückbinden, etwa danach fragen, wie sie im Verhältnis

zu anderen Themen standen? Was die Arbeit mit dieser Methode nämlich schlicht nicht erlaubt, ist, Aussagen etwa darüber zu treffen, ob der Antisemitismus im Reichstag ausgeprägter war als im Rest der Gesellschaft, oder ob dieses Thema wichtiger war als andere. Oder, ob der Antisemitismus im Plenum sicht- und hörbarer war als hinter den Kulissen, etwa in den Ausschüssen.

Die Autorin benutzt „Code“ meist im Sinne von „Camouflage“, und deshalb sucht sie nach verschleiern den Vokabeln und Sprechformen. Dies ist legitim und notwendig. Aus vielen Untersuchungen wissen wir, dass gerade der Antisemitismus sich vielfach verschleiern der Begriffe und Ausdrucksweisen bedient. Diese sind aber per se polysemisch: Sie *können* Antisemitisches bedeuten, *müssen* dies aber nicht – sonst wäre auch ihr Verschleierungspotenzial nicht gegeben. Es ist deshalb methodisch nicht sauber, aus jeder Vokabel, die auch als Camouflage genutzt werden kann, bei jeder Verwendung auf eine solche tatsächliche Nutzung zu schließen. Bei der Aussage, dass „die Sachwerterfassung [...] nach dem Wunsche des Staatssekretärs Hirsch erfolgt sei“ (S. 234), kann man aus der Namensnennung beim besten Willen keine Stigmatisierung des jüdischen Namens schließen. Die „Kriegsschuldlüge“ wurde freilich als antisemitische Camouflage genutzt – aber andererseits war die dahinter stehende Vorstellung, dass der Art. 231 des Versailler Vertrags ungerechtfertigt sei, doch bis weit in die Linke hinein weitgehend konsensuell. War jeder, der „Kriegsschuldlüge“ sagte, ein Antisemit? Die Arbeit ist wegen dieser methodischen Schieflage voll der Überinterpretationen und semantischen Unterstellungen. Indem Wein eigentlich darüber schreibt, wie Aussagen (möglicherweise) *verstehbar* waren, unterstellt sie, dass ein solches Verständnis auch *beabsichtigt* war und dass die Aussagen tatsächlich so verstanden wurden.

Mit diesem im Grunde teleologischen Zugriff, der die Mehrdeutigkeit ebenso wenig sieht, wie er Alltagssprache und intentionale Ideologiesprache zu unterscheiden und in einer Semantik der Zeit zu verorten vermag, ist die Autorin gerade bei den überraschenden Befunden ziemlich ratlos. Sprache zu historisieren, fällt ihr nicht ein. Wie deutet man es, wenn plötzlich der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid, sonst keines Antisemitismus verdächtig, von „jüdischer Hast“ spricht (S. 339) oder Hermann Müller-Franken, ebenfalls von der SPD, für lautes Durcheinander im Plenum den Begriff „Synagogenschule“ benutzt (S. 419)? Die Autorin konstatiert „mangelnde Sensibilität“ und „Unbedachtheit“ – aber reicht dieses recht

besserwisserische Urteil als Analyse habitualisierter Sprachformen? Kann man diese Äußerungen als antisemitisch kennzeichnen, oder sind sie Ausdruck einer Sprache, die auf einem anderen Reflexionsgrad als heute ist, eben weil sie die Auschwitzerfahrung nicht kennt? Ähnliches bei der Sprache und Haltung der KPD. Gerade im Zusammenhang mit ihren nationalbolschewistischen Neigungen und der hohen Zahl von Juden in ihren Reihen ist diese Sprache hochinteressant, weil uneindeutig. Doch was macht man, wenn kommunistische Juden Reden führen, die mit Weins Instrumentarium als antisemitisch zu kennzeichnen sind (S. 269)?

Insgesamt führt dieses Vorgehen dazu, dass antisemitische Äußerungen in großer Zahl belegt und ausführlich beschrieben werden. Der *Stellenwert* des Antisemitismus aber, seine Entwicklung und sein Einfluss bleiben völlig im Unklaren. Die nicht sauber belegte, aber immer suggerierte These, dass der Antisemitismus große Bedeutung gehabt und zugenommen habe, ist der Methode gedankt, die als *self-fulfilling prophecy* fungiert.

Insofern ist festzuhalten, dass Susanne Weins Arbeit eine Menge interessanter Befunde bringt und in ihrer Differenzierung verschiedener Formen des sprachlichen Antisemitismus durchaus Ansätze für eine tiefergehende Analyse des öffentlichen Antisemitismus bietet. Weder die Kontextualisierung noch die Historisierung der Sprache des Antisemitismus sind jedoch gelungen.

Berlin

Thomas Mergel

Nur mit Gewalt?

Albanese, Giulia: Mussolinis Marsch auf Rom. Die Kapitulation des liberalen Staates vor dem Faschismus, 304 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015 (italien. 2006).

Vergleicht man das aus dem Italienischen übersetzte Buch „Mussolinis Marsch auf Rom“ von Giulia Albanese mit anderen italienischen Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, so fällt auf, dass die Autorin erfreulicherweise nicht einfach darauf losschreibt, sondern klare Thesen formuliert und sich um eine stringente Beweisführung bemüht. Sie hat nicht gerade das erste Buch zum ‚Marsch auf Rom‘ vom 28. Oktober 1922 geschrieben; jedoch unternimmt sie den Versuch,

dem für die italienische Geschichte des 20. Jahrhunderts zentralen Ereignis eine neue historische Deutung zu geben.

Albanese vertritt die These, dass der ‚Marsch auf Rom‘ „Aufstandsbewegung und Staatsstreich in einem“ (S. 146) gewesen ist. Durch ihn sei der liberale Staat Italiens gewaltsam zerstört und durch eine Diktatur ersetzt worden. Das ist insofern ein origineller Ansatz, als der Beginn der faschistischen Diktatur in der Forschung weitgehend übereinstimmend erst mit dem von der Monarchie geduldeten Staatsstreich vom 3. Januar 1925 angesetzt wird.

Wie begründet Albanese ihre Sichtweise? Für die Autorin steht die faschistische Gewalt im Mittelpunkt ihrer Interpretation. Zwar definiert sie an keiner Stelle ihres Buches genau, was sie unter ‚Gewalt‘ versteht, doch meint sie nicht ‚Gewalt gegen Sachen‘ oder ‚strukturelle Gewalt‘, sondern ganz konkret physische Gewalt gegen politische Gegner und Andersdenkende. Der ‚Marsch auf Rom‘ erhält dadurch für sie einen revolutionären Putschcharakter. Wenn jener in der Forschung vielfach als reine Propagandaaktion oder als bloßer Theaterdonner interpretiert wird, hebt Albanese entschieden den Gewaltcharakter des Unternehmens hervor. Sie leitet ihn überzeugend aus der Entstehungsphase des Faschismus im Winter 1920/21 her, in welcher dieser durch bewaffnete Gewaltaktionen ganz Oberitalien bis in die Toskana hinein buchstäblich militärisch eroberte. Der ‚Marsch auf Rom‘ habe die Gewalttätigkeit der faschistischen Bewegung nur zum Schein diszipliniert; kaum sei Mussolini vom König zum Ministerpräsidenten ernannt worden, sei ihre brutale Gewalttätigkeit wieder hervorgetreten. Allein in Rom habe es nach dem am 31. Oktober 1922 erfolgten Einmarsch der faschistischen *squadre d'azione*, die am 28. Oktober 1922 vor den Toren der Stadt angehalten worden waren, 22 Tote gegeben. In ganz Italien waren in dem Jahr nach dem ‚Marsch auf Rom‘ insgesamt über 100 Tote zu beklagen. In der Forschung werden davon in der Regel nur die Toten erwähnt, die im Dezember 1922 durch ein Massaker der örtlichen Faschisten in Turin ermordet wurden. Albanese insistiert demgegenüber darauf, dass die Ernennung Mussolinis zum Regierungschef „die Gewalt nicht zu verringern“ (S. 139) vermochte, sondern im Gegenteil verstärkte.

Doch was bedeutet das? Die Verfasserin schließt daraus, dass Mussolini die Gewalt sofort dazu benutzt habe, seine persönliche Diktatur aufzubauen. Als Beleg führt sie dafür vor allem seine bekannte Regierungserklärung im

Parlament vom 16. November 1922 an, in der er offen mit einem möglichen Staatsstreich drohte. Aber anders als Albanese unterstellt, hat er diesen – wie aus der Rede eindeutig hervorgeht – gerade nicht durchführen wollen. Er drohte nur damit, sowohl um das politische Establishment einzuschüchtern als auch um die radikale faschistische Bewegung zu motivieren. Erst am 3. Januar 1925 entschloss er sich unter dem Druck der Faschisten, den Weg in die Diktatur zu gehen. Bis dahin verfolgte er jedoch, was Albanese in ihrer Studie nicht erkennt, eine politische Doppelstrategie, dem König und dem Establishment mit einem gewaltsamen Staatsstreich zu drohen, diesen aber nicht zu wagen, sondern auf dem Verfassungswege in Verhandlungen mit dem Monarchen an die Macht zu kommen. So wichtig es ist, die revolutionäre Seite von Mussolinis Machtübernahme zu sehen, sollte man darüber die konventionelle nicht vergessen. Im Eifer des Gefechtes hat Albanese diesen dialektischen historischen Zusammenhang übersehen.

Bedauerlicherweise muss noch ein Wort zu der deutschen Übersetzung des Buches gesagt werden. Der im Italienischen klar geschriebene Text ist leider äußerst hölzern übersetzt worden, ganz offensichtlich von jemand, der mit der Materie nicht vertraut ist. Dazu nur zwei besonders eklatante Beispiele: Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten (*Presidente del Consiglio*) wird mit „Ernennung zum Regierungspräsidenten“ (S. 138) und die faschistischen Kampfbünde (*squadre d'azione*) werden als „faschistische Schlägertruppe“ (S. 87) übersetzt. Verständlicherweise hat die Autorin nicht die miserable Übersetzung zu verantworten, sondern der Verlag. Das bemerkenswerte und für deutsche Leser und Leserinnen wichtige Buch hätte eine bessere verlegerische Betreuung verdient gehabt.

Köln

Wolfgang Schieder

Verzicht auf *negativ campaigning*

Stepanek, Marcel: Wahlkampf im Zeichen der Diktatur. Die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland, 303 S., Leipziger UV, Leipzig 2014.

Die Zeit des NS-Regimes zählt zweifellos zu den am besten erforschten Zeitabschnitten der deutschen wie der europäischen Geschichte.

Dennoch gibt es noch immer Forschungslücken, zu denen die Untersuchung der NS-Propaganda im Allgemeinen und die der Wahlen und Abstimmungen im Besonderen gehören. Dieses Desiderats hat sich nun die Dissertationsschrift von Marcel Stepanek an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommen. Konkret untersucht sie die Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933, die Volksabstimmung vom 19. August 1934, die Reichstagswahl vom 29. März 1936 sowie die Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 10. April 1938. Mit seiner Analyse erhofft sich der Verfasser genauere Einblicke in die Mobilisierungsfähigkeit des Regimes sowie in die Methoden, Inhalte und Strategien der NS-Propaganda. Warum Stepanek die Abstimmung vom 13. Januar 1935 im abgetrennten Saargebiet nicht in seine Studie einbezieht, bleibt unklar, obwohl diese als groß angelegte Propagandaaktion Goebbels' doch das Muster für alle folgenden Abstimmungen abgab. Die untersuchten Abstimmungen und Wahlen waren nach Stepanek für das NS-Regime insofern bedeutsam, da sie die „Volksgenossen“ zur positiven Teilnahme an Aktionen des Regimes motivieren sollte. Im Selbstverständnis der Nationalsozialisten repräsentierten die Wahlen und Abstimmungen in bewusster Absetzung vom freiheitlich-demokratischen Parlamentarismus „eine fortschrittlichere Form der Demokratie“.

Methodisch knüpft Stepanek an die Studie „Bildstrategien im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1828–1996“ von Marion G. Müller an, indem er jeweils fünf Ebenen untersucht: eine Personalisierungsstrategie, die auf den Aufbau eines bestimmten Kandidatenimages abzielt, eine nicht themengebundene, rational und argumentativ ausgerichtete edukative Strategie, eine damit verwandte ökonomische Strategie, eine appellative Strategie, die den Rezipienten als Befehlsempfänger im Blick hat, und eine Strategie der Autorität, die sich gesellschaftlich anerkannter Autoritäten bedient, um ihre Rezipienten zu erreichen.

Die untersuchten Trägermedien der NSDAP-Wahlpropaganda bleiben auf Plakate, Flugblätter, Wahlkampfbroschüren und Flugzettel begrenzt. Allenfalls am Rande oder gar nicht tauchen Film-, Rundfunk-, Ausstellungs- und Veranstaltungspropaganda auf. Dadurch erscheint der Ertrag der vorliegenden Untersuchung leider sehr eingeschränkt. Schematisch werden die einzelnen Abstimmungen und Wahlen in jeweils vier Schritten untersucht. Zunächst bestimmt Stepanek ihren juristischen und historischen Rahmen, sodann

die Wahlkampfkonzeption und -organisation der NSDAP und ihre spezifischen Strategien. Den Abschluss und den mit Abstand interessantesten Part bilden die eigentlichen Analysen der eingesetzten Wahlkampfmedien, einschließlich der verwendeten Symbole und genutzten Feindbilder. Tiefer eindringende ikonografische Analysen der verwendeten Bilder und Symbole sucht man leider vergebens.

Dass sich die Wahlkampfpropaganda 1933 und 1934 durch eine weitgehende Abwesenheit nationalsozialistischer Zeichen und Symbole sowie durch das Fehlen jeder kämpferischen Symbolik auszeichnete, überrascht nicht. Hier setzten sich vielmehr Tendenzen fort, die der Rezensent in seiner Habilitationsschrift „Aufstand der Bilder“ bereits 1990 für die Endphase der Republik herausgearbeitet hat. Interessant erscheint, dass auch im Olympia-Jahr 1936 und selbst noch 1938 auf *negativ campaigning* etwa gegen die Sowjetunion und das Judentum verzichtet wurde und man stattdessen einen „positiven Wahlkampf“ führte, der insbesondere auf die ökonomischen und politischen Erfolge der NS-Regierung abhob. Hinsichtlich der Dimension des Terrors in der Wahlpropaganda zur Reichstagswahl 1936 sei ein „eindeutiges Urteil zu fällen. Sie war frei von jeglichen Drohungen und Verächtlichmachungen potenzieller Gegner. Damit erfüllte sie gänzlich die von der RPL [Reichspropagandaleitung, GP] herausgegebene Weisung, dass jeder gewonnen werden sollte und niemand verschreckt werden dürfe“ (S. 163). Noch 1938 sei die RPL davon ausgegangen, dass man einen bedeutenden Teil des deutschen Volkes durch Antisemitismus nicht habe gewinnen können. Erst jetzt habe eine „vorsichtige Renaissance“ des Hakenkreuzes im öffentlichen Raum eingesetzt, das indes nicht als Partei-, sondern als Nationalsymbol Verwendung gefunden habe. Insgesamt habe sich die NS-Propaganda durch eine enorme Differenzierung ihrer eingesetzten Medien, eine Versachlichung ihres Erscheinungsbildes und die Dominanz einer rational edukativen Überzeugungsstrategie ausgezeichnet. Dass dies einen Bruch mit der Wahlkampfpropaganda der NSDAP während der Weimarer Republik und eine grundsätzliche kommunikative Neuausrichtung nach 1933 bedeutet habe, ist nur bedingt richtig. Vielmehr zeichnete sich diese Neuausrichtung bereits mit dem Imagewechsel der NSDAP zur künftigen Staatspartei im Entscheidungsjahr 1932 ab – eine Tendenz, die mit der Übernahme der Macht nur verstärkt wurde.

Leider verfügt die vorliegende Dissertationsschrift über einige gravierende Mängel. Die sozialen Kontexten und Formen, in denen die NS-Propaganda zum Einsatz kam, und die Frage, welche Rolle Drohungen und Terror gegenüber den Wahlberechtigten im Alltag spielten, werden nicht untersucht. Hier wäre eine systematische und breite Analyse der Deutschland-Berichte der SOPADE, der Exilzeitungen sowie von Tagebuchaufzeichnungen weiterführend gewesen. Auch begrifflich bleibt die Dissertation von Stepanek eher schwach. Der ihr zugrunde liegende Begriff der Inszenierung wird nirgends im Kontext des Forschungsstandes erläutert. Geradezu ärgerlich ist es, dass die publizierte Schrift auf jedwede Abbildungen verzichtet und dem Leser beziehungsweise der Leserin damit sowohl den Blick auf die untersuchten Propagandamaterialien verweigert als auch die Überprüfung der vorgestellten Befunde unmöglich macht. Ebenso unerfreulich ist es, dass die ermittelten Befunde nirgends in den existierenden Forschungskontext eingebunden und in ihm diskutiert werden.

Flensburg

Gerhard Paul

Die ‚Volksgemeinschaft‘ als ‚Handlungsgemeinschaft‘

Steber, Martina/Gotto, Bernhard (Hrsg.): *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, 368 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.

Der Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ sorgt in der Geschichtswissenschaft bereits seit einigen Jahren für Furore. Von der Sozialgeschichte der 1970er und 1980er Jahre lange als plumpe Propaganda-Phrase und Täuschungsmanöver des Regimes abqualifiziert, wird von der neueren Forschung nun verstärkt die Erklärungskraft des ‚Volksgemeinschafts‘-Konzepts für das Verständnis der inneren Funktionsweise der NS-Diktatur und des zweifellos enormen Mobilisierungspotenzials des Nationalsozialismus hervorgehoben. Im Zentrum des Interesses steht hier nach wie vor die beherrschende Frage, warum so viele Deutsche bis zum bitteren Ende bereit waren, die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten zu unterstützen oder zumindest doch stillschweigend mitzutragen.

Der Frage, in welchem Ausmaß es dem NS-Regime tatsächlich gelang, die Vision der

propagierten ‚Volksgemeinschaft‘ in die Realität umzusetzen, widmet sich auch der von Martina Steber und Bernhard Gotto herausgegebene Sammelband, der auf eine Tagung des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und des Londoner German Historical Instituts vom März 2010 zurückgeht. Der Band vereinigt sowohl thesenstarke Essays international renommierter Experten und Expertinnen als auch methodisch innovative und quellengesättigte Fallstudien jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und bietet damit einerseits einen gelungenen Überblick über die derzeitige Forschungslage, zeigt andererseits jedoch auch, wohin sich die wissenschaftliche Diskussion aktuell bewegt. So wird die proklamierte ‚Volksgemeinschaft‘ in den meisten der insgesamt 20 Beiträge nicht mehr unreflektiert als Realitätsbeschreibung begriffen, sondern als das Ergebnis komplexer Kommunikations- und Aushandlungsprozesse zwischen dem NS-Regime und den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen im ‚Dritten Reich‘. Das Regime unterbreitete der Bevölkerung demnach zum einen vielfältige Sinnstiftungs- und Handlungsangebote und organisierte gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsprozesse, um so die eigene Herrschaft zu stabilisieren. So weist etwa Jane Caplan mit Blick auf die von den Standesämtern erhobenen Personenstandsdaten wie Name, Geburtsdatum und -ort eindrücklich nach, dass die rechtlichen Vorgaben durch die Bildung neuer Kategorien wie ‚Rasse‘ und ‚Erbgesundheits‘ im Nationalsozialismus sukzessive zur Ausgrenzung von ‚unerwünschten Elementen‘ aus der nationalen Gemeinschaft umfunktioniert wurden. Die Frage der rechtlichen Fixierung der ‚Volksgemeinschaft‘ stellte sich für die Nationalsozialisten auch nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939, wie Gerhard Wolf aufzeigt, und zwar insbesondere in den deutsch-polnischen Grenzgebieten, in denen die kulturelle und ethnische Zugehörigkeit oftmals alles andere als eindeutig war.

Die ‚Volksgenossen‘ selbst nutzten die sich durch die Gemeinschaftsrhetorik eröffnenden Handlungsspielräume zum anderen wiederum, um durch individuelles Handeln im Alltag persönliche Interessen und Anliegen durchzusetzen. So weist Frank Bajohr etwa darauf hin, dass von den jüdischen Enteignungen im ‚Dritten Reich‘ mehrheitlich nicht etwa die ideologiefesten Parteifanatiker profitierten, sondern Bürger, die dem Antisemitismus eigentlich eher distanziert gegenüberstanden, im entscheidenden Moment aber bereit waren, die Gunst der Stunde für den eigenen ökonomischen Vorteil zu nutzen.

Ein wiederkehrendes Motiv des Bandes bildet auch die Frage nach der Bedeutung der ‚Volksgemeinschafts‘-Politik für den sozialen Wandel der deutschen Gesellschaft in den 1930er und 1940er Jahren. Weiterführend sind hier die Beiträge von Andreas Wirsching, Birthe Kundrus und Nicole Kramer, die deutlich machen, dass die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschafts‘-Rhetorik kulturelle Entwicklungen und soziale Wandlungsprozesse beschleunigte, die erst in der Nachkriegszeit wirklich zum Durchbruch kamen, wie das Aufkommen der modernen Konsum-Gesellschaft, der Frauenerwerbstätigkeit und die Etablierung der Privatsphäre als Rückzugsraum.

Die rassistische reine, harmonisch gedachte ‚Volksgemeinschaft‘ war aus Sicht der Nationalsozialisten freilich nur denkbar durch den gleichzeitigen Ausschluss, die Verfolgung und die Vernichtung der ‚Gemeinschaftsfremden‘, also vor allem der Juden. Die ‚Volksgemeinschaft‘ und der Holocaust, so Christopher Browning in seinem Aufsatz, waren daher untrennbar miteinander verknüpft, erstere bildete Browning zufolge gar erst die Voraussetzung für den Massenmord an den europäischen Juden. Auch hier erwies sich die ‚Volksgemeinschaft‘ erneut vor allem als ‚Handlungsgemeinschaft‘, eröffnete das Regime doch gerade im Zuge der Organisation und Ausführung der ‚Endlösung‘ für viele Deutsche ungeahnte Aufstiegs- und Karrierechancen.

Insgesamt zeigen die versammelten Beiträge also, dass die verheißungsvolle Zukunftsaussicht auf eine konfliktfreie ‚Volksgemeinschaft‘ auf der individuellen und kollektiven Handlungsebene des ‚Dritten Reiches‘ eine enorme Wirkung zu entfalten imstande war. Als ein Vorzug des Bandes erweist sich hier jedoch auch die Entscheidung der Herausgeber, auch die Kritiker des Ansatzes zu Wort kommen zu lassen. Ian Kershaw gibt etwa zu Bedenken, dass die ‚Volksgemeinschaft‘ als propagandistisch aufgeladener Quellenbegriff eine Homogenität suggeriere, die der komplexen gesellschaftlichen Realität schlichtweg nicht gerecht werden könne. Ulrich Herbert relativiert die Bedeutung des Diskurses vor allem für die Analyse eines spezifisch deutschen ‚Sonderweges‘ nach 1933, wenn er auf die nahezu ubiquitäre Verbreitung nationaler Gemeinschafts-Visionen nach dem Ersten Weltkrieg in ganz Europa hinweist und zudem anmerkt, dass die ‚Volksgemeinschaft‘ mit Blick auf die deutsche Nachkriegsentwicklung doch erstaunlich wenige Spuren hinterlassen hat. Johannes

Hürter weist in seinem Aufsatz über die militärischen Führungsspitzen zudem auf die Grenzen der ‚Volksgemeinschafts‘-Ideologie hin, wenn er feststellt, dass aus Sicht der Wehrmacht-Elite das Versprechen auf Egalität und Chancengleichheit aller ‚Volksgenossen‘ mit Blick auf die eigenen Privilegien in der Tat wenig erstrebenswert schien. Bis zuletzt wehrte sich die militärische Elite gegen Versuche der NSDAP, den Einfluss der Partei auf die militärische Führungsschicht auszudehnen und beharrte auf ihrem exklusiven sozialen Status.

Die Stärke des Bandes besteht sicherlich in der gelungenen Verknüpfung einer theoretischen Konzeptualisierung und historiographischen Einordnung des ‚Volksgemeinschafts‘-Ansatzes mit quellendichten Fallstudien. Stellenweise deuten sich jedoch auch die Nachteile eines derart weit gefassten und synthetischen Paradigmas an, wenn in einigen Texten der analytische Bezug zur ‚Volksgemeinschaft‘ eher peripher erscheint, oder wie in Thomas Schaarschmidts Beitrag über die Spielräume der Gau-Politik im Herrschaftsgefüge des ‚Dritten Reiches‘, ganz zu verschwinden droht.

Frankfurt a. M.

Nils Löffelbein

Zur Nachgeschichte der NS-Vergangenheit

Wolff-Powęska, Anna: Memory as Burden and Liberation. Germans and their Nazi Past (1945–2010), 419 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015 (poln. 2011).

Mit „Memory as Burden and Liberation“ hat Anna Wolff-Powęska eine Summe ihrer jahrzehntelangen Beschäftigung mit deutscher Zeitgeschichte und insbesondere der hiesigen Erinnerungskultur vorgelegt. Sie verbindet gleichsam die historiographischen, publizistischen und engagierten Forschungsinteressen der Posener Historikerin. Die nun erschienene englische Übersetzung beruht auf der polnischen Originalfassung „Pamięć – brzemień i uwolnienie. Niemcy wobec nazistowskiej przeszłości“.

Das einführende Kapitel über „Mnemosyne – Mother of the Muses“ bietet eine instruktive Übersicht der Debatten und Fragen, denen sich die Untersuchungen zur Erinnerungskultur bislang gewidmet haben. Dabei geht es zum einen um das Spannungsverhältnis zwischen

Geschichte und Erinnerung wie auch um das Verhältnis zwischen Erinnerung und nationaler Identität, um Geschichte und Vergangenheitspolitik und um die Stellung der Geschichtsforscher und -forscherinnen zwischen Medien und Politik. Leider ist die Darstellung hier mit dem spezifischen Fall der *deutschen* Erinnerungskultur über weite Strecken nur lose verbunden.

Die Phase zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Jahren der Entnazifizierung Deutschlands nimmt das zweite Kapitel in den Blick: das Erbe der beiden gewissermaßen deutschen Weltkriege, den Versuch, diese Vergangenheit zu „bewältigen“, das Gefühl von (kollektiver) Schuld und Scham angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschheit, das Verhältnis von Tätern und Opfern, die diversen Verteidigungsstrategien der Nachkriegsjahre und die Bemühungen um einen Neuanfang nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem westdeutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit von der frühen „Vergangenheitsbewältigung“ bis zum „Historikerstreit“.

Im dritten Kapitel greift die Verfasserin die geteilte Erinnerung in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten auf. Die DDR und ihr zur Staatsdoktrin erhobener „Antifaschismus“ sahen sich als „Gewinner der [Lehren aus der] Geschichte“. Verwickelter gestaltete sich die Debatte in der – „unter der Last der Geschichte“ (S. 167) und neuer Mythen ächzenden – Bundesrepublik, deren Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit irgendwo zwischen einer großen Zahl irriger Geschichtsvorstellungen und ersten Ansätzen zu aufrichtiger Erinnerungsarbeit hin und her schwankte.

Mit dem Ende der Bonner Republik sieht die Autorin das vereinte Deutschland auf einen Erinnerungsmarathon einbiegen. Denn bald darauf stellten sich Intellektuelle und weitere Kreise der Öffentlichkeit jenen Geschichtsdebatten, die das Bild der Deutschen von ihrer Nationalgeschichte nachhaltig verändern sollten: von der erbittert geführten Auseinandersetzung über die Beteiligung der Wehrmacht an den NS-Verbrechen über die Goldhagen-Debatte, in der es darum ging, inwieweit sich die Masse der ganz gewöhnlichen Deutschen für die verbrecherischen Vorhaben Hitlers einsetzte, bis hin zur hochpolitischen Entscheidung, mitten in Berlin ein würdiges und allen jederzeit zugängliches Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Juden Europas zu errichten.

Im abschließenden fünften Kapitel vergleicht Wolff-Powęska drei verschiedene Gedenktage,

in denen sich die in der kollektiven Erinnerung aufdrängenden Themen „Belastung“ und „Befreiung“ gewissermaßen kristallisieren: den Tag des Kriegsendes am 8. Mai, den Tag der reichsweiten Pogromnacht am 9. November und den Tag, als Hitler am 1. September den Zweiten Weltkrieg auslöste. Besonders dieser letzte Gedenktag liegt ihr am Herzen, denn auf der erinnerungspolitischen Marathonstrecke droht(e) Polen, das erste Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsstrategie, bei den deutschen Verantwortlichen lange Zeit aus den Augen zu geraten. Dieser Abschnitt ersetzt zugleich einen Ausblick: Derzeit sieht Wolff-Powęska das polnisch-deutsche Verhältnis auf einem guten „Weg zu einem Dialog der [unterschiedlichen] Erinnerungen“ (S. 342) an den Zweiten Weltkrieg. Und dies nicht zuletzt deswegen, weil „die deutsche Erinnerung an den Krieg in den vergangenen 70 Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterlegen war“ und damit zu einem „integralen Bestandteil der demokratischen Identität der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft geworden ist“ (S. 347). Auf einem anderen Blatt steht, dass der heutigen jüngeren Generation in Polen, für die eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Nationalgeschichte – in Jedwabne und anderswo – etwas Selbstverständliches ist, der Ausgleich der Diskrepanzen in der gedenkenden Rückschau auf die antipolnische Politik der Deutschen kein dringendes öffentliches Bedürfnis (mehr) zu sein scheint.

Auf zuspitzende Thesen und auf eine Schlussbetrachtung, die wichtige Ergebnisse bündeln und mit ganz aktuellen Entwicklungen hierzulande verknüpfen würde, verzichtet die Verfasserin. Die Stärken dieser stets lesenswerten Ausführungen über die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Jahre seit 1945 beruhen somit auf Wolff-Powęskas beeindruckender Kenntnis und souveränen Übersicht der einschlägigen Publizistik und einer kaum mehr überschaubaren Forschungsliteratur: Die Bibliographie umfasst allein ganze 50 Seiten. Ein Personenregister hilft zudem bei der schnellen Orientierung.

Die gewiss wünschenswerte Rezeption der Forschungsergebnisse Anna Wolff-Powęskas wird durch die englische Fassung in der internationalen Forschungsgemeinschaft gefördert werden. Indes ist es bedauerlich, dass die sprachlich an zahlreichen Stellen fragwürdige Übersetzung dafür zugleich ein Hindernis sein dürfte.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Front populaire

Bokelmann, Elisabeth: Das Experiment Blum. Die Volksfront in Frankreich und das Ende der Dritten Republik 1936–1940, 219 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Der *Front populaire*, jenes Bündnis zwischen Sozialisten, Kommunisten und Linksrepublikanern, das zwischen 1934 und 1938 die französische Politik prägte, gehört zu den faszinierendsten Phänomenen der neueren französischen Geschichte. Gerade von Deutschland aus gesehen, erschien der Versuch, der Krise der 1930er Jahre (gegen den autoritär-faschistischen Trend) mit einer dezidierten sozialreformerischen Politik zu begegnen und dabei den selbstmörderischen Bruderkampf der Arbeiterparteien zu überwinden, als eine außerordentlich reizvolle Alternative zu der fatalen Entwicklung im eigenen Land. Bis in die 1980er Jahre blieb das Thema darüber hinaus von unübersehbarer aktueller Relevanz: Geschichtsschreibung über die Volksfront war stets auch eine Reflexion über das Thema der Grenzen und Möglichkeiten einer *gauche au pouvoir*. Diese Situation hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem unaufhaltsamen Niedergang der französischen kommunistischen Partei gründlich gewandelt, die Volksfront hat ihren Charakter als Vorbild oder Schreckbild verloren. Das eröffnet natürlich Chancen und Perspektiven für eine in gewisser Weise entpolitisierte, von dem unmittelbaren Aktualitätsbezug befreite Neubewertung durch die Generation der Nachgeborenen. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass Elisabeth Bokelmann, die bereits mit Studien zur französischen Handwerkerschaft und zu den berühmt-berüchtigten Riom-Prozessen hervorgetreten ist, mit „Das Experiment Blum“ die seit vielen Jahren erste deutschsprachige Untersuchung zur französischen Volksfront vorgelegt hat. Wer jedoch gehofft hat, hier quasi eine Synthese der neueren (vor allem angelsächsischen und französischen) Forschungen zum Thema zu finden, sieht sich leider enttäuscht.

Denn Bokelmanns Buch macht den Eindruck, als sei hier ein älteres Manuskript doch noch veröffentlicht worden. Unzeitgemäß wirkt „Das Experiment Blum“ zum einen wegen des ausgesprochen konventionellen Zugriffs: Die überwiegend chronologische, stark ereignisgeschichtliche Darstellung ist eng an den handelnden Personen und Organisationen orientiert; im Fokus steht die Pariser Politik der Partei- und Gewerkschaftsführungen, der Parlamentarier

und der Zeitungsredaktionen. Kaum in den Blick genommen wird hingegen die lebensweltliche Ebene der Zeitgenossen; auch der kulturwissenschaftliche *turn* findet in der Arbeit keinen Niederschlag. Wie wurde der Aufbruch des Sommers 1936 erlebt, etwa von den Arbeitern der Provinzstädte oder den Bauern auf dem flachen Land? Welche Hoffnungen, welche Ängste verbanden sich mit dem Regierungsantritt Léon Blums? Was bedeuteten die wilden Streiks, die innerhalb weniger Wochen das ganze Land überzogen? Welche Mentalitäten kommen in dem Enthusiasmus der einen, in der Wut der anderen zum Ausdruck? Wie fügten sich die Erfahrungen der Volksfront-Jahre in die längerfristige Geschichte der *deux France*, der beiden Frankreich ein? Zu diesen Fragen gibt es durchaus einige neuere Arbeiten, die von Bokelmann jedoch nicht zur Kenntnis genommen wurden. Die Bibliographie ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf dem Stand der 1970er Jahre; wichtige Arbeiten selbst deutscher Historiker (wie die Paul Reynaud-Biographie von Stefan Grüner) fehlen. Mehr noch vermisst man die neueren Arbeiten zur kommunistischen Partei – was besonders bedauerlich ist, hat doch gerade hier seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine grundlegende historiographische Neuorientierung stattgefunden. Andere Arbeiten, wie etwa die große Léon Blum-Biographie von Serge Bernstein oder auch Simon Dells „Mediengeschichte der Volksfront“, tauchen zwar in der Bibliographie auf, wurden jedoch ausweislich der Fußnoten für die Darstellung nicht benutzt. Ganz überwiegend hat sich die Autorin stattdessen an den inzwischen gut 40–50 Jahre alten Darstellungen von Georges Lefranc orientiert, dessen 1965 erstmals erschienene „Histoire du Front populaire“ von ihr ausgiebig zitiert wird (insgesamt ist festzustellen, dass Quellenzitate zum einen fast immer aus zweiter Hand wiedergegeben werden und zum anderen ausschließlich dieser älteren Literatur entnommen sind). Bedauerlich ist es, dass die Autorin sich ganz auf diese Darstellungen verlassen und offensichtlich gar nicht versucht hat, durch eigenes Quellenstudium (etwa der heute über das „Gallica“-Angebot der französischen Nationalbibliothek so leicht zugänglichen Presse) sich ein von der Sekundärliteratur unabhängiges Bild zu machen.

Inhaltlich bietet Bokelmann einen insgesamt zuverlässigen Abriss der Ereignisse zwischen Februar 1934, als die Parteien der Linken begannen, sich angesichts der von ihnen wahrgenommenen ‚faschistischen Gefahr‘ einander anzunähern,

und dem Juni 1940, als der deutsche Einmarsch und die Regierungsübernahme Petains der Dritten Republik ein Ende machten. Mit Wertungen und Interpretationen hält sie sich merklich zurück: Zwar konstatiert sie, in den Jahren der Volksfront habe sich der Graben zwischen den politischen und sozialen Lagern vertieft, eine eingehendere Analyse der Frage, inwieweit die Reformpolitik Léon Blums ursächlich mit dem Ende der Dritten Republik zusammenhing, wird – anders als es der Untertitel des Buches vermuten lässt – nicht geleistet. Ärgerlich ist schließlich auch die wenig gründliche Redaktion des Textes. Die Diktion ist oft umständlich und hölzern, kaum etwas ist von der Dramatik der Ereignisse, von den Hoffnungen, Erwartungen, Ängsten der Zeitgenossen zu spüren. Zur Weigerung des radikalen Politikers Camille Chautemps, kommunistische Minister in seine Regierung aufzunehmen, schreibt Bokelmann, diese sei „für das Schicksal Frankreichs wohl schicksalhaft“ (S. 158) gewesen. Stilblüten wie diese finden sich leider immer wieder. Ein aufmerksames Lektorat hätte sie ebenso vermieden wie andere handwerkliche Fehler, die sich durch den Text ziehen.

München

Daniel Mollenhauer

Okkupationspolitik in den Niederlanden

Koll, Johannes: Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940–1945), 691 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

70 Jahre nach dem Beginn des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses erscheint ein gewichtiges Werk zu einem der zum Tode verurteilten Angeklagten: Arthur Seyß-Inquart, einem gebürtigen Österreicher, der nach seiner Matura in Olmütz in Wien Rechtswissenschaften studierte und nach dem Ersten Weltkrieg zunächst als Rechtsanwalt arbeitete. In den 1930er Jahren betrat er das politische Parkett und avancierte im Februar 1938 unter Kurt Schuschnigg zum Innen- und Sicherheitsminister und wurde schließlich am 11. März 1938, also zwei Tage vor dem ‚Anschluss‘ Österreichs an Deutschland, als Bundeskanzler vereidigt. Seine Amtszeit dauerte nur zwei Tage. Allerdings unterzeichnete Seyß-Inquart in seiner Kanzlerschaft die Anschlussmodalitäten (Anschlussgesetz) mit dem ‚Deutschen Reich‘, womit das Bestehen Österreichs endete

und er seinen Posten verlor. Arbeitslos wurde Seyß-Inquart allerdings nicht, denn schon am gleichen Tag setzte Adolf Hitler ihn als Reichstatthalter (Leiter der österreichischen Landesregierung) ein. Koll beschreibt Seyß-Inquarts Aufstieg damit, dass er über Jahre als „Trojanisches Pferd“ agierte und den ‚Anschluss‘ Österreichs maßgeblich mit vorbereitete (S. 54).

Mit dem Inkrafttreten des sogenannten ‚Ostmarkgesetzes‘ (1. Mai 1939) nahm die österreichische Landesregierung ihr Ende und Seyß-Inquart wechselte seinen Posten abermals. Er wurde zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt – ein eher symbolischer Posten, da das Reichskabinett nicht mehr zusammen trat. Es hatte den Anschein, als ob seine Karriere im NS-Staat auf einem Abstellgleis enden könnte. Der Stillstand dauerte nur wenige Monate, bis dem Organisator der Ausplünderung der österreichischen Jüdinnen und Juden eine neue Aufgabe als stellvertretender Generalgouverneur von Polen überantwortet wurde. Das politische Stehaufmännchen Seyß-Inquart war wieder im Rennen und betrat seinen neuen Wirkungskreis sorgfältig und mit enormer Energie. Tausende von polnischen Intellektuellen wurden unter seiner Ägide umgebracht, die Strukturen für die NS-Zwangsarbeiterpolitik in Polen gelegt sowie der Massenmord an den europäischen Juden vorbereitet. Immer noch war Seyß-Inquart der zweite Mann, wie Koll schreibt, was ihn nachweislich überaus verdross. Er wollte selbst gestalten und nicht im Schatten eines Vorgesetzten stehen.

Er bekam seine Chance mit dem deutschen Überfall auf Westeuropa. Am 18. Mai 1940 wurde er zum Reichskommissar für die Niederlande (S. 121ff.) ernannt. Endlich konnte er selbstverantwortlich agieren. In der Fortführung seiner bisherigen Tätigkeit organisierte der Chef der NS-Zivilverwaltung unter anderem den Arbeitseinsatz für Deutschland (Zwangsarbeit), die Deportation von über 100.000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager im Osten (S. 321ff.) und war für die Unterdrückung des niederländischen Widerstandes verantwortlich (S. 383ff.). Darüber hinaus formte Seyß-Inquart die Wirtschaftspolitik (S. 411ff.) und kanalisierte die Nationalsozialistische Bewegung in den Niederlanden selbst (NSB). Dies ging nicht immer reibungslos, wie die Auseinandersetzungen mit den freiwillig in die SS eingetretenen Niederländern (S. 303ff.) und die Säuberungen im NSB zeigen (S. 312ff.). Er war in allen seinen Belangen davon getrieben, so der Verfasser, die niederländische Gesellschaft mithilfe der Kollaborateure aus den Reihen des NSB

selbst zu nazifizieren (S. 312, 320); dies rückte allerdings durch den Februarstreik 1941 sowie dem vom April–Mai 1943 in weite Ferne (S. 625).

Leider bleibt Koll in diesem Punkt mit wenig analytischer Tiefe auf einer beschreibenden Ebene verhaftet. Dennoch hat der Autor eine überaus materialreiche und detailgenaue Rekonstruktion des Wirkens Seyß-Inquarts in den Niederlanden ausgebreitet. Man kann seine Habilitation durchaus auch als Handbuch der Besatzungspolitik Deutschlands zwischen 1940 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges lesen – insbesondere die Kapitel 8 bis 12 (S. 321–520) sind hervorragend geeignet, Judenverfolgung, Repressalien gegen Sinti und Roma sowie Wirtschafts- und Kulturpolitik in Abschnitten unabhängig voneinander zu studieren.

In seiner knapp gehaltenen Zusammenfassung (S. 617–630) lässt Koll 616 überaus informative Seiten Revue passieren. Hier kommen die vielen im Buch herausgearbeiteten roten Fäden zusammen und es wird ein plastisches Bild Seyß-Inquarts gewebt. Sehr deutlich wird die enge Zusammenarbeit mit aus Österreich stammenden „Personen seines Vertrauens“ (S. 622) herausgestellt. Seyß-Inquart wird als talentierter Netzwerker skizziert. Gelegentlich argumentiert der Autor allerdings mit dem Adverb „vermutlich“, was die ansonsten stringenten Argumentationen verwässert (ebd.). Können Aussagen nicht getroffen werden, wäre es wohl besser gewesen, sie offen zu lassen. Eine Passage der Zusammenfassung erweist sich argumentativ als schwierig: Seyß-Inquart sei es nicht gelungen, die Niederlande näher an Deutschland zu binden (S. 627). Vor dem Hintergrund der Strafmaßnahmen im Land und dem Zwang für viele in Deutschland zu arbeiten, ist eine solche Bewertung schwierig nachzuvollziehen. Hier ist die Sichtweise Seyß-Inquarts zu sehr mit dem Fazit der Arbeit verwoben worden. Ebenso schwierig zu ersehen, ist der von Koll aufgebaute Dualismus von Intelligenz versus Naivität und Borniertheit, der Seyß-Inquarts Handeln zwar nicht entschuldigend, aber zumindest relativierend erscheinen lässt (S. 628). Wenige Zeilen später wird er wieder als zielstrebig, brutaler, mit ideologischem Fanatismus agierender und im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen gehender NS-Politiker dargestellt.

Die Person Seyß-Inquart erscheint als Schreibtischtäter par excellence, der als einer der wenigen Österreicher zentrale Posten in Nazi-Deutschland begleitete und mit systematischer Brutalität Politik betrieb (S. 625), was mit der fast gänzlichen Deportation niederländischer Jüdinnen und Juden seinen Höhepunkt fand. Am 20. November 1945

wurde ihm, zusammen mit einer ganzen Reihe von Hauptkriegsverbrechern das Verfahren in Nürnberg gemacht. Koll belegt, dass Seyß-Inquart bis zu Letzt ohne Reue und Einsicht war (S. 615). Er wurde am 16. Oktober 1946 zusammen mit acht weiteren NS-Tätern hingerichtet.

Ohne Frage ist das Werk von Johannes Koll ein Meilenstein in der Erforschung deutscher Aggression während des Zweiten Weltkrieges. Ein überaus straff strukturiertes und materialreiches Buch, dessen besondere Stärke in der Detailgenauigkeit einer insgesamt schwierig zu fassenden Okkupationspolitik in den Niederlanden liegt.

Marburg

Wolfgang Form

KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen

Knoch, Habbo/Rahe, Thomas (Hrsg.): Bergen-Belsen. Neue Forschungen, 368 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Die an den Orten früherer Konzentrationslager gegründeten Gedenkstätten waren zunächst Orte des Gedenkens an die in den Lagern ermordeten Opfer und die Befreiung der Überlebenden. Besonders Bergen-Belsen mit seinen Massengräbern wurde primär als ein riesiger Friedhof angelegt. „Historische Forschung gehört nicht zu den genuinen Aufgaben der Gedenkstätte“, schreiben die Herausgeber Habbo Knoch und Thomas Rahe in der Einleitung zu dem vorliegenden Sammelband, „sie wird von den Universitäten geleistet“ (S. 11). Allerdings befasste sich die Zeitgeschichtsforschung auch erst seit Ende der 1970er Jahre intensiver mit der Geschichte der Konzentrationslager. Historische Forschung an KZ-Gedenkstätten war lange Zeit tatsächlich eine Seltenheit. So gaben vor dem Boom der KZ-Forschung in den 1990er Jahren nur zwei Gedenkstätten, Buchenwald und Dachau, eigene Schriftenreihen heraus. Die erste Monografie zu einem nationalsozialistischen Konzentrationslager von Eberhard Kolb zu Bergen-Belsen (1962) ist ebenfalls eine solche Ausnahme; sie wurde vom Land Niedersachsen als Träger der Gedenkstätte in Auftrag gegeben. Die Gedenkstättenreformen seit den 1990er Jahren haben einen beträchtlichen Wandel bewirkt. Mittlerweile gehören Forschungsabteilungen zur üblichen Ausstattung einer KZ-Gedenkstätte und die meisten größeren Gedenkstätten publizieren die Forschungsergebnisse in eigenen Schriftenreihen. Die

KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen gibt mittlerweile vier solcher Schriftenreihen heraus.

Die neuere Forschung zum Konzentrationslager Bergen-Belsen setzte mit einiger Verzögerung zu anderen KZ-Gedenkstätten erst Mitte der 1990er Jahre ein, da, wie die Herausgeber schreiben, die frühe Publikation von Kolb eine „paradoxe Wirkung“ (S. 9) hatte. Die Geschichte des Lagers schien bereits erforscht zu sein, sodass zu Bergen-Belsen erst drei Jahrzehnte später eine zweite Monografie erschien. Erschwert hat die Forschung auch die im Vergleich zu anderen Konzentrationslager kurze Zeit seines Bestehens und komplexere Organisationsstruktur: Ursprünglich ein Kriegsgefangenenlager, wurde es ab 1943 als „Aufenthalts-“ oder „Geisellager“ (Bernhard Strelbel, S. 19) mit vier getrennten Lagerteilen genutzt und erst ab Dezember 1944 als Konzentrationslager geführt. Nach 1945 wurde Bergen-Belsen in der Öffentlichkeit vor allem in seiner letzten Funktion als „Sterbelager“ wahrgenommen.

Die 15 Beiträge des Bandes, von denen drei bereits früher erschienen sind und hier nachgedruckt wurden, versuchen dieser Komplexität gerecht zu werden und beschäftigen sich mit den verschiedenen Funktionen des Lagers und seiner Nachgeschichte. Sechs Beiträge sind den Häftlingsgruppen und den Lebensbedingungen im KZ Bergen-Belsen gewidmet. Vier Texte untersuchen die verschiedenen *displaced-persons*-Lager (DP-Lager), die nach der Befreiung entstanden. Fünf Aufsätze widmen sich Fragen der Nachgeschichte des Lagers, vor allem der Entstehung der KZ-Gedenkstätte, der Repräsentation des Lagers nach 1945, dem Bergen-Belsen Prozess 1945 und den Überlebenden. Die Beiträge bieten insgesamt die Möglichkeit aus verschiedensten Perspektiven auf einzelne Aspekte des Lagers, der Gedenkstätte und das Leben der Deportierten und Überlebenden zu blicken. Viele Beiträge beruhen auf intensiven Recherchen des gerade für Bergen-Belsen weit verstreuten Quellenmaterials.

Eine Reihe von Beiträgen beschäftigt sich mit sozialen Aspekten des KZ- und DP-Lagers. Bemerkenswert ist, dass aufgrund der rigiden Trennung der verschiedenen Lagerteile von einer Häftlingsgesellschaft, wie wir sie von anderen Konzentrationslagern kennen, nicht gesprochen werden kann. Wie Strelbel betont, unterschieden sich die Existenzbedingungen „erheblich, nicht nur in verschiedenen Phasen, sondern auch zum gleichen Zeitpunkt zwischen den einzelnen Lagerteilen. Das Schicksal der Häftlinge war damit in erster Linie dadurch bestimmt, unter welchen Umständen, vor allem wann sie nach

Bergen-Belsen deportiert und in welchem Lagerteil sie dort untergebracht wurden“ (S. 19f.). Die sogenannte „Kasztner-Gruppe“ war, wie Rahe in seinem mikrohistorisch angelegten Beitrag formuliert, im Vergleich zu anderen Deportierengruppen „in mehrerer Hinsicht ‚privilegiert‘“ (S. 66), etwa durch bessere Ernährung oder die Befreiung vom Arbeitszwang. Der gewählten Lagerleitung wurde „von der SS ein hohes Maß an Autonomie zugestanden“ (S. 84); religiöse und kulturelle Praktiken waren erlaubt. Trotzdem setzte aufgrund der Schikanen der SS, des zunehmenden Mangels an lebenswichtigen Gütern und der heterogenen sozialen, politischen und religiösen Zusammensetzung der Gruppe ein Prozess der „sozialen Desintegration“ (S. 85) ein, der das Zusammenleben dieser „Zwangsgesellschaft“ weiter erschwerte und zu internen Konflikten führte. Auch die Untersuchungen zu den DP-Camps von Katja Seybold, Rahe und Karl Liedke/Christian Römmer beschäftigen sich mit den sozialen Strukturen dieser zeitlich befristeten „Schicksalsgemeinschaft“. Die nationale, religiöse et cetera Heterogenität der Überlebenden führte auch in den DP-Lagern zu wiederholten Konflikten zwischen einzelnen Gruppen, die durch eine Trennung der jüdischen und polnischen *displaced persons* in separate DP-Lager gelöst wurden. Ein „gutes Zusammenleben zwischen den Völkern“ (S. 255), wie es sich manche Überlebenden gewünscht hatten, war auch nach 1945 selten möglich.

Zusammenfassend bieten die Beiträge des gut strukturierten und editierten Sammelbandes zahlreiche neue Einblicke in Geschichte und Nachgeschichte von Bergen-Belsen. Als Kritik sei jedoch angemerkt, dass ein Orts- und Personenverzeichnis für Leser und Leserinnen hilfreich wäre. Zumindest ein Verzeichnis der Autoren und Autorinnen mit Kurzbiographien hätte dem Band angeschlossen werden können.

Salzburg

Alexander Prenninger

Doppelte Kehrseite

Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, 936 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Die Geschichte der Menschenrechte ist en vogue. Mit seiner Habilitationsschrift zur

Verortung ihrer Funktion, Diskussion und Wirkungsmacht im 20. Jahrhundert reiht sich Jan Eckel in eine wachsende Zahl von Historikern und Historikerinnen ein, die sich in den letzten Jahren diesem Forschungsfeld zugewandt haben (Iriye/Goedde/Hitchcock, 2012; Eckel/Moyn, 2012; Keys, 2014). Eckels Anliegen besteht darin, nicht nur eine ideengeschichtliche Periodisierung vorzunehmen, sondern historiographische Auseinandersetzungen sowie quellengestützte Analysen zu selektiven Regionen und Institutionen in einer Gesamtbestandsaufnahme zu vereinen. Anhand der Analysekategorie „Menschenrechte“ will er eine neue Perspektive auf die internationale Politik eröffnen und gleichzeitig das historische Eigengewicht der Menschenrechtspolitik betonen.

Zu diesem Zweck unterteilt der Autor sein Werk chronologisch in zwei Abschnitte. In einer knappen Einleitung konstatiert Eckel eine Vorgeschichte von Menschenrechten vor den 1940ern, die sich durch einen „diskontinuierlichen“ Prozess auszeichne, der sich in Momenten der Verdichtung, in Brüchen und gegenläufigen Entwicklungsphasen widerspiegeln, sich aber nach 1945 verstetigt. Es folgt ein ausführlicher Abriss über die Genese der äußerst heterogenen Gruppen und Institutionen, die sich zum Teil in bewusstem Rückgriff auf diese älteren Traditionslinien bis Ende der 1960er Jahre mit Menschenrechten auseinandersetzten: die Alliierten des Krieges, religiöse und internationalistische Gruppen, die Vereinten Nationen, der Europarat, die International League for the Rights of Men und koloniale Völker. Im Wesentlichen zielt Eckel auf die Formierung und Institutionalisierung von Menschenrechten in dieser Phase als internationales Politikfeld ab. Den Fokus auf die völkerrechtliche Verankerung legend, scheiterten die Akteure und Institutionen laut Eckel jedoch darin, wirksame Mechanismen zur Implementierung einzurichten.

Der zweite Teil stellt den eigentlichen Kern der Analyse dar und widmet sich – mit Blick auf die neue Vielfalt an Akteuren (Organisationen wie Amnesty International, Regierungen), Praktiken sowie Regionen (Osteuropa, Chile, die postkoloniale Welt) – den Menschenrechten in den 1970er und 1980er Jahren. Der Tenor lag nun, so Eckel, auf Forderungen nach der unmittelbaren Umsetzung von Menschenrechten. Amnesty International kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu, da die Organisation erstens ein erhebliches Potenzial enttäuschter Aktivisten der späten 1960er Jahre auffing und in neue Bahnen lenkte sowie sich dabei zweitens kulturspezifischer zeitgenössischer Mechanismen

bediente: von einer wütenden Kultur des „Leidens“ und Empathie für andere in den 1970ern hin zu inklusiven Mega-Popevents mit moralischem Unterton in den 1980ern. Mit seinem globalhistorischen Anspruch will Eckel zudem das „polyzentrische“ Aufkommen und Verbreiten von Menschenrechtspolitik betonen und dem Eindruck einer rein westlich geprägten Tradition entgegenwirken. Liberale Regierungen verankerten zunehmend Menschenrechte in ihrer Politik, menschenrechtsverachtende Diktaturen in Chile und Osteuropa gerieten durch transnationalen Druck und nationalen, zivilgesellschaftlichen Aktivismus in ökonomische und politische Krisen, und postkoloniale Führer beriefen sich auf die UN-Menschenrechtscharta in ihrem Bestreben nach Freiheit und Souveränität. Auch hier zeichnet sich die vorliegende Analyse durch hohe Differenzierungsfähigkeit aus, wenn der Autor zum Beispiel fragt, warum Führer in Chile und Polen nicht jedoch in Kambodscha unter Druck gerieten oder weshalb die niederländische Regierung so viel mehr Emphase auf eine menschenrechtlich orientierte Außenpolitik zuließ als die Bundesrepublik.

Am Ende, so resümiert Eckel, lag die Bedeutung der Menschenrechte in ihrer Funktion als scheinbar unpolitisches Thema und Sprache, mithilfe derer seit den 1940ern zunehmend internationale Politik, Beziehungen, Konflikte und Allianzen verhandelt wurden. Mit diesem historischen Ansatz widerspricht er wenigstens zum Teil seinem Weggefährten Samuel Moyn (2010) und dessen These von Menschenrechten als letzter gesellschaftlicher Utopie, die in ihrer heutigen Form erst aus der Krise der Nationalstaaten und Internationalisierung in den 1970er Jahren entstanden. Trotz UN-Charta mit universalistischem Anspruch wurden Menschenrechte jedoch niemals einheitlich interpretiert. Konkurrierende Interessen und Strategien wie Containment, Geopolitik, Souveränität oder Nichteinmischung ließen die „Polyvalenz“ des Begriffes von Antikolonialismus über Selbstbestimmung und Feminismus zu Antisklaverei reichen. Gleichzeitig dient Eckels vielbetonte „Ambivalenz“ als Leitgedanke innerhalb der Arbeit, um jederzeit zu verdeutlichen, dass es sich um keine „Erfolgsgeschichte“ der Menschenrechte handele, sondern ihre Geschichte, wie die zahlreichen Beispiele zeigen, von Aufstieg, Instrumentalisierung, Scheitern und Enttäuschung internationaler Menschenrechtspolitik zeuge.

Auffällig bleibt indes, dass Eckel immer wieder zu dem Thema ‚Intention‘ zurückkehrt, wenn

er zum Beispiel feststellt, wie wenig Akteure in der Nachkriegszeit die Implementierung menschenrechtlicher Normen wollten und erreichten. Vietnams Intervention in Kambodscha war, so Eckel, keine humanitäre Intervention, weil ersterer Absicht nicht humanitär, sondern strategisch blieb. Damit läuft der Autor sowohl historiographisch als auch historisch in eine immer wiederkehrende Falle. Denn die neue internationale Geschichte hat sich ja eben nicht – wie Eckel konstatiert (S. 201) – wesentlich auf Entscheidungsträger und Absichten konzentriert, sondern rückt nichtstaatliche und erratische Prozesse, dazu Gefühle und transtemporale Einordnungen in den Vordergrund (Dülffer/Loth, 2012; Hogan/Patterson, 2004). In diesem Zusammenhang muss auch auf die bei Eckel fehlende kulturgeschichtliche Dimension der Menschenrechte hingewiesen werden, denn kulturelle (Miss-)Verständnisse bei der Interpretation und Anwendung von Menschenrechtsdiskursen und -praktiken werden in seinen Studien zu beispielsweise antikolonialen, afrikanischen oder chilenischen Perspektiven kaum berücksichtigt. Zudem kann man der kulturellen Dynamik von Menschenrechten außerhalb von Dialog und Kulturdiplomatie ein transnationales Moment zugestehen, das über Ursache und Wirkung hinaus eine sinnstiftende Wirkung entfaltet, deren eigentliche Effekte für Historiker und Historikerinnen des frühen 21. Jahrhunderts noch gar nicht absehbar sind.

Nichtsdestotrotz: „Die Ambivalenz des Guten“ ist ein großer Wurf, ein unerlässlicher Beitrag zur internationalen Geschichte. Jan Eckel bietet eine hochdifferenzierte Analyse bestehender Arbeiten und zahlreicher Primärquellen, um Strukturen und Dynamiken der Menschenrechtsgeschichte nachzuzeichnen und zu deuten. Ihm gelingt es überzeugend, die doppelte Kehrseite einer moralischen und moralisierenden Menschenrechtsrhetorik aufzuzeigen, die nicht nur auf die humanitäre Verbesserung der Lebensumstände abzielte, sondern bewusst als politisches Machtinstrument eingesetzt wurde.

Berlin Annika Estner/Annette Karpp/Jessica Gienow-Hecht

Wissen und Praxis von „Entwicklung“ in transnationaler Perspektive

Unger, Corinna R.: Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980, 319 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Die internationale Forschung zur Geschichte des Entwicklungsbegriffes und der damit verbundenen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Praktiken hat sich in den vergangenen Jahren dem allgemeinen Trend in der Geschichtswissenschaft angeschlossen, globalgeschichtliche Perspektiven zu forcieren. Damit sollen nicht nur bislang wenig beachtete Formen von Austausch und Interaktion über nationale und kontinentale Grenzen hinweg sichtbar gemacht, sondern auch neue Blickwinkel auf klassische Themen ermöglicht werden.

Corinna Ungers Buch ist ein lesenswerter und anregender Beitrag in beiden Bereichen. Mit einem empirisch wie theoretisch ambitionierten Programm nähert sich Unger der Frage, weshalb Indien in den Jahrzehnten zwischen seiner Unabhängigkeit im Jahr 1947 und den 1980er Jahren bestimmte Ideen und Praktiken von ‚Entwicklung‘ favorisiert, andere dagegen marginalisiert oder sogar ignoriert hat. Ihr Fokus liegt dabei auf einem wissenshistorischen Ansatz, der die Generierung von (Entwicklungs-)Wissen grundsätzlich in transnationalen Sphären lokalisiert. Die in Indien formulierten und praktizierten Entwicklungskonzepte werden als Resultat eines intensiven Austausches zwischen internationalen, nationalen und auch lokalen Akteuren interpretiert. Daraus ergibt sich ein komplexes Beziehungsgeflecht, in dem der Weltbank, dem internationalen Währungsfond oder privaten US-amerikanischen Stiftungen ebenso tragende Rollen zukommen wie der indischen Regierung oder lokalen Parteien und Bürgerinitiativen. Es geht Unger vor allem darum, Prozessen der Übersetzung, Anpassung, und Neuverhandlung von Entwicklungskonzepten nachzuspüren und deren Verlauf zu erklären. Diese Adaptionsformen sind aus ihrer Sicht keine rein geistesgeschichtliche Materie, sondern das Ergebnis intensiver Wechselwirkungen zwischen Entwicklungstheorie und Praxis.

Um das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen indischen und internationalen, staatlichen wie nicht-staatlichen Akteursgruppen sichtbar zu machen, enthält das Buch eine Reihe von Fallstudien aus den Bereichen ländliche Entwicklung einerseits und Industrialisierung und Urbanisierung andererseits. Diese Fallstudien reflektieren Ungers bisherige Arbeitsschwerpunkte zur Rolle der US-amerikanischen Stiftungen in der indischen Bevölkerungs- und Ernährungspolitik, enthalten aber auch neue Themen. Darunter befinden sich Beiträge zur Geschichte des Genossenschaftswesens, des *community development* und der Grünen Revolution bis hin

zu Industrialisierungsstrategien, der Modernisierung kolonialer urbaner Räume (Kalkutta) sowie der Entwicklung neuer Städte (Chandigarh und Rourkela). Die Dynamiken des Wissenstransfers und der damit einhergehenden Anpassung von Wissen werden in all diesen Fallstudien gut nachvollziehbar und mit dem Kontext des Kalten Krieges verknüpft, der in den frühen 1950er Jahren zunehmend an Bedeutung gewann.

Westdeutsche Ausbildungsprogramme im Bereich Technik und Industrialisierung etwa waren willkommene außenpolitische und diplomatische Instrumente, um die Attraktivität des kapitalistischen Modells zu steigern, und besaßen in diesem Sinn eine explizite antikommunistische Stoßrichtung. Das von Westdeutschland Anfang der 1960er Jahre mitbegründete Indian Institute of Technology (IIT) in Madras war ein typisches Syntheseprodukt zwischen indischen Entwicklungsprioritäten und dem, was als westdeutsche Expertise anerkannt wurde. Die Kooperation der indischen Regierung mit der Weltbank in den 1970er Jahren zur Modernisierung Kalkuttas, die in erster Linie auf die Beseitigung der Slums sowie die Effizienzsteigerung der Infrastruktur abzielte, transformierte einerseits die auf indischer Seite mit der Abwicklung beauftragten Institutionen entsprechend der Modalitäten der Weltbank. Andererseits reflektierte die Implementierung dieses Programms unterschiedliche Formen indischer Handlungskompetenz, die den Verlauf und die Ergebnisse deutlich beeinflussten. Entwicklungsideen und -konzepte erscheinen in dieser Perspektive als das Produkt von Aushandlungsprozessen zwischen den politischen Eliten Indiens, westlichen Gebern und internationalen Organisationen, die jeweils an den globalpolitischen Kontext rückgebunden waren.

Ungers Studie basiert auf umfassenden Quellenbeständen aus Indien, Deutschland und den USA. Diese Quellenauswahl ermöglicht den starken Fokus auf Westdeutschland und die USA, zieht aber auch empirische Schwäche nach sich, die für das Thema des Buches nicht unerheblich sind. Die Rolle der Sowjetunion (sowie osteuropäischer Akteure) bleibt bis auf wenige Andeutung unbeachtet. Angesichts der Rolle des Kalten Krieges und des Ziels des Buches, eine tatsächlich „internationale“ Geschichte der indischen Entwicklungspfade schreiben zu wollen, ist dies eine bedeutende Einschränkung, die von der Verfasserin nicht weiter erklärt wird. Zweitens gelingt das Unterfangen, auch Nicht-Experten und -Expertinnen – also die von Entwicklungsprojekten direkt betroffenen Menschen – zu Wort

kommen zu lassen, nur bedingt. Zu den empirisch interessantesten Teilen des Buches gehören hingegen jene Absätze, in denen die Autorin versucht, diese Stimmen aus den offiziellen Berichten zu destillieren. Drittens erhalten innerhalb dieser Gruppen der Betroffenen Frauen nur wenig Aufmerksamkeit. Wer die Studie gezielt aus einer Gender-Perspektive liest, wird unzählige Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen in diese Richtung finden.

Insgesamt ist das Buch ein theoretisch inspirierender und empirisch ehrgeiziger Beitrag zur Erforschung von Entwicklungspfaden aus globalgeschichtlicher Perspektive, der hoffentlich bald auch einer englischsprachigen Leserschaft zugänglich gemacht wird.

Groningen

Clemens Six

Particular Universalists

Voigt, Sebastian: Der jüdische Mai '68. Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich, 383 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Sebastian Voigt's "Der Jüdische Mai '68" is narrative history at its best. Recounting the transnational histories of three prominent political activists in postwar France, the author manages to interweave complex biographies into a compelling whole, allowing the reader to appreciate some of the dilemmas facing an unusual group of Jewish figures in the post-war period. In producing an almost seamless chronicle, however, Voigt tends to underplay several important questions related to his own sources, terminology, and conceptual framework. While this does not detract from an otherwise very good work, it suggests a rather cavalier approach to methodological issues that lie at the heart of (French) Jewish history after the Holocaust, especially those pertaining to trauma and memory.

"Der Jüdische Mai '68" relates the life stories of Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit, and André Glucksmann, all of whom shared common backgrounds and pursued similar goals. Goldman's and Glucksmann's parents were Communists who fought in the Résistance; Cohn-Bendit's left-leaning parents were lawyers who survived the Shoah in southern France. Following the war, Goldman's mother returned to her native Poland; Cohn-Bendit's father moved

to Frankfurt am Main; and Glucksmann's mother ended up in Vienna. Their sons all remained in France, although Cohn-Bendit would later join his (reunited) parents in West Germany, only to return to Paris in the mid-1960s. These bare facts already indicate the diasporic and transnational nature of the group, which Voigt needlessly emphasizes as comprising the "grundlegende Überzeugung der Arbeit" (p. 20).

Goldman was by far the most radical of the three. He joined the communist student union at the Sorbonne, spent time in Cuba to avoid military service, fought alongside Venezuelan guerillas, and robbed banks. In 1974, he was given a life-sentence after being convicted of a robbery in the course of which two pharmacists had lost their lives. Goldman denied all charges related to these events, but admitted to having committed other robberies, for which he was also sentenced. During his time in prison he published „Obscure Memories of a Polish Jew Born in France“ (1975), which gained the attention of prominent intellectuals and played an important role in securing his retrial in April 1976. Acquitted six months later, he was murdered by an obscure right-wing group in 1979. Voigt deftly traces these developments, moving back and forth in time, providing ample context, and demonstrating the linkages between Goldman's allegiance to the radical Left and his Jewish identity. Even so, some of this discussion is marred by an over-reliance on Goldman's memoirs. While mentioning concerns over the facticity of the recollections (p. 85), Voigt does not critically engage with this question at all or indeed address the construction of memory more generally.

Daniel Cohn-Bendit's biography is familiar to many German readers, particularly in connection with his later career as a Green politician. The author therefore rightly focuses on the activist's early life in France and, more interestingly perhaps, at the Odenwaldschule in Heppenheim, where Ernst Jouhy, another former German-Jewish communist who had experienced exile in France, served as his mentor for several years. Cohn-Bendit's father and Jouhy influenced Daniel's identification with a libertarian and anti-Stalinist socialism. Unlike Goldman, who sympathized with Israel and secretly rejoiced at the country's military victory in 1967, Cohn-Bendit's universalism was such that he never identified with Zionism, comparing the Jewish state's actions against the Palestinians with South Africa's Apartheid regime. In fact, Jewishness was tantamount to lacking roots, he argued, for only

in a deracinated state was it possible to demonstrate the openness towards "other worlds" that was part of a quintessentially Jewish experience (p. 197). Again, because Voigt relies heavily on his protagonist's later self-reflections, many of these passages are rather uncritical and simply retell Cohn-Bendit's version of events.

The final figure analyzed in "Der Jüdische Mai '68" is the philosopher André Glucksmann. Usually associated with a group of "New Philosophers" that broke with Marxism in the 1970s, the author is keen not only to examine this turn from Maoism to anti-totalitarianism, but also to show how many Jews, including Benny Lévy and Alain Geismar, espoused both left-wing tenets *and* anti-totalitarianism as an expression of their Jewish transnational universalism. When Glucksmann was asked in 1977 to account for his transformation from Marxist to Maoist to New Philosopher, he replied: "My parents were Jewish émigrés" (p. 310). He also added that Marxism had been discredited by that time. As much as Voigt mentions the former, his accentuation of Jewish universalism tends to sideline the fact that this phenomenon was very much part of a wider trend. Amnesty International, for example, was not a French-Jewish project, nor was Jimmy Carter's discovery of human rights in 1977. Yet both were departures from the immediate past, with its revolutionary aspirations, its belief in technocratic solutions to social problems, and its lofty ambitions of changing the system.

Here and elsewhere the book might have benefited from the larger picture. Still, the author has done an excellent job at writing a history of the Jewish May.

Keele

Anthony D. Kauders

Ambivalentes Panorama der Remigration

Pasdzierny, Matthias: Wiederaufnahme? Rückkehr aus dem Exil und das westdeutsche Musikleben nach 1945, 983 S., edition text + kritik, München 2014.

Welche Rolle spielten Remigranten beim Wiederaufbau des westdeutschen Musiklebens nach 1945? Welche Motive bewogen sie zur Rückkehr, wie wurden sie von den Dagebliebenen empfangen, wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit jenen und welche Auswirkungen

zeitigte die Präsenz von Rückkehrern für die Musikkultur allgemein? Dies sind die Leitfragen von Matthias Pasdziernys umfangreicher Studie, die auf seiner Dissertation beruht. Auf mehr als 650 Textseiten entwirft der Musikwissenschaftler ein buntes Panorama der westdeutschen Musikkultur, das sich von den Schlössern Elmau und Weikersheim über den Bayreuther Hügel hin zu den Musikhochschulen in Stuttgart, Frankfurt, Köln und Saarbrücken sowie nach Hamburg zum (N)WDR erstreckt und mit Darstellungen zur Revitalisierung der Jugendmusikbewegung und zur Musikpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht ergänzt wird.

Pasdzierny legt seiner Untersuchung ein sehr breites Verständnis von Rückkehr zugrunde. So zählt er zu Rückkehrern neben denen, die sich wieder dauerhaft in Westdeutschland niederließen, auch Personen, die nur vorübergehend kamen, etwa für ein Gastspiel oder einen Lehrauftrag. Zugleich fasst er unter „Musikschaufende“ sämtliche Personen, die in irgendeiner Weise, das heißt schaffend oder nachschaffend, publizistisch oder kulturpolitisch, mit Musik zu tun hatten. Auf Grundlage dieser weit gefassten Definition identifiziert Pasdzierny 263 Personen; deren Kurzbiographien macht er in einem gut 200-seitigen Anhang zugänglich. Allgemein schätzt der Autor die Rückkehrer auf 600, was etwa 15 Prozent der Musik-Emigranten entsprach und diese damit eine wesentlich höhere Rückkehrer-Quote aufwies – im Vergleich zu den lediglich 4 Prozent an jüdischen Emigranten allgemein. Demnach waren Rückkehrer im westdeutschen Musikleben zahlreicher vertreten, als dies bislang angenommen wurde.

Gleich in mehrerer Hinsicht verrichtet Pasdzierny mit seiner Studie Pionierarbeit. Erstens leistet sein quellengesättigtes, zugleich enorm kenntnisreiches und methodisch reflektiertes Buch einen grundlegenden Beitrag zur Geschichte des westdeutschen Musiklebens und seinen vergangenheitspolitischen Dimensionen nach 1945, die der Autor vollkommen zurecht als unterforscht bezeichnet. Zweitens hat er den Rückkehrern ein würdiges Denkmal gesetzt. Der dokumentarische Teil ist eine außergewöhnliche Leistung und wird kommenden Studien in diesem Feld ein unverzichtbares Hilfsmittel sein. Drittens behält Pasdzierny, wenngleich seine Darstellung ganz überwiegend der sogenannten klassischen Musikkultur vorbehalten ist, auch die Welt der (gehobenen) Unterhaltungsmusik im Blick und widmet der unter starkem medialen Echo erfolgten Rückholung des schwerkranken

Operettenkomponisten Paul Abraham aus den USA im Jahr 1956 sogar ein eigenes Unterkapitel. Viertens schließlich ist das oben angesprochene facettenreiche Panorama, das Laienmusik und professionelle Ausbildung ebenso wie Konzerte, Musikfestivals und Musik im Rundfunk thematisiert, besonders hervorzuheben, zumal diese Bereiche bislang kaum einmal zusammengebracht worden sind.

Diese Breite hat freilich ihren Preis, denn genau genommen zerfällt das Buch in Einzelstudien zur Entstehungs- oder Nachkriegsgeschichte der verschiedenen genannten Musikinstitutionen unter besonderer Berücksichtigung beteiligter (oder bewusst außen vor gelassener) Remigranten. Dies mag die Qualität der Fallstudien keineswegs schmälern, unter denen diejenige zu Bayreuth herausragt: Pasdzierny weist überzeugend nach, dass zunächst Pläne für einen Neuanfang mit den emigrierten Wagner-Enkeln Friedelind Wagner beziehungsweise Franz Wilhelm Beidler im Sande verliefen. Erst das „Tandem“ aus Rückkehrer und Dagebliebenen zwischen dem emigrierten Bayreuther Leiter des städtischen Kulturamtes, Karl Würzburger, und den Brüdern Wieland und Wolfgang, brachte nach zähen Verhandlungen mit dem Bayerischen Kultusministerium die Wiederöffnung der Festspiele im Sommer 1951. Neben Würzburger sollte mit Studienleiter Erich Engel zudem ein weiterer Remigrant an herausgehobener Stelle für die politische Legitimität des Bayreuther Neuanfangs bürgen.

Mitunter geraten die Rückkehrer in den Fallstudien allerdings arg weit aus dem Blickfeld zugunsten institutioneller Entwicklungen, und teilweise entsteht der Eindruck, dass sämtliches gesammeltes Material unbedingt im Buch untergebracht werden wollte. Insbesondere die – erneut an sich äußerst aufschlussreichen – Kapitel zur Wiederbelebung der Jugendmusikbewegung und zur Gründung des Seventh Army Symphony Orchestra der US-Armee scheinen sich doch sehr weit vom Thema der Rückkehrer zu entfernen, zumal hier die im Fokus stehenden Remigranten selbst, Lore Auerbach und Samuel Adler, absolute Sonderfälle darstellen: Auerbach wurde als Kind von Emigranten im Sommer 1933 in Amsterdam geboren, und Adler kam als überzeugter Neu-Amerikaner im Dienst der US-Armee nur deshalb für kurze Zeit nach Deutschland zurück, um nicht nach Korea in den Krieg ziehen zu müssen.

Die titelgebende Frage nach der Wiederaufnahme wird übergreifend dahingehend beantwortet, dass prominente emigrierte (allerdings

nicht-jüdische) Persönlichkeiten des Musiklebens wie Paul Hindemith oder Ernst Krenek durchaus willkommen gewesen wären, weil sich ihre Rückkehr zur symbolpolitischen Inszenierung geeignet hätte; Versuche, sie für Leitungspositionen an Musikhochschulen zu gewinnen, scheiterten. Weniger bekannten Musikern schlugen dagegen oftmals Ressentiments und Ablehnung entgegen. Deutlich wird auch, dass Rückkehrer an manchen Orten wie Bayreuth oder Weikersheim, wo Richard Engelbrecht die Weikersheimer Sommerkurse begründete, ganz entscheidenden Anteil am Wiederaufbau des westdeutschen Musiklebens hatten, sie an vielen anderen Orten dagegen keine oder nur untergeordnete Wirkung entfalteten. Es sind solche Ambivalenzen, die der Autor mit seiner Studie en détail offenlegt, und die letztlich deutlich machen, dass die Rückkehr von Musikern aus dem Exil hinsichtlich der Motive, des Verlaufs und der Auswirkungen eine hochgradig individuelle Angelegenheit blieb. Deren Geschichten im Kontext des westdeutschen Wiederaufbaus lassen sich jedenfalls nirgendwo besser nachvollziehen als in Pasdziernys Pionierstudie.

Nashville, TN

Martin Remppe

Deutsch-deutsche Images von Armut

Lorke, Christoph: Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, 469 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Armut galt lange Zeit, wenn überhaupt, als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Armuts-Images standen dabei nicht unbedingt im Mittelpunkt des Interesses, weshalb Christoph Lorkes Dissertation im zweifachen Sinne verdienstvoll ist: Sie steht für einen historischen Zugriff auf das Thema und konzentriert sich auf Repräsentationen von Armut zwischen 1945 und 1989. Lorkes ambitioniertes Ziel ist es, „eine deutsch-deutsche Wahrnehmungs- und Deutungsgeschichte von ‚Armut‘“ (S. 11) zu schreiben, Brüche und Kontinuitäten auszumachen und nach kollektiven Ordnungsvorstellungen im Wandel zu fragen. Hierfür geht er chronologisch vor und wendet sich zunächst den Nachkriegsjahren bis zum Mauerbau, dann den „Jahren des Wachstums“ (S. 120) bis in die frühen 1970er Jahre und schließlich der Zeit nach

der Ölkrise 1973 bis zum Mauerfall zu. Konsequent kontrastiert er Tendenzen in der BRD mit denen in der DDR und arbeitet eine verflochtene und doch geteilte deutsche Geschichte von Armutsrepräsentationen heraus.

So stellte soziale Not nach 1945 eine deutsch-deutsche Kollektiverfahrung dar (S. 50f.), die jedoch als Nachkriegs- und Übergangsphänomen gewertet wurde. Entsprechend war das Sprechen über Armut beschränkt, zugleich griff man kontinuierlich auf etablierte Sozialklischees zurück, um ‚Nichtsesshafte‘, ‚Arbeitsscheue‘, ‚Bettler‘ oder ‚Asoziale‘ als unwürdige Arme zu diffamieren. Für die DDR zeigt sich bereits früh „die Beharrungskraft kleinbürgerlich-reputierlicher Norm- und Moralvorstellungen“ (S. 87), die im Umgang mit Armut und Arbeit ihren Ausdruck fand. Auch nach 1961 dominierte in der DDR ein „Festhalten an Egalitätssparolen“ (S. 152) bei gleichzeitiger Ausgrenzung unwürdiger Armer. Beiden deutschen Staaten ist bis in die 1960er Jahre eine Dominanz des dichotomen Deutungsmusters würdige versus unwürdige Arme gemein. In der BRD erhielten stereotype Images der unwürdigen Armen durch den wachsenden Wohlstand der 1950er Jahre gar einen Aufschwung, während es nur wenige kritische Stimmen gegen das weitreichende Ausblenden darüber hinausgehender Darstellung sozialer Not gab (S. 140ff.). Erst nach 1968 setzte mit der Entdeckung von Randgruppen, dem Aufkommen eines kritischen Armutsjournalismus und der Akademisierung der Sozialen Arbeit eine graduelle Ausdifferenzierung der Armuts-Images in der BRD ein. Die Ölkrise 1973 forcierte eine Politisierung des Themas Armut, das unter dem Schlagwort der „neuen sozialen Frage“ zunehmend öffentlich verhandelt wurde. Parallel zu einer wachsenden Kritik am bundesdeutschen Sozialstaat und einer verstärkten Empathie für Armut spitzte sich in den 1980er Jahren die Diffamierung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger zu. Die DDR verfolgte in dieser Zeit eine äußerst rigide und öffentlich wirksame Politik der Unduldsamkeit gegen ‚Asoziale‘ und ‚Dissoziale‘ (S. 200), gekoppelt an die (auch wissenschaftlich gestützte) Pathologisierung von Armut. Erst Ende der 1980er Jahre lässt sich ein „seichte[r] Paradigmenwechsel bezüglich sozialer Bewertungsmaßstäbe auch in der DDR“ (S. 348) samt einer teilweisen Relativierung individueller Schuldzuweisungen konstatieren.

Diese Thesen kann Lorke auf die Analyse einer Quellenvielfalt – wie Presseberichte, Manuskripte von Rundfunk- und Fernsehbeiträgen, wissenschaftliche Studien, Plenarprotokolle des Bundestages oder Pressemeldungen – stützen.

Dabei widmet er sich punktuell auch der visuellen Ebene der Imageproduktion (z. B. die im Wind flatternde Wäsche als immer wiederkehrender visueller Marker für Armut) und nimmt Bilder im Sinne des *visual turn* als eigenständige Quellen ernst. Umso bedauerlicher ist es, dass man wenig über die konkrete Methode erfährt (S. 14ff.), die nicht nur für die Auswahl des relevanten Korpus, sondern auch für den Umgang mit visuellem und auditivem Material Fragen aufwirft.

Eindrücklich ist Lorkes Verknüpfung von politischen mit wissenschaftlichen und medialen Diskursen. Indem diese systematisch als Teile der Wissensproduktion begriffen und auf Images von Armut hin befragt werden, treten sowohl ein erstaunlicher Gleichklang als auch Eigenlogiken zutage. Eindrücklich ist auch die Kontrastierung von BRD und DDR, sodass seit den späten 1960er Jahren ein sukzessives Auseinanderdriften im Bezug auf die Armut deutlich wird. Zugleich offenbaren sich Analogien, zum Beispiel wenn der Fernseher in Ost und West zum äußerst beharrlichen Sinnbild für den unwürdigen Armen beziehungsweise für dessen passive, „unreflektierte Konsumorientierung“ (S. 173) gerät. Das schließt nicht aus, dass der jeweils andere Staat zugleich als Impulsgeber für Auseinandersetzungen und, vor allem für die DDR, als ideologische Projektionsfläche fungierte.

Lorke schlägt verschiedene Schneisen ins Material, was allzu häufig zur Ausdifferenzierung und Relativierung vorheriger Aussagen führt. Dies lässt nicht nur Redundanzen entstehen; teilweise hat dies zur Folge, dass sich maßgebliche Thesen hinter Überschriften verbergen, die etwas anderes vermuten lassen, etwa wenn Lorke unter der Überschrift „Häßliche Armut: Imaginationen von Obdachlosen und Nichtsesshaften“ zunächst einen längeren Exkurs zur medialen Anerkennung respektabler Armer einwebt (S. 297ff.). Auch mit dem fortwährenden Konstatieren und Einschränken von Paradigmenwechseln (z. B. S. 307) tut er sich nicht immer einen Gefallen.

Ungeachtet dessen schöpft Lorke aus den Quellen und bettet sie in verschiedene Felder der Wissensproduktion ein, sodass überaus deutlich wird, „wie umkämpft und normativ aufgeladen das Sprechen über ‚Armut‘ ist“ (S. 10). Somit bietet die Arbeit inspirierende Anknüpfungspunkte, um sie mit aktuell wieder florierenden Forschungen zu Arbeit und Repräsentationen von Arbeit zu kontrastieren. Aufschlussreich wäre zweifelsohne auch der Abgleich mit Ergebnissen der Antiziganismus-Forschung, da die von Lorke aufgezeigten Stereotype, Diffamierungen, aber auch die

Differenzierung von Zuschreibungen auffallende Parallelen zum Umgang mit als ‚Zigeuner‘ stigmatisierten Menschen aufweisen.

Hamburg

Yvonne Robel

Maßgeschneidertes Gedenken in der DDR

Olsen, Jon Berndt: Tailoring Truth. Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany, 1945–1990, 276 S., Berghahn, Oxford/New York 2015.

Schon auf den drei Titelbildern sieht der Leser, womit sich Jon Berndt Olsen beschäftigt: Hauptgegenstand seiner Untersuchung über Erinnerungspolitik in der DDR sind Denkmäler, Museen und Feste (S. 2). Und schon der Titel lässt erkennen, dass der Verfasser differenziert argumentiert: Die historischen Ereignissen im Mittelpunkt der offiziellen Erinnerungskultur in der DDR wurden auf die Bedürfnisse der SED zugeschnitten. Einige Ereignisse wurden hervorgehoben, andere verborgen, wie bei einem maßgeschneiderten Kleidungsstück, das den Träger besonders vorteilhaft erscheinen lassen soll. Wertungen oder den Versuch, die von der politischen Führung vorgenommenen Interpretationen der Vergangenheit als falsch zu enthüllen, sucht die Leserschaft vergeblich. Olsen kommt es darauf an, über die 40 Jahre der Existenz der DDR hinaus nachzuzeichnen, wie die Vergangenheit instrumentalisiert wurde, um den Führungsanspruch der SED zu legitimieren, um Traditionen zu bilden, die weiter zurückreichten als 1945, um ein emotionales Band mit der Generation zu knüpfen, die in den 1960er und 1970er Jahren aufwuchs und um dem großen Konkurrenten Westdeutschland eine andere, bessere Geschichte entgegensetzen zu können.

Insofern wurde, wie der Titel andeutet, die Vergangenheit in der DDR genutzt, um Politik zu legitimieren und Akzeptanz zu schaffen. Mit dem zweiten zentralen Begriff des Titels, „Verhandeln“, macht Olsen deutlich, dass die SED nicht die uneingeschränkt bestimmende Instanz gewesen ist (S. 7). Vielmehr ist es ihr wiederholt nicht gelungen, die gewünschte Form der Erinnerung durchzusetzen. Am Beispiel des Marx-Engels- und des Thälmann-Denkmal zeichnet Olsen einen Prozess nach, der sich von der ersten Idee bis zur Einweihung über Jahrzehnte hinzog

(S. 81ff. und 186ff.). Die Künstler, aber auch Kuratoren, Pädagogen und nicht zuletzt die Bürger, erwiesen sich als eigenwillige Partner, gegen die die SED ihre Erinnerungen nicht etablieren konnte: So musste die SED für den Entwurf des Thälmann-Denkmal in Berlin Friedrichshain den sowjetischen Künstler Lew Kerbel rufen (S. 197f.). Die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) konzipierte, 1948 eröffnete Ausstellung „Das andere Deutschland“ wurde heftig kritisiert, weil den Besuchern zunächst anonyme Kritik ermöglicht wurde. Als nur noch gut einsehbare Besucherbücher auslagen, gab es nur noch Lob (S. 43f.).

Olsen legt ein – angesichts des umfangreichen Themas und seiner über zehn Jahre dauernden Vorarbeiten – erfreulich schmales Buch vor. Er hat eine klare Auswahl getroffen, welche Medien der Erinnerungspolitik er in das Zentrum seiner Publikation rückt. Seine Forschungsergebnisse spiegeln sich sowohl in der Struktur der fünf zentralen Kapitel wider, aber auch in der Auswahl der Denkmäler, Ausstellungen und Feiern, die er in den Mittelpunkt der Hauptkapitel rückt. Olsen kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Erinnerungspolitik der SED in Phasen einteilen lässt: Unmittelbar nach Kriegsende habe die Erinnerungspolitik das Ziel gehabt, die Kommunisten mit Blick auf ihren siegreichen antifaschistischen Kampf als neue Führungsmacht zu legitimieren (S. 11). In der darauf folgenden Phase war die SED darauf bedacht, die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung herauszuarbeiten. In diese Phase fiel der 100. Jahrestag der Revolution von 1848, die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte, die erfolgreiche Besetzung der Erinnerung an das Konzentrationslager Buchenwald (S. 54ff.). Aber auch „Niederlagen“ wie die geplanten Marx-Engels- und Thälmann-Denkmal für Berlin (S. 12) waren in dieser Phase zu verzeichnen. Die beiden anschließenden Kapitel behandeln eine bis in die 1970er/80er Jahre andauernde Phase. In der Zeit von den 1960er bis zu den 1970er Jahren, so Olsen, sei es der SED vor allem darum gegangen, die Jugend anzusprechen und über die Geschichte emotional mit ihrer politischen Führung zu verbinden. In dieser Phase rückten Lehrer, Guides in Museen und Gedenkstätten in den Blickpunkt der Partei. Für die Verbreitung eines Geschichtsbildes, das die DDR stabilisiert, waren kundige Kräfte erforderlich, die den Aufenthalt in Buchenwald oder im Museum für Deutsche Geschichte zu einem Ereignis machte, das die Jugendlichen mit ihrem Staat verband.

In dieser Zeitspanne lässt sich ebenfalls eine regionale Ausweitung der staatlichen Erinnerungspolitik feststellen. 1969 gab es in der DDR mehr als 600 Museen mit fast 5.000 Beschäftigten, sie zogen 1968 17,9 Millionen Besucher an (S. 132). Olsen wertet diese Entwicklung als Versuch, die Geschichte zu dezentralisieren und mit der Regionalisierung lokale Facetten, Personen, Ereignisse und Interpretationen zu stärken, mit der Absicht, eine tiefere Verwurzelung des offiziellen Geschichtsbildes zu erreichen.

In der vierten Phase (in den 1970er bis in die 1980er Jahre), wurde vorsichtig versucht, bislang ignorierte oder als reaktionär gebrandmarkt Personen zu rehabilitieren – Friedrich der Große oder Martin Luther (S. 13). Doch bald war unübersehbar, dass der Staat nicht (mehr) kontrollieren konnte, wie die historischen Personen erinnert wurden (S. 219).

Das letzte der fünf Kapitel widmet sich den 1980er Jahren. In dieser Zeit, so der Autor, habe sich die SED wieder stärker auf ihre eigentlichen Helden besonnen. Erneut wurden die großen Projekte eines Marx-Engels- und Thälmann-Denkmal in Berlin in Angriff genommen und endlich verwirklicht. Doch die Zufriedenheit mit den Denkmälern blieb aus – schon bei der Einweihung waren die Parteitruen fast unter sich, kaum Berliner oder Bewohner des Prenzlauer Berges waren anwesend (S. 201). Umso interessanter ist es, wie sich die Bürger im Jahr 2000 für den Erhalt „ihres“ Denkmal und die regelmäßige Entfernung der Graffitis einsetzten (S. 226ff.). Kurz vor dem Zusammenbruch der DDR nahmen sich Oppositionelle der Helden der SED an. Rosa Luxemburg wurde zu Sprecherin derjenigen, die der greisen Parteispitze den Kampf erklärten. Sie entrissen Rosa Luxemburg der Verfügungsgewalt der SED und erinnerten daran, dass die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden sei (S. 203).

Positiv ist, dass Olsen es nicht dem Leser überlässt, aus einer Fülle von Beispielen auszuwählen. Sein sicher sehr umfangreiches Material hat er auf exemplarische Beispiele konzentriert und entlang seiner These präsentiert. Dabei bleibt den Lesern genug Raum, auf der Grundlage der behandelten Forschungsliteratur und Quellen zu eigenen Urteilen zu gelangen. Viele Erkenntnisse und Informationen bietet das Buch der Leserschaft allemal. Für denjenigen, der sich erstmals mit dem Thema Erinnerungskultur in der DDR beschäftigt, ist das klar geschriebene Buch genau richtig mit der Mischung aus Darstellung, Analyse und Bezugnahme auf die

Forschungsliteratur. Die Thesen, Struktur und Ergebnisse werden klar benannt, nicht nur in der Einleitung und im Schlusskapitel, sondern auch in den Hauptteilen. Das führt zu zahlreichen Wiederholungen und wirkt manchmal, als traue der Verfasser sich selbst nicht zu, seine Ergebnisse klar auszudrücken oder dem Leser nicht, sich an das schon Gelesene nach 20 Seiten noch erinnern zu können. Aber vielleicht ist es ein Zugeständnis an Leser, die Neulinge auf diesem Gebiet sind. Und Wiederholungen schaden nicht, machen jedes Kapitel aus sich selbst heraus verständlich; knappe Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels sind für die ganz eiligen oder kundigen Leser.

Der Wehrmutstropfen sind etliche Tippfehler (vor allem in den Anmerkungen) – einige sind möglicherweise der Rechtschreibprüfung des Textverarbeitungsprogramms anzulasten, die offensichtliche Fehler im Deutschen nicht angezeigt hat. Aber dass es 1997 (hoffentlich) keine Stasiberichte mehr gegeben hat, hätte beim Korrekturlesen auffallen sollen (S. 202).

Düsseldorf

Susanne Brandt

Nachkriegsgeschichte der Eisen- und Stahlindustrie

Rennert, Kornelia: Wettbewerber in einer reifen Branche. Die Unternehmensstrategien von Thyssen, Hoesch und Mannesmann 1955 bis 1975, 380 S., Klartext, Essen 2015.

Die nun veröffentlichte Dissertationsschrift Kornelia Rennerts ist eine vergleichende Untersuchung der Gesamtunternehmensstrategien dreier deutscher Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie (Hoesch, Mannesmann und Thyssen). Der Untersuchungszeitraum reicht dabei von der zweiten Hälfte der 1950er bis zur ersten Hälfte der 1970er Jahre. Zwar gehört die Eisen- und Stahlindustrie zu den wohl am besten untersuchten Branchen, allerdings stand die Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges bisher kaum im Fokus der wirtschafts- und unternehmenshistorischen Forschung, stellt folglich also ein Forschungsdesiderat dar.

Im Zuge der Untersuchung wird eine ganze Reihe von Fragen bearbeitet. So wird beispielsweise gefragt, wie sich die Unternehmen im Untersuchungszeitraum entwickelten, ob mit Blick auf diese Entwicklungen Unterschiede erkennbar

sind, ob ferner die jeweilige Entwicklung das Ergebnis einer geplanten Unternehmensstrategie war, wie diese Strategien entstanden und welchen Einfluss Erfahrungen und Prägungen der handelnden Personen hatten. Hierfür diskutiert sie in einem den theoretischen Grundlagen gewidmeten Kapitel zunächst die mit dem Strategiebegriff verbundenen Probleme sowie daran anknüpfend den für die Untersuchung grundlegenden Ansatz Henry Mintzbergs, der sich insbesondere auch durch die Berücksichtigung des Problems der Strategieentstehung auszeichnet. Da dieses Modell empirisch fundiert ist, bietet es sich freilich auch für eine theoriegeleitete unternehmenshistorische Untersuchung an. Der empirische Teil der Arbeit basiert nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich auf den Beständen der drei Unternehmen im ThyssenKrupp Konzernarchiv sowie im Salzgitter AG-Konzernarchiv/Mannesmann-Archiv, wobei die Quellenlage insgesamt verhältnismäßig gut ist.

Dem eigentlichen Hauptteil sind zwei Kapitel vorangestellt, in deren Rahmen Rennert zunächst in groben Zügen die Vorgeschichte der Unternehmen nachzeichnet und dann die für die Untersuchung relevanten Entwicklungen in der gesellschaftlichen Umwelt im Untersuchungszeitraum darstellt. Den Hauptteil bilden schließlich drei Kapitel, die chronologisch die Entwicklung der Gesamtunternehmensstrategien in der zweiten Hälfte der 1950er, in den 1960er und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre behandeln.

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums war Hoeschs Unternehmensstruktur als vertikal integriertes Montanunternehmen weitgehend wiederhergestellt. Nun folgte auch der Einstieg ins Röhrengeschäft. Auf diesem wie auch auf anderen Geschäftsfelder kooperierte Hoesch zunächst mit Mannesmann, letztlich aber blieb diese Kooperation wegen fehlender Abstimmung der Gesamtunternehmensstrategien und diverser Interessengegensätze nur ein Zwischenspiel. Strategische Fehlentscheidungen brachten Hoesch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in Schwierigkeiten und der Einstieg der niederländischen Hoogovens als Großaktionär brachte mitnichten die erhofften Vorteile mit sich, sondern führte zunächst zum Verlust der strategischen Handlungsspielräume und schließlich, im Zuge der Fusion zum Estel-Konzern, der Unabhängigkeit.

Mannesmann setzte den bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten eingeschlagenen Weg als vertikal integriertes Unternehmen vor allem im Bereich der Röhrenproduktion, aber auch der Blechproduktion fort. So wurde die

Produktpalette im Bereich der Röhren, beispielsweise durch den Einstieg in die Kunststoff- und Kunststoffrohrproduktion, ausgeweitet. Da es dem Unternehmen am notwendigen Kapital für die Ausweitung der Blechproduktion mangelte, hatte diese nachgeordnete Priorität. Aufgrund der den Röhrenmarkt dominierende Position des Unternehmens war eine weitere Expansion in diesem Bereich kaum mehr möglich, so wurde die Geschäftstätigkeit auf neue Felder ausgeweitet. Gleichzeitig stieg das Unternehmen zugunsten der angestrebten Diversifikation allmählich aus der Stahlproduktion aus. Zwar zog sich das Unternehmen sukzessive auch aus der Chemie und Kunststoffverarbeitung zurück, die Diversifikationsstrategie wurde aber vor allem im Bereich des Anlagen- und Maschinenbaus durch Beteiligungen und Unternehmensübernahmen konsequent weiterverfolgt, so dass sich Mannesmann bereits im Untersuchungszeitraum schließlich zu einem diversifizierten Mischkonzern entwickelte.

Etwas problematischer war die Ausgangslage für Thyssen. So bereiteten die Kriegsschäden sowie die Folgen der Demontagen und der alliierten Entflechtungspolitik anfänglich und länger als den beiden vorgenannten Unternehmen Schwierigkeiten. Zunächst expandierte Thyssen horizontal im Bereich der Stahlproduktion, erst später folgte die vertikale Expansion im Bereich der Verarbeitung. Das Unternehmen verfolgte konsequent eine Wachstumsstrategie, um die daraus resultierenden Größenvorteile nutzen zu können. Als Resultat dieser Strategie wuchs Thyssen im Zuge der 1960er Jahre zu einem europäischen Spitzenmontankonzern heran. Zum Ende des Untersuchungszeitraumes hin zeichnet sich ein weitgehender Strategiewechsel ab. So bot die Übernahme der Rhein Stahl AG die Möglichkeit, den Umbau des Montankonzerns in einen diversifizierten Mischkonzern einzuleiten.

Zum Abschluss der Arbeit fasst Rennert die Ergebnisse zusammen und interpretiert diese unter Rückgriff auf den zu Beginn eingeführten Ansatz Mintzbergs. Dabei kann sie zeigen, dass sich Hoesch mit Blick auf die Gesamtunternehmensstrategie als zu unflexibel erwies – wobei die Entscheidungsspielräume des Unternehmens ohnehin nur noch sehr begrenzt waren – mit der Folge, dass das Unternehmen seine Unabhängigkeit verlor. Mannesmann und Thyssen erwiesen sich dagegen als weitaus flexibler, indem diese kontinuierlich, die vorhandenen Handlungsspielräume ausschöpfend auf sich verändernde Rahmenbedingungen mit Modifikationen der ursprünglich geplanten Strategien reagierten.

Maßgeblich waren stets die Vorstände der drei Unternehmen, wobei hinsichtlich des Erfolgs beziehungsweise Misserfolgs der Persönlichkeit der jeweils dominierenden Vorstandsmitglieder eine besondere Bedeutung zukam.

Zwar geraten durch den auf die Vorstände ausgerichteten Untersuchungsfokus die in einem eigenen Kapitel behandelten und im empirischen Teil dafür an manchen Stellen ausgeblendet allgemeinen Rahmenbedingungen beziehungsweise ihr Einfluss auf die Strategieentwicklung etwas aus dem Blick, insgesamt aber gelingt es Kornelia Rennert, freilich auch begünstigt durch die gute Quellenlage, die Entwicklung der Gesamtunternehmensstrategien detailliert sowie kenntnisreich und dadurch sehr gut nachvollziehbar nachzuzeichnen. Abgesehen von diesem Beitrag zur Erforschung der Nachkriegsgeschichte der Eisen- und Stahlindustrie in der Bundesrepublik gelingt es ihr überdies durch die Bezugnahme auf Mintzbergs Ansatz ihre Ergebnisse in eine weiterführende Perspektive einzubinden, wodurch ihre Arbeit über die Branchengeschichte hinaus allgemein anschlussfähig wird für die zukünftige unternehmenshistorische Forschung.

Düsseldorf

Daniel Wylegala

Europäische Gewerkschaftsbewegung

Clairmont, Yves: Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotentiale des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes bis 1990, 505 S., Steiner, Stuttgart 2014.

Yves Clairmont untersucht die Zusammenarbeit der Metallgewerkschaften im 1963 entstandenen „Europäischen Metallausschuss“ und dem 1971 gegründeten „Europäischen Metallgewerkschaftsbund“ (EMB). Welche Möglichkeiten boten sich den Gewerkschaften in Europa Arbeitnehmerinteressen wahrzunehmen, welche Strategien wandten sie an, mit welchem Erfolg agierten sie?

Clairmont füllt mit seiner Studie eine wichtige Forschungslücke. Er arbeitet auf einer Quellenbasis, die der Forschung bis Mitte der 1990er Jahre nicht zur Verfügung stand. Erstmals wertete er den im Archiv der sozialen Demokratie (Bonn) liegenden Bestand des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes aus. Der Untersuchungszeitraum bis 1990 wird mit dem Zäsurcharakter

dieses Jahres, aber auch ganz pragmatisch mit einer Aufgabenteilung des Gesamtprojektes zur Geschichte des EMB begründet – die Untersuchung des EMB ab 1990 war einer weiteren Studie vorbehalten.

Zunächst diskutiert der Autor Begrifflichkeiten. Trifft auf den Metallausschuss respektive den EMB der Begriff „Gewerkschaftsorganisation“ zu? Sind sie als „transnationale Gewerkschaftsorganisation“ anzusehen? Metallausschuss/EMB sind eine Organisation „zweiter Ordnung“, eine Organisation von Organisationen, deren Charakter als „Gewerkschaftsorganisation“ sich daran messen lasse, ob sie über eine Strategie verfügten, ihre Machtressourcen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen einzusetzen. Als transnationale Gewerkschaftsorganisation seien Gewerkschaftsorganisationen anzusehen, die „nationale Begrenzungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen“ (S. 66f.) überwinden, ohne die Länderorganisationen zu ersetzen. Es handele sich um eine die Unterschiede ausbalancierende Organisation, mit dem Ziel, „ein Ganzes zu erhalten“ (S. 69).

Clairmont arbeitet deskriptiv. Dies sei erforderlich, weil bislang keine empirisch fundierte Gesamtdarstellung zum EMB vorliege. Nach einer kurzen Vorgeschichte zum gewerkschaftlichen Internationalismus beschreibt er die Entwicklung des Metallausschusses und anschließend des EMB. Er geht jeweils auf die Organisation und auf die Aktionsfelder ein. Der Verfasser betont, dass der im Februar 1963 von sieben freigewerkschaftlichen Organisationen gegründete Europäische Ausschuss der Metallgewerkschaften (Metallausschuss) mehr als ein „Vorläufer“ des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes gewesen sei. Einiges, was ab 1971 erreicht werden konnte, nahm seinen Anfang in der Aktivität des Metallausschusses. Gleichwohl kennzeichnet Clairmont den Metallausschuss lediglich als „Plattform“ der nationalen Organisationen, insofern könne der Metallausschuss eben nicht als „transnationale Gewerkschaftsorganisation“ angesehen werden (S. 215).

Der Metallausschuss agierte ohne Statut und ohne Arbeitsprogramm. Erst 1969 entstanden derartige Dokumente für den 1971 gegründeten „Europäischen Metallgewerkschaftsbund in der Gemeinschaft“, so der offizielle Titel. Der Schritt, sich festere organisatorische Formen zu geben, lag auf der Hand. Die in den 1970er Jahren bevorstehenden Krisen unterstrichen die Notwendigkeit. Die Darstellung der Diskussion über die organisatorische Erweiterung in den Gremien des

Metallausschusses bleibt indes merklich dünn. Die Ausführungen im Kapitel „Mit neuer Struktur vor dem Strukturbruch“ (S. 217ff.) reflektieren die allgemeine Forschung, aber nicht den Willensbildungsprozess in den Gremien und in den Mitgliedsorganisationen.

Nach der Gründung des EMB erweiterte sich die organisatorische Basis. Dies war zum einen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft geschuldet, außerdem konnte nun die bereits zu Zeiten des Metallausschusses angebahnte Aufnahme christlicher und im Falle Italiens auch kommunistischer Gewerkschaften realisiert werden. Dies war angesichts der in vielen europäischen Ländern bestehenden Spaltung in Richtungs-gewerkschaften ein enormer Erfolg. Die Integrationsleistung des EMB bestand auch angesichts der teils gegensätzlichen strategischen Ausrichtungen der Mitgliedsgewerkschaften. Dem auf Mitbestimmung orientierten „sozialpartnerschaftlichen“ Gewerkschaftssystemen der Bundesrepublik, der Niederlande und Luxemburgs standen konfliktorische Traditionen in Frankreich, Italien und teilweise Belgien gegenüber – dies im Sinne gemeinsamen europäischen Vorgehens integriert zu haben, ist ein großer Verdienst des EMB.

Clairmont zeigt ausführlich, wie die Einfluss- und Aktionsformen und wie langwierig mitunter die Prozesse verliefen. Der EMB entwickelte eine Arbeitsweise, die dem „Mehrebenen-System“ der europäischen Gemeinschaft angepasst war – direkter Kontakt mit und Einfluss auf die europäische Kommission, mittelbarer Einflussweg über die nationalen Ministerien auf den europäischen Ministerrat als eigentliche Entscheidungsinstanz. Generell lässt sich ein Wandel feststellen, der sich von einer auf Lobbyarbeit und auf korporatistischen Strukturen ausgelegten Einflusspolitik („strukturkonfidentem“ Vorgehen) hin zu aktionsorientierten („autodynamischen“) Strategien (Aktionstage etc.) vollzieht, ohne das erstere aufzugeben.

Der sicher wichtigste Erfolg war die Errichtung europäischer Betriebsräte, die ab 1985 mit einem Abkommen mit dem französischen Konzern Thomson Grand Public einsetzte. Diesem Erfolg stehen Teilerfolge, Misserfolge, mangelnde Effizienz zur Seite – zu den Arbeitgebern etwa ließen sich auf Unternehmensebene Kontakte aufbauen (Philips), weit weniger jedoch zu Arbeitgeberverbänden. Auch zum Europarat konnten kaum Kontakte geknüpft werden.

Insgesamt stellt sich der Europäische Metallgewerkschaftsbund im untersuchten Zeitraum als eine „transnationale Organisation“ dar, die

es mit erstaunlich geringer personeller Ausstattung vermochte auf unterschiedlichen Einflusswegen und unter Einbeziehung der nationalen Mitgliedsorganisationen Arbeitnehmerinteressen auf europäischer Ebene zu vertreten. Dies mit einer im Grunde „klassischen“ Organisationsgeschichte herausgearbeitet und damit Grundlagen für weitere Forschungen gelegt zu haben, ist das Verdienst des Autors. Clairmonts Studie trägt wesentlich zur Differenzierung der Diskussion bei, in der bislang Sichtweisen vom defensiven Vorgehen und vom Zu-Spät-Kommen der Gewerkschaften in „Sachen Europa“ vorherrschten.

Leipzig

Detlev Brunner

Zur Geschichte der G7-Gipfel

Böhm, Enrico: Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), 364 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen in den 1970er Jahren und die Geschichte der internationalen Organisationen haben sich in den vergangenen Jahren wachsender Beliebtheit erfreut. Am Schnittpunkt beider Forschungsstränge untersucht Enrico Böhm in seiner Marburger Dissertation die Entstehung und Funktion der G7-Gipfel, deren institutionelle Geschichte er bis zum Jahr 1981 detailgenau nachvollzieht, ohne daraus allerdings weiterführende Schlussfolgerungen für die Transformation der internationalen Beziehungen in den 1970er Jahren zu ziehen. Böhm begreift die Entstehung der G7-Gipfel als Reaktion auf eine wahrgenommene „Krise des Westens“ angesichts der ökonomischen und soziokulturellen Veränderungen der 1970er Jahre, die für zeitgenössische Beobachter wie zum Beispiel die Trilaterale Kommission die „Regierbarkeit“ liberal-demokratischer Staatsgebilde grundsätzlich in Frage stellte. Mit den Weltwirtschaftsgipfeln hätten die westlichen Regierungschefs, allen voran Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, politische Handlungsfähigkeit (wieder-)herstellen und demonstrieren wollen.

So zutreffend diese grundsätzliche Beobachtung auch ist, so wenig überraschend sind doch die weiteren Ausführungen der Arbeit zur Entstehung, zum Ablauf und zur Bedeutung der Gipfeltreffen. In einem ersten Abschnitt beschreibt Böhm über weite Strecken handbuchartig die Struktur des

internationalen Systems bis in die 1970er Jahre sowie dessen Herausforderungen, die dann zur Einrichtung der G7 führten. Während in der Einleitung der Konstruktionscharakter politischer Krisen betont wird, erscheinen diese im weiteren Verlauf der Darstellung recht gegenständlich, und die G7 werden gar als „Kind der Krise“ bezeichnet (S. 71). Gleiches gilt für die zeitgenössisch omnipräsente Beschreibung der „Interdependenz“ und der damit einhergehenden Auflösung klassischer Politikfelder wie vor allem einer selbständigen Sphäre der Außenpolitik. Denn die Interdependenzbehauptung diente hier eben auch dazu, den Außenministerien die Zuständigkeit für bestimmte Politikfelder zu entziehen.

Im zweiten Teil schildert Böhm auf hundert Seiten minutiös die Zusammensetzung der G7, ihre ersten sieben Treffen jeweils mit Ortsfindung, Ablauf und öffentlicher Wahrnehmung sowie die sich wiederholenden Elemente und Themen der Gipfeltreffen. Bei der Beschreibung der Abläufe legt er Wert auf die Unterscheidung zwischen den von den sogenannten Sherpas vorbereiteten Seminaren, die sich bestimmten Themen widmeten und zu konkreten Ergebnissen führen sollten, und den offeneren Kamingsgesprächen sowie dem informellen Teil der Treffen. Letzteren spricht Böhm aufgrund von Selbstzeugnissen der Beteiligten eine vertrauensbildende Funktion zwischen den Gipfelteilnehmern zu, ohne diese jedoch genau ermessen zu können (S. 310ff.). Die wichtigsten Themen, denen sich die Staats- und Regierungschefs widmeten, waren die internationale Währungsordnung, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Energie- und Handelsfragen nebst dem Nord-Süd-Konflikt.

Im eigentlichen analytischen Kernstück und dritten Teil der Arbeit untersucht Böhm die Gipfel als „Legitimierungsinstrument“. Angesichts der ‚westlichen Krise‘ hätten die Vertreter der Exekutive die eigene Handlungsfähigkeit bedroht gesehen und einen Verlust politischer Zustimmung in den Heimatländern befürchtet. Dieser Gefahr hätten sie auf den Gipfeln drei „Techniken der Legitimierung“ entgegengestellt: Inszenierung, Versicherunglichung und Selbstvergewisserung (S. 31, 215). Überzeugend kann Böhm zeigen, dass der Aspekt der Inszenierung von Politik den Gipfeln nicht äußerlich, sondern trotz anderslautender Erklärungen ihr konstitutives Funktionsmerkmal war. Im Anschluss an die Copenhagen School, allerdings nicht an Emma Rothschild (2007) und Christopher Daase (2009), beschreibt er zudem in zutreffender Weise das *framing* der Gipfelthemen als sicherheitsrelevant

und die damit einhergehende Erweiterung des Sicherheitsbegriffs als Machtverschiebung von den Außen- und anderen Ministerien zu den Regierungschefs. Schließlich können, so Böhm, die Gipfel auch der Selbstvergewisserung der Exekutiv-Vertreter gedient haben. So zutreffend Böhms Einzelbeobachtungen auch sind, bleibt doch die Subsumption der drei Funktionen Inszenierung, Versicherheitlichung und Selbstvergewisserung unter dem Begriff der Legitimierung unklar. Denn schließlich sind die Begriffe kategorial verschieden, und sowohl die Versicherheitlichung als auch die Selbstvergewisserung bedürfen der Inszenierung, um legitimierend zu wirken.

Mit der Darstellung der G7 wirft Enrico Böhms Arbeit viele wichtige Fragen für die Geschichte der internationalen Beziehungen in den 1970er und 1980er Jahren auf: Wie wirkten die Gipfeltreffen auf die internationale Ordnung? Veränderte sich nationales Regieren in den großen Industrieländern angesichts zunehmender internationaler Koordinationsversuche? Auf welchen Politikfeldern waren Steuerungsbestrebungen erfolgreich und auf welchen nicht? Wie reagierten die Außenministerien auf ihren schleichenden Bedeutungsverlust? Auch wenn die Arbeit diese wichtigen, über die G7 selbst hinausweisenden Fragen unbeantwortet lässt und auch konzeptionell nicht ganz zu überzeugen vermag, liefert sie doch kompetent Informationen über die ersten sieben Weltwirtschaftsgipfel.

Potsdam

Rüdiger Graf

Forum der intellektuellen Westintegration

Faure, Romain: Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989, 362 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Nachhaltige Friedenssicherung durch wirtschaftliches Wachstum, Bildung und Völkerverständigung – das war ein wesentliches Ziel der Westalliierten für den Wiederaufbau Europas nach 1945 und Schulbücher spielten hierbei eine zentrale Rolle, weil sie Bildung als Grundlage von wirtschaftlichem Wohlstand und internationaler Verständigung massenwirksam zu verbreiten halfen, sofern sie von Chauvinismen und Vorurteilen befreit würden. Die Vorstellung von der Stabilisierung Europas über eine Revision der

Geschichtsschulbücher prägte die Rekonstruktionsphase und den Kalten Krieg, ihre Wurzeln hatte sie aber im ausgehenden 19. Jahrhundert in der pazifistischen Bewegung und in der Zwischenkriegszeit.

In seiner Dissertation widmet sich Romain Faure der Geschichte der Schulbuchrevision im Nachkriegseuropa der Jahre 1945 bis 1989. Dabei ist er sich der Anfänge der Schulbuchrevision ebenso bewusst wie der Tatsache, dass das Georg-Eckert-Institut, an dem er als wissenschaftlicher Mitarbeiter seine Forschungsarbeit durchgeführt hat, 1975 mit dem Ziel der Völkerverständigung durch Schulbuchrevision gegründet wurde. In den gut vierzig Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende des Ost-West-Konflikts gab es vielfältige internationale, bilaterale und regionale Formen der Zusammenarbeit, die hier erstmals systematisch erfasst werden, wobei der Autor sich aus überzeugenden Gründen für den Begriff der Schulbuchrevision entscheidet, da diese Bezeichnung die inhaltliche Analyse von Lehrwerken mit deren permanenter Veränderung und Überarbeitung verbindet. Konkurrierende Begriffe wie „Schulbuchverbesserung“, „Schulbucharbeit“ oder „Schulbuchdiplomatie“ erachtet er als zu normativ, zu unspezifisch oder zu einseitig auf staatliche Intervention ausgerichtet.

Mit quantitativ ausgerichteten Mitteln der Netzwerkanalyse vermisst der Autor das Feld, in dem Schulbuchrevision agierte, in räumlicher, zeitlicher und personell-institutioneller Hinsicht. Es wird deutlich, welche Foren existierten, welche Bedeutung sie besaßen und welche Foren besonders intensiv miteinander in Verbindung standen. Auf dieser Grundlage zeichnet er dann qualitativ nach, welche Erfahrungen, Methoden und Diskurse in diesem entstehenden sozialen Netzwerk zirkulierten, beziehungsweise wo und wann sie sich intensivierten.

Als ein Ergebnis der Studie lässt sich hervorheben, dass an der Vielzahl von Einzelkonferenzen und Konferenzreihen sowohl nicht-staatliche Akteure – darunter Geschichtslehrer, Historiker, Geschichtsdidaktiker, Vertreter der nationalen UNESCO-Kommissionen, der Gewerkschaften und der Nicht-Regierungsorganisationen – als auch staatliche Akteure aus den Besatzungsbehörden, den Bildungs- und Kultusministerien, den Außenministerien oder den nationalen Auslandsvertretungen und staatsnahe Vertreter der ost-europäischen Wissenschaftsakademien beteiligt waren. Die Schulbuchrevision entwickelte sich zu einem Feld, auf dem sich auch während des

Kalten Krieges staatliche, staatsnahe und nicht-staatliche Akteure aus Ost und West immer wieder begegneten, wobei der Westen keineswegs vorrangig nichtstaatliche Vertreter entsandte, wie es die 1950 auf einem UNESCO-Seminar verabredeten Grundsätze der Revisionsarbeit vorsahen, und der Osten Revisionsaktivitäten zwischen sozialistischen Staaten beförderte, die in Westeuropa eher unbekannt blieben.

Ein weiteres Ergebnis ist die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Schulbuchrevision. Ob es sich um westeuropäische, Ost-West-übergreifende oder europäisch-außereuropäische Aktivitäten handelte, die Schulbuchrevision bot der Bundesrepublik ein Forum zur intellektuellen Westintegration. Darüber hinaus stellten die besonders intensiven Revisionsaktivitäten Mitte der 1950er Jahre in Westeuropa eine „Form internationaler Aussöhnungspolitik im Nachkriegseuropa“ (S. 77) dar. Insgesamt folgte die Dynamik der Schulbuchrevision den internationalen politischen Entwicklungen, wenn etwa zwischen 1966 und 1973 zahlreiche blockübergreifende Aktivitäten, begünstigt durch die um Annäherung bemühte Ostpolitik der Bundesrepublik, entstanden. Spannungen, wie jene nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979, trugen dazu bei, dass sich die Schulbuchrevision wieder stärker entlang der Blockgrenzen auf Westeuropa konzentrierte. Wichtig, wenn auch kaum überraschend ist der Hinweis, dass es im Rahmen der europäisch-außereuropäischen Revisionsforen keine Kontakte zwischen ehemaligen Kolonialmächten und inzwischen unabhängigen Staaten gab – Schulbuchrevision blieb eine innereuropäische Angelegenheit.

Interessant ist es schließlich zu sehen, wie sich die Schulbuchrevision als ein Netzwerk herausbildet mit flexiblen institutionellen und personellen Konstellationen. Die Versuche des Weltgewerkschaftsbundes, in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine fächerübergreifende internationale Reform des Schulunterrichts im Sinn des Antifaschismus und der Demokratie anzustoßen, sind hier ebenso zu nennen wie die im Kontext der Reeducation betriebenen Ansätze zu einem Abbau verzerrender nationaler Geschichtsbilder und Entwürfe zu einer gemeinsamen europäischen Geschichtsdarstellung von bilateralen und regionalen Kommissionen oder der UNESCO. Schulbuchbegutachtung, fachwissenschaftliche Dialoge und internationale Enquete auf der Basis nationaler Untersuchungen zeigen das Spektrum der Revisionsarbeit. Diese Netzwerkstruktur mag die Anpassungsfähigkeit der

Schulbuchrevision erklären, mit der sie auf politische Rahmenbedingungen reagierte, aber auch auf unterschiedliche Interessenlagen der Beteiligten einzugehen vermochte und die es ermöglichte, die Gespräche über Inhalte und Methoden der Schulbucharbeit immer wieder aufzunehmen. Bis heute ist diese Flexibilität ein Charakteristikum der Schulbuchrevision und der Begriff der Kulturdiplomatie ist sicher gerechtfertigt.

Es ist das Verdienst des Buches, dass – sorgfältig systematisiert und archivgestützt – erstmals die gesamte Breite des internationalen Revisionsdialogs zwischen 1945 und 1989 deutlich wird. Als Teil der internationalen Kulturdiplomatie trieb die Schulbuchrevision die europäische Integration voran und beförderte die intellektuelle Westintegration besonders der Bundesrepublik. Dabei agierte sie flexibel innerhalb der Spielräume, die sich aus der Blockkonfrontation ergaben, schuf aber auch eigene Akteursnetzwerke und Diskussionsräume. Romain Faure hat mit diesem Beitrag zur Kulturgeschichte des Kalten Krieges ein wichtiges Buch vorgelegt.

Marburg

Susanne Grindel

Hinter diesem Horizont geht's weiter

Etzemüller, Thomas (Hrsg.): Vom „Volk“ zur „Population“. Interventionistische Bevölkerungspolitik in der Nachkriegszeit, 297 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2015.

Sammelbände genießen einen schlechten Ruf: Allzu oft kommen sie als desparate Additionen von Artikeln daher, die eher der Buchbinder als der Herausgeber miteinander verbindet. Auf den ersten Blick könnte eine solche Kritik auch den Band treffen, den der Oldenburger Zeithistoriker Thomas Etzemüller unter dem Titel „Vom ‚Volk‘ zur ‚Population‘“ herausgegeben hat und der sich in einem denkbar breiten Zugriff der Geschichte „interventionistische[r] Bevölkerungspolitik“ (so der Untertitel) nach 1945 widmet.

Das Themenspektrum der Beiträge reicht vom disziplinären Auseinanderdriften von Anthropologie und Humangenetik über die „Gefühlspolitik“ des Impfens (S. 245) und die Sterilisationspraxis der humangenetischen Beratungsstelle in einem Hamburger Krankenhaus bis zur weltweiten Tätigkeit des amerikanischen Population Council und zur Entwicklung von Geburtenkontrollprogrammen in Kenia, Haiti

und Kolumbien. Die methodische Bandbreite erstreckt sich von der Auseinandersetzung mit Selbstzeugnissen einzelner Akteure über die aktenbasierte Rekonstruktion nationaler Politiken bis zu theoriegeleiteten Rasonnements darüber, wie die moderne Risikomedizin Menschen in Elementarteilchen statistisch konstruierter Populationen verwandelt hat.

Abgesehen davon, dass sich die Qualität der einzelnen Beiträge zwischen solide und inspirierend bewegt, trägt auch der erste Anschein inhaltlicher Diffusität. In der Einleitung gelingt es Etzemüller, dem Band einen konzeptionellen Rahmen zu zimmern, indem er theoretische Ansätze von der Foucault'schen Biopolitik bis zu Anselm Doering-Manteuffels Modell einer Abfolge von dominanten Ordnungsvorstellungen im 20. Jahrhundert anregend aufeinander bezieht. Integriert wird der gesamte Band zudem durch den Fokus aller Beiträge auf die Rolle medizinischer und bevölkerungswissenschaftlicher Experten.

Dennoch zerfällt der Band in zwei distinkte Blöcke, die von den Autoren und Autorinnen selbst nicht in Beziehung zueinander gesetzt werden. Sieben Beiträge beschäftigen sich mit der Bundesrepublik und gehen der gemeinsamen Frage nach, inwiefern autoritäre Programme zur staatlichen Intervention in Gesundheit und Reproduktion der Bevölkerung von „Technologien des Selbst“ abgelöst wurden (S. 12). Diese Perspektive fehlt in jenen vier Aufsätzen, in deren Mittelpunkt Geburtenkontrollprogramme der Dritten Welt stehen. Stattdessen geht es hier um die Bedingungen von Erfolg und Misserfolg der Interventionen von Experten, die sich selbst als Agenten von Modernität verstanden, in die von ihnen als traditionell vorgestellten Lebenswelten ländlicher Unterschichten. Hinzu kommen Ansätze zu einer „Verflechtungsgeschichte zwischen der globalen und der nationalen Ebene“ antinatalistischer Bevölkerungspolitik (S. 56).

Ob die Trennung der Perspektiven eine langfristige Divergenz zwischen Erster und Dritter Welt abbildet (ohne sie explizit zu thematisieren), einer unterschiedlichen Auswahl der Untersuchungszeiträume geschuldet ist, oder schlicht den individuellen Interessen der Autoren und Autorinnen entspringt, bleibt unklar. Jedenfalls bildet der Sammelband gerade mit der analytischen Separierung der Welten den derzeitigen Forschungsstand und die vorherrschenden Fragestellungen ab. Dies geschieht auf hohem Niveau und lässt zugleich erkennen, wo die Grenzen dieser Forschung liegen. Damit liegt ein Wert des Bandes darin, dass er Nachfragen

provoziert, die über den Forschungsstand hinausführen mögen.

Erstens legen es die der Bundesrepublik gewidmeten Analysen des Aufstiegs von Technologien des Selbst nahe, danach zu fragen, ob nicht auch die Bevölkerungspolitiken im globalen Süden eine ähnliche Entwicklung durchliefen. Hier wäre es sinnvoll, den in Bezug auf diese Weltregionen nur bis in die frühen 1970er Jahre reichenden Blick des Sammelbandes auszuweiten und der Frage nachzugehen, inwiefern das Konzept des *empowerment* von Frauen der Dritten Welt, das in den 1980er Jahren an Bedeutung gewann und mit der UN-Bevölkerungskonferenz von Kairo 1994 als in der globalen Politik etabliert galt, als eine solche Technologie des Selbst verstanden werden kann.

Hierzu wäre es zweitens wichtig, ein Defizit zu überwinden, das der Band mit fast allen historischen Untersuchungen von Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt teilt: Die Zielgruppen dieser Politik werden als Akteure und Akteurinnen kaum sichtbar. In der Regel gelangen Studien nicht über die Erkenntnis hinaus, dass die Experten mit ihren Theoremen nicht in der Lage gewesen seien, die Lebenswelten dieser Menschen und die Logiken ihrer Reproduktionsentscheidungen zu verstehen. Historiker und Historikerinnen müssen sich aber eingestehen, dass sie hieran meist ebenfalls scheitern, weil sie dort, wo sie Quellen zu suchen pflegen (hier: in der Publizistik und der in Archiven auffindbaren Binnenkommunikation der Experten), keinen Zugang zu den wichtigsten Akteuren und Akteurinnen von Geburtenpolitik finden. Die britische Ethnologin Emma Tarlo hat mit einer 2003 publizierten Studie über Sterilisationspraktiken in einem Slum der indischen Hauptstadt Delhi um 1975/77 gezeigt, dass es durchaus möglich ist, die Reaktionen der betroffenen Menschen auf bevölkerungspolitische Programme in historischer Perspektive zu untersuchen. Sie selbst hat dies in einer bemerkenswerten Mischung von Archivarbeit vor Ort und *oral history* geleistet. Der hier zu besprechende Sammelband signalisiert eine Sättigung in der Erforschung der Rolle von Experten für die Geburtenkontrollpraktiken der Dritten Welt und legt insofern einen Perspektivwechsel nahe.

Drittens wäre den Studien zur Bundesrepublik zu wünschen, dass sie sich die in den Studien zur Dritten Welt durchgängige sozialstrukturelle Identifizierung jener Schichten, die im Fokus von Bevölkerungspolitiken standen, zu eigen machten. Oder in Frageform gewandelt:

Ist das Konzept einer informierten Entscheidung und Selbstbestimmung des aufgeklärten Individuums über seine Gesundheit und Reproduktion nicht zuvörderst Ausdruck einer Klassenmoral der Mittelschichten? Richteten sich in der Bundesrepublik politische Strategien, die Gesundheit und ‚richtiges‘ Reproduktionsverhalten durch „neue Praktiken des Selbstmanagements“ erreichen wollten (S. 260), nicht exklusiv an die gebildete Mittelklasse, während die Unterlassen entweder ganz aus dem Blick gerieten oder Objekte autoritär-disziplinierender Praktiken blieben? Strukturen sozialer Ungleichheit sollten stärker in Untersuchungen von Biopolitik mit einbezogen werden, als dies zumeist geschieht. Auch dies zeigen die Aufsätze des Sammelbandes, indem sie es immerhin ansatzweise versuchen.

Halle (Saale)

Patrick Wagner

Kaffee als Fair-Trade-Produkt

Quaas, Ruben: Fair Trade. Eine global-lokale Geschichte am Beispiel des Kaffees, 432 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

„Bohne für Bohne von Indios für Sie geerntet“ – Mit diesem Slogan warb ein Plakat Anfang der 1970er Jahre für aus Guatemala importierten Kaffee. Es handelte sich um den ersten Kaffee, bei dessen Vermarktung ethische Werte im Zentrum standen, wie der Historiker Ruben Quaas in seiner Geschichte des deutschen Fair Trade herausarbeitet. Nach ersten Experimenten mit Import von Kunsthandwerk entschieden sich die Begründer schnell für den Kaffee als Hauptprodukt. Kaffee war ihrer Ansicht nach am besten geeignet, um auf die Ungleichheiten im Welthandel aufmerksam zu machen und das Bewusstsein der Verbraucher für die Situation der Produzenten zu schärfen.

Bewusstseinsbildung, so Quaas, war das zentrale Anliegen des frühen fairen Handels, der seine Anfänge in einer deutsch-niederländischen Kooperation hatte und im Milieu kirchlicher Jugendorganisationen wurzelte. Doch bei der imaginierten Verbundenheit mit dem Produzenten handelte es sich im Wesentlichen um „eine lokale, auf Abnehmerseite erzeugte Projektion“ (S. 24), wie Quaas in seiner Studie überzeugend herausarbeitet. Die Akteure im globalen Norden fühlten sich den Produzenten im globalen Süden

zwar emotional verbunden, wussten aber zumindest in der Frühphase nur wenig über deren Lebensrealitäten. Doch auch später blieben die Beziehungen zwischen Produzenten und den deutschen Akteuren nicht immer frei von Missverständnissen und Spannungen.

Quaas schreibt die Geschichte des fairen Handels als die eines sozialen Feldes, zu dessen wichtigsten Akteuren die Basisaktivisten und die verschiedenen Organisationen zählten. Produzenten und Konsumenten werden nur in die Analyse einbezogen, wenn sie die aktive Einflussnahme auf den Handel suchten, wobei diese Abgrenzung unscharf bleibt, da viele Konsumenten sich als Basisaktivisten begriffen. Mit der Feldanalyse grenzt sich Quaas von anderen Autoren und Autorinnen ab, die den fairen Handel als soziale Bewegung charakterisierten.

Gleichzeitig beruft sich der Autor auf neuere globalgeschichtliche Ansätze der Verflechtungsgeschichte beziehungsweise der globalen Mikrogeschichte. Folgt man seiner Analyse hatte der faire Handel zwar einen transnationalen, deutsch-niederländischen Ursprung, entwickelte sich dann aber zu einem „spezifisch deutschen“ Feld (S. 117). Dies scheint überraschend, da sich die Akteure weiterhin im Feld des globalen Handels verorteten und ein Teil von ihnen in die Abwicklung des Handels involviert war.

Die Quellen stammen meist aus Archiven der deutschen Organisationen, die den fairen Handel prägten. Darüber hinaus führte der Verfasser *oral history*-Interviews mit wichtigen Akteuren, wobei eine methodische Reflektion über deren Erinnerungen ausbleibt. Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er eine Reise in die Kaffeeanbaugebiete Zentralamerikas unternommen hat, um dort Produzenten zu interviewen und Einblick in die Arbeit von Kleinbauernkooperativen zu gewinnen. Da diese Organisationen keine eigenen Archive unterhalten und Zeitzeugen schwer ausfindig zu machen waren, sind die Ergebnisse der Reise nur am Rande in das Buch eingeflossen. Wie so oft in der Geschichte des Kaffees erwies es sich als schwierig, zeitgenössische Stimmen der Produzenten zu integrieren.

Eine wichtige Rolle spielten auch im fairen Handel Mittler, die über Netzwerke in die Kooperativen und nach Europa verfügten: Im Falle des guatemaltekischen Kaffees etablierte ein ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung die Kontakte. Für die Kooperativen in Oaxaca (Mexiko) spielte dagegen ein niederländischer Jesuit die Mittlerrolle. Der Schwenk zum mexikanischen Kaffee ist nur durch die intensiven

Auseinandersetzungen der 1980er Jahre zu erklären. Das Feld im globalen Norden differenzierte sich, da zu den kirchlichen Hilfswerken dezidiert politisch ausgerichtete Organisationen traten, die mit den revolutionären Bewegungen im globalen Süden sympathisierten. Hier war vor allem der nicaraguanische Kaffee von Bedeutung, dessen Konsum die Akteure als eine Unterstützung für die sandinistische Revolution von 1979 interpretierten. Genau dies sorgte jedoch in den kirchlichen Organisationen für Unruhe, bis der Konflikt Mitte der 1980er Jahre eskalierte. Deshalb war dringend eine Alternative vonnöten, die die Akteure des fairen Handels schließlich in Mexiko fanden. Entgegen des weitverbreiteten Gründungsmythos, demzufolge die indigenen Maya auf Grund ihrer Traditionen eine ökologische Produktion bevorzugten, ging die entsprechende Initiative von den europäischen Organisationen aus.

Der Autor ordnet die Kaffee-Importe aus Guatemala, Nicaragua und Mexiko sorgfältig in den jeweiligen lokalen politischen und wirtschaftlichen Kontext ein, was eine große Stärke seiner Studie ausmacht. Dabei weist er nach, dass der reale Einfluss der Produzenten im Feld sehr begrenzt blieb, auch wenn sie zu Beginn der 1990er Jahre stärker institutionell repräsentiert wurden. Der Hauptgrund dafür lag seiner Ansicht nach in der räumlichen Distanz und den entsprechend hohen Kosten, die für einen direkten Austausch erforderlich gewesen wären. Die *agency* der Produzenten habe vor allem in unerwartetem Verhalten gelegen, das die Akteure des fairen Handels gelegentlich vor den Kopf stieß. Ob dies auch für die alternativen, politischen Handelsorganisationen galt, bleibt offen, da die Studie sich auf die GEPA und damit auf das größte bundesdeutsche Unternehmen konzentriert. Ein einschneidender Wandel erfolgte zu Beginn der 1990er Jahre, als sich die Ziele in Richtung Absatzsteigerung entwickelten. Mit der Etablierung des ersten Gütesiegels gelangte der Fair Trade schließlich in die Supermärkte.

Insgesamt ist dem Autor eine sorgfältig recherchierte, spannende historische Analyse gelungen, wobei sein Fokus klar auf den Organisationen liegt und die Rolle der Konsumenten weitgehend ausgeklammert bleibt. Damit wird er dem eigenen Anspruch, „die Wechselwirkungen zwischen Produzenten und Abnehmern in einen analytischen Zusammenhang“ (S. 18) zu bringen, nur bedingt gerecht.

Bern

Christiane Berth

POLITIKWISSENSCHAFT

Ein Sammelsurium phänomenologischer Topoi

Waldenfels, Bernhard: Sozialität und Alterität. Modi sozialer Erfahrung, 466 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Bernhard Waldenfels gilt in der deutschen Philosophie und Kulturwissenschaft als wichtiger Vermittler französischer Theoriebildungen aus Phänomenologie und Poststrukturalismus. Zentral für seine theoretischen Arbeiten sind das Konzept des Anderen und die Figur des Fremden. Mit seiner spezifischen Konzeption dieser Grundbegriffe der französischen, phänomenologisch inspirierten Theorien seit den 1950er Jahren versucht Waldenfels die in seinen Augen größten Schwächen dieser Theorien aufzuheben: auf der einen Seite die Konzentration auf das Ich oder Selbst und seine Bewusstseinsstrukturen, wie zum Beispiel im Existenzialismus Jean-Paul Sartres oder Georges Batailles Philosophie der Ich-Verausgabung, – der ego-zentrische Pol in Waldenfels' Terminologie, auf der anderen Seite der von Waldenfels als sozio-zentrische bezeichnete Pol, in dem gesellschaftliche Strukturen, Organisationsformen oder Diskurse zentral sind (S. 34). Das vorliegende Werk nimmt mit der sozialen Erfahrung das Feld in den Blick, in dem sich diese Polarität besonders ausgeprägt hat.

Dass es soziale Erfahrung nur als soziale Erfahrungen gibt, steht für Waldenfels fest (S. 9). Seine phänomenologischen Untersuchungen des Sozialen beginnt er deswegen explizit ohne einen festen Begriff des Sozialen oder der sozialen Erfahrung. Stattdessen möchte sich Waldenfels das Feld so offen wie möglich halten. Klassisch-phänomenologisch will er von der noch vor-begrifflichen Sprache für das Soziale oder soziale Erfahrungen ausgehen (S. 34). Gleichzeitig baut er mit dem Begriffspaar *Pathos*, verstanden als das, was dem Menschen zustößt, und *Response*, verstanden als Reaktion auf das Zugestoßene, einen Mechanismus auf, der es erlauben soll, den Zusammenhang zwischen Ego- und Sozio-Zentrik zu erschließen (S. 19–22).

Obwohl Waldenfels seinen Ausführungen mit dem *Pathos-Response*-Schema eine Art Grundlegung und Rahmung zu geben versucht, wird doch schnell klar, dass es sich bei dem zu rezensierenden Werk um eine Sammlung von leicht überarbeiteten Einzelaufsätzen und Vorträgen

handelt, die nur lose vom Thema Alterität und Sozialität zusammengehalten werden. Im ersten Teil des Bandes, „Analysen“ diskutiert Waldenfels menschlichen Grunderfahrungen wie Geburt und Tod, Angst und Schrecken, aber auch das Recht, Schwellenerfahrungen, den Umgang mit Dingen und dann als Abschluss die Erfahrung selbst. Im zweiten Teil des Bandes, betitelt „Debatten“, schreitet der Autor dann eine Galerie von Autoren ab – Edmund Husserl, Adolf Schütz und Aron Gurwitsch, John R. Searle, Paul Ricoeur, Cornelius Castoriadis und Michel Foucault –, deren Auswahl so wenig erklärt oder diskutiert wird wie die Wahl des Gesichtspunkts, unter denen Waldenfels sie jeweils diskutiert.

Waldenfels bewegt sich im gesamten Band auf Fährten, die von der Phänomenologie schon ausgiebig beschritten wurden. Eine innovative oder überraschende Lektüre dieser kanonischen phänomenologischen Topoi bietet der Autor nicht, genauso wenig wie eine Diskussion seiner Auswahl von Themen und Autoren. Warum Waldenfels glaubt, ein historisch-genetisch und strukturell so hochkomplexes Gebilde wie das Recht mit demselben weichen Begriffsapparat analysieren zu können wie die von ihm ganz unkritisch als anthropologische Konstanten gesetzten Phänomene Geburt und Tod, bleibt unklar. Ähnliches lässt sich zu Waldenfels Umgang mit psychoanalytischen Modellen sagen, deren Historizität und Genealogie aus sehr konkreten bürgerlichen Sozialformen er nicht ansatzweise thematisiert oder reflektiert. Auch die Selbstverständlichkeit befremdet, mit der Waldenfels die KZ- und Verfolgungserfahrungen von Jorge Semprun und Emmanuel Levinas als eine, wenn auch besondere, Form des Pathischen und der Responsivität in sein Schema einbaut (v. a. S. 68 bei Levinas und S. 127f. bei Semprun), Heideggers ganz spezielle Form der Response auf das Pathos des Nationalsozialismus aber nur mit einem seltsam subjektlosen Halbsatz kommentiert (S. 58). Hier läge gerade für einen Autor, der das Aushalten und Akzeptieren von Alterität als eine grundlegende Bedingung von Sozialität stark zu machen sucht, ein die eigene Theorie herausfordernder Themenkomplex.

Aus den einzelnen Kapiteln ergibt sich trotz Waldenfels Bemühen in resümierenden Zwischenkapiteln die Texte inhaltlich zusammenzuführen, keine stringente Phänomenologie der sozialen Erfahrung. Weder bietet Waldenfels ein konsequentes hermeneutisches *close reading* basaler phänomenologischer Texte zu den von ihm ausgewählten sozialen Erfahrungen, noch entwickelt er in Auseinandersetzung mit

seinen Gewährsmännern eine konzise Theorie der Arten und Weisen, wie aus einzelnen Pathos- und Response-Strukturen komplexere soziale Strukturen entstehen und reproduziert werden. Stattdessen verbleibt sein Konzept sozialer Erfahrungen im Ungefähren zwischen großen Namen, psychologischen Spekulationen und anthropologischen Behauptungen. Die Begriffe „Sozialität“ und „Alterität“ verlieren ihre Konturierung, ohne dass dafür Genauigkeit und Subtilität bei der Beschreibung sozialer Erfahrungen gewonnen würde. Normative Setzung, psycho-genetische Herleitung und reine Deskription sind oft nicht zu unterscheiden, was die Argumentation zusätzlich verstellt. Auch die Vielzahl der inhaltlichen Wiederholungen bis hin zum Selbstzitat erhöhen nicht die Lesbarkeit des Textes.

Die große Stärke phänomenologischer Ansätze, das schon immer Gekannte wieder fremd zu machen und den Voraussetzungsreichtum selbst simpler, ganz natürlich scheinender Handlungen zu erhellen, kommt in Waldenfels Texten kaum zum Tragen. Wer sich das Themenfeld Sozialität und Alterität in phänomenologischer Perspektive erschließen möchte, sollte eher zu einer der zahlreichen Überblicks- und Einführungsdarstellungen der Phänomenologie greifen.

Stuttgart

Christina Dongowski

Eine Ökonomie im Affekt

Reckwitz, Andreas: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung, 408 S., Suhrkamp, Berlin 2012.

Kreativität ist mittlerweile ein gesellschaftliches Allheilmittel – sei es als Problemlösungskompetenz, zur Steigerung der Innovationsfähigkeit oder als Konzept für eine Transformation der gesamten Wirtschaftsstruktur zur Kultur- und Kreativwirtschaft. Letztere wird praktisch in sämtlichen sogenannten strukturschwachen Regionen Deutschlands als Mittel und Versprechen gesehen, auch ohne Großunternehmen, Rohstoffabbau oder industrielle Exzellenz Wertschöpfung und Attraktivität zu erreichen. Was aber im Großen wirken soll, muss schon im Kleinen verankert werden: Im arbeitenden und konsumierenden kreativen Subjekt, das aus seiner ökonomischen Tätigkeit mehr denn je auch persönliche Befriedigung zieht und etwa bereitwillig Überstunden macht.

Es ist dieser Zusammenhang von Kreativität als Leitbild ökonomischer und sozialer Strukturen, den Andreas Reckwitz in seinem instruktiven Werk „Die Erfindung der Kreativität“ auffächert und analysiert. Dabei geht es ihm weniger darum, zu zeigen, was Kreativität sei oder wie kreative Praktiken funktionierten. Stattdessen untersucht er unter Rückgriff auf Michel Foucaults analytisches Instrument des Dispositivs, wie Kreativität als Begriff und Praxis ihre hegemoniale Stellung erlangte. Dieser historische Zugang wurde bisher in der Kreativitätsforschung selten gewählt und zeichnet Reckwitz' Werk insbesondere aus. Neben Untersuchungen von historischen Kreativitätsdiskursen und -praktiken in Kunst und Psychologie entwickelt er auf klar strukturierten und ansprechend geschriebenen 408 Seiten eine ganz eigene Ökonomietheorie der vergangenen 100 Jahre und eine daran anschließende Gesellschaftsdiagnose.

Die zentrale Dynamik des Gesellschaftswandels in diesem Zeitraum sieht Reckwitz in der zunehmenden Ästhetisierung vieler Praxisfelder begründet. Als ästhetisch versteht er eine Kombination von sinnlichen Wahrnehmungen und damit verbundenen Affekten, die um ihrer selbst willen hervorgebracht, gesucht und genossen werden und nicht einer im engeren Sinne zweckrationalen Logik folgen. Zur Herausbildung der von ihm konstatierten gesellschaftsprägenden Formation des Kreativitätsdispositivs muss dazu aber als zweite zentrale Komponente der Imperativ der ständigen Hervorbringung von Neuem kommen. Dabei verbindet sich ein Verständnis des Neuen als permanente Steigerung im Sinne des technischen Fortschritts mit einem Bedarf nach Neuem in Form von immer neuen Reizen und Stimulation. Die historische Koppelung von Prozessen der Ästhetisierung und der Privilegierung von Neuem, sei es als technologische Innovation, Moden des Designs von Konsumgütern oder auch als Wettstreit um die aktuellsten Schlagzeilen im Journalismus, fand über den krisenhaften Umweg von *counter culture* und politischen Protestbewegungen der 1960er und frühen 1970er Jahre seine wirkmächtige Form als Kreativitätsdispositiv in den 1980er Jahren.

Das soziokulturelle Format, das die kollektive Orientierung an der Kreativität in eine konkrete Form bringt, wurzelt dabei insbesondere im Feld der Kunst. Sie bildete auf dem Weg zur Moderne seit dem Ende des 18. Jahrhunderts das heraus, was Reckwitz als ästhetische Sozialität versteht: Den Künstler als kreativen Schöpfer neuartiger ästhetischer Objekte im Zusammenhang mit

einem Publikum, das explizit an einem solchen Neuen – etwa im Gegensatz zu einem Primat der Pflege des Klassischen oder Kanonischen – interessiert ist und dabei einer institutionellen Regulierung der begrenzten Aufmerksamkeit durch die Kunstkritik, die späteren Massenmedien oder kulturelle Einrichtungen unterliegt. In einem zweiten Schritt entgrenzte die Kunst dann selbst Eigenschaften und Verfahren der kreativen Schöpfung durch den Einsatz erlernbarer Techniken, der Nutzung des Zufalls, kollektiver Produktion oder einer Aufmerksamkeitsverschiebung zur Performativität in den historischen Avantgarden. Hinzu kam vor allem seit den 1950er Jahren eine psychologische Nobilitierung der Kreativität als mentaler Fähigkeit ähnlich der Intelligenz.

In einer Verschränkung von Tendenzen der Ästhetisierung mit dem aufkommenden System der Massenmedien mit ihren Stars und der voranschreitenden Ökonomisierung vieler Lebensbereiche sieht Reckwitz schließlich die Entstehung einer ästhetischen Ökonomie. Auch jenseits der *creative economy*, die in den Bereichen von Mode, Design und Werbung seit den 1920er Jahren aufkeimte, ist Innovation in der ästhetischen Ökonomie eine Querschnittsaufgabe auf der Ebene der Produkte, aber auch der Unternehmen sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. In Abgrenzung zu Konzepten der Dienstleistungs- oder Informationsökonomie besteht der Kernpunkt und die größte Leistung von Reckwitz' Theorie, dass er die Affektkultur von Gesellschaft und Wirtschaft einbezieht. Durch die Umwidmung und positive Besetzung zeitgenössischer Arbeitsformen als kreativ werden die für unsere Ökonomie so charakteristischen Formen der Freiberuflichkeit und Selbständigkeit mit einem hohen persönlichen Einsatz und Risiko befördert.

Reckwitz beschreibt dieses Paradigma der Kreativität aus einer Haltung der Ambivalenz zwischen Faszination und Kritik. Am Ende seiner Untersuchung zeigt er alternative Modelle der Kreativität auf, die ohne einen publikumshaften Bezug zur Gesellschaft auskommen und Befriedigung aus der Beschäftigung mit Vertrautem ziehen. Dies sind freilich eher gering erscheinende Ansätze, die dennoch anschaulich machen, dass es auch andere Formen des Umgangs mit Kreativität als einen ubiquitären kreativen Leistungsdruck gibt. Reckwitz weist zurecht darauf hin, dass es vor allem einer größeren politischen Aufmerksamkeit für kreative und ästhetische Faktoren in Wirtschaft und Gesellschaft bedarf. Mit seinen nachvollziehbaren Zusammenführungen

verschiedener kulturgeschichtlicher Stränge wie Kunst, Psychologie, Wirtschaft, Medien oder Stadtentwicklung bietet „Die Erfindung der Kreativität“ eine gegenwartsbezogene Geschichte der Kreativität ebenso wie konzise Überblicksdarstellungen der relevantesten Forschungsliteratur zu diesen Gesellschaftsbereichen.

Basel

Felix Gerloff

Theoriengeschichtliches Panorama

Hölzing, Philipp: Ein Laboratorium der Moderne. Politisches Denken in Deutschland 1789–1820, 244 S., Springer VS, Wiesbaden 2015.

Philipp Hölzing hat sich bereits einen Namen als Experte republikanischer Theoriengeschichte gemacht. Insofern merkt man auf, wenn er sich in diesem Buch einer Phase und einem regionalen Kontext des politischen Denkens widmet, die eher am Rande der bekannten Entwicklungspfade republikanischer Modellbildung angesiedelt sind. Der Horizont seines Buches erstreckt sich auf die kurze Zeitspanne zwischen Französischer Revolution und den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Hölzing widmet sich den wichtigen Denkströmungen dieser Zeit und spannt einen Bogen vom Liberalismus über den Republikanismus bis zum Konservatismus. In diesen übergreifenden Blickwinkel ist die Hauptthese seines Buches eingebettet: Die Französische Revolution stelle einen Kulminationspunkt der Moderne dar, einen radikalen „Bruch mit der Vergangenheit“ (S. 10), an deren Wirkung und Interpretation sich ideologisch unterschiedliche Strömungen abarbeiteten. An diesen argumentativen Rahmen knüpft sich eine republikanische Pointe: Die spezifisch republikanischen Modelle sind in der bisherigen Rezeption von der Dichotomie zwischen Konservatismus und Progressivismus, zwischen gemäßigttem Reformismus und politischem Radikalismus überblendet worden. Das führte dazu, dass sie bislang im Kanon republikanischer Theoriengeschichte, die sich vornehmlich auf die frühneuzeitlichen europäischen und die späteren atlantischen Entwicklungen und Modelle bezieht, kaum eine Rolle spielen. Hölzing lenkt damit die Aufmerksamkeit auf die vernachlässigten republikanischen Varianten der gewählten Zeitspanne und hebt ihre theoriengeschichtliche Eigenart und Bedeutung hervor.

Die Untersuchung versteht sich als Analyse der Werke einzelner Autoren, in deren Vorstellungen bestimmte geistesgeschichtliche Traditionen und politische Zeiterfahrungen erkennbar werden. An Stelle einer strikten Werkexegese setzt der Autor auf eine umfassende Interpretation, die auf zeitgenössische politische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklungen Bezug nimmt, die den Traditionen formgebender Begrifflichkeiten nachgeht und diskursive Muster feststellt. Dementsprechend ist den Autorenportraits ein knapper, aber sehr anschaulicher Durchgang durch die „Tendenz des Zeitalters“ vorgeschaltet, bei dem die politischen Umbrüche in Europa wie die Revolution, Napoleons Herrschaft und das preußische Großmachtstreben Erwähnung finden, aber auch der Wandel von Staatsverständnissen zwischen absolutistischer Machtherrlichkeit und demokratischer Gewaltenteilung, die soziale und kulturelle Dynamik des aufstrebenden Bürgertums einschließlich seiner Impulse für ein neues Verständnis von Öffentlichkeit sowie das bemerkenswert ausgeprägte Profil des intellektuellen Lebens dieser Zeit. Als Leitautoren und intellektuelle Katalysatoren des Untersuchungszeitraums identifiziert Hölzing den Literaten Gotthold Ephraim Lessing sowie die Philosophen Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder. Sie tragen nach seiner Überzeugung alle auf ihre Weise wesentlich dazu bei, vorausschauend politische Alternativen zum Absolutismus zu konzeptualisieren, die enorme Bedeutung der revolutionären Ereignisse zu ermessen und innovative Verständnisse von Individuum, Staat, Nation, Recht und Weltgesellschaft zu entwickeln. Auf der Basis dieser skizzenhaften Charakteristik des Zeitalters als eines brodelnden „Laboratoriums der Moderne“ handelt Hölzing die drei Strömungen anhand markanter Repräsentanten nacheinander ab.

Für den Liberalismus stehen Wilhelm von Humboldt und G.W.F. Hegel. Humboldt gilt Hölzing als aristokratisch argumentierender Staatstheoretiker, der den Staat als Garanten für individuelle Autonomie und Bildung begreift. Der Staat wird in liberaler Stoßrichtung nicht als Raum demokratischer Prozesse konzeptualisiert, sondern als formale Instanz der Sicherheit und des Rechts, die individuelle Freiräume erschließt und garantiert. Die folgende Paraphrase auf Hegels Denken im Umfang von zehn Seiten mag vermessen erscheinen. Hölzing arbeitet aber auch nur einen Aspekt besonders heraus: die Trennung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, die letzteren in Gestalt einer liberalen, rechtsstaatlichen

und nationalen – sowie durchaus monarchistischen – Ordnung als ideale Rahmenvorgabe für die Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft identifiziert. Hölzing Hölzing begreift den Liberalismus zusammenfassend als Plädoyer für den konstitutionellen Nationalstaat, der Freiräume schaffe für das Streben nach individueller Autonomie und gesellschaftlichem Fortschritt. Der revolutionäre Umbruch wird abgelehnt, weil er die staatliche Garantiever sprechen, das die konstitutionelle Monarchie bietet, in revolutionärem Eifer verwerfe.

In der Rubrik der republikanischen Repräsentanten setzt sich Hölzing mit Georg Forster, Friedrich Schiller, Friedrich Schlegel und – in einer Art Ehrenrettung – mit Johann Gottlieb Fichte auseinander. Sie alle teilen die Begeisterung für die Revolution – teilweise unter Inkaufnahme von politischer Ächtung oder gar einer dramatisch verlaufenden politischen Verfolgung. Forster und Schlegel werden als Autoren rekapituliert, die Kants sehr abstrakten und institutionenfixierten Kosmopolitismus radikalisiert haben, indem sie ihn als ein erdumgreifendes Bürgerrecht für alle – auch für die bislang vernachlässigten Frauen – konzipieren, das die globale Reichweite mit der universalen Geltung zusammenfügt. Darin erkennt der Verfasser auch ein Motiv der „Romantik“: nicht im Sinne einer kitschigen Innerlichkeit und Träumerei, sondern im Sinne einer sehr konkreten Befreiung des Individuums von allen Fesseln obrigkeitshöriger Fügsamkeit und politikferner Genügsamkeit. So wird Forsters Begeisterung über die Französische Revolution begreiflich, weil sie den Republikanismus nicht nur theoretisch zu modellieren, sondern auch politisch zu implementieren versucht – Forster selbst wird Mitglied des Mainzer Jakobinerclubs, in seinen Augen eine Basiszelle der bevorstehenden Weltrepublik. Schlegel erkennt in der Poesie die Initialzündung zu einer Selbstentfaltung, die eben nicht in eine „liberale“ Freiheit der Privatsphäre einmünde, sondern die republikanische Freiheit zum gemeinschaftsorientierten, friedlichen Handeln unter allen Menschen hervorbringe. Solche republikanischen Vorstellungen bewertet Hölzing als veritable, bislang in der Theoriengeschichte vernachlässigte „romantische“ Alternativen zu den – zur gleichen Zeit entstehenden – atlantischen Modellen eines institutionenorientierten Republikanismus (S. 149f.).

Den für diesen Republikanismus kennzeichnenden Drang zur politischen Aktion verspürt auch Schiller, der sich abfällig über die „Brotgelehrten“ äußert, die sich von den großen Ideen und

Utopien fernhalten und nur solange der Vorstellung von politischen Veränderungen nachhängen, wie ihre Anstellung unter Fürstenthümern nicht gefährdet ist. Schiller treibt dagegen der vorbehaltlose Wille zur Veränderung an, er schreibt der ganzen Menschheit den Anspruch auf Bildung zu, die sie im Zuge einer „ästhetischen Erziehung“ allmählich zu revolutionsbereiten Aktivisten heranreifen lassen werde. Fichte erscheint eigentlich als republikanischer Gewährsmann für die Radikalisierung von Kants Kosmopolitismus unglauwürdig, weil er den national „geschlossenen Handelsstaat“ propagiert und unter dem Dach der Universalität von Bürgerrechten keinen Platz für partikuläre Glaubens- und Kulturgemeinschaften sieht – woraus sein vehementer Antisemitismus resultiert. Aber Hölzing hebt bei Fichte die Verteidigung des Anspruchs hervor, eine revolutionäre Neuordnung vorzubereiten, die aus dem alten Obrigkeitsstaat eine Art planwirtschaftliche Agentur zur Gewährleistung materieller Versorgung und individueller Selbstentfaltung formt – was Fichte den überraschenden Ruf eingetragen hat, einer Art Vordenker sozialistischer Staatstheorie zu sein (S. 167).

Das konservative Denken der Zeit wird für Hölzing von Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Gentz und Charlotte von Stein repräsentiert. Sie alle verstehen die politische Ordnung als zähmende Instanz individueller und gruppenspezifischer Idiosynkrasien und Zentrifugalkräfte. Die Demokratie überschätze die politische Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein des Volkes für die gemeinsamen Belange. Stein will beispielsweise einen Staat, der seine Bürger domestiziert und resolut erzieht. Der Staat muss führen, zähmen, bändigen und autoritative Gewalt innehaben, weshalb die konstitutionelle Monarchie bevorzugt und die Republik abgelehnt wird. Die konservativen Autoren zeigen sich fasziniert von den großen politischen Führungsgestalten der Zeit. Allenfalls könnten behutsame Reformen an die Stelle revolutionärer Umwälzungen treten, wobei Hölzing einleuchtend zeigt, dass die Staatsfixierung der Konservativen unversehens in rückwärtsgewandte Ideale absolutistischer Machtherrlichkeit oder gar feudalistischer Herrschaft umschlägt und sich die Reformbereitschaft damit in restaurative Ordnungsphantasien wandelt.

Hölzing bietet mit seiner Studie ein breites Panorama auf die politischen Theorien einer kompakten Zeitspanne, woraus ein weitläufiger Überblick über konkurrierende politische Ideale, ideologische Muster in den Vorstellungen von

Individuum, Gesellschaft und Staat sowie über die Dynamik politiktheoretischer Traditionslinien entsteht. Natürlich lässt sich gegenüber Hölzings generalisierendem Abriss über dreißig dramatische Jahre und zwölf Autoren der kritische Einwand mangelnder Tiefenschärfe erheben. Er wird bestärkt etwa durch den notgedrungen groben Zugriff auf die Werke von Kant und Hegel oder durch das Fehlen einer Bewertung der sehr unterschiedlichen Textsorten, mit denen die ausgewählten Autoren hervortreten. Auch die zeitgeschichtlichen Leitbegriffe hätten noch eingehender problematisiert werden können, etwa, was „Liberalismus“ damals im Unterschied zum Rückblick aus heutiger Perspektive bedeutet hat. Aber Hölzing geht es mit seinem Buch ja gerade um eine innovative Gesamtschau auf parallel verlaufende politiktheoretische Strömungen. Welche hermeneutische Kraft ein solches theoriengeschichtliches Panorama zu entfalten vermag, zeigt sich anhand der Konturierung der spezifisch republikanischen Ideale, die Hölzing in dieser Zeitspanne identifiziert. Bisherige Interpretationen und Klassifikationen blieben in dieser Hinsicht viel zu unscharf. Insofern verknüpft Hölzing in seinem Buch vortrefflich eine umfangreiche Materialauswertung mit einer innovativen, einleuchtenden Kategorisierung von politiktheoretischen Modellvorstellungen.

Aachen

Emanuel Richter

Zum Verhältnis von Rousseau und Hobbes

Douglass, Robin: Rousseau and Hobbes. Nature, Free Will, and the Passions, 240 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Diese Studie untersucht wie und warum Jean-Jacques Rousseau sich mit Thomas Hobbes' politischer Philosophie auseinandersetzte. Die von Robin Douglass vorgetragene Analyse ist kompetent und weist ihn als einen umsichtigen Interpreten von Hobbes und Rousseau aus. Aber, um es gleich vorweg zu sagen, deutsche Leser und Leserinnen werden insofern enttäuscht sein, als Douglass die umfangreiche deutschsprachige Literatur zum Thema nicht zur Kenntnis nimmt. Dabei werden viele der von ihm verfolgten Fragen dort – zu denken ist besonders an die Studien von Armin Adam, Olaf Asbach, Iring Fetscher, Karlfriedrich Herb oder Simone Zurbuchen – bereits

gründlich erörtert. Auch Gabriella Silvestrinis „Dritto naturale e volontà generale“ (2010) hätte unbedingt berücksichtigt werden müssen. Zumindest wird auf einige der wichtigsten französischen Studien eingegangen.

Das Buch gliedert sich in vier Kapitel. Das erste gibt einen knappen, mittlerweile weitgehend bekannten Überblick der Rezeption von Hobbes in Frankreich. Besonderer Nachdruck wird hierbei auf die Naturrechtstradition gelegt. Erst mit den Kapiteln zwei und drei nimmt sich die Arbeit dann tatsächlich dem Verhältnis von Hobbes und Rousseau an. Kapitel vier verliert Hobbes wieder zu sehr aus den Augen und hebt vor allem auf die Diskussion über die Leidenschaften ab, wie sie von Pierre Nicole oder Nicolas Malebranche geführt und von Rousseau fortgesetzt wurde. Besonders auffällig ist, dass eine Erörterung der Vertragstheorie, die doch einen der wichtigsten Aspekte von Hobbes' und Rousseaus politischer Philosophie ausmacht, fast völlig vermieden wird. Die größte Provokation habe, auch das ist weitgehend Konsens, Hobbes Naturzustandstheorie ausgelöst (S. 61). Damit wird dann ausgehend von dem „Discours sur l'origine de l'inégalité“ (1755) Rousseaus Aufnahme, Kritik und Weiterentwicklung von Hobbes' politischer Philosophie diskutiert. Die zumeist aufschlussreiche und detailreiche Interpretation ist zu begrüßen; einige Aspekte kann und sollte man aber anders akzentuieren.

So findet sich zum Beispiel eine auch für Douglass' Interpretation wichtige Passage in Rousseaus „Contrat Social“ (III-13, Hervorhebung im Original, 1762) und lautet: „die souveräne Gewalt [ist] einfach und ein Ganzes, und man kann sie nicht teilen, ohne sie zu zerstören. [...] [D]as Wesen der politischen Körperschaft [beruht] auf dem Zusammenklang von Gehorsam und Freiheit [...] und [...] die Begriffe *Untertan* und *Souverän* [sind] identische Wechselbegriffe [...], deren Idee in dem einen Begriff des *Bürgers* vereinigt ist“ – „dont l'idée se réunit sous le seul mot de *citoyen*“. Hier findet sich die grundlegende Bedeutung des Begriffes *citoyen* ausgesprochen. In diesem Grundbegriff kristallisiert sich die politische Philosophie von Rousseau. Denn der „Zusammenklang von Gehorsam und Freiheit“, der das Wesen des Staates ausmacht, wird in diesem Begriff gedacht und zugleich auch konkret realisierbar. Das Spannungsverhältnis der Begriffe *Untertan* und *Souverän* wird in dem *citoyen* dialektisch aufgehoben. Ihm kommt in Rousseaus „Contrat Social“ erstmals in der Geschichte der politischen Philosophie seine

volle Bedeutung zu, da hier nun begrifflich und systematisch das Verhältnis von Freiheit und Herrschaft in der Rechtsphilosophie erkannt und entwickelt wird. Übrigens wird auch im „Emile“ (1762), wenn auch an wenig prominenter Stelle in einer von Rousseaus Anmerkungen die Bedeutung der politischen Partizipation, wie sie nach Rousseau im Begriff des *citoyen* enthalten ist, deutlich gemacht.

Hobbes hat das Verhältnis von Freiheit und Herrschaft systematisch in seiner Rechtslehre im „De Cive“ (1642) erörtert. Völlig zu Recht hat Denis Diderot in dem Lemma *citoyen* in der Encyclopédie (Bd. 3, S. 489, Hervorhebung im Original) aber darauf hingewiesen, dass Hobbes noch keinen begrifflichen Unterschied zwischen Untertan und *citoyen* machte und damit seine Rechtsphilosophie genau an diesem entscheidenden Punkt an ihre Grenze stößt: „Hobbes ne met aucune différence entre le *sujet* et le *citoyen*“. Hobbes hat daher sowohl systematische als auch begriffliche Schwierigkeiten, das Verhältnis von Freiheit und Herrschaft so zu bestimmen, dass die Freiheit des einzelnen nicht völlig durch den ihm abstrakt gegenüberstehenden Souverän bestimmt wird. Insofern wird man in Rousseaus Bestimmung des *citoyen* auch eine konstruktive Weiterentwicklung der Hobbes'schen Rechtsphilosophie zu sehen haben, da hier nun eben die Souveränitätstheorie nicht mehr nur als Herrschaftsbegründung verstanden wird, sondern zugleich auch als Teilhabe an der staatlichen Herrschaft. Aber dieser Unterschied wird von Douglass nicht angemessen thematisiert. Vielmehr scheint er davon auszugehen, dass das oben gegebene Zitat Rousseaus zeige, dass „the language employed here closely maps onto that used by Hobbes, most notably in the double relation of citizen and subject“ (S. 123). Douglass insistiert auf die unterschiedliche Konzeption des freien Willens von Hobbes und Rousseau. Damit wird er aber dem politischen Freiheitsbegriff von Hobbes und Rousseau nicht gerecht. Ihm entgeht die strukturelle Parallele in der Begründung bürgerlicher Freiheit, wie sie aus dem Unterschied zwischen wilder Freiheit im Naturzustand und bürgerlicher Freiheit, die erst durch den Staat gewährleistet werden kann, sowohl in Hobbes als auch in Rousseau pointiert formuliert wird. Die zentrale Stelle im „Contrat Social“ (I-8), die Douglass merkwürdigerweise nicht berücksichtigt, lautet in Hobbes'scher Diktion: „Was der Mensch durch den Gesellschaftsvertrag verliert, ist seine natürliche Freiheit und ein unbegrenztes Recht auf alles, wonach ihn

gelüstet und was er erreichen kann; was er erhält, ist die bürgerliche Freiheit [*liberté civile*] und das Eigentum an allem, was er besitzt“. Das *ius in omnia* des Naturzustandes, wie Hobbes es im „De Cive“ entwickelte, wird hier also stillschweigend wörtlich von Rousseau übernommen.

Ein anderer Punkt, der in Douglass' Interpretation nicht überzeugt und mehr Sorgfalt verlangt hätte, betrifft Hobbes' und Rousseaus Auseinandersetzung mit religiösen Fragen im Kontext ihrer politischen Philosophie. Die kurze Diskussion der religionspolitischen Aspekte in Hobbes und Rousseau werden in ihrer instrumentellen Bedeutung zwar erkannt, aber der Komplexität dieser Fragen wird Douglass nicht gerecht, wenn er seine Überlegungen damit beschließt, lediglich Rousseaus „civil religion“ zusammenzufassen, indem er behauptet: „Political unity would be sustained only if citizens came to love the laws, their duties, and the fatherland with a patriotic zeal. One way this could be achieved would be by establishing something approximating the religion of the citizen, where the citizens' love of God would be one with their love of fatherland“ (S. 148). Hier bleibt Douglass hinter dem sonst zumeist soliden interpretatorischen Niveau seiner Studie zurück und geht auf Hobbes' Position zu dieser Frage so gut wie gar nicht ein. Hobbes hielt den Meinungsstreit für einen der entscheidenden Gründe für politische Unruhen. Aus diesem folgte letztlich die Zersetzung des Staates. Da es nach Hobbes in Glaubensangelegenheiten keine Kontrolle geben könne, da nur Gott in die Herzen der Menschen sehen könne, sei der Glaube *in foro interno* frei und politisch unproblematisch, solange dieser nicht öffentlich (*in foro externo*) propagiert werde. Die Sphäre eines individuellen Urteilsvermögens in Glaubensangelegenheiten wird von Hobbes durchaus zugestanden, aber er setzt alles daran, sicherzustellen, dass individuelle private Urteile und Meinungen im Bereich des Politischen neutralisiert werden. Das konnte aber nicht allein durch Zwang gewährleistet werden. Denn auch die weitgehenden Souveränitätsrechte und die dem Staat zur Verfügung stehenden Machtmittel waren nach Hobbes nicht ausreichend, um den Staat effektiv vor Aufruhr und Bürgerkrieg zu schützen. Gehorsam gegenüber den Gesetzen und dem Souverän ist nur gewährleistet, wenn die Untertanen erkennen, warum sie die Gesetze befolgen müssen. Dieser Gedankengang wurde von Rousseau durchaus erkannt und aufgenommen. Und doch scheint Rousseaus „civil religion“ mit ihrem republikanischen Pathos sich eher an Niccolò Machiavelli

und römisch-antiken Vorbildern als an Hobbes zu orientieren.

Trotz dieser Kritik an einzelnen der von Douglass vorgetragenen Interpretationen, ist dies zweifellos eine kompetente und interessante Studie, die die weitere Diskussion zu Hobbes und Rousseau sicherlich befruchten wird.

London

Peter Schröder

Tönnies' Staatsverständnis

Carstens, Uwe (Hrsg.): Ferdinand Tönnies. Der Sozialstaat zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, 233 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Die im Nomos-Verlag erscheinende Reihe Staatsverständnisse thematisiert schwerpunktmäßig neuzeitliche Ideen vom Staat, jedoch mit dem Anspruch, hieraus Erkenntnisse für ein zeitgemäßes Staatsverständnis zu ziehen (S. 5). Der vorliegende Band greift nun mit Ferdinand Tönnies einen wiederentdeckten Klassiker der Soziologie auf (S. 9). Acht Autoren widmen sich unter den Rubriken „Soziologische Theorie und Staat bei Tönnies“, „Die instrumentale Rolle des Staates“ und „Der Staat in der angewandten Soziologie“ dem Staatsverständnis Tönnies', das er im Spannungsfeld der Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft entwickelt.

Als „eine Art Wesensausdruck aller Grundzüge des sozialen Lebens“ (S. 11) ist – so Uwe Carstens – der Staat für Tönnies nicht unabhängig von der Gesellschaft zu denken und kann ihr gegenüber keine eigenständige Rolle einnehmen. Der Staat *im Typus der Gesellschaft* sei nach Tönnies auf Konventionen gegründet, durch politische Gesetzgebung gesichert und durch öffentliche Meinung gerechtfertigt. Doch begreife Tönnies den Staat auch *im Typus der Gemeinschaft*, wonach durch die Inkorporierung gemeinschaftlicher Prinzipien Solidarität (S. 18) und materiale Gerechtigkeit (S. 30) gewährleistet werden können. Die einzige Staatsform, die beide Typen integrieren könne, sei nach Tönnies die soziale Demokratie beziehungsweise der Sozialstaat (S. 11). Cornelius Bickel schildert den in seiner Staatstheorie maßgeblich von Thomas Hobbes beeinflussten Tönnies überzeugend als Kritiker eines politischen Liberalismus (S. 33f.) und eines Staatsidealismus im Sinne Georg Wilhelm Friedrich Hegels (S. 35f.). Bickel stellt bei

Tönnies thematische Entsprechungen zu zeitgenössischen Staatstheoretikern wie Hermann Heller oder Rudolf Smend fest, wie beispielsweise die Vorstellung vom Staat als Willensverband oder das Interesse am Begriff der Gemeinschaft (S. 43). Tönnies zeichne sich hier durch seine theoretisch-rationale Bestimmung des Gemeinschaftsbegriffes aus, die sich bei anderen zeitgenössischen Denkern so nicht finde (S. 47). Günther Rudolph wiederum interpretiert Tönnies als leidenschaftlichen Vertreter einer antikapitalistischen Demokratie und eines auf dem Prinzip der Volkssouveränität konstituierten Staates (S. 75).

Während Alexander Deichsel im zweiten Teil das Verhältnis von Volk und Staat in Tönnies' Staatstheorie herausarbeitet, befasst sich Alexander Wierzock mit Tönnies' durchaus ambivalenter Sicht auf Parteien und Parlament. So verweist Wierzock auf die paradoxe Spannung zwischen Tönnies' Befürwortung der parlamentarischen Regierungsform und seiner Forderung nach einer Idealpartei, die letztlich zu einer Dämpfung oder sogar Ausschaltung der Parlamentsherrschaft geführt hätte (S. 116f.). Carsten Schlüter-Knauer zeigt daran anknüpfend, wie sehr Tönnies von dem Gedanken der Volkssouveränität, das heißt von der Idee gleichwertiger Partizipationsrechte für alle Bürger und Bürgerinnen, geprägt war (S. 124). In Auseinandersetzung mit Hans Kelsen und Carl Schmitt komme Tönnies zu einer radikalen Reponsivitätstheorie der Demokratie (S. 145), deren Kern ein demokratischer Absolutismus sowie die politische Partizipation von Bürger und Bürgerinnen seien (S. 160).

In der abschließenden Rubrik bestimmt Nial Bond wiederum Tönnies' politische Position als vielschichtig und zugleich ambivalent. Während er beispielsweise den Kapitalismus scharf kritisierte und die Emanzipation und den Schutz der Arbeiter gegenüber dem Kapital und dem kommerziellen Geist forderte, stand Tönnies der Emanzipation von Frauen ablehnend gegenüber (S. 179f.). Diese Ablehnung passt zum patriarchalen Charakter seines Konzeptes von Gemeinschaft (Peetz „Ferdinand Tönnies und Helmuth Plessner“, 2010). Abgerundet werden die Beiträge durch den kreativen Aufsatz von Arno Bammé, der in Auseinandersetzung mit Gedanken von Thomas Hobbes, Tönnies und Michel Foucault Grundlagen, Chancen und Risiken einer Weltgesellschaft auslotet.

Insgesamt liegt hier ein gelungener Sammelband vor, der sowohl die Quellen von Tönnies' Staatsverständnis als auch dessen Bezüge zu

zeitgenössischen Denkern sowie dessen bleibende Aktualität systematisch und facettenreich entfaltet. Weiterführend wäre im Hinblick auf Tönnies' Demokratieverständnis noch zu klären, in welchem Verhältnis seine Fokussierung auf eine *soziale* Demokratie (Carstens) und sein Eintreten für eine *antikapitalistische* Demokratie (Rudolph) genau stehen. Auch Tönnies' ‚Europa-Konzeption‘ – bei Deichsel und Schlüter-Knauer jeweils nur angedeutet – könnte in Auseinandersetzung mit Denkern aus Tönnies' Zeit und gegenwärtigen Europatheoretikern noch stärker profiliert werden.

Saarbrücken

Katharina Peetz

Cassirer als politisch-praktischer Philosoph

Lüddecke, Dirk/Englmann, Felicia (Hrsg.): Das Staatsverständnis Ernst Cassirers, 221 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Es ist keine leichte Aufgabe, ein eigentliches Staatsverständnis Ernst Cassirers herauszulesen. Denn Cassirer vertritt keine klare Staatstheorie. Sein letztes Buch, „The Myth of the State“ (posthum 1946) zeigt Cassirer als politischen Denker am klarsten. Es illustriert zugleich, wie Cassirer sein Ansatz bei der symbolischen Formung der Welt findet und darüber nachdenkt, wie Kultur politisiert wird. Dafür ist die Grundlage, wie Enno Rudolph vorzüglich darlegt, schon in Cassirers frühen Kritik des Substanzbegriffs im Werk „Substanzbegriff und Funktionsbegriff“ (1910) gesetzt. Die Wurzeln zum Cassirer'schen Funktionsdenken sind bei seiner Leibniz-Rezeption zu finden. In der Rede zur Verfassungsfeier (1928) denkt Cassirer politisch über Gottfried Wilhelm Leibniz nach und „mit Leibniz politisiert er seine eigene ‚Kritik der Kultur‘“ (S. 12). Der Beitrag von Rudolph liefert einen klaren Entwurf des politischen Denkens Cassirers, das sich durch eine Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit des Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als auch durch eine Auseinandersetzung mit zwei unterschiedlichen Staatsauffassungen im europäischen Denken entfaltet.

Cassirer vertritt die Idee der republikanischen Verfassung als ein Organisationsprinzip der Individuen und der Menschheit gegenüber den zahlreichen Ideen des Staates als Selbstzweck, die Cassirer in „The Myth of the State“ explizit im

Denken G.W.F. Hegels identifiziert. Deshalb ist es auch lehrreich, die Interpretation von Cassirers „Freiheit und Form“ (1916) und den Nachlasstexten zur Hegel'schen Staatsphilosophie aus den Jahren 1915/16 nachzuspüren, wie es Christian Möckel in seinem Beitrag tut. Möckel zeigt, wie Cassirer in „Freiheit und Form“ Hegels Staatsphilosophie mit dem „Aufgaben- und Prozesscharakter der – geistigen – Arbeit am Staat [identifiziert], für die das Staatsideal die Orientierung und Norm bildet, auch für die ‚Kritik an der bestehenden Staatsform‘“ (S. 36, Hervorhebung im Original). Es wäre ein Studium wert und scheint ein Desideratum zu sein, nachzufolgen, wie Cassirer sich lebenslang entgegengesetzt mit Hegels politischer Philosophie auseinandersetzt. Die Absätze der Anthologie hinterlassen ein widersprüchliches Bild von Cassirers unterschiedlichen Hegel-Lesungen, wo Cassirer in „Freiheit und Form“ eine positive Auffassung von Hegels Staatsgedanke vertritt, um Hegel als Vorläufer des Faschismus in „The Myth of the State“ zu interpretieren. Es wäre eine Aufgabe für die Herausgeber gewesen, einen Beitrag aufzusuchen, der diese Seite des politischen Denkens Cassirers auslegen könnte.

Der Beitrag von der Mitherausgeberin Felicia Englmann tritt inhaltlich heraus, indem er eine Untersuchung des Mythos des 21. Jahrhunderts erwägt. Englmann will mit Cassirers politischem Denken über die Gegenwart reflektieren und bietet eine essayistische *tour de force* durch die Faszination von Zombies in Literatur und Film. Annahme ist: „Ein Mythos des 21. Jahrhunderts ist die Zombie-Apokalypse“ (S. 178). Fragwürdig scheint es aber, ob dieser moderne Mythos mit dem Cassirer'schen Begriff von Mythos übereinstimmt. Dazu kommt die Frage nach der politischen und Staatstheoretischen Implikationen vom Zombie-Mythos. Englmann setzt sich nicht damit auseinander, sondern bringt analogisch die Zombie-Figur in Verbindung mit den Verbrechen gegen die Menschheit, die von Nationalsozialismus und Faschismus des 20. Jahrhunderts ausgeübt wurden: „Wie Zombies als viskose Masse über schwächere oder verletzte Menschen herfallen und sie fressen, so ermordete die NS-Gesellschaft ihre schwächsten Mitglieder“ (S. 198). Diesen Griff verleitet Englmann zu einem Optimismus gegenüber den Mythen des 21. Jahrhunderts, die „niemals mehr die Macht haben [werden,] wie die Mythen des 20. Jahrhunderts, da die menschlichen Kultur und Gesellschaft [...] Fortschritte gemacht haben“ (S. 213). Englmann schlussfolgert: „Der Mythos will um dieses Symbolgehalts willen wahrgenommen werden, aber

seine Botschaften sind nicht da, um befolgt zu werden, sondern um die Selbsterkenntnis voranzutreiben, auch die der Künste, Wissenschaft und Religion“ (ebd.). Dabei verwischt Englmann den Unterschied zwischen einem Mythos, der einen Konflikt als „für den Betrachter besonders spannend“ (S. 202) darstellt, und einem Mythos, der die Ausschaltung individueller Verantwortung hervortreibt und als eine gezielte politische Technik hervorgebracht worden ist. Der zweite Mitheerausgeber, Dirk Lüddecke, weist eben auf diesen politischen Mythos hin, als er beschreibt, wie die mythopolitische Krisendiagnose Cassirers „darauf hinaus laufen, den Menschen und Bürger um seine ethische und politische Dignität als freies Individuum und selbstverantwortliche Persönlichkeit zu bringen“ (S. 172). Eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Mythos-Auffassungen würde den Aufsatz Englmanns philosophische Tiefe verleihen und auch dazu beitragen, das Thema des politischen Denkens im Fokus zu halten.

Die übrigen Beiträge der Anthologie fixieren je eine bestimmte Thematik im politisch-praktischen Denken Cassirers. Gelungen ist der Absatz von Mathias Reichelt über Recht als symbolische Form, wenn er als Einführung in der Philosophie des Rechts gelesen wird. Jedoch wird die Brücke vom Recht als symbolische Form zum Staatsverständnis Cassirers bedauerlicherweise nicht entwickelt. Denn eben eine solche Brücke vom Recht als Symbolsystem zum Staat als Organisationsprinzip wäre aufschlussreich, um Cassirer als politischer Denker für die Gegenwart interessant zu machen. Auch Pellegrino Favuzzis Diskussion von Cassirers ersten Monographie, „Leibniz' System in seinen Wissenschaftlichen Grundlagen“ (1902) ist bemerkenswert. Es gelingt Favuzzi zu zeigen, wie der Kern des politischen Denkens Cassirers schon in diesem frühen Werk aufzuspüren ist.

Insgesamt ist die Anthologie empfehlenswert für alle Leser und Leserinnen, die mehr über Cassirer als politisch-praktischer Philosoph lernen möchten.

Roskilde

Esther Oluffa Pedersen

Spengler als Netzwerker einer nationalkonservativen Erneuerungspolitik

Henkel, Markus: Nationalkonservative Politik und mediale Repräsentation. Oswald Spenglers

politische Philosophie und Programmatik im Netzwerk der Oligarchen (1910–1925), 504 S., Nomos, Baden-Baden 2012.

Oswald Spengler ist eine höchst umstrittene Person in der Politischen Ideengeschichte, insbesondere auch in der politischen Kulturanalyse. Faszinierend wie anregend und befremdlich gleichermaßen demonstriert sein Werk eine breite Spannweite an Interpretationen, die politisch, kulturell und philosophisch umgesetzt werden können – je nach Themenspektrum, das hier angesetzt wird. Das gilt auch bereits für seine zeitgenössische Rezeption, die vom Bestseller und Klassiker „Untergang des Abendlandes“ (1918) herrührt, und den eigentlich randständigen Autodidakten schlagartig ins Zentrum tagespolitischer Auseinandersetzungen und Debatten um den richtigen Weg für Deutschland und Europa nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges katapultiert hat. Die vorliegende, in Würzburg entstandene Dissertation von Markus Henkel widmet sich dieser zeithistorischen Konstellation mit der programmatischen Fragestellung, welche Rolle und welchen Anteil Spengler eigentlich in diesen Debatten um die nationale Positionsbestimmung Deutschlands gehabt hat.

Vieles ist dazu schon gesagt worden. Spenglers Funktion als Aushängeschild einer dezidiert nationalkonservativen Erneuerungsbewegung ist seit Jahrzehnten klar analysiert worden, und doch gelingt es Henkel überzeugend Spengler in einer neuen, bis dato so nicht gekannten, weil generell eher unterschätzten Position darzustellen: Nämlich nicht einfach nur in der Rolle als ideeller Heros eines bestimmten konservativen Leitbildes von Staat und Gesellschaft, sondern als dezidierter Agent in eigener Sache. Das heißt Spengler ist nicht eben nur *kulturpolitisch* von Interesse, sondern er selbst machte *Politik* im Rahmen seiner kulturpolitischen Deutung von den aktuellen Zuständen seiner Zeit. Dieses zu beleuchten und systematisch hervorzustellen ist das zentrale epistemologische Anliegen dieser Arbeit, die ungemein akribisch angelegt ist, indem sie konzeptionell (sehr überzeugend) das jeweilige Agieren von Spengler vor dem Hintergrund des politischen Rahmens der Zeitergebnisse vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis in die Mitte der Lebensphase der Weimarer Republik darstellt. Henkel liefert damit nicht weniger als eine Neubewertung der Biografie Spenglers, indem er seine politische Akteursrolle in den Kontext der ideellen Betrachtungen seiner Hauptwerke, hier vor allem „Untergang des

Abendlandes“, besonders aber auch der „Schrift über Preußentum und Sozialismus“ (1919) einordnet. Im Grunde wird alles verwertet und berücksichtigt, was Spengler je publiziert hat. Der Quellenaufwand, der hier betrieben wurde, ist enorm: Jede überlieferte Rezension, die Spengler geschrieben hat, wird hinzugezogen, auch die Rezeption von Spenglers Aussagen in der Öffentlichkeit der medialen Berichterstattung wird gewissenhaft festgehalten. Darüber hinaus, und das führt diese Dissertation zweifellos zu einem imposanten Gesamtbild in der Lagebeurteilung von Spenglers politischem Wirken, werden Nachlassbestände von Zeitzeugen und Mitspielern im Spengler'schen Politikbetrieb, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Bundesarchiv Koblenz schlummern, ebenso ausgewertet wie entsprechende Quellen aus den Beständen des Historischen Archivs Krupp und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, um nur einige an dieser Stelle zu nennen. Diese für sich genommen allein schon bemerkenswerte Fleißarbeit wird dann noch ergänzt und ausgeweitet durch die Berücksichtigung der Fachliteratur, die in der vorliegenden Publikation mehr als 60 Seiten für die bibliografischen Angaben ausmacht.

Was ist das Ergebnis einer solch überaus ambitionierten und gründlichen vorgetragenen Recherche? Auf den ersten Blick ein in sich widersprüchliches Bild, das einen von hohen Idealen getragenen Spengler kennzeichnet, der nicht einfach nur publizieren will und reden (kann), sondern der gleichzeitig auch in den Hinterzimmern der medialen und nichtmedialen, sondern politischen Welt der entstehenden Weimarer Republik sich praktisch-strategisch einbringen will zugunsten seiner Vorstellungen von Politik und Kultur. Spengler suchte Verbindungen und Kontakte, wo er sie nur finden konnte. Bekannt war schon den Zeitgenossen seine Rolle als Anwalt der nationalen Großindustrie und des Kapitals, in dieser Funktion ist er vom politischen Gegner heftig attackiert und diffamiert worden, was sich im Übrigen in der Rezeptionsgeschichte bis heute als negativer Nachhall hält. Weniger oder fast gar nicht bekannt ist hingegen die Netzwerkfunktion, die Spengler in diesem oligarchischen wie auch medienpolitischen Umfeld eingenommen hat. Insbesondere die letztere Bedeutung unterstreicht Henkel sehr einleuchtend mit seinen facettenreichen Dokumentationen in miniaturhafter Kleinstarbeit der historischen Rekonstruktion aus den diversen Nachlässen und Kommentierungen aus der Tagespresse.

Spengler war, so muss man sagen, nicht einfach nur ein Mitläufer im Netzwerk der Oligarchen, sondern er war zeitweise in dem Kartell eines dezidiert nationalkonservativen Meinungsimperiums, das sich in der Medienlandschaft der Weimarer Republik zu etablieren versuchte, der zentrale Akteur hinter den Kulissen. Allerdings leiden sein Aktionismus, seine Ratschläge und seine programmatischen Regiervorschläge an einem Mangel an ökonomischer Entscheidungsmacht. Spenglers Einfluss basiert auf seinen Schriften, auf der Wirkung seiner öffentlichen Äußerungen in Vorträgen wie in Interviews. Da er zeit seines Lebens finanziell nicht wirklich unabhängig ist, sondern sich schon manche Reisen allein durch Deutschland von Gönnern aus der Schwerindustrie hat alimentieren lassen müssen, bleibt seine Gestaltungsmacht oft nur rhetorisch beschränkt. Da Spengler auch trotz aller profunderen realpolitischer Einsichten nicht wirklich an eine spezifische Parteilinie angedockt hat, bleibt die Faktizität seiner Überlegungen hinter den theoretischen Positionen zurück. Der typische (tragische) Konflikt des politischen Denkers hinsichtlich der faktischen Gestaltungskraft seiner Ideen, die von denen, die sie ökonomisch wie politisch umsetzen könnten, dann doch nicht umgesetzt werden. Es würde zu weit führen, hier im Einzelnen zu rekapitulieren, wer mit wem zu welcher Zeit in diesem Netzwerk für Spengler interessant war und umgekehrt, von wem sich Spengler hier hat durchaus instrumentell einsetzen lassen. Henkel geht diesen ausfransenden Netzwerken, die sich über die Jahre auch verschieben, kleinteilig – mitunter auch eher ermüdend in der Lektüre – nach. Vieles erfährt man hier über die Beschreibung von Kommunikationsabläufen, wer sich wann mit wem und wo getroffen hat. Und obwohl die Beweisführung grundsätzlich immer den Fokus auf die großen Linien von Spenglers kulturpolitischen und -historischen Aussagen im Blick behält, hätte man sich an einigen Stellen doch eine (noch) stärkere Verdichtung auf Analyse (etwa in der Berichterstattung zu Vorträgen in den Tageszeitungen) gewünscht. In dem Versuch, alles zu berücksichtigen, bleibt Henkel dann streckenweise für die Argumentation doch nur die rubrizierende Anzeige übrig. Doch auch so ergibt sich pointillistisch ein Gesamtbild. Gemäß dem Diktum von Max Weber, demzufolge ein Autor, dessen Fußnoten nicht noch interessanter sind als sein Haupttext, eigentlich uninteressant sei, wird hier die Plausibilität der leitenden Frage nach dem politischen Akteur Spengler überaus deutlich: Knapp 1.800 Fußnoten sprechen

hier für sich! Sie dokumentieren nicht nur die Fundstellen, sondern Henkel versteht es hier Seitenlinien, Querverweise für die Interpretation auszulegen und in kleineren Skizzen Sachverhalte noch einmal anders zu betonen als in der Argumentation des Haupttextes. Dies wird besonders relevant im abschließenden Part bei der Analyse der Auslandsreisen, die Spengler immer wieder gemacht hat, und die Henkel exemplarisch hier am Beispiel seiner vierwöchigen Vortragsreise nach Skandinavien und ins Baltikum im November 1924 minutiös nachzeichnet.

Spengler ist nicht nur eine Person der Zeitgeschichte, die vom öffentlichen Interesse an seinen publizierten Thesen herrührt, er ist zugleich ein versteckt auftretender politischer Agent im Kräftespiel der politischen Parteien der Weimarer Republik gewesen, dem unter anderem auch mit Intrigen ein schlechtes Image an seiner Person und seinem Werk zugefügt worden ist. An den Ergebnissen dieser Studie von Markus Henkel und insbesondere an dem qualitativen Niveau ihrer Aussagen wird die zukünftige Forschung zu Spengler nicht vorbeigehen können.

Vechta

Peter Nitschke

Keine Heldengeschichten

Martin, Susanne: Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller, 264 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2013.

Was ist Intellektualität? Noch schwieriger: Was ist nonkonformistische Intellektualität? In ihrer Dissertation „Denken im Widerspruch“ geht Susanne Martin diesen beiden Fragen nach. Gegen aktuelle, vor allem mediale Versuche Intellektualität in Form von Kriterienkatalogen definitorisch festzuschreiben – bei diesen Kriterien handelt es sich dann zumeist um kulturindustriell überformte *Charaktereigenschaften* bestimmter Personen, die dazu taugen „Heldengeschichten“ (S. 13) zu erzählen (z. B. Tugendhaftigkeit, Standfestigkeit etc.) – versucht Martin Intellektualität „historisch konkret“ (S. 14), das heißt als *Theorie und Praxis* zu fassen; genauer gesagt geht es ihr um eine spezifische Form von Intellektualität und zwar um nonkonformistische Intellektualität. Diese untersucht die Autorin anhand von drei Einzelfallanalysen: Nacheinander werden die intellektuelle Theorie und Praxis von Theodor W. Adorno, Jean

Améry und Günther Anders vorgestellt. Obwohl die Analyse von Intellektualität nach Martin nur historisch konkret gelingen kann, glaubt sie dennoch eine bestimmte Art zu Denken bei allen drei ausfindig zu machen, die sie (dann doch) als eine Art Grundkriterium herausarbeitet: die Denkform der Reflexivität. Das ist nicht unbedingt ein Widerspruch, denn (Selbst-)Reflexivität kann unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen seine Gültigkeit behalten.

Konkret geht Martin in ihrer Arbeit, die zwischen (Intellektuellen-)Soziologie, Politischer Theorie und historischer Betrachtung anzusiedeln ist, wie folgt vor: Der Studie werden aktuelle (Selbst-)Verständnisse von Intellektualität (Kap. 1) und zwei als klassisch geltende Bestimmungen von Karl Mannheim und Antonio Gramsci (Kap. 2) vorangestellt. In den beiden Hauptkapiteln des Buches werden dann zuerst die drei ausführlichen Einzelanalysen nacheinander behandelt (Kap. 3). Im Anschluss an Alex Demirovićs Konzeption des nonkonformistischen Intellektuellen, wird Adorno als eine Art Folie, „als erster und beispielhafter Repräsentant eines Intellektuellentyps vorgestellt, von dem aus die weiteren Einzelanalysen zu entwickeln sind“ (S. 38). Mit Améry und Anders werden anschließend bewusst zwei Beispiele gewählt, die erstens keine akademische Karriere gemacht haben – ja sich mehr (Anders) oder weniger (Améry) offensiv vom akademischen Betrieb distanzieren – und die zweitens wechselseitige Bezüge in Form von inhaltlichen Kongruenzen wie auch von inhaltlichen und persönlichen Konkurrenzen (untereinander und zu Adorno) aufweisen. Die Autorin geht in allen drei Einzelanalysen analog vor: Der persönliche und gesellschaftliche Erfahrungsraum wird skizziert, dessen jeweilige theoretische Verarbeitung vorgestellt, Verständnisse von Praxis und konkretes politisches Engagement werden in den Blickpunkt gerückt. Aus diesen Einzelanalysen erarbeitet Martin schließlich ein systematisches Konzept nonkonformistischer Intellektualität (Kap. 4) als ein „Denken im Widerspruch“ (S. 115). Denken im Widerspruch ist ein Denken, das als „kritische Reflexion von Erfahrung“ (S. 127) beschrieben werden kann. Widersprüchlich ist es, weil – vor dem Hintergrund der Erfahrungen von gescheiterter Revolution sowie Nationalsozialismus und Auschwitz – eine Dialektik der Aufklärung, das heißt eine radikale Kritik der Aufklärung bei gleichzeitiger Rückbesinnung auf ihre Potenziale, zum zentralen Motiv der Theorie wird. Aus dieser Theorie entstehe zudem ein „differenziertes Verhältnis zur Praxis“ (S. 127),

das seine eigene Sprecherposition reflektiert und zwischen drinnen und draußen, herrschaftlicher Verstrickung und Distanz, (falschem) Allgemeinem und partikularem Interesse changiert. Auf diese systematische Annäherung folgt ein exkursartiger Teil (Kap. 5), in dem es noch einmal zu zwei konkreten Beispielen zurückgeht und zwei alternative intellektuelle Haltungen – Paul F. Lazarsfelds und Helmut Schelskys – sozusagen als „Gegenprobe“ (S. 136) mit Adorno kontrastiert werden. Abschließend (Kap. 6) stellt Martin das so herauskristalisierte Verständnis von nonkonformistischer Intellektualität nach der Einleitung ein zweites Mal, und nun ausführlicher, in Kontrast zu aktuellen Intellektuellen-Verständnissen. Diese werden in der heutigen medialen Öffentlichkeit zumeist als prominente Persönlichkeiten, als Unterhalter und Unterhalterinnen, (Politik-)Berater und Beraterinnen oder wissenschaftliche Expertenschaft vorgestellt, die sich allerdings nicht mehr durch gesellschaftskritische Arbeit auszeichnen. Die „Denkform der Reflexivität“ (S. 243) befindet sich auf dem Rückzug.

Eine Nachfrage an das gut strukturierte und insgesamt sehr überzeugende Buch könnte sich allenfalls an die Auswahl der Intellektuellen richten. Diese ist einerseits von Demirovićs Konzeption nonkonformistischer Intellektualität angeleitet, was sie sehr ‚Adorno-lastig‘ macht: Adorno bildet eine Art Archetyp, an dem sich sowohl die beiden anderen Beispiele Améry und Anders als auch die Gegenproben Lazarsfeld und Schelsky messen lassen müssen. Andererseits ist Martins Auswahl auch von zwei für ihr Konzept nonkonformistischer Intellektualität zentralen Erfahrungen geprägt: Erstens der gescheiterten Befreiung des Proletariats sowie zweitens des Nationalsozialismus und Auschwitz. Wenn Intellektualität beziehungsweise die Denkform der Reflexivität aber als Verarbeitung von (hier: sehr spezifischen) Erfahrungen verstanden wird, dann stellt sich die Frage, ob unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen – Martin spricht von der „Wissensgesellschaft“ (S. 172) – nonkonformistische Intellektualität überhaupt noch möglich wäre? Es spricht für die Autorin, dass sie diese Frage – wenn auch in abgeschwächter Form – in ihrem Schlusswort selbst andeutet.

Insgesamt liegt ein lesenswertes Buch vor, dem der Verdienst zukommt nicht nur das Konzept von nonkonformistischer, sondern auch das von Intellektualität insgesamt zu schärfen. Ganz nebenbei, das sei zum Abschluss erwähnt, ruft Susanne Martin mit Améry und Anders zwei wichtige Theoretiker des 20. Jahrhunderts in

Erinnerung, die in der soziologischen und politiktheoretischen Forschung gänzlich in den Hintergrund abzurutschen drohen.

Frankfurt a. M.

Tobias Albrecht

Recht müsste gelten

Meiners, Johannes: Rechtsnormen und Rationalität. Zum Problem der Rechtsgeltung bei Hans Kelsen, Jürgen Habermas und Niklas Luhmann, 178 S., Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Recht gilt. Recht muss gelten. Recht soll gelten. Recht könnte gelten? Diese Frage irritiert. Denn Recht gilt, zumindest sollte es gelten. Ein Recht, das nicht gilt, ist kein Recht. Zu eng hängen beide Begriffe zusammen. Was wäre nicht-geltendes Recht wert? Die Frage: „Soll Recht gelten?“ – sie gewinnt in den Sprachspielen der Gegenwart keinen Sinn. Dennoch stellt die Rechtsgeltung die Rechtswissenschaft vor ein schwieriges Rätsel: Welches Recht soll gelten und wie? Wie entsteht Rechtsgeltung? Warum gilt Recht? Diese Fragen deuten die vertrackten Probleme um die Geltung von Recht an. Rechtsphilosophisch geht es um das Verhältnis von Recht zu Wirksamkeit, Wirklichkeit, Realität und Macht oder zu Moral, Ethik, Religion und Gerechtigkeit. Technisch-dogmatisch handelt Rechtsgeltung von Rechtsquellenlehren, Anwendungsrechten und Methodenregeln oder von der richterlichen Anerkennung von fremdem, altem oder falschem Recht. Im Begriff der Rechtsgeltung spiegeln sich die ewig klassischen Fragen der Rechtswissenschaft.

Dieses Problem der Rechtsgeltung ist Gegenstand der Dissertation „Rechtsnormen und Rationalität“ von Johannes Meiners. Die 145 Seiten Text sind in fünf Teile gegliedert: „A. Das Problem der Rechtsgeltung“ (S. 13–23), „B. Die Geltungskonzeption Hans Kelsens“ (S. 24–65), „C. Die Geltungskonzeption Jürgen Habermas“ (S. 66–106), „D. Die Geltungskonzeption Niklas Luhmanns“ (S. 107–159), „E. Schlussbetrachtung“ (S. 160–167). Auf den einführenden elf Seiten umreißt Meiners das „Problem der Rechtsgeltung“ (S. 13) mit Blick auf wichtige Topoi der Geltung: den „Begriff der Geltung des Rechts“ als „spezifische Existenz von Rechtsnormen oder einer Rechtsordnung“ (ebd.), eine juristische, „faktische und moralische Geltung“ (S. 14f.) sowie verschiedene Geltungstheorien

(S. 16–21). „Praktische Konsequenzen“ sieht Meiners in der juristischen Bewältigung des Nationalsozialismus und der DDR (S. 20f.). Theoretisch bettet er das Problem in metaethische Kontroversen zwischen „Kognitivismus und Non-kognitivismus“ (S. 22f.) ein.

Die drei Hauptteile zu „Geltungskonzeptionen“ bei Hans Kelsen, Jürgen Habermas und Niklas Luhmann folgen einem einheitlichen Aufbau: vom Großen zum Kleinen. Auf eine Darstellung einer allgemeinen Rechts- oder Sozialtheorie folgt eine knappe Analyse zum Problem der Geltung. In der Analyse von Kelsens Geltungsbegriff beginnt Meiners mit dem „Programm der Reinen Rechtslehre“ (S. 24–42) und im Anschluss an den „Begriff der Rechtsnorm“ (S. 43–49), das „Stufenbaummodell“ (S. 49–53) und die „Grundnorm“ (S. 53–59) verhandelt er die spezifische Geltungsfrage unter dem Problemtitel „Geltung und Wirksamkeit“ (S. 59–63). Die Geltungskonzeption von Jürgen Habermas entwickelt Meiners ausgehend von diskurstheoretischen „Grundlagen“ (S. 66–87) und „Notwendigkeit und Bedingungen des Rechts“ (S. 87–89). Habermas' „Rechtsgeltungsbegriff“ platziert Meiners dann zwischen „Legalität und Legitimität“ (S. 89ff.) und zwischen „moralischen und rechtlichen Normen“ (S. 91–97). Schließlich entwickelt Meiners Luhmanns Geltungssymbol aus den „Grundlagen“ der Systemtheorie, also aus „Kommunikation“ (S. 111–117), „System und Umwelt“ (S. 117–133), „Autopoiesis“ (S. 133–136) und der funktionalen „Differenzierung der Gesellschaft“ (S. 136–139). „Das formale Symbol der Rechtsgeltung“ (S. 151–153) wird im Anschluss an Darstellungen zum Sozialsystem „Recht“ (S. 139f.), zu „Positivität“ (S. 141–146) und „Normbegriff“ (S. 147–151) erläutert.

Die Dissertation endet mit einer acht Seiten fassenden „Schlussbetrachtung“ zu den erkenntnistheoretischen „Grundlagen“ (S. 160f.), der „Notwendigkeit einer normativen Perspektive“ (S. 161–165) und einem „Ausblick“ zur Relevanz der „Zeit“ (S. 165–167) für die Rechtsgeltung. Die Überschriften bündeln Meiners' Ergebnisse: 1. Geltungstheorien hängen an erkenntnistheoretischen Prämissen. 2. Trotz der „nachmetaphysischen“ Spannung zwischen „Faktizität und Geltung“ muss Rechtsgeltung normative Legitimität behaupten können (S. 164f.). 3. Die „temporäre Struktur“ des Rechts lässt ein „Naturrecht mit historisch wandelbarem Inhalt“ entstehen (S. 167).

Meiners Versuch zur Rechtsgeltung verfolgt einen grundsätzlichen Anspruch. Er will die

Geltungsbegriffe der drei wichtigsten deutschen Großtheorien des 20. Jahrhunderts zum Recht erläutern und mit Blick auf deren theoretische Gesamtarchitektur rekonstruieren. In diesem umfassenden Zugriff aber verschiebt er das Problem der Rechtsgeltung in eine Annexdiskussion und verliert es aus den Augen. Diese Schwierigkeiten deuten sich bereits in seiner Einleitung an. Die wichtigen Leitfragen aus dem ersten Absatz der Arbeit (S. 13) tauchen im Ausblick auf den Gang der Darstellung (S. 23) nicht mehr auf. Eine selbstständige Darstellung des Forschungsstandes zur Rechtsgeltung fehlt. Über seine wissenschaftliche Methode legt der Autor sich keine Rechenschaft ab. Eine historiographische oder historisierende Rekonstruktion zur Entstehung der modernen Geltungsfrage (etwa im Neukantianismus) spart er aus.

In den drei Darstellungen zu Kelsen, Habermas und Luhmann irritiert dann weniger die selektive und auf juristische Diskurse begrenzte Rezeption sekundärer Stimmen. Vielmehr überrascht die fast dogmatische Diskussion der drei Autoren ganz im Sinne eines schematisch geführten „Meinungsstreits“ samt kurzer, juristischer Diskussion. In diesem Streit gewinnt dann Habermas, weil er die „Frage nach der notwendigen Verbindung von Rechtsgeltung und Legitimität stellt“ (S. 164f.), zweiter wird Kelsen, weil er „den Sollens-Charakter von Rechtsnormen hervorhebt“ (S. 165), letzter wird Luhmann, weil eine „Begründung normativer Rechtsgeltung [...] in Luhmanns Theorie nicht einmal“ vorkommt (ebd.).

Dennoch lenkt Meiners mit seiner Dissertation den Blick wieder auf zwei zentrale Probleme der Rechtswissenschaft: die Geltung von Recht und den Zusammenhang von Recht und Gesellschaftstheorie. Die Fragen nach Geltungsgründen, Geltungswirklichkeit oder Geltungspraxis gehören zu den Schlüsselproblemen rechtswissenschaftlichen Denkens und sie können nur unter Reflexion ihrer wissenschaftstheoretischen Bedingungen angemessen angegangen werden. Johannes Meiners eigene – und die zugleich weit verbreitete – normative Lösung des Geltungsproblems erscheint jedoch im besten Falle als eine Geschmacksfrage. Warum soll Geltung nur normativ begriffen, analysiert oder rekonstruiert werden? Warum darf sie nicht soziologisch betrachtet, historisch erklärt oder theoretisch reflektiert werden – ganz ohne normatives Bekenntnis zu einer besseren Welt? Normative Bekenntnisse können selbstverständlich immer aus hehren Motiven in Theorien eingebettet werden. Ob solche

Bekenntnisse aber wissenschaftliche Erkenntnisse anleiten sollten, steht auf einem anderen Blatt.

Frankfurt a. M.

Ralf Seinecke

Schwierige Erbschaft

Rapic, Smail (Hrsg.): Habermas und der Historische Materialismus, 440 S., Alber, Freiburg i. Br./München 2014.

Der von Smail Rapic herausgegebene Sammelband geht auf eine Tagung an der Universität Wuppertal im März 2012 zurück. Thema ist das vielschichtige und nicht unumstrittene Verhältnis der Habermas'schen Gesellschaftstheorie zum Historischen Materialismus. Der Band enthält 14 Beiträge namhafter deutscher und internationaler Gesellschaftstheoretiker, darunter Karl-Otto Apel, Ágnes Heller, William Outhwaite und Hauke Brunkhorst, auf die jeweils eine Entgegnung Jürgen Habermas folgt. Des Weiteren sind die Diskussionen der verschiedenen thematischen Panels dokumentiert.

Wie Rapic in der Einleitung betont, ist angesichts des Ausbruchs der Weltfinanzkrise im Jahr 2008, die bis heute nicht restlos überwunden ist, die Kapitalismus-Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels wieder von Neuem ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Auch Habermas hat sich in seinen politischen Schriften seit den 1990er Jahren mehrfach kritisch zu dem, was er als neoliberalen Kapitalismus kennzeichnet, geäußert. Freilich geschieht dies nicht mehr, wie noch bis in die Mitte des 1970er Jahre hinein, vor einem marxistischen Hintergrund. Hatte er sich in der 1976 erschienenen Schrift „Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus“ noch explizit, wenn auch unter dem kritischen Motiv der Rekonstruktion, in die marxistische Theorietradition gestellt, so rückte er unter dem Eindruck der Sprachphilosophie des Pragmatismus zunehmend von dieser ab. Mit der „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981) legte er schließlich eine Gesellschaftstheorie vor, welche sich auch selbst als eine bewusste Abkehr beziehungsweise Überwindung des Marxismus versteht.

Habermas' „Skepsis“ im Hinblick auf den Titel der Tagung (und des Sammelbandes), dass nämlich „trotz des Bezuges zur gegenwärtigen Krise dieser Titel nicht den einleuchtendsten Zugang zu meinen Arbeiten zu signalisieren schien“

(S. 421), so derselbe im Schlusswort des Sammelbandes, erscheint vor dem skizzierten werkgeschichtlichen Hintergrund nur allzu berechtigt. So ist zu begrüßen, dass der Herausgeber den Historischen Materialismus nicht als „Doktrin“, sondern ganz im Sinne der Frankfurter Schule als „experimentellen Duktus“ (S. 16) versteht, dem im Sammelband unter verschiedenen Perspektiven (Kommunikationstheorie, Ökonomie und Politik, Moralbewusstsein und Recht sowie Selbstverständnis der Moderne) nachgegangen wird.

Die beiden ersten Beiträge des Sammelbandes gehen explizit auf den genannten werkgeschichtlichen Zusammenhang ein. William Outhwaite und Manfred Baum thematisieren die Kontinuitäten und Diskontinuitäten dies- und jenseits der kommunikationstheoretischen Wende im Werk von Habermas. Trotz unterschiedlicher Akzentuierung in der Argumentation, stellen beide Autoren deren Tragweite heraus. Wenn überhaupt noch von einem marxistischen Bezug der Habermas'schen Gesellschaftstheorie nach der kommunikationstheoretischen Wende gesprochen werden kann, so führt ein solcher unter anderem über Max Weber vermittelte Marxistische Motive weiter; dabei bricht dieser allerdings mit der Geschichtsteologie des Marxismus.

Der Faden früherer Diskussionen wird in den Beiträgen von Ágnes Heller und Karl-Otto Apel wiederaufgenommen, die jeweils ihr eigenes, im ersteren Falle phänomenologisch, im zweiten transzentalpragmatisch geprägtes Verständnis der Kommunikationstheorie gegenüber Einwänden von Habermas verteidigen und dabei sowohl die sachlichen Bezüge als auch die Differenzen der „miteinander verwandten Konzeptionen“ (Rapic) herausstellen. Ingo Elbe setzt sich in seinem Beitrag mit der Marx'schen Arbeitstheorie auseinander, die er gegen die Habermas'sche Kritik des Produktionsparadigmas verteidigt. Smail Rapic widmet sich seinerseits einer Relektüre des (aus marxistischer Zeit stammenden) Werks „Legitimitätsprobleme im Spätkapitalismus“, dessen Diagnosen er anhaltende Aktualität zuspricht.

Die Beiträge von Stefan Müller-Doohm und Regina Kreide nehmen Habermas' Kritik am Neoliberalismus auf und diskutieren diese einerseits in globalisierungstheoretischer („Die Zivilisierung des globalen Kapitalismus und die Zukunft Europas“) und andererseits in demokratietheoretischer Perspektive („Die verdrängte Demokratie. Kommunikations- und Handlungsblockaden in einer globalisierten Welt“). Hans-Christoph Schmidt am Busch setzt sich mit

der Theorie des Privatrechts auseinander, die Habermas in der „Rekonstruktion des Historischen Materialismus“ vertritt. In seiner Auseinandersetzung mit Habermas' 2001 erschienener Schrift „Die Zukunft der menschlichen Natur“ geht Michael Quante der Frage nach, ob es legitim ist, den Marx'schen Gedanken der Humanisierung der Natur auf die Humangenetik zu übertragen.

Im letzten Block zum Thema „Die Selbstverständigung der Moderne“ finden sich drei philosophie- beziehungsweise theoriegeschichtlich orientierte Beiträge. Georg Lohmann geht den geschichtsphilosophischen Motiven in Habermas' Werk nach („Ernüchterte Geschichtsphilosophie. Zur Rolle der Geschichtsphilosophie in Habermas' kritischer Gesellschaftstheorie“), während Ernest Wolf-Gazo und Klaus Erich Kaehler im Junghegelianismus respektive im Hegel-Marxismus die Ursprünge moderner Subjektivität verorten. Habermas verteidigt demgegenüber in seiner Erwiderung die Auffassung, dass die moderne Subjektivität bei Immanuel Kant ihren Ausgangspunkt hat. Hauke Brunkhorst schließlich legt – gewissermaßen auf Habermas'schen Spuren – dar, dass das Marxische Verständnis sozialer Evolution bei Marx ökonomisch verkürzt ist. Daher muss es um die Dimension einer Evolution des Rechts ergänzt werden, um den Entwicklungen moderner Gesellschaften gerecht zu werden.

Abschließend kann gesagt werden, dass der Sammelband den im Titel zum Ausdruck kommenden Anspruch zwar nicht vollständig einzulösen vermag, aber sowohl für Habermas-Kenner als auch für an einzelnen Aspekten von Habermas' Werk Interessierte zahlreiche neue Einsichten bietet. Nicht zuletzt besteht ein Verdienst des Buchs auch darin, dass es, insbesondere vermöge der Entgegnungen von Habermas auf die verschiedenen Beiträge, der Leserschaft – jenseits aller theoretischen Debatten – den streitbaren Geist, der hier am Werke ist, lebendig vor Augen zu führen vermag.

Potsdam

Thomas Fiegler

Kritik der Freiheits-Kritik

Höffe, Otfried: Kritik der Freiheit. Das Grundproblem der Moderne, 398 S., Beck, München 2015.

Seit Immanuel Kants Hauptwerken verstehen sich viele moderne philosophische Strömungen

als „kritisch“. Dieser Tradition verbunden fühlt sich auch Otfried Höffes neues Buch „Kritik der Freiheit“. Damit verknüpft er zwar keine explizit „Kantische Theorie“, dafür jedoch eine ganze Reihe anderer anspruchsvoller Ziele: eine Anthropologie, eine kritische Theorie der Freiheit, eine Theorie der Moderne sowie kritische Überlegungen zur Zeit. Darüber hinaus sollen zumindest „Bausteine“ für zahlreiche kritische „Bereichs“-Theorien geliefert werden. Höffe selbst schätzt dieses Projekt als „[o]hne Zweifel [...] ambitioniert“ (S. 12) ein. Das Buch umfasst insgesamt fünf Teile, von denen jeder einem wichtigen gesellschaftlichen „Bereich“ beziehungsweise einer Dimension der Freiheit gewidmet ist.

Im einleitenden ersten Kapitel findet sich das Design der Studie, bei dem sich eine äußerst kleinteilige Kategorisierung als ein des Öfteren auftauchendes Manko erstmals zeigt: Vorgestellt werden dort (S. 15–19) zum Thema „Freiheit“ unter anderem eine „Leitthese“, „eine Leitfrage“, fünf weitere, zum Teil „grundlegende“ Thesen, drei „nahverwandte“ Begriffe, drei „Aspekte“ und drei „Argumente“ der Freiheit sowie schließlich „fünf Behauptungen über Freiheit“ von Jean-Jacques Rousseau und „drei weitere“. Diese Unübersichtlichkeit präsentiert „Freiheit“ zunächst unnötigerweise als einen „irritierenden Begriff“; erst später kommt der mit ihrer „negativen“ und „positiven“ Bedeutung der gute alte „zweipolige Kern“ zum Vorschein. Die in Anspruch genommene „Methode“ ist mehrdimensional (S. 38f.): Generell sei der „Versuch“ philosophischer, nicht empirischer Natur; zeitgenössische Schwierigkeiten würden „durchgearbeitet“. Überdies werde ein „dialektischer Dreischritt“ unternommen, an dessen Ende immerhin „eine erneuerte Freiheit (Synthese)“ (S. 42) stehe.

Gegenstand des ersten Teils ist die „Freiheit von Naturzwängen“, die mittels Technik, Medizin und Erziehung erlangt werden könne. Am Technik-Kapitel zeigt sich schon, wie schwierig es ist, philosophische Reflexionen mit empirischen Bestandsaufnahmen zu vereinbaren. So finden sich, aufgrund des von Höffe erhobenen Anspruches, eine kleine Technikgeschichte der Menschheit zu präsentieren, zum Beispiel Rousseaus Gedanken aus dem „Ersten Diskurs“ unvermittelt neben dem aktuellen Recycling-Problem, dem „Kampf gegen den Hunger ich der Welt“ und dem „Fracking“. Das Medizin-Kapitel behandelt hauptsächlich die schwierigen Fragen am Ende und am Anfang (in dieser Reihenfolge) des menschlichen Lebens, also Sterbehilfe und Freitod einerseits, Präimplantationsdiagnostik und Leihmutterchaft

andererseits, kommt jedoch oft über eine bloße Skizze der bereits bekannten Positionen nicht hinaus. Das dritte und letzte, der „Erziehung zur Freiheit“ gewidmete Kapitel befasst sich beinahe ausschließlich mit Kants Pädagogik-Schrift. Als Kant-Experte bereitet es Höffe keinerlei Mühe, eine interessante Interpretation dieses Klassikers zu liefern, auch wenn dabei Überlegungen zur zeitgenössischen Pädagogik zu kurz kommen.

Die Teile zwei und drei sind nach einem ähnlichen Muster wie der erste gearbeitet. Für den zweiten, „Wirtschaft und Gesellschaft“ betreffenden Teil bedeutet dies, dass einem gut lesbaren Überblick über den aufgeklärten Liberalismus von „Smith bis Rawls“ doch eher oberflächliche Ausführungen und Gemeinplätze zum Kapitalismus folgen: Marxens Prognosen trafen nicht ein (S. 141) und auf Michael Sandels Plädoyer für Marktgrenzen „brauchte man nicht zu warten“ (S. 143). Im Abschnitt über „Finanzkapitalismus“ heißt es nur lapidar „manche Autoren verlangen eine größere Annäherung von Reich und Arm“ und „Stichworte wie soziale Gerechtigkeit verdienten die Anstrengung des Begriffs“ (S. 153). Auch die knappen Bemerkungen zur „neuen sozialen Gerechtigkeit“ fallen pauschal aus und sind offensichtlich darauf bedacht, keines der aktuellen Themen (u. a. Gender, Klima, Börsenspekulation, Libor-Manipulation, Migration) auszulassen. Das Kapitel zur „freien Gesellschaft“ referiert unter anderem Karl Poppers vages Modell der „offenen Gesellschaft“, versäumt es jedoch, angesichts der aus intoleranten Religionen sich ergebenden gravierenden Freiheitseinschränkungen (für Frauen) konkret Stellung zu beziehen – „[d]ie Antworten auf diese Fragen sollten auf der Hand liegen“ (S. 188).

Nach dem dritten Teil der Studie, der sich mit „Wissenschaft und Kunst“ befasst, ist der vierte Teil der Politischen Freiheit gewidmet. Die Ausführungen zur konstitutionellen Demokratie sind eingespannt in die Diskussion der (Illusion der) Herrschaftsfreiheit, die Paradoxie einer zwangsbewehrten freiheitlichen Ordnung und deren Alternativlosigkeit. Diese Eckpunkte eignen sich gut zum Einstieg in ein komplexes Thema, die im Anschluss daran unternommene genauere „Bestimmung“ des „gemeinsamen Kerns“ vieler Demokratietheorien entlang dreier „Dimensionen mit insgesamt sieben Gesichtspunkten“ gerät aber wiederum zu unübersichtlich. Bei einigen Behauptungen, etwa der, wonach die konstitutionelle Demokratie „durchaus ‚exportierbar‘“ (S. 241) sei, fehlt zudem eine überzeugende argumentative Unterfütterung. Die aktuellen

Herausforderungen liberaler Demokratien durch Datenschutz und neue Medien werden zwar jeweils „illustriert“ und ansatzweise diskutiert, um Lösungsvorschläge für aktuelle Missstände zu entwickeln, reicht dies jedoch nicht aus – Höffes eigener Einschätzung, „[a]us dieser Diagnose folgt schon die Therapie“ (S. 260), muss man sich jedenfalls nicht anschließen.

Das den Bürger-Modellen gewidmete Kapitel 13 ignoriert trotz, aber durchaus berechtigt die „überwiegend nur mit sich“ beschäftigte „anglophone Debatte“ und knüpft statt dessen gewinnbringend an die von Höffe in seinem Demokratie-Buch von 1999 gemachten eigenen Ausführungen an. Ausgehend vom „Minimalbürger“ und unter Berücksichtigung auch des „Wutbürgers“ werden komplexere Modelle wie der „Gemeinwohlbürger“ und der „Weltbürger“ entwickelt. Der Rest des Kapitels beschäftigt sich mit den ebenfalls früher schon untersuchten Freiheitseinschränkungen, aber auch -gewinnen der Nationalstaaten durch regionale und globale Integrationsprozesse, also mit Bedingungen einer „freiheitlichen Weltordnung“.

Freiheit und Globalisierung hätten einen passenden Schlusspunkt in Höffes Freiheitsdiskurs abgeben können, dessen fünfter und letzter Teil wendet sich jedoch noch einmal intensiv der „personalen Freiheit“ zu. Dieser Teil kann als der gelungenste des gesamten Buches betrachtet werden. Höffe präsentiert das Thema als neuen „Streit der Fakultäten“, das heißt als Auseinandersetzung zwischen den Lebenswissenschaften und der klassischen normativen Philosophie über die Frage nach dem freien menschlichen Willen. Die im Prinzip Kantische Konzeption der Willensfreiheit wird zunächst grob umrissen und dann unter anderem dem „deterministischen Fehlschluss“ gegenübergestellt. Ihm zufolge müssten Vertreter des freien Willens eine „partielle Indeterminiertheit“ menschlichen Handelns behaupten. Höffe hält dem entgegen (S. 340ff.), der freie Wille sei nicht frei, weil er die Naturkausalität außer Kraft setze, sondern weil er trotz ihres Vorhandenseins über die Fähigkeit verfüge, „aus Gründen zu handeln“. Diese Fähigkeit sei nicht angeboren, sie müsse vielmehr eingeübt werden und schlage sich danach auch in „neuronalen Mustern“ nieder.

Höffes Studie verfolgt insgesamt ein zu „ambitioniertes“ (vgl. o.), weil zu facettenreiches Programm. Sie kann an vielen Stellen nicht davon überzeugen, dass sie, wie der Titel nun einmal nahegelegt, eine Unternehmung im Fahrwasser Kants ist. Zu oft werden in Schilderungen von aktuellen Sachlagen die Attribute

„freiheitstheoretisch“ oder „demokratiethoretisch“ eingestreut, um einen Bezug zum Leitmotiv des Buches wiederherzustellen. Die gutgemeinten, aber überflüssigen Kurz-Erläuterungen modischer Fremdwörter („fracking“, „shitstorm“, „CEO“) und andere ‚Hilfestellungen‘ lassen gelegentlich auch Zweifel daran aufkommen, dass sich „Kritik der Freiheit“ in erster Linie an ein kritisches und mit „Kritiken“ vertrautes Publikum richtet. Auch wenn in Höffes neuem Buch also „eine erneuerte Freiheit“ eher nicht aufscheint, sollte man sich nicht von seiner Lektüre abhalten lassen.

Würzburg

Michael Becker

Das „Inter-esse“ des Politischen

Schäfer, Rainer: Was Freiheit zu Recht macht. Manuale des Politischen, 336 S., De Gruyter, Berlin u. a. 2014.

Die Frage, wie das Politische näher zu bestimmen ist, gehört zweifellos zu den grundlegenden Fragen der politischen Philosophie, geht es hier doch um eine Verständigung über den ihr eigentümlichen Gegenstand. Rainer Schäfer unternimmt in seiner primär ideengeschichtlichen, aber auch systematisch orientierten Studie „Was Freiheit zu Recht macht“ den Versuch, diese Frage zu beantworten (vgl. S. 2f.). Seine zentrale These besteht darin, das Politische als ein „Inter-esse“, als eine *Vermittlung* zwischen Apriori und Aposteriori zu explizieren (vgl. S. 17, 140, 198 und 239). Es ist durch das Recht *a posteriori* verwirklichte, *a priori* zu verstehende Freiheit. Das Argument zugunsten eines liberalen Rechtsstaats, das Schäfer diesbezüglich formuliert, geht entsprechend davon aus, dass äußere Freiheit das Ziel beziehungsweise der Zweck aller Menschen ist und dass die Menschen lediglich in einer demokratisch verfassten Nomokratie, also einem liberalen Rechtsstaat, angemessen politisch vertreten sind und ihre Freiheit realisieren können (vgl. S. 29). Damit wiederum erweist sich der Kontraktualismus als das entscheidende Legitimationsinstrument in der modernen politischen Philosophie.

Die traditionellen Grundthemen der politischen Philosophie, das heißt vor allem die Legitimation des Staates sowie die Debatte um dessen genauere Bestimmung und die Reichweite staatlicher Normsetzung, interpretiert Schäfer dann im Lichte seiner zentralen These und versucht

aufzuzeigen, inwiefern sich in ihnen jeweils unterschiedliche Verschränkungen zwischen Apriori und Aposteriori aufweisen lassen. Dies geschieht in einem systematisch und philosophiehistorisch soliden und kenntnisreichen Durchgang durch wichtige Klassiker der politischen Philosophie (Thomas Hobbes, John Locke, Charles de Montesquieu, Jean-Jacques Rousseau, Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte und G.W.F. Hegel), ergänzt durch einige Exkurse zu weiteren klassischen und einflussreichen Denkern, etwa Hugo Grotius, Karl Marx, Carl Schmitt, John Rawls und anderen. So erläutert Schäfer bei Hobbes die kontraktualistische Freiheit zum Staat, bei Locke die Freiheit im Rechtsgesetz, bei Montesquieu die normative und deskriptive Seite des Gesetzes sowie die Gewaltenteilung im Staat, bei Rousseau die Ethik des Gesellschaftsvertrags selbst, bei Kant die transzendente Koordination freier Personen im Begriff des Rechts, bei Fichte das Phänomen der Anerkennung als Grundlage rechtlicher Politik und die politische Differenzierung zwischen Staat und Nation, und schließlich bei Hegel den Rechtsstaat als europäische Idee der Freiheit (vgl. die entsprechenden Übersichten, S. 7f. und 324).

Der Vorteil einer solchen, sich auf ausgewählte Klassiker konzentrierenden Studie liegt sicher darin, dass Schäfer auf diese Weise wichtige ideengeschichtliche Linien in ihrer autorenübergreifenden und (philosophie-)historischen Wirkmächtigkeit nachzuzeichnen vermag. Gleichwohl hat diese Vorgehensweise auch unvermeidliche Nachteile. So gerät insbesondere Schäfers systematisches Argumentationsziel aufgrund des sich auf die ideengeschichtliche Aufarbeitung der einzelnen klassischen Positionen konzentrierenden Charakters der einzelnen Kapitel etwas in den Hintergrund. Zudem bleibt die systematische Explikation der für seine Analyse zentralen Kategorien des Apriori und Aposteriori vergleichsweise blass. Ohnehin changiert deren Rolle je nach besprochenem Autor – wie Schäfer auch völlig richtig zugesteht. So nimmt das Apriori bei Kant klarerweise eine andere und ungleich wichtigere Rolle ein als beispielsweise bei Hobbes, und die jeweils vertretenen Thesen, zum Beispiel zur Legitimation des Staates, fallen in dieser kategorisierenden Hinsicht entsprechend unterschiedlich aus. Dass Schäfer denn auch bei einem klarerweise auf einer empirischen Basis und also *a posteriori* argumentierenden Autor wie Hobbes dem Apriori eine wichtige Rolle zuweisen kann, liegt daran, dass Schäfer das Apriori im Wesentlichen schlicht als

Normativität (im Zusammenhang mit Freiheit) charakterisiert (vgl. S. 3 und 21). Wenn das Politische damit aber stets sowohl eine normative Dimension umfasst, in der es zuvorderst darum geht, warum überhaupt ein (Rechts-)Staat gegründet werden und wie genau er beschaffen sein *soll*, als auch eine empirisch-deskriptive Dimension, in der es die faktischen anthropologischen Voraussetzungen und Realisierungsbedingungen wie -chancen des Staates mit seinen Normen zu bedenken gilt, so erscheint Schäfers These zwar in der Tat plausibel, aber auch vergleichsweise trivial. Denn wer könnte ernsthaft bestreiten, dass das Politische und die politische Philosophie diese beiden Dimensionen umfassen? Strittig hingegen ist, ob die normative kontraktualistische Argumentation zugunsten der Gründung und Legitimation eines Staates auch in einem engeren Sinne *a priori*, also vor aller Erfahrung zu erfolgen hat (im Anschluss etwa an Kant), oder ob an dieser Stelle vielmehr (auch) *A-Posteriori*-Bedingungen, zum Beispiel empirische Erkenntnisse hinsichtlich der faktischen Interessen der Menschen, zu berücksichtigen sind (im Anschluss etwa an Hobbes). Schäfer spricht dies in den Darstellungen von Hobbes und Kant (und auch den weiteren Kapiteln) zwar durchaus an. Man hätte sich allerdings gewünscht, dass er den systematischen Auswirkungen auf seine zentrale These im Ganzen noch detaillierter und präziser nachgegangen wäre.

Insgesamt bleibt Rainer Schäfers Studie damit in systematischer Hinsicht zwar etwas unbefriedigend. Gleichwohl lohnt die Lektüre in ideengeschichtlicher Hinsicht, erhält man doch eine solide, wenn auch zum Teil etwas essayistisch geratene und die aktuelle Sekundärliteratur leider nur partiell berücksichtigende Darstellung der wesentlichen Eckpunkte klassischer Autoren und Positionen der politischen Philosophie.

Münster

Michael Kühler

Unter dem Kant'schen Leitstern

Maus, Ingeborg: Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Perspektiven globaler Organisation, 238 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Die Politikwissenschaftlerin Ingeborg Maus hat mit „Menschenrecht, Demokratie und Frieden“ einige wichtige, vor allem um den heute wie je wegweisenden Richtungs- und Rechtgeber

Immanuel Kant kreisende Essays buchdick vorgelegt. Was nützt alle Sehnsucht nach dem „ewigen Frieden“, der eine durchgehend geltende demokratische und das heißt sozioökonomisch und in allen wichtigen Lebensbedingungen heischende Gleichheit voraussetzte oder in der materiellen und institutionellen Konsequenz fundamental verlangte, wenn das, was weltweit geschieht, nur ewiges Konfliktgetümmel darstellt, das gewaltwillig Menschenleben kostet?

Maus weiß um die täglich riskierten Kosten und vermehrten Gefahren, die aus dem modernen, europäisch-angelsächsischen „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (Max Weber) resultieren. Umso wichtiger ist es, in Kants Spuren immer erneut die Grundlagen des eigenen Urteils und seiner Begründung zu bedenken.

Darum lohnt es, mithilfe der Kant'schen Modi, die die Autorin Maus ihren Essays vorausstellt, immer erneut zu reflektieren, in welcher Weise Recht, Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichheit normativ zugespitzt und praktisch umgesetzt werden könnten, indem man sokratisch um die jeweiligen Verfehlungen und Aporien ohne jede Hybris weiß.

Maus formuliert vier unter den Kant'schen Leitsternen stehende Aufsätze. Erstens das Prinzip der Nichtintervention in der Friedensphilosophie Kants oder Staatssouveränität *als* Volkssouveränität (Kursivsetzung WDN). Aufgrund dessen waren die Anti-Federalists wichtiger als die in den USA verfassungspolitisch siegreichen Federalists. Der zweite Aufsatz befasst sich mit Kants „durchschlagenden“ Gründen gegen den Weltstaat. „Verfassung oder Vertrag. Zur Verrechtlichung globaler Politik“ ist das Thema des dritten Aufsatzes und der letzte Aufsatz behandelt Verfassung und Verfassungsgebung in Hinblick zur Kritik des Theorems einer „Emergenz“ supranationaler und transnationaler Verfassungen. Zu den vier Aufsätzen gesellen sich noch zwei Anhänge.

Betrachtet man mithilfe einer auf Leopold Ranke zurückgehenden Formulierung die „großen Mächte“ – radikal verändert, wie sie sich heute darstellen – dann machen schon ihre, unvermeidlich antidemokratisch wirksamen Größenordnungen auf die Mängel ihrer letztlich und ernstlich nicht funktionsfähigen konstitutionellen Bedingungen und die habituellen Katastrophen nachhaltig aufmerksam, die als solche nicht zu ändern sind. Umso entscheidender sind die weltweiten Erfordernisse wirksamer humaner, dem Gleichheitspostulat genügender Verfassungen. Immanuel Kant und seiner gescheiten, darum auf

Recht und Frieden konzentrierten Schülerin Ingeborg Maus sei Dank.

Berlin

Wolf-Dieter Narr

Wie demokratisch ist ziviler Ungehorsam?

Moulin-Doos, Claire: *CiviC Disobedience. Taking Politics Seriously. A Democratic Theory of Political Disobedience*, 205 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Bloccupy und Occupy, Pussyriot und Femen, Chelsea Manning und Edward Snowden sind (fast) tagesaktuelle Beispiele, die signalisieren, dass ziviler Ungehorsam als Form des Protests und als politische Handlungsform nach wie vor von großer Bedeutung ist. Als ziviler Ungehorsam in den 1960er Jahren das erste Mal im Zuge der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und Anti-Vietnam-Proteste in breiter Form praktiziert wurde, stieß dies auch eine Welle der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen an. Sie erreichte mit der üblichen Verspätung Anfang der 1980er Jahre Deutschland, als auch hierzulande im Zuge des Nato-Doppelbeschlusses ziviler Ungehorsam geübt wurde. Zentrale Texte, die in diesen Diskussionen entstanden sind, stammen von John Rawls, Ronald Dworkin und Jürgen Habermas – und sie bilden heute so etwas wie einen kanonisierten Bestand der theoretischen Debatte zu dem Thema. Trotzdem erscheint angesichts neuerer Entwicklungen der westlichen Demokratien, ihrer Gesellschaften und Problemlagen und veränderter Praktiken des Protests und Ungehorsams eine theoretische Reevaluation dieses Kanons dringend nötig. Claire Moulin-Doos legt mit ihrer an der Universität Bremen 2011 eingereichten Dissertation einen wichtigen Anstoß für eine zeitgemäße theoretische Diskussion des Themas vor.

Ein erstes zentrales Anliegen Moulin-Doos' liegt in einer Neusortierung des Begriffsfeldes, in dem drei Begriffe zueinander ins Verhältnis gesetzt werden: Politischer Ungehorsam (*political disobedience*) stellt in ihrer Arbeit einen Oberbegriff dar, dem *civil disobedience* und *civic disobedience* als Begriffe untergeordnet werden. Diese beiden Begriffe voneinander zu unterscheiden und *civic disobedience* als den gehaltvolleren Begriff zu etablieren, ist das zweite zentrale Anliegen der Arbeit. Damit verbunden ist eine umfassende

Kritik des konventionellen Konzepts des zivilen Ungehorsams, wie es im Anschluss an Rawls in der akademischen Diskussion entwickelt wurde. *Politischer Ungehorsam* werde im Rahmen liberaler politischer Philosophie solange definitorisch eingeeengt, bis er die Form *zivilen Ungehorsams* annehme und seinen Rechtfertigungsansprüchen im Rahmen einer liberalen konstitutionellen Demokratie genüge. Aus dem Blick gerieten dabei Formen politischen Ungehorsams, die diesen Anforderungen nicht genügen, gleichwohl aber aus demokratietheoretischer Perspektive eine wichtige Rolle einnehmen können.

Damit ist zugleich ein zentrales Spannungsfeld genannt, das die Arbeit durchzieht: Die klassischen Theorien des zivilen Ungehorsams im Anschluss an Rawls werden einem liberalen Lager zugeordnet, dem *civic disobedience* als Handlungsform aus (radikal-)demokratischer Perspektive im Anschluss an Jacques Rancière, Sheldon Wolin und anderen gegenübergestellt wird. Ziviler Ungehorsam stünde in der klassischen Logik der Gegenüberstellung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, werde in einer Sprache des Rechts vorgetragen, und ziele darauf, die auch noch bei Rawls naturalisierten oder schlicht postulierten Rechte des Individuums gegenüber dem Staat einzufordern oder abzusichern. Es gehe nicht um politische Partizipation, sondern darum, einen Rechtstatus zu sichern. Im Gegensatz dazu beziehe sich das Adjektiv *civic/civique* auf die Eigenschaft des Individuums als *citoyen* (S. 100), das heißt als gemeinschaftskstituierender Teil des *demos* im Rousseauistischen Sinne. Will man diese begriffliche Unterscheidung im Deutschen abbilden, böte sich daher die Bezeichnung *bürgerschaftlichen Ungehorsams* gegenüber dem *zivilen Ungehorsam* an. Bürgerschaftlicher Ungehorsam operiere nicht in der Sprache des Rechts (des Einzelnen) und der Gerechtigkeit, sondern in der Sprache des Politischen und des Allgemeinwohls. Er ziele nicht darauf, dass der Staat bestimmte Handlungen unterlässt, die die Rechte der Einzelnen verletzen. Stattdessen soll das politische Gemeinwesen aktiv werden und eine bestimmte Politik umsetzen, die durch den Ungehorsam angeregt und eingefordert wird. Er ist somit konstitutiver Teil demokratischen Handelns. Demokratie sei in diesem Zusammenhang das permanente und ergebnisoffene Handeln und Streiten, das Einfordern von Partizipation durch bisher Ausgeschlossene, und nicht ein institutionelles Arrangement zur Einhegung der Massen, wie es Moulin-Doos der liberalen konstitutionellen Demokratie unterstellt.

Die Gegenüberstellung von Liberalismus und Demokratie spielt sich in der Arbeit streckenweise so weit in den Vordergrund, dass die Auseinandersetzung mit dem politischen Ungehorsam vor allem in der zweiten Hälfte des Buches nur noch an der Oberfläche und nicht ohne Wiederholungen eingeflochten wird. So richtig und wichtig diese Gegenüberstellung angesichts pathologischer Verformungen der liberalen Demokratien auch ist – und die Verfasserin nennt mit der Juridifizierung und Moralisierung des Politischen wichtige Aspekte dessen, was andernorts unter dem Rubrum der Postdemokratie firmiert –, so überzeichnet gerät sie in großen Teilen der Arbeit. Die Kritik an Rawls erscheint dem Rezensenten als gezielt einseitig. Eine wohlwollendere Analyse seines Konzepts des zivilen Ungehorsams ließe dessen Öffnung hin zu einem politischeren und demokratischeren Verständnis ohne Weiteres zu. Stattdessen begibt sich die Verfasserin selbst auf die *slippery slope*, die von der Rousseauistischen Demokratie vorgezeichnet ist. Wenn Grundrechte historisch kontingent und allzeit demokratisch verhandelbar sind (S. 107, 133, 137–141), dann hindert nichts und niemand den *demos* daran, sie mit einem Handstreich vom Tisch zu fegen. Radikale Demokratie will die Aneignung des Politischen durch die Ausgeschlossenen und Ungehörten (nicht zuletzt durch politischen Ungehorsam gegenüber der hegemonialen Ordnung), bleibt aber auf dem potenziell populistischen bis totalitären Auge blind.

Neben den Arbeiten von Robin Celikates (die jedoch nicht berücksichtigt werden) liegt mit der Studie von Moulin-Doos nun eine wichtige Arbeit vor, die das theoretische Feld des zivilen Ungehorsams aus Perspektive radikaler Demokratie neu bestellt. Wenn hier erste inhaltliche Kritikpunkte angedeutet wurden, so ist dies nicht als Disqualifikation gemeint, sondern als Hoffnung und Aufforderung, ein wichtiges Thema der politischen Theorie mit den Instrumentarien und Argumenten verschiedener Ansätze gleichermaßen kontrovers wie konstruktiv neu zu erschließen. „CiviC Disobedience“ hat dafür eine treffliche Vorlage geliefert, sollte aber nicht das letzte Wort sein.

Jena

Andreas Braune

Gelungener Brückenschlag

Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, 400 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

„Caesar dominus et supra grammaticam: Der Kaiser ist Herr auch über die Grammatik“ (Schmitt „Positionen und Begriffe“, 1988, S. 179). Laut Carl Schmitt ist es eine der wichtigsten Erscheinungen der Menschheit überhaupt, dass derjenige, der wahre Macht hat, von sich aus Begriffe zu bestimmen vermag und definiert, was ist und was nicht sein darf. Sein Kaiser ist darum produktiv, wenn er soziale Realität fixiert und Orientierung stiftet, und zugleich repressiv, wenn er Grenzen sieht und alternative Interpretationen unterdrückt.

Für weite Teile der Sozialwissenschaft, besonders aber für poststrukturalistische Autoren und Autorinnen ist diese Einsicht nicht neu. Gerade für letztere aber kann Schmitts Kaiser keine Quelle und auch kein Besitzer von Macht sein. An seine Stelle tritt ein mächtiger Diskurs, der Begriffe und Ereignisse auf eine ganz bestimmte – und eben keine andere – Art und Weise verstehbar macht, zum Beispiel die Krim-Annexion durch Russland als illegitim und nicht als rechtmäßig deutet. Wahrheit hat für Poststrukturalisten und -strukturalistinnen einen politischen Index. Produziert wird sie in einem niemals endenden, diskursiven Kampf um Wortbedeutungen. Während in den Internationalen Beziehungen (IB) im englischsprachigen Raum diese Lesart weit verbreitet ist, tut sich ihr deutsches Pendant noch immer schwer damit, Wahrheit im Plural und nicht bloß im Singular zu verstehen.

Eva Herschinger und Judith Renner machen sich mit ihrem Sammelband „Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen“ auf, daran etwas zu ändern. Sie schreiten weiter auf den Wegen voran, die Pioniere wie Mathias Albert und Thomas Diez in den 1990er Jahren eingeschlagen haben. Dabei beschränken sich die Herausgeberinnen nicht darauf zu demonstrieren, welche eigenen und vor allem innovativen Einblicke die Forschung am Diskurs für die IB bringen kann. Zusätzlich geben sie Antworten darauf, wie sich poststrukturalistische Verortungen in konkrete Analysen internationaler Politik übersetzen lassen. Entsprechend wird neben Theorie und Empirie, auch der Methode und Methodologie der Diskursforschung die verdiente Aufmerksamkeit zuteil.

Direkt ins Auge fallen Konzeption und Inhalt der Publikation. Nahezu alle erdenklichen Phänomene werden in Anknüpfung an die Überlegungen von Michel Foucault, Jacques Derrida, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe diskursanalytisch betrachtet. Prominent vertreten sind Sicherheitsfragen, die im Zentrum des ersten der vier

Kapitel stehen. Eva Herschinger geht dem Terrorismus- und Drogendiskurs nach, Martin Nonhoff und Frank Stengel interpretieren die deutsche Zivilmachtdebatte anders. Im Anschluss geraten internationale Institutionen in den Blick. Die ASEAN werden von Katja Freistein und diskursive Konstruktionen Europas von Jochen Walter übernommen. Wogegen sich Cornelia Bruell um kollektive Identifikationen mit der Europäischen Union kümmert.

Auch der dritte Komplex kündigt vom Mehrwert der Diskurstheorie und -analyse. Aram Ziai macht den Anfang, indem er den Nexus von Wissen und Macht in der Entwicklungspolitik problematisiert. In die gleiche Kerbe schlägt Chris Methmann mit seiner Kritik an der postpolitisch-populistischen Logik von internationaler Klimapolitik, die zwar große politische Aufmerksamkeit generiert, aber die Bekämpfung der Ursachen von Klimawandel ausbremst. Große Sprengkraft hat auch Joscha Wullwebers Beitrag. Nanotechnologie wird als gesellschaftliches Projekt gelesen, das weder eine bestimmte Technologie noch eine bestimmte Anwendung oder ein Forschungsfeld ausdrückt, aber sehr wohl erhebliche Auswirkungen auf Gesellschaft und Ökonomie haben kann.

Schließlich widmet sich der Band der diskursiven Herausbildung globaler Ordnungen. Judith Renner skizziert die Genese eines spezifischen Verständnisses von Versöhnung in Südafrika und betont seine Kontingenz. Darum warnt sie, die südafrikanische Erfahrung unreflektiert auf andere Transitions- und Postkonfliktländer zu übertragen. Zuletzt durchleuchtet Philip Liste die Konstruktion demokratischer Völkerrechtspolitik in den USA und Deutschland. Auf imponierende Weise kommt er dabei zur Einschätzung, dass die Deutschen als Demokraten womöglich die

besseren Völkerrechtler sind, die US-Amerikaner als Völkerrechtlicher aber die besseren Demokraten.

Die Publikation überzeugt. Nicht nur künden ihre Aufsätze davon, welchen reichhaltigen Nährboden die Diskursforschung auch den Internationalen Beziehungen bietet. Ihre Verdienste gehen darüber hinaus. Großes Lob gebührt den Autoren und Autorinnen, die komplexen poststrukturalistischen Theoriegebäude durch präzise und verständliche Sprache zugänglich und damit erfahrbar zu machen. Ebenso gelungen ist der Brückenschlag zur Methode. Das eigene Vorgehen wird sorgsam reflektiert, ohne es in positivistischer Manier zum Standard zu erheben. Es ist diese Demut, die in der Gesamtheit einen Perspektivwechsel – den Blick auf die Dinge von anderswo – ermöglicht, aber nicht aufoktroziert. Sie durch das komplette Werk durchzuhalten, war und ist bemerkenswert.

Jedoch reicht diese Einsicht in die Pluralität von Wahrheit alleine nicht aus. Wäre dem so, resümiert Thomas Diez am Ende des Sammelbandes, würde die Diskursforschung ihre machtskeptischen Ursprünge leugnen. Die Infragestellung des Offensichtlichen und die Skepsis gegenüber Herrschaft und Hierarchien heißt auch, Stellung zu beziehen und mit Schmitts Kaiser(n) zu streiten. Warum also nicht antidemokratische Elemente im Troika-Diskurs zu Griechenland ausmachen, oder hybride Kriege als vernetztes Handeln der Anderen interpretieren? Warum nicht Deutschlands Elitendiskurs, der eine „Welt aus den Fugen“ proklamiert, danach fragen von welcher Welt er spricht, von seiner? Auch das wären Perspektivwechsel. Oder ist das zu kritisch?

Berlin

Tobias Fella